

Digitale Bibliothek Braunschweig 2301-231-8

Sammlung

der

Verträge, Gesetze, Verordnungen, Reglements u.,

in Beziehung

auf die mit dem 1^{ten} Juni 1835 zur Ausführung gekommene

Zoll- und Steuer-Vereinigung

zwischen dem

Königreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig.

Zum Gebrauche des Publikums besonders abgedruckt.

UB Braunschweig

84



2301-231-8

Erstes Heft.

Braunschweig,

Verlegt bei Friedrich Vieweg und Sohn.

1835.

1811

Handwritten text, likely a title or address, mostly illegible due to fading.



FRIEDR. VIEWEG & SOHN

Handwritten text, possibly a date or signature, below the publisher's name.

Verordnung,

die

Publication des mit dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai 1834 geschlossenen Vertrages über die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systemes der indirecten Abgaben betreffend *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Demnach Wir mit Sr. Majestät dem Könige von Großbritannien und Irland, auch Könige von Hannover wegen Einführung eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systemes der Eingangs- Durchgangs- Ausgangs- und Verbrauchsabgaben in dem Herzogthume Braunschweig und dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai 1834 einen Vertrag haben abschließen lassen, die darüber ausgestellten Ratifications-Urkunden gegenseitig ausgewechselt worden sind, und zu seiner Ausführung von Seiten Unserer getreuen Stände die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt worden ist, so wollen Wir denselben nunmehr hiedurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, und ha-

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, N^o 13.

ben alle Behörden, so wie ein Jeder, den es sonst angeht, sich danach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

Nachdem

Se. Majestät, der König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland u. auch König von Hannover u., und

Se. Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig und Lüneburg, von dem Wunsche geleitet, die Interessen und das Wohl Ihrer Unterthanen durch Beseitigung der bisherigen Hindernisse eines gegenseitigen freien Handels und Verkehrs zu befördern, Sich bewogen gefunden haben, auf den Grund der unter Allerhöchst und Höchsthochselben am 7. October 1831 abgeschlossenen Präliminar-Convention, die erforderlichen Verhandlungen eintreten zu lassen, und zu dem Ende Bevollmächtigte zu ernennen, nämlich:

Se. Majestät, der König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland u., auch König von Hannover u.

Allerhöchst Ihren Ober-Steuer-Rath Georg Friedrich Hieronymus Dommess, Ritter des Königlich Hannoverschen Guelphen-Ordens, und

Allerhöchst Ihren Ober-Zoll-Rath Heinrich Ludwig Meineke, Ritter des Königlich Hannoverschen Guelphen-Ordens, und

Se. Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig und Lüneburg, Höchsthochselben Ihren Finanz-Director und Geheimen-Legations-Rath August Philipp Christian Theodor von Arnberg, Commandeur des Churfürstlich Hessischen Ordens vom goldenen Löwen, Ritter des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens und Inhaber des Waterloo-Ehrenzeichens; und sodann diese Bevollmächtigten die desfallsigen Unterhandlungen zur Erreichung

jener Zwecke gepflogen haben, so ist von denselben, in Gemäßheit der ihnen ertheilten Vollmachten und Instructionen, unter dem Vorbehalte der Ratification, nachfolgender Vertrag verabredet und geschlossen worden:

Artikel 1.

Das Königreich Hannover und das Herzogthum Braunschweig vereinigen sich zur Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systems der Eingangs- Durchgangs- Ausgangs- und Verbrauchs-Abgaben.

Art. 2.

Die bis jetzt zwischen den contrahirenden Staaten bestandenen Steuer- und Zoll-Linien werden aufgehoben, und unter beiden Staaten soll, jedoch mit Ausschluß von Salz und Spielfarten, worüber besondere Bestimmungen verabredet sind, auch mit Ausnahme der Calender, hinsichtlich deren die bisherigen Verhältnisse nicht geändert werden, ein völlig steuerfreier Verkehr Statt finden.

Art. 3.

Dagegen wird eine gemeinsame Grenzlinie errichtet, welche den in den Abgaben-Verband aufgenommenen Länder-Umfang der beiden contrahirenden Staaten umgibt.

Art. 4.

Von fremden Staaten ganz umgebene Gebietstheile bleiben von diesem Verbande ausgeschlossen.

Auch können davon andere einzelne Landestheile, in Berücksichtigung ihrer örtlichen Lage und daraus hervorgehenden besonderen Verhältnisse, im gemeinschaftlichen Einverständnisse ausgenommen werden.

Solche ausgeschlossene Gebietstheile werden, in Beziehung auf das im Verbande begriffene Ländergebiet, wie Ausland behandelt.

Die Regulirung der Abgaben in denselben und deren Erhebung für einseitige Rechnung bleibt der betreffenden Regierung überlassen.

Art. 5.

Die bisher in den contrahirenden Staaten unter dem Namen von Ein- und Ausgangs-Zoll, Grenz-Zoll, Eingangs-Steuer, Impost, Accise, oder unter einer sonstigen Bezeichnung erhobenen indirecten Abgaben, sowohl von den in diese Staaten eingegangenen und zum Verbräuche im Innern derselben bestimmten ausländischen, als von den aus den contrahirenden Staaten versendeten inländischen oder ausländischen, so wie von den durch einen oder beide Staaten durchgeführten Gegenständen, werden aufgehoben; auch findet ein Gleiches hinsichtlich der bisher von dem im beiderseitigen

Inlande verfertigten Bier und Branntwein entrichteten Verbrauchs (Fabrications-) Abgabe Statt.

An die Stelle dieser Abgaben tritt eine für beide Staaten gemeinschaftliche Ein-, Durch- und Ausgangs-Abgabe, so wie auch eine gemeinschaftliche Verbrauchs- (Fabrications-) Abgabe von dem im Inlande verfertigten Branntwein und Bier.

Art. 6.

Andere Verbrauchs- oder Fabrications-Abgaben als die von Branntwein und Bier, dürfen in keinem der Vereinsstaaten — wiewohl vorbehältlich der im Artikel 13 erwähnten besondern Abgaben in einzelnen Städten oder Gemeinden — anders als im Einverständnisse der contrahirenden Regierungen angeordnet werden.

Art. 7.

Die Erhebung der im Artikel 5 bestimmten gemeinschaftlichen Abgaben, so wie überhaupt das zur Sicherung derselben erforderliche Verfahren, soll nur nach Vorschrift der verabredeten oder ferner zu verabredenden, in beiden Staaten gleichmäßig zu erlassenden Gesetze, Tarife, Reglements und Instructionen Statt finden.

Art. 8.

Die in den contrahirenden Staaten sowohl gegenseitig, als in Beziehung auf das gemeinsame Ausland, bestehenden Eingangs- Durchgangs- und Ausgangs-Verbote werden aufgehoben; vorbehältlich der in den Artikeln 9 und 10 enthaltenen besondern Verabredungen.

Derartige künftige Verbote können nur im Einverständnisse der beiden contrahirenden Regierungen angeordnet werden.

Art. 9.

Hinsichtlich des Salzes sind nachstehende Bestimmungen verabredet:

- A, Die Einführung fremden, in den contrahirenden Staaten nicht erzeugten Kochsalzes ist verboten.
- B, Jeder der beiden Staaten kann die Durchfuhr fremden Salzes durch sein Gebiet nach Nicht-Vereinsländern, unter von ihm anzuordnenden Controle-Maafregeln, gestatten.

Soll jedoch dasselbe durch beide Vereinsstaaten geführt werden, so ist zuvor deren beiderseitige Erlaubniß, auch eine Verständigung über die vorzuschreibenden Durchgangs-Straßen und sonstige Sicherheits-Maafregeln erforderlich.

- C, Die Ausfuhr des Salzes nach Nicht-Vereinsstaaten ist frei.

Ruß indeß bei der Ausfuhr aus dem einen Vereinslande das andere berührt werden, so unterliegt sie ebenfalls den wegen Innehaltung gewisser

Straßen und Anwendung besonderer Controle-Maafregeln gemeinschaftlich festzusetzenden Bestimmungen.

- D, So wie die Einführung fremden Kochsalzes in die Vereinsländer verboten ist, bleibt auch das Kochsalz überhaupt vom freien Verkehr unter denselben ausgenommen, und jeder Staat behält die Befugniß, solches einseitig mit Fabrications- oder Consumtions-Abgaben zu belegen.
- E, Zu mehrerer Sicherung der Interessen jedes der beiden Staaten wird den Saline-Officianten und concessionirten Salzverkäufern untersagt werden, wissentlich an Unterthanen des andern Staats Salz zu verkaufen.

Auch sollen Kaufleute und Krämer, welche Handel mit Kochsalz treiben dürfen, dieses lediglich von den Salinen oder concessionirten Salzverkäufern des eigenen Staats entnehmen und die Consumenten in diesem sich ebenfalls nur bei jenen Salinen und concessionirten Salzverkäufern mit ihrem Salzbedarfe versehen.

Art. 10.

Die Einführung der Spielkarten vom Auslande ist verboten; auch bleiben solche von dem freien Verkehr unter den contrahirenden Staaten ausgeschlossen. (Art. 2.)

Damit Defrauden hinsichtlich des Karten-Stempels um so weniger eintreten können, wollen die contrahirenden Staaten ihren Spielkarten-Fabrikanten den Absatz ungestempelter Spielkarten, sowohl in dem eigenen Gebiete, als in den andern contrahirenden Staat, nicht gestatten, vielmehr solchen unter angemessenen Strafen verbieten.

Durch diese Bestimmung soll jedoch der Absatz ungestempelter Spielkarten an die Stempel-Steuer-Administration des eigenen oder des andern Staats nicht beschränkt sein.

Art. 11.

Die Wasserzölle in den Vereinsstaaten auf andern Gewässern, als den Binnenflüssen des einen oder beider Staaten, sind von der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Unbeschadet der Bestimmungen der Wiener-Congreß-Acte vom Jahre 1815 oder besonderer Staats-Verträge, ist daher ihre Regulirung und Verwaltung den einseitigen Anordnungen eines jeden der beiden Staaten vorbehalten, und die Aufkünfte davon machen eben so wenig einen Gegenstand der Theilung unter denselben aus, als eine Anrechnung von Verwaltungskosten dabei Statt findet.

Indeß ist hinsichtlich des durch Verträge der Weser-Uferstaaten festgesetzten Weserzolls verabredet, daß

- A, davon in beiden Vereinsstaaten, sowohl in der Aufuhr als in der Niederfuhr, die Gegenstände frei bleiben sollen, welche auf der Weser
- a, aus einem Vereinslande nach dem andern, oder
 - b, aus einem Gebietstheile des einen Vereinsstaats nach einem andern Gebietstheile des nämlichen Staats, oder

- c, aus einem der Vereinsländer nach dem Auslande, oder
 d, vom Auslande nach einem Vereinslande geführt werden.

Werden aber

- B, die Gegenstände auf der Weser vom Auslande nach dem Auslande, durch beide Gebiete der Vereinsstaaten, oder durch eines derselben durchgeführt, so behält es bei den Befugnissen jedes Staats zur Erhebung des Weserzolls sein Verwenden.
- C, Gleichwie für Gegenstände, welche auf der Weser vom Auslande in einen Vereinsstaat eingeführt, oder aus einem solchen nach dem Auslande ausgeführt worden, die gemeinschaftlichen resp. Eingangs- und Ausgangs-Abgaben zu erheben sind, so unterliegen auch den gemeinschaftlichen Durchgangs-Abgaben die Transito-Gegenstände, welche entweder vom Auslande durch eines der Vereinsländer oder durch beide geschafft, und sodann mittelst der Weser ihrer ausländischen Bestimmung zugeführt werden, oder die umgekehrt vom Auslande mittelst der Weser in ein Vereinsland kommen und darauf durch dasselbe allein, oder auch durch beide Vereinsstaaten, weiter nach ihrem ausländischen Bestimmungsorte gebracht werden.

Art. 12.

Auch die Schiffsabgaben, die Lootsen- Baaken- Feuer- Lasten- Chaussee- Weg- Pflaster- Canal- Brücken- Fähr- Schleusen- Leinpfad- und Schlagten- Gelder, so wie die Hafen- Waage- Krahn- Niederlage- Local- Meß- Gebühren und die sonstigen derartigen Abgaben, unterliegen nicht der gemeinsamen, sondern nach wie vor der einseitigen Bestimmung jedes Staats, und sind daher auch fernerhin von demselben ausschließlich anzuordnen und zu beziehen.

Die Einwohner des andern contrahirenden Staats sollen aber in Hinsicht dieser Abgaben stets den Inländern gleich behandelt werden.

Art. 13.

Besondere Consumtions-Abgaben, welche ein Staat in einzelnen Städten oder Gemeinden für eigene Rechnung angeordnet hat oder anordnen wird, oder einzelnen Städten oder Gemeinden für deren Rechnung bewilligt hat oder bewilligen möchte, unterliegen auch fernerhin der einseitigen Bestimmung des betreffenden Staats.

Nur ist stets von dem Grundsatz auszugehen, daß die nach solchen Städten oder Gemeinden aus dem andern contrahirenden Staate gebrachten Gegenstände in keinem Falle mit einer höhern Abgabe belegt werden dürfen, als die Gegenstände, welche von den Bewohnern der fraglichen Städte oder Gemeinden selbst, so wie von den übrigen Landes-Einwohnern in diese Städte oder Gemeinden eingeführt werden.

Art. 14.

Wegen solcher Befreiungen und Erleichterungen hinsichtlich der gemeinschaftlichen Eingangs- und Durchgangs-Abgaben, welche, nach der Statt gehabten Ausmittlung und Feststellung, von einem der Vereinststaaten, oder von beiden zugleich auf den Grund von Verträgen schon zugestanden sind, ist verabredet, daß der Ausfall, welcher in Folge dieser Zugeständnisse, während der Dauer der Verbindlichkeit solcher Verträge, an jenen Abgaben entsteht, gemeinschaftlich getragen werden soll.

Art. 15.

Andere Befreiungen von den gemeinschaftlichen Abgaben, oder Ermäßigungen derselben, können nur in Folge besonderer Verabredungen der contrahirenden Staaten sowohl hinsichtlich ihrer Gestattung überhaupt, als in Beziehung auf die einseitige oder gemeinschaftliche Uebernahme der dadurch an den Aufkünften entstehenden Ausfälle, angeordnet werden.

Art. 16.

Entschädigungen für aufzuhebende oder bereits aufgehobene Zoll- und Steuer-Rechte fallen demjenigen Staate, welcher sie bewilligt hat oder bewilligen wird, allein zur Last.

Art. 17.

Gesetze und Verordnungen über die gemeinschaftlichen Abgaben verkündigt jede Regierung in ihrem eigenen Namen, und deren Gültigkeit erstreckt sich auf das ganze in dem Abgaben-Verbande befindliche eigene Staatsgebiet.

Sonstige Reglements und Instructionen werden dagegen, insofern selbige nicht von der Staats-Regierung selbst publicirt werden, von der obersten Steuer-Behörde für den Umfang ihres ganzen Verwaltungs-Bezirks, wenn demselben auch Gebiets-theile des andern Staats beigelegt sein sollten, erlassen.

Art. 18.

Auch die Verwaltung wird von jedem Staate innerhalb seines Gebiets, in Gemäßheit der desfalligen gemeinsamen Bestimmungen, angeordnet und geleitet.

Einzelne Gebietstheile, welche ihrer Lage nach im Interesse der Abgabepflichtigen und der Verwaltung am angemessensten unter die Verwaltungs-Behörde des andern Staats zu stellen sein möchten, sollen jedoch dieser in Ansehung der Controle und Erhebung der gemeinsamen Abgaben, nach vorgängiger Verständigung unter beiden Staaten, beigelegt werden können.

Art. 19.

Das zur Verwaltung, Controle und Erhebung erforderliche Personal stellt jeder Staat, sowohl in seinen eigenen als in den seiner Verwaltung beigelegten Gebiets-theilen des andern Staats, an, und verfügt dessen eidliche Verpflichtung.

Der abzustattende, gemeinschaftlich zu normirende, Diensteid soll aber jedem Steuer-Beamten die Verbindlichkeit auferlegen, das gemeinschaftliche Interesse beider Staaten gleichmäßig zu beobachten.

Solche Beamte, welche ein Staat in dem Gebiete des andern angestellt hat, und die in diesem für die Dauer ihrer dortigen Dienstfunctionen ihren Wohnsitz nehmen, sind während dieser Zeit rücksichtlich ihrer Privat- und bürgerlichen Verhältnisse den dasigen Gesetzen und Einrichtungen unterworfen.

Nur rücksichtlich ihrer und ihrer Söhne Militairpflichtigkeit wird in ihrer ursprünglichen Verpflichtung nichts geändert, so wie sie auch in Bezug auf ihre Dienstobliegenheiten ausschließlich dem Staate, welcher sie angestellt hat, untergeordnet bleiben.

Art. 20.

Alle Administrations-Kosten werden durch Verabredungen beider Staaten bestimmt und von dem Brutto-Ertrage der gemeinschaftlichen Abgaben bestritten werden.

Ausgenommen hievon sind folgende, von den einseitigen Staats-Cassen zu tragende, zu einer Anrechnung nicht geeignete Ausgaben, als:

- a, diejenigen, welche durch die Leitung der gemeinschaftlichen Steuer-Angelegenheiten bei der Central-Steuer-Verwaltung und bei der höchsten Behörde jedes Staats, und
- b, die, welche durch die etwaige, nach den Local-Verhältnissen nicht zu umgehende Erbauung und die bauliche Unterhaltung von Amtlocalen, und zwar innerhalb des eigenen Gebiets, verursacht werden.

Art. 21.

Besoldungen, Diäten, Reisekosten und Entschädigungen an die im Dienste befindlichen Beamten werden durch die Cassen desjenigen Staats, der die Anstellung verfügt hat, ausbezahlt.

Auch die sonstigen Verwaltungs-Ausgaben erfolgen durch die Cassen des Staats, in dessen Verwaltungs-Bezirke sie verwendet sind.

Dagegen werden Unterstützungen und Gratificationen an im Dienste stehende Beamte, so wie Bartegelber, Pensionen und Unterstützungen an nicht mehr fungirende Beamte, oder an deren Angehörige, für gemeinschaftliche Rechnung nicht

geleistet. Derartige Ausgaben fallen vielmehr demjenigen Staate, welcher die Beamten angestellt hat, ausschließlich zur Last.

Art. 22.

Jeder der contrahirenden Staaten haftet für die Diensttreue der von ihm angestellten Beamten in der Art, daß Ausfälle, welche durch Dienstuntreue eines solchen Beamten entstehen, der gemeinschaftlichen Cassé von demjenigen Staate, welcher den Beamten angestellt hat, zu ersetzen sind.

Eben so hat jeder Staat für die gehörige Bewahrung der auf gekommenen Einnahmen und für die Sicherheit der seiner Verwaltung untergebenen Cassen einzustehen und die etwa sich ereignenden Verluste allein zu tragen.

Art. 23.

Den für die gemeinschaftlichen Abgaben angestellten Beamten kann jeder Staat in seinen eigenen, sowohl seiner Verwaltung verbleibenden als auch in den der Verwaltung des andern Staats überwiesenen Gebietstheilen, die Erhebung und Controle ihm einseitig gebührender Abgaben, namentlich directer und sonstiger indirecter Steuern übertragen, jedoch nur insofern daraus kein Nachtheil für den gemeinschaftlichen Dienst entsteht.

Gleichergestalt kann den für die Erhebung einseitiger Einkünfte schon angestellten oder noch anzustellenden Erhebern die Erhebung und Controle der gemeinschaftlichen Abgaben, sofern keine Unzuträglichkeiten damit verbunden sind, mit übertragen werden.

In beiden Fällen sollen die betreffenden Beamten von ihrer Ober-Behörde, mit Hinweisung auf den geleisteten Dienst, verpflichtet werden, das Interesse jedes Staats in Ansehung solcher besonderen Geschäfte, auf gleiche Weise, wie in Ansehung ihres eigentlichen Dienstes, wahrzunehmen.

Art. 24.

Wegen Verfolgung, Untersuchung und Bestrafung der Vergehen gegen die Gesetze über die gemeinschaftlichen Abgaben ist Folgendes verabredet:

- a, Das Verfahren der Steuer-Beamten bei Entdeckung und Verfolgung von Contraventionen, die dabei zu nehmenden vorläufigen Sicherungs-Maßregeln und ebenso die Behandlung in Submissions-Fällen, richten sich in beiden Staaten nach vereinbarten gleichmäßigen Bestimmungen.
- b, Die Straf-Grundsätze überhaupt, so wie die Strafen und sonstigen Nachtheile für Handlungen oder Unterlassungen, wodurch die gemeinschaftlichen Abgaben verkürzt werden, oder die in Beziehung auf dieselben vorzuschreibende Ordnung verlegt wird, werden in beiden Staaten die nämlichen sein.

Eben so werden über die Verjährung der Klagen in Steuer-Contraventions-sachen übereinstimmende gesetzliche Vorschriften erlassen.

c, Die Untersuchung und Bestrafung der Steuer-Contraventionen soll, ohne Rücksicht auf einen sonstigen privilegierten Gerichtsstand des Angeklagten, in beiden Staaten vorzugsweise vor das in jedem derselben, nach dasigen allgemeinen Grundsätzen, in erster Instanz competente Gericht gehören, in dessen Bezirke das Vergehen entdeckt und entweder der Thäter oder der Gegenstand der Contravention angehalten worden;

sonst aber, nach der Wahl der Steuer-Verwaltung, vor das Gericht erster Instanz, in dessen Bezirke die Contravention begangen, oder der Wohnsitz des Contravenienten befindlich ist.

Uebrigens kann in allen Fällen von mehreren Mitgliedern eines nach obigen Bestimmungen competenten Gerichts ein einzelnes von der obersten Staats-Behörde mit den steuerrichterlichen Geschäften besonders beauftragt werden.

d, Der gerichtlichen Untersuchung und Entscheidung wird allemal ein Ermäßigungsverfahren bei den in Steuer-Sachen competenten Gerichten erster Instanz vorgehen.

Dasselbe wird in beiden Staaten gleichmäßig sein; vorbehaltlich der Bestimmungen über die Gerichtsgebühren, deren einseitige Normirung jedem Staate überlassen bleibt.

e, Das nach erfolglos angewandtem Ermäßigungsverfahren eintretende gerichtliche Verfahren bei der Untersuchung und Entscheidung in erster und etwaiger weiterer Instanz, soll in beiden Staaten ein möglichst mündliches, schnelles und abgekürztes sein; jedoch bleiben einem jeden derselben die desfalligen besonderen prozessualischen Vorschriften zu einseitiger Bestimmung vorbehalten.

Dieser Vorbehalt bezieht sich auch auf die gerichtliche sowohl als außergerichtliche Beitreibung und Einziehung der Geldstrafen und Kosten, sowie nicht weniger auf die Gerichtsgebühren und den Papier-Stempel.

Art. 25.

Das Begnadigungs- und Straf-Verwandlungs-Recht wird von jeder der beiden contrahirenden Regierungen rücksichtlich der von ihren eigenen Gerichten erkannten Strafen ausgeübt.

Die Steuer-Strafgelder, sowie die confiscirten Gegenstände oder deren Werth sollen, mit Vorbehalt der Antheile der Denuncianten, demjenigen Staate verbleiben, von dessen Gerichten über die Vergehen erkannt worden, von diesem aber, so weit als nöthig ist, zur Unterstützung der Steuer-Beamte und deren Hinterbliebenen verwendet werden. Die eingezogenen defraudirten Abgaben fließen jedoch in die gemeinschaftliche Cassé.

Art. 26.

Die contrahirenden Staaten wollen sich auch überhaupt durch solche fernere weitige Maaßregeln gegenseitig bereitwillig und kräftig unterstützen, die geeignet sind,

ihre gemeinschaftlichen und besonderen Abgaben zu sichern und den Schleichhandel in ihren Staaten zu unterdrücken.

Ueber dergleichen Maaßregeln als: Verfolgung der Spuren begangener Conventationen aus dem einen Staate in den andern, gegenseitige Rechtshülfe der competenten Gerichte überhaupt, insbesondere auch durch Sistrung der Contravenienten u. s. w. wird ein besonderes Uebereinkommen getroffen werden.

Art. 27.

Der Gesamt-Betrag der gemeinschaftlichen Eingangs- Durchgangs- Ausgangs- und Verbrauchs-Abgaben, wird, nach Abzug der Kosten für die Verwaltung, unter die contrahirenden Staaten nach dem Verhältnisse der Bevölkerung vertheilt, und es soll zu dem Ende die Bevölkerung alle drei Jahre nach gleichmäßigen Grundsätzen ausgemittelt und der wirkliche Stand derselben am 31. December des betreffenden Jahrs für die nächstfolgenden drei Jahre zum Grunde gelegt werden.

Art. 28.

Die im vorstehenden Artikel gedachte Vertheilung des gemeinschaftlichen Aufkommens, so wie die zu dem Ende erforderliche Abrechnung und Ausgleichung wird so wohl von drei zu drei Monaten, als auch nach Ablauf eines jeden Rechnungs-Jahrs vorgenommen.

Die dreimonatliche ist nur eine vorläufige und geschieht nach einer von der Central-Steuer-Behörde jedes Staats aufgestellten Uebersicht von der innerhalb ihres Verwaltungs-Bezirks stattgefundenen Einnahme und Ausgabe, in der Art, daß von demjenigen Staate, welcher mehr, als ihm nach den verabredeten Theilungs-Grundsätzen zukommt, eingenommen hat, der Ueberschuß dem andern Staate unverweilt ausgezahlt wird.

Die ganzjährige oder definitive Abrechnung, welche den Zeitraum vom 1. Juli des einen bis zum 1. Juli des nächstfolgenden Jahrs umfaßt, wird auf den Grund der von den gemeinschaftlichen Erhebungs-Aemtern abgelegten Rechnungen und der nach diesen von den beiderseitigen Central-Steuer-Behörden angefertigten, gemeinschaftlich geprüften und festgestellten Rechnungs-Abschlüssen dadurch vorgenommen, daß das Guthaben des einen Staats ohne Verzug dem andern Staate berichtigt werden muß.

Diese definitive Ausgleichung soll möglichst beschleunigt, spätestens aber binnen den nächsten sechs Monaten nach dem mit dem 30. Juni ablaufenden Rechnungs-Jahre zu Stande gebracht werden.

Art. 29.

Jeder der beiden contrahirenden Staaten hat die Befugniß, der Central-Steuer-Behörde des anderen Staats einen Commissarius beizuordnen, der bei dieser von allen Geschäften und Verfügungen, die sich auf das gemeinschaftliche Abgaben-System be-

ziehen, Kenntniß zu nehmen, auch den desfalligen Berathungen beizuwohnen, und überhaupt diejenigen Angelegenheiten, welche eine Communication zwischen den beiderseitigen Central-Steuer-Behörden erheischen, auf eine dem gemeinschaftlichen Interesse entsprechende Weise möglichst zu fördern hat.

Eine gemeinschaftlich festgesetzte Instruction wird das Nähere über die Stellung, Rechte und Pflichten solcher Commissarien bestimmen.

Art. 30.

Auch werden, nach Maaßgabe des Bedürfnisses, von Zeit zu Zeit Special-Bevollmächtigte beider Staaten zusammentreten, um die etwa erforderlichen Einleitungen zu neuen, oder zur Ergänzung und Abänderung bestehender Vorschriften und Einrichtungen zu treffen, den Gang der Verwaltung zu prüfen, die bei dieser entstandenen Zweifel und Ungleichheiten zu beseitigen und die definitive Jahres-Abrechnung über die gemeinschaftliche Einnahme und Ausgabe vorzunehmen.

Art. 31.

Bei der Erhebung der gemeinschaftlichen Abgaben wird in beiden Staaten einerlei Münze, Maaß und Gewicht zum Grunde gelegt, und bis dahin, daß in denselben gleiche Normen wirklich eingeführt worden, das Verhältniß der geltenden Münzen, Maaßen und Gewichte durch öffentlich bekannt zu machende Reductions-Tabellen festgesetzt werden.

Art. 32.

Zur Beförderung und Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs ist verabredet, daß, mit Ausnahme der Hausirer, diejenigen Handel- und Gewerbetreibenden des einen Staats, welche sich zur Ausübung ihres Handels oder Gewerbes in den andern Staat begeben, in dem letztern zu Gewerbesteuern nicht herangezogen werden sollen, wenn sie selbst oder die, in deren Dienste sie stehen, in demjenigen Staate, worin sie ihren Wohnsitz haben, zum Handel oder Gewerbe befugt sind.

Art. 33.

Auch wollen sich die contrahirenden Staaten über gleichmäßige Vorschriften zu einer zweckmäßigen Regulirung des Hausir-Handels zu vereinigen suchen.

Art. 34.

Nur im Einverständnisse beider contrahirenden Regierungen dürfen Verträge mit andern Staaten hinsichtlich der gemeinschaftlichen Eingangs- Durchgangs- Ausgangs- und Verbrauchs-Abgaben abgeschlossen oder derartige bereits bestehende Verträge über ihre gegenwärtige Dauer verlängert werden.

Handels- und Schiffahrts-Verträge mit anderen Staaten, welche auf den Ertrag der gemeinschaftlichen Abgaben keinen Einfluß haben, können dagegen auch künftig von jedem contrahirenden Staate einseitig eingegangen werden.

Art. 35.

Von dem Tage der Ausführung der gegenwärtigen Uebereinkunft an treten die Stipulationen der nachstehenden Verträge und zwar:

- a) die Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 6 auch Artikel 9, rücksichtlich des Zolls, und Artikel 12 der am 18ten Mai 1827 zwischen dem Königreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig wegen Regulirung verschiedener Handels-Verhältnisse abgeschlossenen Convention;
- b) des am 24ten September 1828 zwischen mehreren deutschen Bundes-Staaten abgeschlossenen Vertrags über die Beförderung des freien Handels und Verkehrs;
- c) des am 11ten October 1829 zwischen mehreren deutschen Bundes-Staaten abgeschlossenen Vertrags über denselben Gegenstand, nebst Separat-Artikel und Separat-Protocoll;
- d) der am 7ten October 1831 zwischen dem Königreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig abgeschlossenen Präliminar-Convention wegen verschiedener Erleichterungen des gegenseitigen Verkehrs und sonstiger Einrichtungen, nebst Reglement vom 3ten November 1831;
- e) des am 9ten December 1831 zwischen dem Königreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig abgeschlossenen Vertrags wegen des Anschlusses der zum Herzogthume Braunschweig gehörenden, innerhalb des Königreichs Hannover belegenen Gebietstheile, so wie der in der Stadt Goslar und deren Feldmark belegenen Communion-Besitzungen an das im Königreiche Hannover bestehende Grenz-Zoll- und indirecte Steuer-System, nebst Separat-Artikel;
- f) der am 11ten Juni 1833 zwischen dem Königreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig abgeschlossenen Convention wegen Anordnung eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Zolls vom ausländischen Getraide, nebst darauf gegründeten Verabredungen von demselben Dato;

und zwar hinsichtlich aller derjenigen Rechte und Verbindlichkeiten, welche dadurch zwischen den beiden gegenwärtig contrahirenden Staaten begründet worden, außer Wirksamkeit.

Art. 36.

Die Dauer dieses Vertrags wird vorläufig bis zum Ablaufe des Jahrs 1841 bestimmt, und soll hiernächst über die Verlängerung desselben weitere Verabredung eintreten.

Im Fall einer Verständigung sämmtlicher deutscher Bundes-Staaten über gemeinsame Maaßregeln in Beziehung auf Eingangs- Ausgangs- Durchgangs- und

Verbrauchs-Abgaben soll jedoch der Verein von der Zeit an, von welcher die desfalligen Beschlüsse in Wirksamkeit treten, wieder aufgelöst werden.

Auch werden, wenn die deutschen Bundes-Staaten über freien Handel und Verkehr mit Lebensmitteln gemeinsame Verabredung treffen, demgemäß die erforderlichen Modificationen in dem durch den gegenwärtigen Vertrag angenommenen Systeme eintreten.

Art. 37.

Dieser Vertrag soll in zwei gleichlautenden Original-Exemplaren ausgefertigt und unverzüglich zur Ertheilung der Allerhöchsten und Höchsten Ratificationen vorgelegt werden, deren Auswechselung baldmöglichst, längstens aber binnen sechs Wochen Statt finden wird.

Urkundlich ist vorstehender Vertrag von den Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen Hannover am ersten Mai Eintausend achthundert vier und dreißig.

(L. S.) gez: Georg Friedrich Hieronymus Dommess.

(L. S.) gez: Heinrich Ludwig Meineke.

(L. S.) gez: August Philipp Christian Theodor von Arnberg.

G e s e z,

die

Eingangsz-, Durchgangsz- und Ausgangsz-Abgaben betreffend *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Demnach zur Ausführung des mit dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai 1834 geschlossenen Vertrages über die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systemes der indirecten Abgaben es erforderlich ist, die Eingangsz-, Durchgangsz- und Ausgangsz-Abgaben einer Reform zu unterwerfen auch über die Befugnisse der zur Grenz-Controle angestellten Steuerbeamten bei dem Gebrauche der ihnen verliehenen Waffen nähere Vorschriften zu ertheilen, so haben Wir unter Zustimmung Unserer getreuen Stände beschlossen, darüber folgende gesetzliche Bestimmungen zu erlassen:

Erster Abschnitt.

Von dem Verkehre mit dem Auslande überhaupt.

§. 1.

Allgemeine Grundsätze hinsichtlich des Ein-, Durch- und Ausgangs.

Erzeugnissen der Natur, des Gewerbefleißes und der Kunst, jeder Art, ist in Unserm Herzogthume der Ein-, Durch- und Ausgang gestattet.

Ausnahmen treten nur ein, wenn ausdrückliche Verbote bestehen.

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, N° 14.

Zweiter Abschnitt.

Von der Besteuerung der Gegenstände des Verkehrs.

§. 2.

Steuer-Tarif:

a. Eingangs-Abgabe.

Von denjenigen Gegenständen, welche zum Verbrauch, Verkauf, oder überhaupt zum freien Verkehr in das Herzogthum eingehen, soll eine Eingangs-Abgabe; und

b. Durchgangs-Abgabe

von denjenigen, welche dasselbe nur transitiren, eine Durchgangs-Abgabe, nach Maaßgabe des anliegenden Tarifs (s. Anl. A.) und der ferneren Bestimmungen dieses Gesetzes erhoben werden.

Die von solchen Abgaben befreieten Gegenstände sind in dem Tarife besonders angegeben.

§. 3.

c. Ausgangs-Abgabe.

Aus dem Herzogthume ausgehende Gegenstände unterliegen in der Regel einer Abgabe nicht. Nur diejenigen, bei welchen im zweiten Abschnitte des vorgedachten Tarifs eine Ausgangs-Abgabe ausgeworfen ist, machen davon eine Ausnahme.

§. 4.

Begriff von fremden Gegenständen.

Alle aus dem Auslande eingehende Gegenstände werden in Beziehung auf die Abgabepflichtigkeit in der Regel als fremde angesehen und behandelt.

§. 5.

Ausnahmen und allgemein bedingte Befreiungen von der Eingangs-Abgabe.

Ausnahmen von diesem Grundsatz finden dahin Statt, daß Gegenstände des freien Verkehrs, mögen sie ausländische und bereits verabgabte, oder inländische sein, welche vom Inlande durch das Ausland nach dem Inlande versendet werden, beim Wiedereingange in das letztere dann von der Abgaben-Entrichtung befreiet bleiben, wenn die vollständige Ueberzeugung vorhanden ist, daß die eingehenden Gegenstände dieselben

seien, welche aus dem Inlande ausgegangen sind, auch nicht angenommen werden kann, daß eine Zwischenlagerung im Auslande Statt gefunden habe.

Wer auf diese Begünstigung Anspruch machen will, hat die deshalb vorgeschriebenen Anordnungen unman gelhaft zu erfüllen.

§. 6.

Ferner bedingte Befreiungen für bestimmte Fälle.

Befreiungen von der Eingangs-Abgabe können ferner bewilligt werden:

- 1) für diejenigen ausländischen Gegenstände, welche
 - a. zur Verarbeitung, Veredlung, oder Reparatur mit der Bestimmung eingehen, die daraus gefertigte, veredelte, oder verbesserte Waare wieder auszuführen;
 - b. zu inländischen Messen und Märkten ein- und demnächst wieder ausgehen; und endlich
 - c. für dasjenige Vieh, welches aus dem Auslande zum Verkaufe, oder zu anderen Zwecken eingeführt worden, und unverkauft, oder nach Erreichung der bei der Importation gehegten Absicht in das Ausland zurückgeht;
- 2) für diejenigen inländischen abgabenfreien, oder ausländischen und bereits verabgabten Gegenstände, bei der Zurückkunft aus dem Auslande, welche
 - a. in besonderen, von der obersten Steuer-Behörde zu beurtheilenden Fällen, zur Verarbeitung, Veredlung, oder Reparatur, mit der Bestimmung, die daraus gefertigte, veredelte, oder verbesserte Waare in das Inland wieder einzuführen, in das Ausland gebracht worden;
 - b. nach ausländischen Messen und Märkten versendet worden, und von da unverkauft zurückkommen;
 - c. in Hamburg und Bremen zur Lagerung gekommen sind, und von diesen Lagern wieder eingeführt werden; und endlich
 - d. für dasjenige Vieh, welches aus dem Inlande zum Verkauf, oder zu anderen Zwecken in das Ausland geführt worden, und von da unverkauft, oder nach Erreichung der bei der Exportation gehegten Absicht zurückkommt.

Sedoch müssen die für solche Fälle von der obersten Steuer-Behörde vorzuschreibenden Controle-Maassregeln genau beobachtet werden.

§. 7.

Erleichterung des Durchgangs.

Transitirende Gegenstände können, vorbehältlich der Erlegung der Durchgangs-Abgabe, innerhalb Landes unter der angeordneten Aufsicht umgeladen und gelagert werden.

§. 8.

Ermäßigung der Durchgangs-Abgabe.

Auch können transitirende Gegenstände unter besonderen Verhältnissen in der Ab-

gabe erleichtert werden; und sind derartige Erleichterungen erforderlichen Falls zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

§. 9.

Verpflichtung zur Entrichtung der Abgaben.

Zur Entrichtung der Abgaben ist derjenige verpflichtet, welcher zur Zeit, wo die Abgabe erlegt werden muß, Inhaber (natürlicher Besitzer) des abgabepflichtigen Gegenstandes ist. Als ein solcher wird auch derjenige angesehen, welcher die Gegenstände aus einer steuerfreien Niederlage zu entnehmen berechtigt ist.

§. 10.

Wo die Abgabe zu entrichten.

Die Abgaben sind entweder an der Grenze oder im Innern des Landes bei den nach den Bestimmungen des §. 15 zum Empfang berechtigten Erhebungsstätten zu entrichten, und zwar:

1) die Eingangs-Abgabe

- a. für alle lose und unverpackt (d. h. entweder ohne alle, oder doch nur in einer solchen Umgebung, bei welcher der Inhalt den Steuer-Beamten sogleich vor Augen gelegt werden kann) zum freien Verkehr eingehenden Gegenstände, und für Vieh, imgleichen für alle Gegenstände, die über Grenz-Steuer-Ämter dritter Classe eingehen können, an der Grenze;
- b. für alle übrigen Gegenstände, nach der Wahl des Importanten, entweder an der Grenze, oder bei dem Steuer-Amte des Bestimmungsorts;
- c. für die in eine unversussteuerte Niederlage aufgenommenen, bei dem Steuer-Amte des Lagerungsorts, vor der Entnehmung aus der Niederlage.

2) Die Durchgangs-Abgabe an der ersten Eingangs-Grenze, und nur bei Zwischenlagerungen bei dem Steuer-Amte des Lagerungsorts, vor der Entnehmung aus der Niederlage.

3) Die Ausgangs-Abgabe

- a. für Pumpen bei dem Steuer-Amte des Absendungsorts;
- b. für die übrigen Gegenstände nach der Wahl des Exportanten, entweder bei dem Steuer-Amte des Absendungsorts, oder an der ersten Ausgangs-Grenze.

§. 11.

Haften der Gegenstände für die Abgaben.

So lange die Abgaben nicht berichtigt sind, haften die abgabepflichtigen Gegenstände für deren Entrichtung, ohne Rücksicht auf die Rechte eines Dritten. Sie können zu dem Ende von den Steuer-Beamten zurückgehalten oder mit Beschlagnahme belegt, und ihre Verabfolgung kann vor Entrichtung der Abgaben nicht verlangt werden.

§. 12.

Abgaben=Erstattung und Nacherhebung.

Die aus Irrthum oder durch unrichtige Anwendung der Tariffätze zu viel erhobenen Abgaben sollen zurückgezahlt, die zu wenig oder gar nicht erhobenen durch die Erhebungs=Beamten von den Steuerpflichtigen nachträglich eingezogen werden.

Beides muß jedoch innerhalb Jahresfrist, von dem Tage angerechnet, an welchem die Abgabe entrichtet wurde, oder zu entrichten war, geschehen; wenigstens sind die desfalligen Ansprüche, sowohl von Seiten der Steuerpflichtigen als von Seiten der Verwaltung, binnen jener Frist geltend zu machen.

Nach Ablauf derselben ist jeder bis dahin nicht angebrachte Anspruch auf Erstattung oder Nachzahlung von Abgaben, sowohl gegen die Steuer=Casse als gegen die Steuerpflichtigen, erloschen, und ersterer verbleibt nur das Recht auf Schadenersatz gegen die Steuer=Beamte, ohne daß diese befugt sind, ihren Regreß an dem Steuerpflichtigen zu nehmen.

§. 13.

Zettel-, Blei-, Siegel- und Stempel=Gebühren.

Außer den Ein-, Durch-, oder Ausgangs=Abgaben, sind auch, wenn Gegenstände nach den Vorschriften dieses Gesetzes unter besonderen Controle-Formen abgefertigt werden, die im vierten Abschnitte des Tarifs bestimmten Zettel-, Blei- oder Siegel- und Stempel=Gebühren zu entrichten.

Dritter Abschnitt.

Von den zur Erhebung und Aufsicht angeordneten Aemtern, deren Befugnissen und Verpflichtungen.

§. 14.

Steuer=Aemter.

Zur Erhebung und Sicherung der Ein-, Durch- und Ausgangs=Abgaben sind an geeigneten Orten

an der Grenze

Grenz=Steuer=Aemter erster, zweiter und dritter Classe,

im Innern des Landes

Haupt=Steuer=Aemter und Neben=Steuer=Aemter errichtet. — Sie sind zugleich mit

der Erhebung der Fabrications-Abgaben von inländischem Biere und Branntweine beauftragt.

§. 15.

Deren Befugnisse:

1) Grenz-Steuer-Aemter erster Classe.

Ueber die Grenz-Steuer-Aemter erster Classe findet Ein-, Durch- und Ausgang in unbeschränkter Maasse Statt, und diese Aemter sind zu jeder Erhebung, sie betreffe Ein-, Durch- oder Ausgangs-Abgaben, ermächtigt.

2) Grenz-Steuer-Aemter zweiter Classe.

Bei den Grenz-Steuer-Aemtern zweiter Classe ist der Ein- und Durchgang zwar unbeschränkt; auch sind sie zur Erhebung jeder Durchgangs-Abgabe ermächtigt. Die Befugniß zur Erhebung der Eingangs-Abgabe beschränkt sich indeß nur auf solche Gegenstände, die

- a. lose und unverpackt;
- b. zwar verpackt eingehen, wofür indessen die von jedem einzelnen Declaranten zu entrichtende Abgabe überhaupt, mit Einschluß der für die, von demselben lose und unverpackt eingeführten Gegenstände zu entrichtenden, den Betrag von 20 Thln. nicht übersteigt; oder
- c. zu denjenigen gehören, die auch über Grenz-Steuer-Aemter dritter Classe eingeführt werden dürfen; so wie
- d. auf Vieh.

Zur Ausgangs-Behandlung und Erhebung der Ausgangs-Abgabe sind sie nur in so weit berechtigt, als die auszuführenden Gegenstände weder aus solchen, die mit einer höhern Ausgangs-Abgabe als von 12 Sgr. für den Centner, belegt sind, bestehen, noch zu denjenigen gehören, für die, im Falle der Exportation, eine Steuer-Bonification gegeben wird.

3) Anmelde-Posten.

Grenz-Steuer-Aemter erster und zweiter Classe, die nicht unmittelbar an der Grenze errichtet werden können, sollen erforderlichen Falls mit, der Grenze näher belegenen, Anmelde-Posten versehen werden, denen jedoch in dieser Eigenschaft die Befugniß zur Erhebung von Ein-, Durch- und Ausgangs-Abgaben nicht zustehet.

4) Grenz-Steuer-Aemter dritter Classe.

Ueber Grenz-Steuer-Aemter dritter Classe ist der Eingang nur gestattet für folgende Gegenstände, als:

- 1) Getreide und Hülsenfrüchte;

- 2) Bau- und Nutzholz, auch Balken, Bohlen, Bretter (rauhe Dielen), Sparten und Latten von europäischen Holzarten; auch
- 3) dergleichen gezimmertes und zugerichtetes Bauholz;
- 4) Kalk und Gips, gebrannter, und Cement;
- 5) Steinkohlen;
- 6) Delsaamen und Delsuchen;
- 7) behauene Bau-, Bruch-, Mauer-, Quader-, Mühl- und dergleichen Steine, auch Fluren, und Schleif- und Wegsteine, gewöhnliche runde von Sandstein;
- 8) gebrannte Mauer-, Back-, Dach- und Ziegelsteine, Klinker;
- 9) Torf.

Gegenstände, die mit einer Ausgangs- oder Durchgangs-Abgabe belegt sind, dürfen über diese Aemter nicht ausgeführt werden; eben so wenig aber auch alle sonstige Artikel, deren wirklicher Ausgang nachzuweisen ist, um von der Abgaben-Entrichtung befreiet zu werden, oder auf Steuer-Vonification Anspruch machen zu können.

5) Haupt-Steuer-Aemter.

Die Haupt-Steuer-Aemter sind zu jeder Erhebung von Ein-, Durch- und Ausgangs-Abgaben, so weit deren Entrichtung überhaupt im Innern gesetzlich erlaubt ist, ermächtigt, und haben, hinsichtlich der aus dem Auslande über Grenz-Steuer-Aemter, oder aus inländischen unversteuerten Niederlagen, oder von einem andern inländischen Haupt-Steuer-Amte bei ihnen ankommenden, so wie der dahin abgehenden abgabepflichtigen und noch nicht versteuerten, oder abgabefreien, aber verpackten Gegenstände, die Qualität der Grenz-Steuer-Aemter erster Classe.

6) Neben-Steuer-Aemter.

Die Erhebungs-Befugnisse der Neben-Steuer-Aemter beschränken sich auf die von den Postgütern zu entrichtenden Abgaben.

Beschränkung oder Erweiterung dieser Befugnisse.

Beschränkungen oder Erweiterungen der Befugnisse einzelner Steuer-Aemter bleiben der obersten Steuer-Behörde vorbehalten.

§. 16.

Bezeichnung der Grenz-Aemter und Anmelde-Posten.

Die in den vorstehenden §§. gedachten Grenz-Aemter und Anmelde-Posten sollen mit Schildern versehen werden, aus deren Inschrift die Qualität der Stellen hervorgeht; auch können da, wo die Localität es erheischt, Schlagbäume errichtet werden.

§. 17.

Geschäftsstunden bei den Steuer-Aemtern.

Die Geschäfts-Localen der Steuer-Aemter sollen zur Abfertigung der Steuerpflichtigen geöffnet sein:

1) bei den Grenz-Kemtern:

- a. in den fünf Wintermonaten October bis incl. Februar, Vormittags von 7 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 1 bis 6 Uhr;
- b. in den übrigen Monaten, Vormittags von 6 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 1 bis 8 Uhr.

Bei lebhaftem Verkehr oder besonderen Local-Verhältnissen muß erforderlichen Falls mit den Abfertigungen früher anfangen und später fortgefahren werden.

2) Bei den Haupt-Steuer-Kemtern:

- a. in den fünf Wintermonaten October bis incl. Februar, Vormittags von 7 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 1 bis 4 Uhr;
- b. in den übrigen Monaten, Vormittags von 7 bis 12, und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr.

3) Bei den Neben-Steuer-Kemtern:

von 7 bis 10 Uhr Vormittags, in so fern die Controle der Verbrauchs-Steuern, die Verabgabung der Postgüter, oder sonstige Dienstverrichtungen nicht auch zu anderen Tageszeiten dieöffnung des Geschäfts-Locals erfordern.

An Sonn- und Festtagen sind die Steuer-Kemter während des vormittägigen Gottesdienstes geschlossen.

Die Expedition der in Wagen und zu Pferde reisenden Personen ist indeß auf gewisse Stunden überall nicht beschränkt.

§. 18.

Aufsichts-Beamte.

Zur Führung der Aufsicht an der Grenze und im Innern sind besondere Controle-Beamte angestellt. — Es sind indeffen auch die Erhebungs- und sonstigen Beamten der Steuer-Verwaltung zur Mit-Aufsicht verpflichtet.

§. 19.

Uniformirung und Bewaffnung der Grenz-Beamten.

Die an den Grenzen fungirenden Steuer-Beamten sollen, so weit als erforderlich, uniformirt und bewaffnet sein.

§. 20.

Legitimation der nicht uniformirten Steuer-Beamten.

Nicht uniformirte Steuer-Beamte müssen sich durch die von der vorgesetzten Behörde erhaltene Legitimation ausweisen können.

§. 21.

Bestimmung wegen des Waffengebrauchs.

Die Befugnisse der Grenz-Beamten beim Gebrauch der ihnen verliehenen Waffen sind durch das anliegende Reglement (s. Anlage B.) näher festgestellt.

§. 22.

Verhalten der Steuer-Beamten und Steuerpflichtigen im Allgemeinen.

Die Steuer-Beamten sind, bei Vermeidung einer Disciplinar- oder den Umständen nach härteren Strafe, gehalten, bei ihren Dienstverrichtungen ein anständiges und bescheidenes Verfahren zu beobachten, ihre Nachforschungen nicht über den Zweck der Sache auszudehnen und überhaupt jeden Anlaß zu gegründeten Beschwerden zu vermeiden.

Damit solche Beschwerden, auch in den Fällen, wo der Fremde keine Zeit zu einem umständlichen Verfahren hat, wie namentlich an den Grenzen, zur Kenntniß der vorgesetzten Behörde gelangen, soll bei jedem Grenz-Amte ein Register ausgelegt werden, in welches der Beschwerdeführer seinen Namen, Stand und Wohnort, so wie die Thatsache, worüber er sich beschweren zu können vermeint, eintragen kann.

Jede Beschwerde, sie mag durch das eben erwähnte Register, oder durch besondere Anzeige zur Kenntniß der Steuer-Verwaltung kommen, soll Veranlassung geben, den betreffenden Steuer-Beamten zur Verantwortung zu ziehen, oder ihn genau zu beobachten und, dem Befinden nach, für das verkehrende Publikum unschädlich zu machen.

Die Strafe der Dienstentsetzung soll aber diejenigen treffen, welche

- 1) Verationen gegen Steuerpflichtige sich erlauben; oder
- 2) von diesen für irgend ein Dienstgeschäft ein Geschenk an Geld und Sachen, oder eine Leistung, sie habe Namen wie sie wolle, verlangen oder annehmen, oder durch ihre Angehörigen verlangen oder annehmen lassen; oder
- 3) bei den, ihrer Controle unterworfenen Personen Gelddarlehen machen.

Außerdem soll dasjenige, was auf diese Art angeliehen oder angenommen worden, confiscirt werden und der Steuer-Straf-Casse zufallen.

An diese Cassé sind auch die den Steuer-Beamten angebotenen Geschenke abzuliefern.

Dagegen haben aber auch die Steuer-Beamte von den Steuerpflichtigen ein bescheidenes Benehmen zu erwarten, und derjenige, welcher sich einem solchen bei Ausübung seines Amtes widersetzt, denselben mit Worten oder durch unanständige Begegnung beleidigt, oder sich gar thätlich an demselben vergreift, oder aber ihm Geschenke oder Gelddarlehen anträgt, soll, dafern er nach Beschaffenheit seiner Handlung und nach den bestehenden Criminal-Gesetzen nicht eine schwerere Strafe verwirkt hat, mit einer, den Umständen angemessenen Geldbuße oder Gefängnißstrafe belegt werden.

§. 23.

Revision bei Gewerbetreibenden.

Die Steuer-Beamten sind berechtigt, bei den Handel- und Gewerbetreibenden ihres Controle-Bezirks von Zeit zu Zeit Revisionen vorzunehmen. Zu dem Ende ist ein Jeder, der Handel oder Gewerbe mit abgabepflichtigen Gegenständen treibt, insbesondere die Kaufleute, Krämer, Hohenhändler, Gast- und Schenkwirthe, bei Vermeidung einer

Ordnungsstrafe von 10 Thlr., gehalten, den Steuer-Beamten ihre Waarenlager, Vorrathsbehältnisse und alle diejenigen Räume, worin abgabepflichtige Gegenstände aufbewahrt werden, auf Erfordern sofort, zur Nachtzeit jedoch nur in Gegenwart eines Steuerbeamten höhern Grades, oder des Ortsvorstandes, oder mit Zustimmung einer obrigkeitlichen Person, oder des betreffenden Gerichts, zu öffnen, und über den Zugang und Abgang an abgabepflichtigen Gegenständen die verlangte Aufklärung zu geben.

In gleicher Maasse sind auch die Frachtfuhrleute, Branntweinfuhrleute und Schiffer, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 5 Thlr. gehalten, alle diejenigen Räume, welche sie zur Aufbewahrung transportirter Gegenstände benutzen, den Steuer-Beamten zu jeder Zeit zu öffnen, und die darüber geforderte Aufklärung zu ertheilen.

§. 24.

Revision bei anderen Personen.

Steuerpflichtige, welche zu den im vorstehenden §. 23 benannten Gewerbetreibenden nicht gehören, sind solchen Revisionen zwar nicht unterworfen, indeß verpflichtet, den Steuer-Beamten auf deren, in Beziehung auf den Empfang oder die Versendung abgabepflichtiger Gegenstände, gehaltenen Nachfragen genügende Auskunft zu geben. Wer jedoch zum zweiten Male einer Defraude mit derartigen Gegenständen gerichtlich überführt worden ist, muß sich für die folgenden 2 Jahre den Revisionen seiner Vorrathsbehältnisse, gleich Gewerbetreibenden, unterwerfen, und verliert, wenn er anderweit einer Defraude gerichtlich überführt worden, für immer den Anspruch auf Befreiung von der Revision.

§. 25.

Hausfuchung.

Allgemeine Hausfuchungen können nur in Fällen dringenden Verdachts einer Defraude oder heimlichen Niederlage unversteuerter Waaren vorgenommen werden:

- 1) bei Gewerbetreibenden,
entweder von einem Steuer-Beamten höhern Grades unter Zuziehung des Ortsvorstandes; oder von einem untern Steuer-Beamten, unter Anordnung oder Leitung der Obrigkeit oder des Gerichts,
- 2) bei anderen Personen,
von einem Steuer-Beamten höhern Grades, unter Anweisung oder Leitung der Obrigkeit oder des Gerichts.

Tritt aber der Fall ein, daß von den Steuer-Beamten auf der That betroffene und verfolgte Contravenienten mit den Gegenständen, die sie bei sich führen, in Gehöften oder Häusern einen Zufluchtsort suchen, so bedarf es jener Förmlichkeiten nicht; es müssen vielmehr die verdächtigen Räume den verfolgenden Beamten auf deren Verlangen sofort geöffnet, und diese dürfen in Ausübung ihrer Dienstpflicht gegen die Flüchtigen auf keine Weise gehindert werden.

§. 26.

Sonstige Revisions-Befugnisse der Steuer-Beamten.

Gegen Führer abgabe- oder controlepflchtiger Gegenstände auf dem Transporte haben die Steuer-Beamten folgende Befugnisse und Verpflichtungen:

- 1) Frachtfuhrwerk und Viehtreiber können sie anhalten, sich die Steuer-Legitimation vorzeigen lassen, und diese mit den Gegenständen durch äußere Besichtigung vergleichen. Findet Uebereinstimmung nicht Statt, so müssen sie die Legitimation an sich behalten und die Gegenstände, wo möglich in der Richtung, worin sie dieselben finden, zum nächsten Steuer-Amte begleiten.
- 2) Kiepen- und Packenträger, Handfuhrwerke, Bauern und sonstige Wirthschafts-Fuhrwerke und beladene Lastthiere können auf der Stelle revidirt werden, um Ueberzeugung zu nehmen, daß entweder keine abgabepflichtigen Gegenstände geladen, oder diese gehörig angemeldet sind. Bei verpackten Waaren muß entweder nach obiger Vorschrift unter 1. verfahren, oder der Transportant zum nächsten Steuer-Amte, oder zum Vorstande des nächsten Orts begleitet werden, um sich bei demselben einer Nachsuchung zu unterwerfen.
- 3) Ledig angegebenes Fuhrwerk, ohne Ausnahme, kann angehalten werden, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß es wirklich unbeladen ist.
- 4) Führer von Fahrzeugen auf denjenigen Flüssen, welche nicht, vermöge besonderer Schifffahrts-Verträge, als Ausland anzusehen sind, müssen auf den Anruf der Steuer-Beamte sobald als möglich anhalten, und je nachdem es verlangt wird, entweder dem Ufer zusteuern und daselbst an passlicher Stelle anlegen, oder die Ankunft der Steuer-Beamte abwarten.
- 5) Wer Gegenstände führt, welche bei dem Transporte mit einer Legitimation nicht begleitet zu sein brauchen (§. 82), ist gehalten, den Steuer-Beamten zur Stelle die nöthige Auskunft zu geben, um sie zu überzeugen, daß die Gegenstände jener Legitimation auch wirklich nicht bedürfen. Kann dies nicht genügend geschehen, so sind die Steuer-Beamte befugt, den Transport dahin zu führen, wo die verlangte Auskunft mit Sicherheit zu erhalten steht.
- 6) An denjenigen Orten, wo eine Thor-Controle angeordnet ist, haben die Thor-Einnehmer die Verpflichtung, von Frachtfahrern die Ladungs- und Legitimations-Papiere zur Disirung sich vorlegen zu lassen, auch erforderlichen Falles die Ladung der Revision zu unterziehen. Der Waarenführer muß daher sowohl an dem Thore des Eingangs, als an dem des Ausgangs sich beim Thor-Einnehmer melden.
- 7) Reisende in Wagen, und solche, die zu Pferde oder zu Fuß mit Felleisen und dergleichen, über die Grenzen eingegangen sind und sich auf einer Hauptstraße in der unbezweifelten Richtung nach dem Grenz-Steuer-Amte befinden, dürfen von den Steuer-Beamten überall nicht angehalten werden. Sind diese Reisende indeß das Grenz-Amt bereits passiert, so kann von ihnen, jedoch nur innerhalb der

ersten Meile landeinwärts von der Landesgrenze, die Nachweisung der geschehenen Meldung gefordert werden. Erfolgt diese, so dürfen die Reisenden nicht weiter aufgehalten werden; im entgegengesetzten Falle haben die Steuer-Beamte solche, wenn sie nicht sofortige Revision wünschen sollten, entweder zum nächsten Steuer-Amte zurückzuführen, oder, wenn der in Wagen Reisende sich erbieht, den Steuer-Beamten bis zum nächsten Orte mitzunehmen, dahin zu begleiten, um daselbst die Revision zu bewirken.

Ausgenommen von jener Nachweisung sind die mit den ordinairn Posten, oder mit Extrapost Reisenden, indem diese, nachdem sie sich beim Grenz-Amte gemeldet haben, auf der Route überall nicht weiter angehalten werden dürfen.

- 8) Abgaben- oder controlepflichtige Gegenstände, welche mit den vorhandenen Legitimations-Papieren nicht übereinstimmen, oder auf einer, von der vorgeschriebenen abweichenden Straße betroffen werden, oder mit der erforderlichen Legitimation nicht versehen sind, müssen in Beschlag genommen und an das nächste Steuer-Amt abgeliefert werden.

§. 27.

Quittungsbücher der Gewerbetreibenden.

Die im §. 23 benannten Handel- und Gewerbetreibenden sind gehalten, ein Quittungsbuch zu führen, in welches die empfangenen verabgabten Gegenstände von dem Steuer-Amte jedes Mal eingetragen werden müssen, und worin auch der bei den Revisionen der Waarenlager ermittelte, von dem Steuerpflichtigen durch seine Mitunterschrift als richtig anzuerkennende Bestand zu verzeichnen ist.

Die Steuerbeamte sind verpflichtet, die Vorlegung dieses Buchs, sowohl bei der Verabgabung der Gegenstände als bei den spätern Revisionen der Waarenlager, zu verlangen; und der Gewerbetreibende, welcher diesem Verlangen kein Genüge leistet, verurtheilt eine Ordnungsstrafe von 1 Thlr.

Vierter Abschnitt.

Von dem bei ein- und durchgehenden Gegenständen zu beobachtenden Verfahren.

A. Allgemeine Bestimmungen.

§. 28.

Erlaubte Straßen.

Die Ein- und Durchfuhr abgabepflichtiger, oder abgabefreier, jedoch verpackter, Gegenstände darf nur auf einer solchen Land- oder Wasserstraße geschehen, an welcher

ein, nach den Bestimmungen des §. 15 zur Behandlung der Gegenstände ermächtigtes Grenz-Steuer-Amt oder Anmelde-Posten sich befindet.

Diese Straßen sollen bei Entlegenheit des Grenz-Amtes von der Grenze an den geeigneten Punkten mit Pfählen, und diese mit Inschriften versehen werden, wodurch auf das Amt hingewiesen wird.

§. 29.

Verbotene Nebenwege.

Alle andere Wege sind für den gedachten Verkehr verboten, auch darf an den, als erlaubte Eingangspunkte oder Landungsplätze nicht bezeichneten Küsten oder Uferstellen kein mit Gegenständen der im vorstehenden §. 28 erwähnten Art beladenes Fahrzeug in einer solchen Nähe des Ufers anlegen, daß dadurch heimliche Ausladungen leicht zu bewirken stehen. Die in dieser Beziehung zu beobachtende Entfernung wird, wenn nicht die Beschaffenheit des Strombetts oder der Wasserstand Ausnahmen nothwendig machen, auf mindestens 50 Fuß bestimmt.

Ausnahmen.

Das Verbot des Anlandens an anderen als den bezeichneten Landungsplätzen tritt außer Kraft, wenn wegen Beschädigung des Fahrzeuges, drohender Gefahr, oder wegen augenscheinlichen Nothstandes, der Führer des Fahrzeuges an einer andern Uferstelle anzulegen genöthigt wird.

Auch ist zur Erleichterung des Transports der zu Wasser ein- und ausgehenden Gegenstände das Anlanden, die Löschung oder Befrachtung eines Fahrzeuges an anderen, als den bezeichneten Landungsplätzen, alsdann gestattet, wenn die Gegenstände der Ladung der Ein- oder Ausgangsbehandlung bei einem Grenz-Steuer-Amte bereits unterworfen worden sind, und solches durch Vorzeigung der desfallsigen Legitimations-Papiere nachgewiesen werden kann.

Die oberste Steuer-Behörde ist übrigens ermächtigt, in geeigneten Fällen noch andere Ausnahmen zu gestatten.

§. 30.

Fernere Ausnahmen.

Völlig abgabenfreie und zugleich unverpackte Gegenstände (Tarif, Abschnitt I.) können auch auf Nebenwegen ein-, durch- oder ausgeführt werden.

§. 31.

Beschränkung des Transports auf die Tagesstunden.

Der Transport der Gegenstände über die Landesgrenze ist nur in den Tagesstunden erlaubt. Als Tagesstunden werden in dieser Beziehung angesehen:

in den Monaten Januar, Februar, October, November und December, die Stunden von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends;

in den Monaten März, April, August und September, von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends;

in den Monaten Mai, Juni und Juli von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Ausnahmen hievon finden nur Statt:

- 1) hinsichtlich der Gegenstände, welche mit den Posten versendet werden, oder welche Reisende in Wagen, zu Pferde oder zu Fuß, mit sich führen; und
- 2) wenn in außerordentlichen Fällen die Erlaubniß des betreffenden, zur Behandlung der Gegenstände ermächtigten Grenz-Amtes ertheilt wird.

Der Erlaubnißschein muß den Transportanten, den Gegenstand selbst, die Straße und die Zeit der Gültigkeit bezeichnen.

§. 32.

Einhalten der Hauptstraße.

Bei dem Transport der Gegenstände von der Landesgrenze bis zum Grenz-Amte, und von diesem bis zu jener, muß die bezeichnete Straße genau eingehalten, an der Ladung darf, erwiesene Nothfälle ausgenommen, keine Veränderung vorgenommen werden, und jeder willkührliche Aufenthalt auf dieser Straßenstrecke ist verboten.

§. 33.

Reihesfolge der Abfertigungen.

Die Abfertigung der Steuerpflichtigen bei dem Grenz-Steuer-Amte muß in der Regel nach der Zeitfolge der Anmeldung geschehen.

Einen Vorzug haben jedoch vor allen Anderen die mit Extrapost Reisenden wegen ihrer Reise-Effecten, nicht aber hinsichtlich der Kaufmannsgüter, welche sie etwa mit sich führen, insofern darüber nach den Bestimmungen des §. 38 eine schriftliche Declaration abgegeben werden muß; und dann die übrigen in Wagen, zu Pferde und zu Fuß Reisenden unter gleicher Bedingung.

Unter den sonstigen Waarenführern steht derjenige, selbst den später ankommenden, nach, dessen Declaration entweder nicht in gehöriger Ordnung ist, oder nach Vorschrift des eben gedachten Paragraphen von dem Grenz-Amte ausgefertigt werden muß.

B. Behandlung der Gegenstände an den Steuer-Ämtern.

1) Beim Eingange.

§. 34.

Declaration bei dem Grenz-Steuer-Amte.

Bei der Ankunft am Grenz-Steuer-Amte übergibt der Inhaber der Gegenstände ohne Verzug seine sämmtlichen, die Ladung betreffenden Papiere, insofern sie

nicht auf die im nachstehenden Paragraphen bemerkte Weise durch den Aufsichts-Beamten in die Hände des Grenz-Steuer-Amtes gelangen.

Er ist auch zur Abgabe einer speciellen Declaration (§. 37) verbunden und darf nicht eher, als bis ihm von dem Grenz-Steuer-Amte die Erlaubniß ertheilt worden, irgend eine Ab- oder Ausladung vornehmen.

§. 35.

Oder bei dem vorliegenden Anmeldeposten.

Wo das Grenz-Amt entfernter von der Grenze belegen, dieser aber näher ein Anmeldeposten errichtet ist, hat der Inhaber der Gegenstände seine sämtlichen Papiere über die Ladung bei Letzterem abzugeben.

Die Papiere werden in seiner Gegenwart von dem Grenz-Beamten eingeseigelt, an das betreffende Grenz-Steuer-Amt adressirt und einem Aufsichts-Beamten überliefert, welcher das Fuhrwerk oder Schiffsgesäß begleitet. Sollte diese Begleitung aber nicht Statt finden, so werden die eingeseiegelten Papiere dem Waarenführer mit einem Anmelde-Scheine, in welchem die Anzahl der Wagen und Pferde, oder Schiffe, und die der geladenen Waaren-Colli, angegeben sein muß, zur Besorgung an das Grenz-Steuer-Amt mitgegeben.

§. 36.

Ausnahmen.

Ausnahmen finden Statt bei Reisenden, und zwar:

- a. bei denjenigen, welche sich der ordinairten Posten bedienen, von den Bestimmungen der beiden vorstehenden §§. 34 und 35, und
- b. bei denjenigen, welche mit Extrapost, zu Pferde, oder zu Fuß reisen, von den Vorschriften des §. 35, und
- c. bei sonstigen, in Wagen Reisenden von den Bestimmungen des §. 35 dahin, daß selbige nur ihren Namen, Stand und Wohnort, so wie den Namen und Wohnort des Fuhrmanns anzuzeigen und einen Schein darüber zu entnehmen haben, mit dem sie sich bis zum Grenz-Steuer-Amte ausweisen, und welchen sie an dasselbe abliefern.

§. 37.

Inhalt der Declaration.

Die Declaration (§. 34) muß enthalten:

- 1) den Namen des Fuhrmanns, bei Schiffen den Namen oder die Nummer des Fahrzeuges, und den Namen des Führers;
- 2) die Anzahl der Wagen und Pferde, oder der Schiffe, womit der Transport bewirkt wird;
- 3) die Zahl der Colli und deren Marken und Nummern im Einzelnen;

- 4) die Menge und Gattung der in jedem Collo enthaltenen Waaren, nach den Maaßstäben des Tarifs;
- 5) den Namen und Wohnort der Empfänger der Gegenstände (nach den Frachtbriefen);
- 6) die Angabe: ob entweder der ganze Transport oder einzelne Theile desselben sofort an der Grenze versteuert oder unversteuert zur Abladung an einen inländischen Ort gelangen, oder nur durchgeführt werden sollen; und
- 7) die Unterschrift des Declaranten.

Die Declaration muß sich auf alle Theile der Ladung, nichts davon ausgeschlossen, mithin, wenn abgabenpflichtige mit abgabenfreien Gegenständen zusammen geladen sind, auch auf letztere erstrecken.

§. 38.

Anfertigung der Declaration.

Die Anfertigung der Declaration liegt dem Inhaber der Gegenstände ob. Sie muß in der Regel schriftlich und zweifach dem Steuer=Amte übergeben werden. Ausnahmen finden jedoch Statt:

- 1) wenn die Eingangs=Abgabe vom ganzen Transporte den Betrag von 5 Thlr. nicht übersteigt, indem sodann eine mündliche Declaration zugelassen werden kann, falls der Declarant die Abgabe einer schriftlichen nicht vorziehen sollte;
- 2) wenn der Declarant die zur Ausstellung einer schriftlichen Declaration erforderlichen Fähigkeiten nicht besitzt; oder
- 3) keine Frachtbriefe oder andere über seine Ladung sprechende Papiere, oder nur solche in Händen hat, die zur Anfertigung einer vollständigen Declaration unzureichend sind, ihm auch sonst die Ladung nicht bekannt genug ist, um die vorgeschriebene Declaration selbst zu fertigen, oder von einem Andern fertigen zu lassen.

In dem zweiten und dritten Falle kann die Anfertigung der Declaration durch das Grenz=Steuer=Amt geschehen, und wenn dem Declaranten die Ladung ganz oder theilweise völlig unbekannt, er auch nicht erbötig ist, den höchsten Satz der Eingangs=Abgaben zu entrichten, so ist zu unterscheiden:

- a. ob die Gegenstände sofort an der Grenze in den freien Verkehr treten; oder
- b. unversteuert zur Abladung an einen inländischen Ort gelangen sollen, oder ob sie zum Durchgange bestimmt sind.

Im Falle unter a, muß eine specielle Revision (§ 41) Statt finden, in den Fällen unter b. in der Regel eine allgemeine, und nur dann eine specielle Revision, wenn die Rechte der Steuer=Casse durch Grenz=Depositem (§. 49) und Waarenverschluß (§. 58), was das Steuer=Amt zu beurtheilen hat, nicht völlig gesichert werden können.

Auf diese Revision und auf die darüber aufzunehmende Verhandlung wird die Declaration gegründet.

Der Declarant hat diese, von dem Grenz-Steuer-Amte gefertigte Declaration durch seine Namens-Unterschrift, oder sein zu beglaubigendes Handzeichen als richtig anzuerkennen, wie denn überhaupt der Declarant für die Richtigkeit der Declaration haftet, ohne Unterschied, ob sie von ihm selbst oder für ihn von einem Andern gefertigt worden ist; unbeschadet jedoch seines etwaigen Regresses.

§. 39.

Beschaffenheit der Declaration.

Die Declaration muß leserlich, und besonders hinsichtlich der Zahlen, deutlich geschrieben sein, und darf weder Abänderungen noch Rasuren enthalten.

Diejenige, welche diesen Erfordernissen nicht entspricht, kann vom Steuer-Amte zurückgewiesen werden.

Die Steuer-Beamten sind übrigens verpflichtet, den Steuerpflichtigen bei Abgabe ihrer Declarationen stets die geforderte Unterweisung zu geben; wie denn auch bei jedem Steuer-Amte eine hinreichende Anzahl gedruckter Formulare zu denselben vorrätzig gehalten und den Steuerpflichtigen auf Erfordern, gegen Ersatz der auf dem Formulare angegebenen Kosten des Papiers und Drucks, verabreicht werden soll.

§. 40.

General-Declaration.

Dem Declaranten steht frei, ob er über die Gegenstände seines gesammten Transports nur eine oder mehrere partielle Declarationen übergeben will. Im letztern Falle muß er aber solche selbst besorgen, wenn auch deren Anfertigung durch das Steuer-Amt nach den Bestimmungen des §. 38 sonst zulässig wäre; auch hat er dann den einzelnen Declarationen noch eine besondere General-Declaration beizufügen und in derselben die Versicherung abzugeben, daß die sämmtlichen Gegenstände des Transports richtig declarirt seien.

§. 41.

Revision der Gegenstände.

Nach Berichtigung des Declarations-Punkts erfolgt die Revision der Gegenstände, insofern sie nicht bereits nach §. 38. hat eintreten müssen.

Vermöge derselben sollen die Steuer-Beamte, entweder durch den Augenschein, oder durch Instrumente sich die Ueberzeugung verschaffen, daß die zum Eingange angemeldeten Gegenstände nach Menge und Gattung mit der Declaration übereinstimmen, und daß kein mit einer höheren Abgabe belegter Gegenstand, als der declarirte, vorhanden ist.

Geschieheth die Untersuchung nur nach Zahl, Marke und Gewicht der Colli, ohne

Öeffnung der Umgebung, so ist die Revision eine allgemeine; findet aber außerdem zur Ausmittelung der Waarengattung noch die Eröffnung Statt, so ist dies eine specielle Waaren-Revision.

§. 42.

Revisions-Verfahren nach Verschiedenheit der Fälle.

Wie weit die Revision überhaupt ausgedehnt werden, ob eine specielle oder eine allgemeine Statt finden, und welches Verfahren für die fernere Abfertigung eintreten müsse, richtet sich in der Regel theils nach der Beschaffenheit der Gegenstände und deren Verpackungsart, theils nach deren Bestimmung, und ist verschieden, je nachdem selbige

- 1) sogleich an der Grenze in den freien Verkehr treten; oder
- 2) unverteuert zur Abladung an einen inländischen Ort gelangen sollen; oder zum unmittelbaren Durchgange angemeldet worden.

§. 43.

Verpflichtung des Declaranten bei der Revision.

Der Declarant ist verpflichtet, die Gegenstände so weit als möglich den Steuer-Beamten in einem solchen Zustande darzulegen und für die dabei erforderlichen Handleistungen nach deren Anweisung dergestalt zu sorgen, daß sie die von ihnen für nöthig erachtete Revision vornehmen können.

§. 44.

Behandlung der Gegenstände im Falle sofortiger Entrichtung der Eingangsgeld-Abgabe an der Grenze:

a. Revision.

Sollen die eingegangenen Gegenstände sogleich an der Grenze in den freien Verkehr übergehen, so muß die Revision, da es in diesem Falle auf die Ermittlung des Betrags der Eingangsgeld-Abgabe ankommt, stets eine specielle sein.

Wünscht jedoch der Steuerpflichtige, daß die Ladung, oder ein Theil derselben, von der Revision befreit bleibe, so kann dies geschehen, wenn der höchste tarifmäßige Abgabensatz entrichtet wird und kein Verdacht obwaltet, daß die Einschmuggung von, durch die Steuer- oder andere Landes-Gesetze verbotenen Gegenständen beabsichtigt werde.

§. 45.

b. Entrichtung der Eingangsgeld-Abgabe und Ertheilung der Quittung.

Nach erfolgter Revision, und wenn bei derselben die Ladung mit der Declaration übereinstimmend befunden ist, geschieht die Entrichtung der Abgabe. Der

Steuerpflichtige empfängt darüber eine Quittung, welche, wenn eine schriftliche Declaration übergeben war, auf dem einen Exemplare derselben ausgestellt wird.

War für verschiedene Empfänger der Gegenstände nur eine Declaration abgegeben, so kann verlangt werden, daß das Steuer-Amt, neben Ertheilung der allgemeinen Quittung auf der Declaration, auch auf jedem Frachtbriefe den summarischen Betrag der entrichteten Abgabe von den darin verzeichneten Waaren kurz bemerke.

In der Quittung wird vorgeschrieben, innerhalb welcher Frist der Transport an den Bestimmungsort gelangen muß.

Sind die Gegenstände für Handel- oder Gewerbetreibende (§. 23) in dem Bezirke eines andern Steuer-Amtes bestimmt, so muß auch die zu haltende Strafe, und zugleich vorgeschrieben werden, daß der Transport vor der Ab- oder Ausladung bei diesem Amte, — welchem die Befugniß zusteht, die Ladung mit der, zur Legitimation dienenden Quittung zu vergleichen, — anzumelden sei, damit dasselbe die Eintragung in das Quittungsbuch des Steuerpflichtigen vornehmen kann.

Der Waarenführer hat die obgedachten, in der Quittung enthaltenen Vorschriften genau zu befolgen.

§. 46.

c. Schluß der Abfertigung.

Hiernächst werden dem Declaranten die producirtten Frachtbriefe oder sonstigen Ladungs-Papiere, nachdem selbige von dem Steuer-Amte gestempelt worden, zurückgegeben, über die abgabefreien Gegenstände, insoweit es erforderlich ist, die benötigten Legitimationen zum ferneren Transport ertheilt, die unter den verabgabten Gegenständen etwa befindlichen Taback- und Cichorien-Packete, gegen Erlegung der tarifmäßigen Gebühr gestempelt, und die Abfertigung ist damit geschlossen.

§. 47.

Behandlung der nicht an der Grenze zur Verabgabung kommenden Gegenstände:

a. Revision.

Werden Gegenstände — mit Ausnahme derjenigen, wovon die Eingangs-Abgabe nach §. 10 und 45 sogleich an der Grenze entrichtet werden muß, oder bereits entrichtet ist — zur Abladung an einem inländischen Orte, oder zum Durchgang declarirt, so findet in der Regel, und insbesondere dann, wenn die Gegenstände nach der Beurtheilung des Grenz-Amtes unter völlig sichern Verschuß gesetzt werden können, nur eine allgemeine Revision Statt.

§. 48.

b. Entrichtung der Durchgangs-Abgabe.

Für die zum unmittelbaren Durchgang declarirten Gegenstände wird nach den Bestimmungen des §. 10 unter Nr. 2 die Durchgangs-Abgabe erhoben und darüber nach den Vorschriften des §. 45 quittirt.

§. 49.

c. Sicherheits-Bestellungen.

Der Declarant hat sodann für die Entrichtung der Eingang-Abgabe und dafür, daß er die Gegenstände ihrer declarirten Bestimmung richtig zuführe, dabei auch die ihm von dem Steuer-Amte ertheilten Vorschriften befolge, eine Sicherheit zu bestellen, und zwar:

1) wenn er ausländischen Branntwein aller Art (Tarif, II. Abschnitt, Position 5) in Ladung hat, oder wenn die Gegenstände unter sichern Verschuß nicht gesetzt werden können, auch für das zum Durchgang declarirte Vieh, auf den vollen Betrag der Eingang-Abgabe;

2) in allen übrigen Fällen — nach dem Maaßstabe des, annähernd zu ermessenden Betrags der Eingang-Abgabe —:

a. bei Fuhrwerk, Fahrzeugen und beladenen Lastthieren, bis zu dem Betrage von 30 Thlr. als Maximum;

b. bei Tragelasten eines Menschen, bis zu 4 Thlr. als Maximum, insofern nicht von diesen als allgemeine Regel geltenden Vorschriften bei Nr. 2, unter besonderen Umständen eine Ausnahme zu machen und die Sicherheit bis zu dem vollen Betrage der Eingang-Abgabe zu erfordern für nöthig erachtet wird.

Sind die Gegenstände zum unmittelbaren Durchgang declarirt, so kann jedoch von dem Betrage der zu leistenden Sicherheit die bereits entrichtete Durchgangs-Abgabe in Abrechnung gebracht werden.

Die Sicherheit ist entweder durch baare Deposition des demnächst von den Haupt-Steuer-Amte des inländischen Bestimmungs-Orts, und, bei Statt findendem unmittelbaren Durchgange, von dem Grenz-Steuer-Amte des Ausgangs, zu restituirenden Betrags, oder durch Stellung eines sichern Bürgen, der sich als Selbstschuldner verpflichtet und den bürgschaftlichen Rechtswohlthaten entsagen muß, zu beschaffen.

Auch ist die Steuerverwaltung ermächtigt, Cautionen zuzulassen, welche für längere Zeit und mehrere Transporte auf einer und derselben Route fortwährend gültig bleiben; das Steuer-Amte hat indeß alsdann bei den vorkommenden Transporten zu erwägen, ob der noch unbelastete Theil einer solchen Caution ausreiche, um für den neuen Transport die nöthige Sicherheit zu gewähren.

§. 50.

d. Anlegung des Waaren-Verschlusses und Ausfertigung des Begleitscheins.

Hiernächst findet der Waaren-Verschuß (§. 58), insofern er anwendbar ist, Statt, und dem Declaranten wird ein Begleitschein (§. 61) ausfertigt, worin die Gegenstände entweder vorschriftsmäßig verzeichnet werden, oder auf das demselben anzuheftende Duplicat der Declaration Bezug zu nehmen ist.

Besteht jedoch ein zum unmittelbaren Durchgange declarirter Transport nur aus solchen Gegenständen, wofür die Ausgangs-Abgabe höher ist, als die bereits entrichtete Durchgangs-Abgabe, so unterbleibt die Ausfertigung des Begleitscheins, und wird dagegen in dem Duplicat der Declaration angegeben, daß und wie der Waaren-Verschuß angelegt worden, auch binnen welcher Frist und über welches Grenz-Amt der Wiederausgang ohne weitere Abgaben-Entrichtung Statt finden könne. In einem solchen Falle wird auch eine Sicherheitsbestellung nicht erfordert.

§. 51.

e. Schluß der Abfertigung.

Mit diesem Begleitscheine, welcher zur Legitimation der Ladung auf dem Transporte dient, werden dem Declaranten zugleich seine Frachtbriefe und übrigen Ladungs-Papiere zurückgegeben.

§. 52.

Ausnahme in Gemäßheit bestehender Verträge beim Transit auf Flüssen.

Bei unmittelbarer Durchfuhr von Gegenständen auf Flüssen, wobei die zwischen den Uferstaaten abgeschlossenen Schiffahrts-Verträge in Betracht kommen, findet das in den §§. 47 bis 51 incl. vorgeschriebene Verfahren keine Anwendung; es behält vielmehr sowohl bei der Erhebung der vertragsmäßigen Abgaben als bei den vereinbarten Sicherungs-Maasregeln, als: Manifestirung, Schiffsbegleitung u. sein Bewenden.

2) Bei der Ankunft am inländischen Bestimmungs- oder Ablagerungs-Orte.

§. 53.

In Fällen der Versteuerung.

Sobald der Waarenführer an den inländischen Bestimmungs- oder Abladungs-Ort gelangt, muß er die Gegenstände seiner Ladung, ohne sich irgend einen willkürlichen Aufenthalt zu erlauben, entweder zu der, an dem Orte etwa befindlichen öffentlichen Niederlage, oder unmittelbar zum Steuer-Amte bringen, und diesem die gesammelten über die Ladung sprechenden Papiere, nebst dem an der Grenze empfangenen Begleitscheine, übergeben.

Das Steuer-Amt überzeugt sich zuvörderst von der Unverletztheit des etwa angebrachten Waaren-Verschlusses, vergleicht die Papiere mit der Ladung durch eine äußere Revision, und händigt darauf die Ladungspapiere, mit Ausnahme des Begleitscheins und der demselben beigefügten Declaration (§. 50), dem Producenten wieder aus, damit dieser, wenn er selbst der Empfänger ist, eine Versteuerungs-Declaration einreiche, oder die sonstigen Empfänger zur Einlieferung einer solchen veranlasse.

Ergiebt sich, daß der Waarenführer keine Unregelmäßigkeit begangen hat, so wird ihm das an der Grenze baar erlegte Depositum restituirt, oder die Löschung der statt desselben beschafften Caution verfügt, auch die richtige Ablieferung des Begleitscheins bescheinigt.

Jede Versteuerungs-Declaration muß schriftlich erfolgen und eine genaue Angabe der Menge und Gattung der Gegenstände enthalten. Sobald diese Declaration dem Steuer-Amt übergeben ist, geschieht die specielle Waaren-Revision, und der Empfänger hat hiernächst — wenn er ein Handel- oder Gewerbetreibender (§. 23) ist, unter Production seines Quittungsbuchs — die Eingangs-Abgabe zu entrichten, auch die darüber nach Anleitung der Vorschriften des §. 45 ausgefertigte Quittung und die Verabfolgung der Gegenstände zu erwarten.

Bei den zu Schiffe ankommenden Gegenständen findet dasselbe Verfahren Statt, mit dem Unterschiede jedoch, daß der Schiffer seine Ladungspapiere unmittelbar nach der Anlegung des Fahrzeuges dem Steuer-Amt übergeben und dessen Anweisung zur Ausladung erwarten muß.

§. 54.

In Fällen der Deposition der Gegenstände in einer unversteuerten Niederlage.

Sollen die Gegenstände in einer unversteuerten Niederlage deponirt werden, so sind die Vorschriften des vorstehenden Paragraphen ebenfalls dahin zu befolgen, daß der Empfänger, statt der Versteuerungs-Declaration, eine Declaration zur Aufnahme der Güter in die Niederlage abgeben, daß diese die Zahl der Colli, deren Marken und Nummern, Inhalt, Maaß und Gewicht enthalten muß, daß der Revisions-Befund auf der Declaration bescheinigt wird, und daß die zu einer unversteuerten Privat-Niederlage bestimmten Gegenstände vor deren Verabfolgung unter Waaren-Verschuß gesetzt werden müssen.

§. 55.

In Fällen der Entnehmung der Gegenstände aus der unversteuerten Niederlage.

Will der Empfänger über die in eine unversteuerte Niederlage aufgenommenen Gegenstände disponiren, so muß er darüber eine schriftliche Declaration abgeben, welche

die Marken und Nummern der Colli, so wie die Menge und Gattung der Gegenstände und ihre Bestimmung enthält.

Sollen dieselben sofort in den freien Verkehr treten, so wird mit ihnen nach den Vorschriften der §§. 44, 45 und 46 verfahren.

Wenn aber die Gegenstände entweder zu einer andern unversteuerten Niederlage, oder zur Verabgabung bei einem andern Haupt-Amte im Innern, weiter versandt werden, so finden die Bestimmungen der §§. 49, 50 und 51 Anwendung. Im Falle der Versendung ins Ausland wird die für gelagerte Gegenstände bestimmte Durchgangs-Abgabe entrichtet, darüber quittirt und im Uebrigen ebenfalls nach den Vorschriften der §§. 49, 50 und 51 verfahren.

Würden Gegenstände, für welche an der Grenze die Durchgangs-Abgabe schon entrichtet ist, demnächst noch in eine öffentliche Niederlage aufgenommen, so soll diese Abgabe bei etwaiger Entrichtung der Eingangs-Abgabe nicht in Anrechnung gebracht werden können.

3) Beim Ausgange der zum Durchgang declarirten Gegenstände.

§. 56.

Enthebung des Waarenführers von seiner Verbindlichkeit.

Von allen, direct oder nach vorgängiger Zwischenlagerung, transitirenden und mit Begleitschein versehenen Gegenständen muß der wirklich erfolgte Ausgang nachgewiesen werden.

Bei dem Grenz-Amte des Ausgangs findet die Abnahme des etwa angelegten Waaren-Verschlusses und die Revision Statt; und wenn die Ladung mit dem Begleitscheine in Uebereinstimmung befunden wird, auch der Waarenführer die ihm aus dem Begleitscheine obliegenden Verpflichtungen erfüllt hat, so erfolgt die Erstattung des bei dessen Entnehmung erlegten Gelddepositums oder die weitere Verfügung zur Löschung der geleisteten Caution.

Der Begleitschein verbleibt bei dem Grenz-Amte; dem Producenten wird jedoch über die richtige Ablieferung desselben eine Bescheinigung ertheilt, und hiernächst der Transport erforderlichen Falls bis zur Landesgrenze begleitet.

§. 57.

Verfahren beim Transporte unter abwechselnder Berührung des Auslandes.

Sollen jedoch die mit Begleitschein an der Ausgangs-Grenze ankommenden Gegenstände durch das Ausland, ohne daselbst zu lagern, in das Inland wieder eingeführt werden, um entweder in demselben zu verbleiben, oder abermals ausgeführt zu werden; so wird der Waarenführer beim Grenz-Amte des ersten Ausgangs seiner Verpflichtung noch nicht enthoben, sondern der Statt gefundene Ausgang auf dem

Begleitscheine, unter Beifügung der Bestimmung: wann die Gegenstände beim Eingang=Amte wieder eingetroffen sein müssen, bescheinigt. Letzteres schreibt sodann auf dem Begleitscheine, unter Eintragung der fernern Route, die Zeit vor, binnen welcher der Transport an den inländischen Abladungsort oder zu dem Grenz=Amte des anderweiten Ausgangs gelangen muß. Erst hier erfolgt die im vorhergehenden Paragraphen erwähnte Entlastung des Waarenführers.

Die Abnahme des etwaigen Waaren-Verschlusses geschieht ebenfalls erst bei demjenigen Steuer=Amte, wo der Waarenführer seiner Verpflichtungen enthoben wird. Gestatten indeß die Einrichtungen in den fremden Staaten, welche passiert werden, nicht, den Waaren-Verschuß im Auslande uneröffnet zu erhalten, so muß derselbe an der Grenze des ersten Ausgangs abgenommen und bei dem Wiedereingange der Ladung, nach geschehener vorschriftsmäßiger Revision, von neuem angelegt werden.

C. Von dem Waaren=Verschlusse und der Begleitschein=Controle.

1) Waaren-Verschuß.

§. 58.

Anlegung des Verschlusses.

Der Waaren-Verschuß geschieht nur von Grenz=Ämtern erster und zweiter Classe und von Haupt=Steuer=Ämtern, oder auch von solchen Grenz=Ämtern dritter Classe, denen erweiterte Befugnisse ertheilt sind.

Derselbe kann Statt finden:

- 1) bei ganzen Waarenladungen zu Wagen, mittelst Verschnürung und Anlegung von Plomben;
- 2) bei einzelnen Colli, mittelst Plombirung oder Versiegelung;
- 3) bei Schiffen, die auf Binnenslüssen fahren, durch Versiegelung der Luken, insofern sie angebracht werden kann, die nöthige Sicherheit gewährt, und die Verwaltung eines Begleiters des Fahrzeuges durch Aufsichts=Beamte nicht für nöthig erachtet.

Das den Waarenführer abfertigende Steueramt bestimmt allein die Art des Verschlusses und die nothwendige Anzahl der anzulegenden Plomben oder Siegel.

§. 59.

Verpflichtung des Waarenführers.

Der Waarenführer hat für die Verpackungsschnur und deren ordnungsmäßige Anlegung zu sorgen und überhaupt alle diejenigen Vorrichtungen zu treffen, welche das Steuer=Amt zur Anlegung des Verschlusses für nöthig hält.

Das übrige Material an Blei, Plomben = Schnur, Lack, Licht u. liefert das Steuer-Amt gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühr.

§. 60.

Folgen der Verlegung des Verschlusses.

Ist eine Verlegung des Waaren-Verschlusses durch zufällige Umstände auf der Route veranlaßt worden; so bleibt dem Waarenführer unbenommen, bei dem nächsten Grenz- oder Haupt-Steuer-Amte auf die nähere Untersuchung des Thatbestandes, Revision der Waare und Anlegung eines neuen Verschlusses anzutragen.

Ergiebt diese Untersuchung, daß die Verlegung ohne Schuld des Waarenführers entstanden ist, und findet sich, daß die Ladung im Uebrigen mit dem Begleitscheine übereinstimmt, so hat das Steuer-Amt den anderweiten Verschuß anzulegen, die desfalls nöthige Bemerkung in dem Begleitscheine zu machen und letztern dem Waarenführer zur Fortsetzung seiner Reise zurückzustellen.

Kann der Waarenführer indeß nicht nachweisen, daß die Verlegung ohne seine Schuld geschehen sei, so hat er entweder die im §. 114 bestimmte Ordnungsstrafe, oder, im Falle einer Statt gefundenen Defraude, die Strafe der §§. 109 und 113 verwirkt, und darf nicht eher entlassen werden, bis von ihm auf den Betrag jener Strafen und etwaigen Abgabe genügende Sicherheit geleistet ist.

2) Begleitschein.

§. 61.

Ertheilung der Begleitscheine.

Begleitscheine können nur von Grenz-Ämtern erster und zweiter Classe und von Haupt-Steuer-Ämtern im Innern, oder auch von solchen Grenz-Ämtern dritter Classe ertheilt werden, denen erweiterte Befugnisse beigelegt sind.

Für jeden inländischen Ablade- oder Grenz-Ausgangs-Ort, so wie über fremden Branntwein aller Art, oder zum Durchgange angemeldetcs Vieh, muß ein besonderer Begleitschein ausgefertigt werden. Der Waarenführer kann auch für jeden einzelnen Empfänger der Gegenstände die Ertheilung eines besondern Begleitscheins verlangen.

§. 62.

Inhalt.

Der Begleitschein soll enthalten:

- 1) den Namen des Waarenführers;
- 2) die Zahl der Wagen und Pferde, oder die Bezeichnung des Fahrzeuges;
- 3) die Anzahl der Colli, Gebinde u. s. w., deren Marken, Nummern und Inhalt nach Gattung und Menge (bei Vieh dessen Beschreibung), auf den Grund der abgegebenen Declaration und erfolgten Revision;

- 4) die Art des angelegten Verschlusses;
- 5) den Betrag und die Art der geleisteten Sicherheit;
- 6) die Benennung des Steuer-Amtes, bei welchem der Begleitschein abzugeben ist;
- 7) die von dem Waarenführer angegebene Route, unter Bezeichnung der auf derselben liegenden Steuer-Ämter;
- 8) den Namen und Wohnort des Waaren-Empfängers;
- 9) die Zeit der Gültigkeit, welche nach der Entfernung des inländischen Abladungs- oder Grenz-Ausgangs-Orts zu ermessen, und bei Land-Transporten nicht über den Zeitraum von vier, bei Wasser-Transporten aber nicht über sechs Wochen auszudehnen ist.

§. 63.

Verpflichtung des Waarenführers und Entnehmers des Begleitscheins.

Der Waarenführer verpflichtet sich durch die Empfangnahme eines Begleitscheins: für den Betrag der Eingangszu- und Abgaben von den darin verzeichneten Gegenständen zu haften, auch die nämlichen Gegenstände in unveränderter Gestalt und Menge, und, wenn Verschuß Statt gefunden, mit unverletztem Verschlusse, unter Beobachtung der angegebenen Route, in dem bestimmten Zeitraume und bei dem bezeichneten Steuer-Amte zur Revision und weitem Abfertigung zu stellen.

Jede nicht angemeldete Veränderung in der bei Entnehmung des Begleitscheins declarirten Gattung und Menge der Waaren, und jede Abweichung, die in dieser Beziehung bei der Revision entdeckt wird, zieht die Strafe der unrichtigen Waaren-Declaration nach sich.

Die Vernachlässigung einer jeden andern der obgedachten, in dem Begleitscheine ausgedrückten Verpflichtungen, auch jede Veränderung in der Person des Waarenführers und in dem Transportmittel wird mit der Ordnungs-Strafe des §. 114 geahndet.

Außer dem Waarenführer haftet auch derjenige, welcher den Begleitschein entnommen hat, für die daraus hervorgehenden Verpflichtungen.

§. 64.

Erleichterungen.

a. Bei Gewichts-Differenzen.

Wegen eines geringen Ueber- oder Untergewichts, jedoch von nicht mehr als 5 pro Cent jedes einzelnen Collo oder einer zusammen verwogenen gleichnamigen Waaren-Menge, soll der Waarenführer nicht zur Verantwortung gezogen werden, auch nicht, wenn derselbe glaubwürdig nachweist, daß eine größere Gewichts-Differenz durch Einwirkungen, deren Entfernung außer seiner Macht stand, veranlaßt ist.

§. 65.

b. Bei zufälligem Aufenthalte auf der Route.

Wird der Waarenführer durch Natur-Ereignisse oder Unfälle bei dem Transporte gehindert, den angegebenen Abladungs-Ort binnen der vorgeschriebenen Zeit zu erreichen, oder die bezeichnete Route einzuhalten, so hat er bei dem nächsten Steuer-Amte davon Anzeige zu machen, und sich von diesem, wenn seine Angaben begründet befunden werden, auf dem Begleitscheine den erlittenen Aufenthalt bezeugen, auch die veränderte Route bemerken zu lassen.

§. 66.

c. Bei veränderter Bestimmung der Ladung.

Erhält eine Waaren-Ladung eine veränderte Bestimmung, so muß auch diese dem nächsten Steuer-Amte angezeigt werden. Dieses Amt hat alsdann den anderweiten Abladungs- oder Grenz-Ausgangs-Ort, auch die veränderte Route und die etwa anderweit zu bestimmende Gültigkeits-Frist in den Begleitschein einzutragen.

§. 67.

d. Bei Theilung der Ladung und Umladung, auch Veränderung in der Person des Waarenführers.

Wird jedoch die Theilung einer Ladung auf dem Transporte erforderlich, so darf solche zwar der Zahl der Colli, nicht aber deren Inhalte nach, geschehen; sie ist indeß nur bei einem Grenz- oder Haupt-Steuer-Amte zulässig, indem alsdann neue Begleitscheine ausgefertigt werden müssen.

Auch die Umladung von einem Transportmittel auf das andere, sowie eine Veränderung in der Person des Waarenführers, ist nur bei einem Grenz- oder Haupt-Steuer-Amte, oder an den von der obersten Steuer-Behörde öffentlich bekannt zu machenden Umlade-Plätzen gestattet.

Zu erweisende Nothfälle begründen jedoch eine Ausnahme.

Fünfter Abschnitt.

Von den unversteuerten Niederlagen.

A. Öffentliche Niederlagen.

§. 68.

Gestattung.

Öffentliche Niederlagen, in welchen fremde Waaren aufbewahrt werden, von denen die Eingangs-Abgabe noch nicht entrichtet ist, kann die oberste Steuer-Be-

hörde, insofern nicht besondere Privilegien entgegenstehen, nur an denjenigen Orten gestatten, an welchen sich nicht nur ein Grenz=Amt erster Classe oder ein Haupt=Steuer=Amt befindet, sondern auch der Umfang des Handels eine solche Anstalt erfordert, und ein dazu passendes Local von dem Unternehmer eingerichtet wird.

Wein und Brantwein aller Art in Gebinden unter anderthalb Centner Brutto=Gewicht sind von der Aufnahme in die Niederlagen gänzlich ausgeschlossen, wenn nicht zuvor die Eingangs=Abgabe entrichtet ist. Die oberste Steuer=Behörde kann jedoch nach örtlichen Verhältnissen Ausnahmen bewilligen.

Sonst dürfen abgabefreie oder solche Gegenstände, wovon die Eingangs=Abgabe bereits entrichtet ist, in die Niederlagen nur dann aufgenommen werden, wenn solches der Ordnung unbeschadet und in besonderen Räumen geschehen kann, oder die Gegenstände für einen andern Ort bestimmt sind.

§. 69.

Verpflichtung der Unternehmer.

Die Unternehmer der Anstalt müssen für eine zweckmäßige Lagerung der Güter sorgen, und sind für deren Sicherheit nach den Bestimmungen des gemeinen Rechts verantwortlich.

§. 70.

Besondere Packhofs=Reglements.

Da, wo von Seiten des Staats, oder in Gemäßheit bestehender Privilegien, oder mit Genehmigung der obersten Steuer=Behörde, von Seiten städtischer Behörden Packhöfe errichtet sind, oder errichtet werden, treten die bestehenden oder zu erlassenden besonderen Packhofs=Reglements an die Stelle der Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphen.

§. 71.

Lager= und Waagegeld.

Den Unternehmern der öffentlichen Niederlagen ist gestattet, ein Lager= und Waagegeld nach dem von der obersten Steuer=Behörde genehmigten Tarife zu beziehen.

§. 72.

Aufsicht der Steuer=Beamte.

Die öffentlichen Niederlagen stehen unter dem gemeinschaftlichen Verschlusse der Unternehmer der Anstalt und der Steuer=Behörde.

Die Aufsicht und Controle zur Sicherung der Abgaben werden jedoch ausschließlich von letzterer geführt.

Daher muß mit der Anstalt nicht nur ein angemessenes Revisions-, sondern auch ein solches Local verbunden sein, worin die Steuer-Beamten die ihnen obliegenden Geschäfte zu jeder Jahrs- und Tageszeit zu verrichten im Stande sind, und welches ihnen zum ausschließlichen Gebrauch überwiesen wird.

§. 73.

Bearbeitung der Lagergüter.

Wer Güter zur Lagerung declarirt hat, kann in der Niederlage, unter gehöriger Aufsicht der Steuer-Beamten, diejenigen Maaßregeln treffen, welche die Erhaltung der Waaren erfordert, sie zu dem Ende umpacken, um- und auffüllen.

Beim Umpacken und Auffüllen sind Veränderungen des Gewichts der Thara zulässig.

Bei der Herausnahme solcher Waare aus der Niederlage findet indeß für etwa schon versteuerte Gegenstände, welche zum Auffüllen oder zur Ergänzung der unverabgabten verwendet worden, eine Steuer-Vergütung nicht Statt.

Theilung der Colli.

Dem Deponenten der Gegenstände wird ferner gestattet, behuf der Versendungen nach dem Auslande, Theilungen größerer Waaren-Colli und Gebinde in der Maaße vorzunehmen, daß die getheilten Colli in der Regel nicht weniger als einen Centner Netto- oder Brutto-Gewicht, (nach dem Maaßstabe der Besteuerung) und die getheilten Gebinde Wein oder Brantwein nicht unter einen und einen halben Centner enthalten.

§. 74.

Versendungen von Gütern, deren Quantität durch das Lagern vermindert ist.

Hat durch die Länge der Lagerung die Quantität der zur Niederlage gekommenen Waare sich vermindert, so muß bei deren weiteren Versendung, ohne vorgängige Entrichtung der Eingangs-Abgabe, der Begleitschein stets auf das wirklich vorhandene Gewicht ertheilt werden.

Bei unmittelbaren Versendungen ungetheilter Waaren-Colli ins Ausland wird jedoch die Durchgangs-Abgabe lediglich nach dem ursprünglichen Gewichte erhoben.

Bei Versendungen solcher Güter in eine andere unversteuerte Niederlage, so wie in dem Falle, wenn eine Theilung der Waare in der Niederlage Statt gefunden hat, muß aber das minus entweder in gleichartiger Waare sofort ersetzt, oder aber von demselben die Eingangs-Abgabe entrichtet werden.

Dagegen kann eine während der Lagerung durch Unfall entstandene Verminderung der Waare, Anspruch auf Erlaß der Eingangs-Abgabe begründen.

B. Privat-Niederlagen.

§. 75.

Gestattung und Aufsicht.

Privat-Niederlagen für Gegenstände, von denen die Eingangs-Abgabe noch nicht entrichtet worden, können, wenn besondere Privilegien nicht entgegenstehen, nur an solchen Orten, wo sich eine öffentliche Niederlage nicht befindet, auch nur den Speditairen von der obersten Steuer-Behörde gestattet werden.

Diese Behörde ist indeß ermächtigt, in einzelnen Fällen auch Ausnahmen zu machen.

Die Privat-Niederlagen stehen unter der Controle der Steuer-Beamten.

§. 76.

Für Spediteure ohne Eigenhandel.

Speditairen, welche keinen Eigenhandel treiben, sollen, wenn ihnen eine Privat-Niederlage gestattet ist, die Expeditions-Güter nach Feststellung des Inhalts, Gewichts, und nach vorgängiger, beim Steuer-Amte vorzunehmender Anlegung von Plomben oder Siegeln, wodurch demnächst die Identität der Güter außer Zweifel gesetzt werden kann, zur Lagerung verabfolgt werden. Flüssigkeiten dürfen jedoch nur in einem, unter dem Mitverschlusse der Steuer-Beamten stehenden, sichern Locale bis zur weitem Versendung oder Verabgabung lagern.

§. 77.

Für Spediteure mit Eigenhandel.

Denjenigen Speditairen aber, welche zugleich einen Eigenhandel führen, kann für ihre Expeditions-Güter nur dann eine Privat-Niederlage zugestanden werden, wenn, nach dem Ermessen der obersten Steuer-Behörde, die zur Sicherstellung der Abgaben erforderliche Controle, worüber dieselbe sodann nähere Vorschriften zu ertheilen hat, damit zu vereinigen steht.

§. 78.

Verpflichtungen des Inhabers einer Privat-Niederlage.

Der Inhaber einer Privat-Niederlage haftet für die Eingangs-Abgaben von den, ihm zum Lager verabfolgten Waaren so lange, bis deren Entrichtung erfolgt, oder im Falle der Versendung mit Begleitschein der Ausgang der Waaren in vorgeschriebener Art nachgewiesen ist.

Wiederholte Unregelmäßigkeiten, die der Inhaber einer Niederlage sich zu Schulden kommen läßt, geben der obersten Steuerbehörde die Befugniß, demselben das Niederlage-Recht auf längere oder kürzere Zeit zu entziehen, im Falle einer Defraude

aber wird dasselbe, sofern der Inhaber oder dessen Leute zu deren Vollführung auf irgend eine Weise mitgewirkt haben, für immer verloren.

Sechster Abschnitt.

Von dem Verkehre im Innern des Landes mit abgabefreien, jedoch verpackten, oder mit solchen Gegenständen, von denen die Eingangs-Abgabe bereits entrichtet ist.

A. Bei der Versendung von einem Orte des Inlandes zum andern.

§. 79.

Legitimation durch Steuer-Quittungen.

Gegenstände, welche unmittelbar nach Entrichtung der Eingangs-Abgabe an einen andern Ort des Inlandes geführt werden sollen, müssen nach den Bestimmungen der §.§. 45. und 53. mit Steuer-Quittung begleitet sein.

Zu dem Ende kann für jeden Empfänger eine besondere Quittung verlangt werden.

Auch Quittungen über entrichtete Ausgangs-Abgaben dienen zur Legitimation auf dem Transporte.

§. 80.

Legitimation durch Passirscheine.

In allen anderen Fällen, wo:

- 1) Gegenstände, von denen die Eingangs-Abgabe bereits entrichtet ist;
- 2) inländische Gegenstände, die im Falle der Einführung aus dem Auslande der Eingangs-Abgabe zu unterziehen sein würden; und
- 3) solche Gegenstände, welche zwar einer Eingangs-Abgabe überall nicht unterliegen, jedoch in verpacktem Zustande von einem Orte des Inlandes zum andern transportirt werden, müssen die Transporte mit Passirscheine begleitet sein, welche von allen Steuer-Ämtern, ohne Unterschied der Qualität derselben, ertheilt werden können.

§. 81.

Ausnahme.

Den Inhabern, Verwaltern und Factoren folgender inländischen Fabriken oder sonstigen Gewerbsanstalten ist gestattet, ihre Betriebs-Erzeugnisse mit eigenen Ursprungs-Bescheinigungen zu versenden, auf welche sodann alle hinsichtlich der Passirscheine ertheilten Vorschriften Anwendung finden:

- 1) den Hüttenwerken,

- 2) den Papier-Fabriken,
- 3) » Porzellan-Fabriken,
- 4) » Thonpfeifen-Fabriken,
- 5) der Ostfriesischen Häringssischerei-Gesellschaft in Emden,
- 6) den Bierabrauern,

Die oberste Steuer-Behörde ist ermächtigt, noch andern Handel- und Gewerbetreibenden nach Erforderniß, und sofern die Sicherheit der Eingangsz-Abgaben dadurch nicht gefährdet wird, ähnliche Vergünstigungen zu ertheilen, auch Beschränkungen eintreten zu lassen, wenn Mißbräuche entstehen.

§. 82.

Fernere Ausnahme.

Ausgenommen von den Bestimmungen des §. 80 sind ferner

- A. Gegenstände, welche ohne Rücksicht auf deren Menge bei dem Transporte eines Passirscheins nicht bedürfen.

Dahin gehören:

- 1) alle diejenigen Gegenstände, welche über Grenz-Aemter dritter Classe eingeführt werden dürfen (§. 15); auch alle Gegenstände, die mit einer geringern Eingangsz-Abgabe, als dem Satze von 6 Ggr. für den Centner (Tarif, zweiter Abschnitt, Pos. 69.), belegt sind;
 - 2) Brot und das auf inländischen Mühlen verfertigte und von dort zurückkommende Mehl, Schrot und Kleie;
 - 3) graues Packleinen (Sackleinen) und Segeltuch (Tarif Nr. 19 c. 1.) auch ungebleichtes und ungefärbtes Leinen (Tarif Nr. 19. c. 2.);
 - 4) rohe Wolle;
 - 5) Vieh;
 - 6) Kleidungsstücke und Wäsche, gebrauchte;
 - 7) das nicht zum Verkauf bestimmte gebrauchte Hausgeräth.
- B. Gegenstände, welche bis zu dem Gewichte von einem halben Centner Brutto des ganzen Transports in unverpacktem Zustande (confr. §. 10) ohne Passirschein transportirt werden dürfen,

als:

- 1) Butter (Tarif Nr. 7.);
- 2) Drucksachen, (Tarif Nr. 12. a.);
- 3) Eisen und Stahl (Tarif Nr. 13. a. 2 und 3., und b. 1. und 2., auch d. 1.);
- 4) Haare (Tarif Nr. 25. a.);
- 5) Holzwaare, grobe (Tarif Nr. 28. g. 1.);
- 6) Kupfer und Messing (Tarif Nr. 35. a. 1 und 2.);
- 7) Edpferwaare (Tarif Nr. 57. a.).

C. Gegenstände, welche bis zu dem Brutto-Gewichte von einem Viertel Centner des ganzen Transports in unverpacktem Zustande (confr. §. 10) eines Passirscheins zum Transport im Innern ebenfalls nicht bedürfen,

wohin alle übrige, einer Eingangs-Abgabe unterliegenden Gegenstände gehören.

Die Transportanten bleiben jedoch immer verpflichtet, den Steuer-Beamten die nöthige Auskunft in der Maaße zu geben, wie solches in §. 26 unter **Nº 5** vorgeschrieben ist.

Die oberste Steuer-Behörde ist ermächtigt, nach Erforderniß, und sofern die Sicherheit der Eingangs-Abgaben dadurch nicht gefährdet wird, noch bei anderen, als den unter A und B benannten Gegenständen, Verkehrs-Erleichterungen zu bewilligen, aber auch Beschränkungen eintreten zu lassen, wenn Mißbräuche entstehen.

§. 83.

Inhalt der Passirscheine.

Die Passirscheine sollen enthalten:

- 1) den Namen des Absenders;
- 2) die Anzahl der Colli, Gebinde u. s. w., deren Marke, Nummer, Inhalt und Gewicht, letzteres in Buchstaben ausgedrückt;
- 3) die zu haltende Route;
- 4) den Wohnort des Waaren-Empfängers;
- 5) die Zeit der Gültigkeit, welche nach der Entfernung des Bestimmungs-Orts möglichst genau zu ermessen, über den Zeitraum von sechs Wochen aber überall nicht auszudehnen, und in Buchstaben auszudrücken ist.

§. 84.

Ungültigkeit der Passirscheine.

Jeder Passirschein ist ungültig, wenn

- 1) die in demselben angegebene Gattung und Menge mit dem Gegenstande, der dadurch legitimirt werden soll, nicht übereinstimmt;
- 2) darin irgend eine Abänderung der im vorhergehenden Paragraphen angegebenen Inhalts-Erfordernisse, vorgenommen ist;
- 3) der Gegenstand an einen andern als den darin ausgedrückten Bestimmungs-Ort gelangt;
- 4) eine Abweichung von der etwa vorgeschriebenen Route Statt gefunden hat;
- 5) derselbe nicht bei jedem der darin bezeichneten Steuer-Aemter producirt worden; und
- 6) die in solchem ausgedrückte Zeit der Gültigkeit abgelaufen ist.

Erhalten die Gegenstände eine andere Bestimmung, so müssen die Passirscheine gegen neue ausgewechselt werden. Dasselbe muß auch geschehen, wenn in sonstigen Fällen die vorgeschriebene Route nicht eingehalten werden kann.

§. 85.

Verfahren beim theilweisen Abfaß der Ladung.

Wer mit Passirscheinen begleitete Gegenstände auf dem Wege zu dem darin angegebenen Bestimmungs-Orte absetzt, muß sich von dem Empfänger über den erhaltenen Theil der Ladung eine Bescheinigung geben lassen, aus welcher die Gattung und Menge der abgesetzten Waaren, der Tag und der Ort, an welchem die Ablieferung geschehen, und der Name des Empfängers hervorgeht, auch diese Bescheinigung bei dem nächsten Steuer-Amte, wenn ein solches auf dem Wege zum Bestimmungs-Orte noch berührt wird, nebst dem Passirscheine, zur Visirung vorlegen.

§. 86.

Ablieferung der Passirscheine.

Nur in dem Falle, wenn die Gegenstände für Handel- oder Gewerbetreibende (§. 23) in dem Bezirke eines andern Steuer-Amtes bestimmt sind, ist die Abgabe des Passirscheins an dieses Amt erforderlich, damit dasselbe die Eintragung in das Quittungsbuch beschaffe.

Die Abgabe des Passirscheins muß, sofern sich das Amt am Bestimmungsorte selbst befindet, vor der Ab- oder Ausladung, sonst binnen 24 Stunden nach der Ankunft der Gegenstände beschafft werden.

§. 87.

Vorschriften für Tabacks- und Cichorien-Fabrikanten.

Die inländischen Tabacks- und Cichorien-Fabrikanten müssen ihre in Packete eingeschlagenen Fabrikate mit ihrem Namen oder der Steuer-Verwaltung zuvor anzugebenden Fabrikzeichen versehen, dürfen jedoch außer demselben keinen andern Stempel von der Form desjenigen hinzufügen, womit von Seiten des Steuer-Amtes die ausländischen Tabacks- und Cichorien-Packete belegt werden.

Derjenige Taback und Cichorien-Kaffee, welcher nicht auf die eine oder andere Weise bezeichnet ist, soll immer, er mag mit Passirschein begleitet sein oder nicht, als ausländischer, unversteuerter, angesehen und behandelt werden.

§. 88.

Vorschriften für den Transport durch das Ausland.

Die im §. 82 gemachten Ausnahmen finden keine Anwendung, wenn die Gegenstände zur Erreichung des inländischen Bestimmungs-Orts durch das Ausland gebracht werden müssen; vielmehr sind in solchem Falle Passirscheine erforderlich.

In denselben sind sodann die Grenz-Steuer-Aemter des Aus- und demnächstigen Wiedereingangs anzuzeigen.

An beiden Grenzstätten ist eine genaue Revision der Ladung, auch die Visirung

des Passirscheins vorzunehmen, und die Gegenstände dürfen nur über die darin angegebenen Grenz=Ämter aus= und wiedereingeführt werden.

Die Verabfäumung dieser Vorschrift hat zur Folge, daß die Gegenstände als ausländische unversteuerte angesehen und beim Wiedereingange nach den im vierten Abschnitte enthaltenen Bestimmungen behandelt werden.

Bei Versendungen von Wein, Brantwein und Bier müssen außerdem die Gebinde am Spund= und Zapfenloche vom Steuer=Amte des Absendungs=Orts versiegelt und vom Steuer=Amte des Bestimmungsorts wieder entsiegelt werden. Ist diese Vorschrift unbefolgt geblieben, so treten gleichfalls die vorerwähnten Nachtheile ein.

Die oberste Steuer=Behörde wird ermächtigt, auch bei andern Versendungen durch das Ausland und auf denjenigen Flüssen, welche in Folge bestehender Schiffahrts=Verträge als Ausland behandelt werden, den Waaren=Verschluß anzuordnen, sobald nach örtlichen Verhältnissen oder nach Beschaffenheit der zum Wiedereingange bestimmten Gegenstände eine solche Maaßregel erforderlich wird.

§. 89.

Folge der Lagerung oder Umlagerung im Auslande.

Mit Passirscheinen oder Ursprungs=Bescheinigungen begleitete Gegenstände, welche im Auslande zur Lagerung oder Umladung gekommen sind, verlieren die Qualität inländischer, oder bereits verabgabter Gegenstände, und werden nach den im vierten Abschnitte enthaltenen Vorschriften behandelt.

Der §. 6 bezeichnet unter N^o 2 die Ausnahmen.

§. 90.

Legitimation durch Exportationscheine.

Gegenstände, für welche im Falle der Exportation ins Ausland eine Steuer=Bonifikation bewilligt ist und in Anspruch genommen wird, müssen auf dem Transporte mit Exportationscheinen begleitet sein, welche sodann die Stelle der Passirscheine vertreten.

B. bei der Versendung ins Ausland.

§. 91.

Gegenstände, welche einer Ausgangs=Abgabe unterliegen:

a. wo die Abgabe zu entrichten.

Nach den Bestimmungen des §. 10 wird die Ausgangs=Abgabe für die derselben unterliegenden Gegenstände entweder bei dem Steuer=Amte des Absendungsorts, oder bei dem Grenz=Amte des Ausgangs, insofern diese Ämter nach den Vorschriften des §. 15 zur Ausgangs=Behandlung ermächtigt oder ihnen erweiterte Befugnisse verliehen sind, entrichtet.

b. Verfahren dabei.

Der Waarenführer hat über die zu verabgabenden Ausfuhr-Gegenstände bei dem Steuer-Amte eine Ausgangs-Declaration abzugeben, welche die im §. 37 vorgeschriebenen Erfordernisse, mit Ausnahme des unter **N^o 6** bezeichneten, enthält. Darauf wird die Revision der Gegenstände vorgenommen, die Ausgangs-Abgabe erhoben und darüber quittirt.

c. Wann eine schriftliche Declaration erforderlich.

Die Declaration muß schriftlich und zweifach erfolgen, wenn der Gefälle-Betrag die Summe von 2 Thlr. übersteigt.

d. Behandlung bei der Abgabe-Entrichtung am Steuer-Amte des Absendungs-Orts.

Geschieht die Entrichtung der Abgabe bei einem Haupt-Amte im Innern, so muß in der, entweder auf dem Duplicate der Declaration oder besonders zu ertheilenden, Quittung bemerkt werden, binnen welcher Zeit und auf welcher, von dem Declaranten angegebenen Strafe der Ausgang zu bewirken ist. Diese Quittung dient sodann zur Legitimation des Transports bis zur Landesgrenze, und der Waarenführer ist, wenn er keine Gegenstände in Ladung hat, die mit einer höhern Abgabe als 12 Ggr. für den Centner belegt sind, beim Ausgange an die Einhaltung eines Grenz-Amtes nicht weiter gebunden. Bei höher tarificirten Gegenständen muß ihm jedoch das Grenz-Amt, über welches der Ausgang zu bewirken ist, in der Quittung vorgeschrieben und bei diesem Amte die nochmalige Revision der Gegenstände vorgenommen werden.

e. Am Grenz-Steuer-Amte.

Soll aber die Erlegung der Abgabe erst bei dem Grenz-Amte des Ausgangs, insofern sie daselbst zulässig, erfolgen, und ist dieses Amt nicht zugleich das Steuer-Amt des Absendungs-Orts; so muß für den vollen Betrag der Ausgangs-Abgabe in der §. 49 vorgeschriebenen Maße Sicherheit geleistet und ein Passirschein entnommen werden, in welchem die Zeit der Gültigkeit, die zu haltende Strafe, der Betrag der beschafften Sicherheit und das Grenz-Amt des Ausgangs benannt sein muß. Hat der Waarenführer die ihm nach dem Passirscheine obliegenden Verpflichtungen sämmtlich erfüllt, und sind die Gegenstände bei der Revision mit der in dem Passirscheine angegebenen Gattung und Menge übereinstimmend befunden, so wird ihm das erlegte Depositum gegen Entrichtung der Ausgangs-Abgabe erstattet oder die Lösung der Caution verfügt, auch die Ablieferung des Passirscheins in der Abgabe-Quittung bescheinigt.

f. Bei nachmaliger Berührung des Auslandes.

Werden die Gegenstände, um zu dem ausländischen Bestimmungsorte zu gelangen, noch einmal durch das Inland geführt, so sind die Grenz-Aemter, über welche

der Wiederein- und Ausgang und die Zeit, binnen der die schließliche Ausfuhr zu bewerkstelligen ist, in der Quittung anzugeben. Bei jedem dieser Grenz-Ämter muß Anmeldung und Revision Statt finden, die Quittung visirt und von dem letzten Grenz-Ämte der Ausgang auf derselben bescheinigt werden.

Die Verabsäumung einer jeden der in der Quittung enthaltenen Vorschriften macht dieselbe ungültig, und die Zahlung wird als nicht geleistet betrachtet.

§. 92.

Von Gegenständen, die einer Ausgangs-Abgabe nicht unterliegen.

Werden solche Gegenstände ausgeführt, welche einer Ausgangs-Abgabe nicht unterliegen, so ist die Anmeldung bei einem Grenz-Ämte des Ausgangs nicht erforderlich. Bei dem Transporte derselben müssen jedoch die für den Verkehr im Innern des Landes ertheilten Vorschriften befolgt werden.

§. 93.

Behandlung der Reisenden.

Reisende haben nicht nöthig, sich beim Ausgange aus dem Lande, behuf der Revision ihrer Reise-Effecten, zu melden.

Siebenter Abschnitt.

Von der Behandlung der Postgüter.

§. 94.

Hinsichtlich der Eingangs-Abgabe.

Die mit den ordinären Fahr-Posten und den dazu gehörigen Beiwagen eingehenden Gegenstände sollen erst an dem inländischen Bestimmungsorte der Revision und Verabgabung unterworfen werden.

Zu dem Ende haben die Post-Beamte den mit der Revision beauftragten Steuer-Beamten auf Erfordern die Charten über die für die Station bestimmten Postgüter vorzulegen und diese an die Adressaten nicht eher verabsolgen zu lassen, bis sie von dem gedachten Steuer-Beamten nachgesehen sind, auch das Behüfisse wegen Entrichtung der Eingangs-Abgabe regulirt ist.

Diejenigen Post-Beamte, welche dem entgegenhandeln, imgleichen die Postschaffner und Postillone, die an anderen Orten als auf den angeordneten Post-Stationen Güter und Effecten von den Post- oder Beiwagen entweder selbst abladen, oder gestatten, daß solches von Passagiren oder anderen Personen geschehe, sollen resp. als Haupt- oder Mitschuldige des Vergehens in die Strafe der Defraude verfallen sein, auch außerdem von der ihnen vorgesetzten Postbehörde mit einer angemessenen Disciplinarstrafe

belegt werden, durch welche Bestrafung jedoch der Anspruch der Steuer-Verwaltung gegen die Empfänger der Waaren oder Güter überall nicht aufgehoben oder ausgeschlossen wird.

Sind besondere Verdachtsgründe vorhanden, daß nicht eingeschriebene Güter auf den Post- oder Beiwagen in Ladung sich befinden, so haben die Steuer-Beamte die Befugniß, an den Grenz-Post-Ämtern oder Expeditionen, in Gegenwart der Post-Beamte, eine Vergleichung der Ladung mit der Post-Charte vorzunehmen. Dabei ist jedoch jeder unnöthige Aufenthalt zu vermeiden.

§. 95.

Bei transitirenden Gegenständen.

Von den mit den ordinairten Fahr-Posten eingehenden, zum Durchgang bestimmten Gütern wird die Durchgangs-Abgabe nur dann erhoben, wenn diese Güter in eine unversteuerte Niederlage kommen, indem sodann die wegen der Lagergüter im §. 55 ertheilten Vorschriften Anwendung finden.

§. 96.

Bei Versendungen unversteuerter Güter aus Orten des Inlandes.

Werden steuerpflichtige Gegenstände, für welche die Eingangs-Abgabe noch nicht entrichtet ist, im Inlande mit der Post versandt, entweder aus einer unversteuerten Niederlage oder von dem Waarenführer, der die Güter mit Begleitschein transportirte, so muß der Versender die Bescheinigung des Postamts über die Auslieferung des in der Versendungs-Declaration oder dem Begleitscheine aufgeführten Gegenstandes beibringen.

Geschieht die Versendung nach einem inländischen Bestimmungsorte, so ist zuvor der Adresse von dem Steuer-Amte die Bemerkung »unversteuert« hinzuzufügen; und es treten sodann für die Behandlung des Gegenstandes am Bestimmungsorte die Vorschriften des §. 94 ein.

§. 97.

Bei Versendungen versteuerter Güter.

Bei Versendungen von, der Eingangs-Abgabe bereits unterzogenen, oder von inländischen Gegenständen solcher Art, die im Falle der Einführung aus dem Auslande dieser Abgabe unterliegen würde, ist, wenn die Auslieferung des für einen andern Ort des Inlandes bestimmten Gegenstandes bei einem Grenz-Post-Amte geschieht, die Entnehmung eines Passirscheins ohne Unterschied des Gewichts, im Falle der Auslieferung bei einem andern inländischen Post-Amte aber nur dann erforderlich, wenn das Gewicht über ein Viertel Centner beträgt.

Zu den Versendungen aus dem Inlande nach dem Auslande bedarf es dagegen keines Passirscheins.

§. 98.

Hinsichtlich der Ausgangs-Abgabe.

Von Gegenständen, welche einer Ausgangs-Abgabe unterliegen und aus dem Inlande ins Ausland versendet werden, ist, bei Vermeidung der Strafe der Defraude, die Abgabe vor der Auslieferung zur Post zu entrichten.

In Verdachts-Fällen steht den Steuer-Beamten das Recht der Revision des zur Post gelieferten Gegenstandes zu.

Achter Abschnitt.

Von den Steuer-Vergütungen.

§. 99.

Rabatt für Weinhändler.

Den inländischen Weinhändlern, welche ein Jahr gegen das andere 600 Dhm Wein auf dem Lager haben, wird ein Nachlaß an der Eingangs-Abgabe oder Rabatt von 25 pCt. für denjenigen Wein bewilligt, den sie

für eigene Rechnung in mehr oder weniger rohem Zustande zur weiteren Bearbeitung direct aus dem Weinlande in Fässern beziehen.

Dieser Rabatt wird in gleicher Maaße auch denjenigen Weinhändlern zugestanden, denen bisher eine unversteuerte Privat-Wein-Niederlage gestattet gewesen ist, wenn auch deren regelmäßiger Lager-Vestand sich auf 600 Dhm nicht belaufen hat. Ihr Lager-Vestand muß jedoch, bei Einführung des gegenwärtigen Gesetzes, mindestens 50 Dhm betragen, auch, wenn sie den Rabatt nicht verlieren wollen, vor Ablauf der ersten beiden Jahre mindestens auf 300 Dhm gebracht, und für die Folge auf dieser Quantität erhalten werden.

§. 100.

Bonification für exportirte Gegenstände:

Den inländischen Weinhandlungen, Tabacksfabriken und Zuckersiedereien wird für den Absatz der Gegenstände ihrer Gewerbsbetriebe ins Ausland eine Bonification an der erlegten Eingangs-Abgabe unter folgenden Bedingungen zugestanden.

§. 101.

a. Für Wein.

Auf die Bonification können nur diejenigen Weinhändler Anspruch machen, welche nach den Bestimmungen des §. 99 rabattfähig sind.

Sie beträgt 2 Thlr. 4 Ggr. für den Centner Wein Brutto-Gewicht, wovon jedoch für Ueberfässer, Kisten oder Körbe die tarifmäßige Thara zuvor in Absatz gebracht wird.

Die Bonification wird nur dann gewährt, wenn das bonificationsfähige Brutto-Gewicht des zu exportirenden Gebindes oder Collo mit Wein mindestens 40 Pfund beträgt.

§. 102.

b. Für fabricirten Taback.

Nur diejenigen Tabacksfabrikanten sind zur Bonification berechtigt, welche

- 1) jährlich mindestens 100 Centner ausländische Tabackblätter direct aus dem Auslande, oder aus öffentlichen unversicherten Niederlagen beziehen;
- 2) an einem Orte wohnen, wo sich ein Haupt- oder Grenz-Steuer-Amt erster Classe befindet, und bei solchem die Eingangs-Abgabe entrichten.

Die Bonification beträgt:

a. für den fabricirten Rauchtack 16 Ggr.

b. für Carotten und Schnupftack 11 Ggr.

vom Centner Netto-Gewicht, und erfolgt nur, wenn die Versendung in Colli von mindestens einem Centner Netto-Gewicht geschieht; jedoch wird die oberste Steuer-Behörde ermächtigt, unter besonderen Verhältnissen das bonificationsfähige Quantum auf einen halben Centner zu ermäßigen.

Die Vergütung kann in keinem Falle für mehr als drei Viertel der erweislich eingeführten ausländischen Blätter geleistet werden. Zu dem Ende hat derjenige Fabrikant, welcher im Laufe des Rechnungs-Jahrs auf Vergütung Anspruch machen will, vor Eintritt desselben bei dem Steuer-Amte seines Wohnorts Anzeige davon zu machen, damit für ihn ein Conto über den Eingang ausländischer Blätter und über die Versendung seines Fabrikats in das Ausland, angelegt und geführt werde.

Die Bonification erfolgt ferner nur wegen derjenigen Blätter, die vom Tage der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes an eingeführt, versteuert und in das Conto eingetragen werden, erstreckt sich aber überall nicht auf das an jenem Tage bereits vorhandene Material und Fabrikat.

§. 103.

c. Für Hutzucker und Candis.

Die Bonification wird nur für denjenigen Hutzucker und Candis zugestanden, den die Zuckersiedereien aus dem, aus dem Auslande bezogenen und versteuerten Rohzucker selbst gewonnen haben.

Sie beträgt 1 Thlr. 12 Ggr. für den Centner Netto-Gewicht, und wird nur dann bewilligt, wenn mindestens eine Quantität von einem Centner Hutzucker oder einem Centner Candis Netto-Gewicht in einer Verpackung aus der Siederei in das Ausland geführt wird.

Der obersten Steuer- Behörde wird jedoch die Befugniß ertheilt, unter besonderen Verhältnissen das bonificationsfähige Quantum bis auf einen halben Centner herabzusetzen.

Die Zuckersieder sind gehalten, allen in ihrer Fabrik gefertigten Hutzucker am Boden mit einem von ihnen gewählten, der Steuer- Verwaltung zuvor anzuzeigenden Stempel zu belegen.

Auf Hutzucker, welcher mit diesem Stempel nicht versehen ist, erfolgt keine Bonification.

§. 104.

Exportationen in das enclavirte Ausland und in die als Ausland zu betrachtenden Landestheile.

Für Exportationen in das vom diesseitigen Gebiete ganz oder größtentheils umgebene Ausland wird eine Steuer-Bonification überall nicht bewilligt.

Sie ist dagegen zulässig für Exportationen in die als Ausland zu betrachtenden Landestheile, insofern nicht besondere Gründe eine Ausnahme erfordern.

§. 105.

Verfahren bei den Exportationen.

Wer die Bonification beziehen will, hat die zur Exportation bestimmten Gegenstände unverpackt zu dem Haupt- oder Grenz- Steuer- Amte erster Classe seines Wohnorts zu bringen und diesem Amte eine schriftliche Declaration vorzulegen, aus der nicht nur die Zahl, Marken und der Inhalt der Gebinde oder Colli;

sondern auch

der Name und Wohnort des Versenders;

der Name und Wohnort des Fuhrmanns oder Schiffers, der den Transport besorgen soll;

die Menge nach Centnern; -

die zu haltende Heer- oder Frachtstraße;

der Name des beim endlichen Ausgange aus dem Lande zu passirenden Grenz- Amtes;

und

die Zeit des Transports hervorgeht.

Das Steuer- Amt hat hierauf nach vorgängiger Untersuchung die Wein- Gebinde am Spund und Zapfenloche zu versiegeln, die Colli zu plombiren und einen Exportationschein zu ertheilen, dessen Gültigkeit nach Maaßgabe der Entfernung, nie aber auf längere Zeit als drei Wochen zu bestimmen ist.

Der Waarenführer hat eine Sicherheit zu beschaffen nach den Vorschriften des §. 49, und der Ausgang darf nur über ein Grenz- Steuer- Amt erster Classe bewirkt werden.

Führt die Route durch ein fremdes Gebiet, so daß der zu exportirende Gegenstand nach seinem ersten Ausgange aus dem Lande von neuem eingeführt werden muß, um zum letzten Grenz-Amte des Ausganges zu gelangen, so ist von sämmtlichen berührt werdenden Grenz-Ämtern, die in dem Exportationschein bemerkt sein müssen, dieser Schein zu visiren.

Ist die Ladung bei dem letzten Grenz-Amte angelangt, und wird von diesem bescheinigt:

daß die Gebinde oder Colli daselbst untersucht, die Siegel oder Plomben an solchen unverletzt befunden, dem Inhalte des Exportationscheins genügt und die Ausführung des Gegenstandes über die Grenze in das Ausland wirklich vorgenommen sei;

so ist der mit dieser Bescheinigung versehene Exportationschein von dem Exportanten, bei Verlust der Rückvergütung, binnen vier Wochen, vom Tage der Ausstellung der Bescheinigung angerechnet, demjenigen Steuer-Amte, welches den Exportationschein ausgefertigt hat, einzuliefern, worauf die Anweisung zur Steuer-Bonification durch vierteljährige Liquidationen veranlaßt wird.

§. 106.

Folgen der Nichtbeachtung der Bestimmungen des §. 105.

Die Exportationscheine verlieren ihre Gültigkeit, und ein Anspruch auf Steuer-Bonification kann überall nicht gemacht werden, wenn bei der Ausführung der declarirten Gegenstände abweichend von dem Exportationscheine verfahren ist.

Der Waarenführer ist in diesem Falle nicht nur des erlegten Depositi verlustig, sondern verwickelt noch außerdem die Ordnungsstrafe des §. 114, wenn er jedoch der heimlichen Wiedereinführung der Gegenstände sich schuldig machen sollte, die Strafen der §. §. 109 und 112.

Würden dabei auch dem Versender Unregelmäßigkeiten zur Last fallen, so kann diesem die Begünstigung der Steuer-Vergütung auf kürzere oder längere Zeit von der obersten Steuer-Behörde entzogen werden. Hat derselbe aber wissentlich die Vergütung für Gegenstände in Anspruch genommen, die überall nicht bonificationsfähig, oder die zur heimlichen Wiedereinführung in das Inland bestimmt waren, so verliert er nicht nur für immer den Anspruch auf Bonification, sondern verwickelt auch die im §. 112 bestimmte Strafe des Betrugs und diejenigen Strafen, welche eine unrichtige Declaration nach sich zieht.

§. 107.

Rückvergütung der Eingangs-Abgabe für gelagertes Getreide.

Zur Erleichterung des Kornhandels mit dem Auslande soll für das eingeführte, im Inlande gelagerte und demnächst wieder zur Ausfuhr kommende Getreide eine theilweise Erstattung der beim Eingange erlegten Eingangs-Abgabe Statt finden,

wenn sowohl der Eingang als der Wiederausgang über gewisse von der obersten Steuer-Behörde öffentlich bekannt zu machende Grenz-Steuer-Aemter erfolgt ist.

Die gedachte Rückvergütung besteht in drei Viertheilen der Eingangs-Abgabe von den im zweiten Abschnitte des Tarifs unter Nr. 22. a. 1, 2 und 3 benannten Gegenständen.

Sie tritt jedoch nur dann ein, wenn auf ein Mal eine Quantität von mindestens vierzig Himten eingeführt, sogleich bei dem Eingange der Lagerungs-Ort angegeben, vom inländischen Kornhändler über die ein- und wieder ausgeführten Getreide-Arten und ihre Quantitäten Buch geführt, und die Wiederausfuhr in einer Quantität von jedes Mal mindestens vierzig Himten über einen der bestimmten Ausgangs-Punkte wirklich erfolgt, bescheinigt und den in dieser Beziehung von der obersten Steuer-Behörde angeordneten Controle-Vorschriften Folge geleistet ist.

Bei Unregelmäßigkeiten und Unrechtfertigkeiten treten die im vorstehenden Paragraphen angedrohten Nachtheile und Strafen in gleicher Maaße gegen den Waarenführer und resp. Versender ein.

Neunter Abschnitt.

Von den Gesetzes-Übertretungen und deren Bestrafung.

A. Straf-Bestimmungen.

§. 108.

Bestrafung der Ein-, Durch- und Ausfuhr-Verbote.

Die Übertretung bestehender Ein-, Durch- oder Ausfuhr-Verbote wird nach den desfalligen besonderen Gesetzen und Anordnungen bestraft.

§. 109.

Estrafe der Defraude.

Wer bei der Ein-, Durch- oder Ausfuhr abgabepflichtiger Gegenstände die für diese zu entrichtende gesetzliche Abgabe der Steuer-Casse entziehet, begeht eine Steuer-Defraude, und soll, insofern in gegenwärtigem Gesetze keine härtere Strafe ausdrücklich festgesetzt ist, nicht nur mit der Confiscation der Gegenstände der Defraude, sondern auch mit einer, dem vierfachen Betrage der, der Casse entzogenen gesetzlichen Abgabe gleichkommenden Geldbuße, neben welcher auch jedes Mal die einfache Abgabe nachzuzahlen ist, bestraft werden.

Die Confiscation, so wie die Berechnung der zu erlegenden ein- und vierfachen Abgabe, beschränkt sich auf die Differenz zwischen der angemeldeten und der in der Wirklichkeit vorhandenen Waare.

Bei Wiederholungen eines solchen Vergehens tritt, nachdem der Schuldige schon

ein Mal durch rechtskräftiges Erkenntniß verurtheilt ist, oder aber die Strafe früher gutwillig erlegt hat, außer der Confiscation der Gegenstände und der Nachzahlung der einfachen Abgabe

im ersten Falle der achtfache, im zweiten und in ferneren Fällen der sechzehnfache Betrag der Abgabe als Geldbuße ein.

Sowohl bei der ersten, als jeder folgenden Wiederholung soll die Bestrafung öffentlich bekannt gemacht werden. Der Schuldige, welcher zum dritten Male wegen einer Defraude durch richterliches Erkenntniß bestraft wird, kann außerdem, sofern er ein Gewerbetreibender ist, der Befugniß zur Ausübung des Gewerbes, wobei das Vergehen begangen, auf gewisse Zeit, oder unter besonders erschwerenden Umständen, auf immer, durch förmliches Erkenntniß, auf von der obersten Steuerbehörde genehmigten Antrag, für verlustig erklärt werden.

Da, wo die Abgabe-Entziehung bei Gegenständen Statt findet, welche zum Durchgange angemeldet sind, soll jedes Mal die einfache Abgabe, sowie die Geldbuße des vierfachen Betrages derselben, nach dem Eingangs-, und nur in dem Falle nach dem Durchgangs-Abgabe-Satz berechnet werden, wenn die Defraude erst bei dem Steuer-Amte des Ausgangs und zugleich unter solchen Umständen entdeckt wird, daß daraus nur eine Verkürzung der Durchgangs-Abgabe gefolgert werden kann.

§. 110.

Fernere Anwendung derselben auf andere specielle Fälle.

Die in vorstehendem Paragraphen bestimmte Strafe der Defraude soll auch in folgenden speciellen Fällen eintreten:

- 1) wenn bei der Anmeldung an einem Grenz- oder Haupt-Steuer-Amte abgabepflichtige Gegenstände entweder gar nicht, oder in zu geringer Menge, oder in einer Gattung und Beschaffenheit, die eine geringere Verabgabung würde begründet haben, declarirt sind.

Auch hier soll, wie nach §. 64, wegen eines Uebergewichts von nicht mehr als 5 Procent die Bestrafung dann nicht eintreten, wenn die Declaration in den übrigen Theilen richtig abgegeben war.

Auch sollen Frachtfahrer (Fuhrleute und Schiffer), wenn sie durch ihre, von den Versendern ausgestellten Ladungspapiere, zu der unrichtigen Declaration veranlaßt worden, nur die vierfache Eingangs-Abgabe von dem unrichtig declarirten Gegenstände, als Geldbuße entrichten. Die Schärfung dieser Geldbuße soll in Fällen der Wiederholung nicht Statt finden.

- 2) Wenn Gegenstände an den bestimmten Grenz-Ämtern und Anmelde-Posten, bei welchen nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes eine Anmeldung erfolgen mußte, ohne eine solche vorüber geführt sind, oder auf einer andern als der im §. 28 bezeichneten Strafe betroffen werden.

Ist der Transport jedoch bei einem, zur Behandlung der Gegenstände nicht ermächtigten Grenz-Amte angekommen, und hat der Führer sich bei demselben gemeldet, so soll er nicht in Strafe genommen, sondern mit seinem Transporte zurückgewiesen werden;

- 3) wenn überhaupt Gegenstände, welche mit einer Steuer-Legitimation (§. §. 35, 50, 79, 80 und 90) begleitet sein müssen, ohne eine solche betroffen werden, oder wenn sie mit der vorhandenen hinsichtlich der Menge (confr. §. 64) oder Gattung nicht übereinstimmen, oder wenn die vorgeschriebene Transport-Frist abgelaufen, oder die darin vorgezeichnete Strafe nicht innegehalten ist;
- 4) wenn die Auskunft, welche die Steuer-Beamten nach §. 26 Nr. 5 zu fordern berechtigt sind, auf vorgeschriebene Weise nicht ertheilt wird;
- 5) wenn Gegenstände, wofür die gesetzliche Abgabe noch nicht entrichtet worden, an anderen als den gestatteten Landungsplätzen (§. 29) aus- oder eingeladen werden, und zwar hinsichtlich des gesammten nicht legitimirten Theils der Ladung, wenn auch erst eine theilweise Aus- oder Einladung desselben Statt gefunden haben sollte;
- 6) wenn eingegangene, der gesetzlichen Abgabe noch nicht unterzogene Gegenstände vor der Anmeldung bei dem betreffenden Steuer-Amte, abgeladen oder aufgenommen sind, oder, wenn auf sonstige Art über dergleichen Gegenstände auf dem Transporte oder am Bestimmungs-Orte vor der Anmeldung eigenmächtig verfügt wird, und zwar hinsichtlich des gesammten nicht legitimirten Theils der Ladung, wenn auch erst über denselben theilweise disponirt sein sollte;
- 7) wenn aus unversteuerten Niederlagen Waaren ohne vorgängige Declaration entfernt werden.

Würde jedoch der Angeschuldigte in den unter Nr. 2, 3 und 4 angegebenen Fällen genügend nachweisen, daß die Abgaben nicht haben verkürzt werden können oder sollen, so tritt nur die im §. 114 bestimmte Ordnungsstrafe ein.

§. 111.

Strafe bei Defrauden unter erschwerenden Umständen.

Wer bei Verübung einer Steuer-Defraude Waffen führt, soll, sofern er nicht wegen etwaigen Gebrauchs derselben oder wegen bewiesener Widerseßlichkeit zur Criminal-Untersuchung zu ziehen ist, außer der, im §. 109 angeordneten Strafe, für das Führen der Waffen noch besonders mit einer, dem vierfachen, im Wiederholungsfalle dem achtfachen, Betrage der der Casse entzogenen gesetzlichen Abgabe gleichkommenden Geldbuße bestraft, und daneben im Wiederholungsfalle, wenn er ein Gewerbetreibender ist, der Befugniß zur Ausübung des Gewerbes auf längere Zeit, oder auf immer, für verlustig erklärt werden. Mit dieser Strafe ist auch derjenige zu belegen, welcher als der Anführer mehrerer Defraudanten erkannt wird.

§. 112.

Strafe des Betrugs.

In Fällen, wo Jemand durch falsche oder verfälschte Ladungs- oder Legitimations-Papiere, der gesetzlichen Abgabe sich entzogen oder zu entziehen versucht hat, soll, außer der etwa verwirkten Strafe der Defraude, eine Geldstrafe von 25 bis 200 Thlr. eintreten und jede derartige Bestrafung öffentlich bekannt gemacht werden.

Durch vorstehende Bestimmung ist übrigens diejenige Strafe nicht ausgeschlossen, welche der Contravenient nach den gemeinen Rechten als falsarius verwirkt haben möchte.

§. 113.

Fernere Anwendung derselben in anderen Fällen.

Die in vorstehendem Paragraphen bestimmten Strafen sollen gleichfalls eintreten:

- 1) wenn Jemand, um sich der gesetzlichen Abgabe zu entziehen, oder eine Steuer-Vergütung zu erlangen, den amtlichen Waaren-Verschluß abnimmt, oder auf sonstige Weise unwirksam macht, oder gestattet, daß solches durch Andere geschehe;
- 2) wenn Handel- oder Gewerbetreibende die ihnen zur Beförderung ihres Geschäfts bewilligten Vergünstigungen zu Verkürzung der gesetzlichen Abgabe benutzen, oder wenn diejenigen, denen Waaren unverabgibt anvertrauet sind, damit Unterschleife treiben, oder gestatten, daß solche begangen werden.

§. 114.

Ordnungsstrafe.

Jede Nichtbeachtung der in gegenwärtigem Gesetze enthaltenen, oder auf den Grund desselben, unter Autorisation Unseres Staats-Ministerii, von der obersten Steuer-Behörde erlassenen und zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Vorschriften, worauf in den vorhergehenden Paragraphen eine besondere Strafe nicht gesetzt ist, soll mit einer Ordnungsstrafe von 2 bis 20 Thlr. belegt werden.

Diese Strafe kann indeß für Personen, welche weder zu den in- oder ausländischen Frachtfuhrleuten, Schiffern, Handel- und Gewerbetreibenden, Packen- und Kiepenträgern oder Boten gehören, noch begangener Contraventionen wegen bereits wiederholt bestraft worden, dem richterlichen Ermessen nach, auf einen geringern Betrag, jedoch auf nicht weniger als 8 Ggr. beschränkt werden.

§. 115.

Verlust des Depositi.

In allen den Fällen, wo ein Waarenführer, der nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes eine Sicherheit geleistet hat, sich nicht innerhalb 14 Tagen nach Ablauf der in der Steuer-Legitimation vorgeschriebenen Zeit bei dem bestimm-

ten Grenz- oder Haupt-Steuer-Amte meldet, auch nicht sofort zur Untersuchung gezogen werden kann, ist das erlegte Depositum oder die statt desselben bestellte Cautio der Steuer-Casse von selbst verfallen.

Der obern Steuer-Behörde bleibt jedoch vorbehalten, nach Befinden der Umstände die Restitution des Depositum, oder die Löschung der Cautio zu bewilligen.

§. 116.

Cumulation der Strafen.

In den Fällen, wo eine Cumulation der Strafen nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, wird durch die höhere die geringere Strafe ausgeschlossen.

§. 117.

Haften für die Strafen.

Für die verwirkten Confiscations- und sonstigen Strafen haften der Steuer-Casse zunächst die Gegenstände, mit denen eine Uebertretung der Steuer-Gesetze begangen ist, sowie die dazu gebrauchten Transportmittel.

Ist die Confiscation des Gegenstandes der Defraude nicht ausführbar, so muß dessen voller Werth in Gelde erlegt werden.

§. 118.

Desgleichen.

Der Verlust des Gegenstandes trifft den Eigenthümer, die Contravention mag von ihm selbst oder durch Andere begangen sein; im letzteren Falle verbleibt indeß dem Eigenthümer der ihm etwa zustehende Regreß gegen den Contravenienten.

Begehrt jedoch ein Frachtfuhrmann oder Schiffer, welchem die Gegenstände allein anvertrauet sind, die Contravention ohne Theilnahme und Mitwissen des Eigenthümers, und kann Letzterer seine Schuldlosigkeit hinlänglich erweisen, so geht diesem das Eigenthum nicht verloren; vielmehr hat alsdann der Waarenführer den Werth des Gegenstandes, statt der Confiscation, zu erlegen.

§. 119.

Desgleichen.

In Ansehung der, außer der etwaigen Confiscation, verwirkten Strafen haften:

- 1) Gewerbetreibende jeder Art für die Handlungen aller zu ihrem Hausstande gehörenden oder bei ihren Gewerben beschäftigten Personen; für letztere jedoch nur dann, wenn die Contravention in Beziehung auf den Gewerbs-Betrieb Statt gefunden hat;
- 2) sonstige Personen aber für die Contraventionen ihrer Ehegatten, Kinder, Angehörigen und Dienstboten nur insofern, als die Uebertretung von diesen in Ausführung ihnen übertragener Geschäfte begangen ist.

Der subsidiarisch Verpflichtete hat die Zahlung zu leisten, wenn der Contravenient selbst zahlungsunfähig ist; an Letzterem wird auch die Arreststrafe erst im Falle der Insolvenz des subsidiarisch Verhafteten vollzogen.

§. 120.

Mitschuldige.

Haben Mehrere an einer Contravention Theil genommen, so sind solche als Mitschuldige zu behandeln und auf sie die Bestimmungen des gemeinen Rechts wegen Theilnahme an den Vergehen Anderer und deren Bestrafung in Anwendung zu bringen.

B. Anwendung der Strafbestimmungen.

1. Allgemeine Vorschriften.

§. 121.

Competente Gerichte.

Die Untersuchung und Bestrafung der zur Anzeige kommenden Steuer-Contraventionen liegt vorzugsweise demjenigen Gerichte erster Instanz ob, in dessen Bezirke das Vergehen entdeckt, und entweder der Thäter oder der Gegenstand der Contravention angehalten worden, sonst aber nach der Wahl der Steuer-Verwaltung demjenigen Gerichte erster Instanz, in dessen Bezirke die Contravention begangen oder der Wohnsitz des Contravenienten befindlich ist.

Diese Gerichte sind, wenn die verwirkte Strafe 10 Thlr. nicht übersteigt, die Herzoglichen Stadtgerichte und Aemter, welche auch bei Contraventionen, die über ihre Competenz hinausgehen, verpflichtet sind, die §. 126 bezeichneten Handlungen vorzunehmen, in diesem Falle aber die Acten fordersamst dann an das betreffende Kreisgericht einzusenden haben.

Übersteigt die verwirkte Strafe 10 Thlr. Geld, so sind die Herzogl. Kreisgerichte ohne alle Beschränkung competent, auch ist dieses ausnahmsweise *vi perpetuae commissionis* das Herzogliche Amt Theedinghausen, jedoch nur zur Abhaltung des Ermäßigungs-Termins und zur Instruction, nicht aber zur Abgabe eines Erkenntnisses, zu welchem Zwecke dasselbe die instruirten Acten ohne Verzug an das Herzogl. Kreisgericht Holzminden abzugeben hat.

Bei der Bestimmung der Competenz kommt der Werth der zu confiscirenden Waaren nicht in Anrechnung.

§. 122.

Aufnahme des Denunciations-Protocolls.

Jeder Steuerbeamte hat, sobald er eine Steuer-Contravention entdeckt, oder da-

von, daß eine solche begangen, sonst Kenntniß erhält, von allen dabei vorkommenden Thatumständen sich genau zu unterrichten und ein Denunciations-Protocoll darüber aufzunehmen. Dieses muß zugleich den Strafantrag unter Anführung der Gesetzesstelle, wodurch solcher begründet wird, nebst der Berechnung des Betrages der gesetzlichen Strafe, enthalten, und der Contravenient von diesem Betrage unverzüglich in Kenntniß gesetzt werden. Andere Denuncianten, als Steuer-Beamte, haben einem solchen die Contravention zur Betreibung der Sache anzuzeigen.

§. 123.

Beschlagnahme der Sachen und Transportmittel.

Ist der Steuer-Contravenient auf der That betroffen, so hat der Steuer-Beamte dafür zu sorgen, daß die Sachen, womit die Contravention begangen, und die zum Transport dienenden Gegenstände, so weit solches zur Deckung der Gefälle und der Strafen, oder auch zum Beweise der Contravention erforderlich ist, vorläufig gehalten und in Sicherheit gebracht werden.

Kann der Contravenient nicht selbst annehmliche Vorschläge für die sichere Aufbewahrung der angehaltenen Gegenstände machen, so muß der Steuer-Beamte die dazu erforderlichen Vorkehrungen treffen.

§. 124.

Persönliches Anhalten des Contravenienten.

Ein persönliches Anhalten des Contravenienten, wozu die Civil- und Militair-Behörden auf Requisition des Steuer-Beamten mitzuwirken haben, darf nur dann Statt finden, wenn Jener ein Ausländer oder unbekannt, oder der Flucht verdächtig und nicht im Stande ist, sofort eine hinlängliche Sicherheit zu bestellen, die angehaltenen Gegenstände eine solche auch nicht gewähren.

§. 125.

Freigabe der angehaltenen Personen und Sachen.

Sowohl die angehaltenen Personen als Sachen, — letztere jedoch nur dann, wenn sie nicht überhaupt verboten, oder zur Constatirung der Contravention bei deren Untersuchung unentbehrlich sind, — müssen unverzüglich frei gelassen werden, sobald der Contravenient für die ganze in Antrag gebrachte Summe hinreichende Sicherheit beschafft, und, sofern dieser ein Ausländer ist, einen in dem Bezirke des untersuchenden Gerichts ansässigen Bevollmächtigten zu weiterer Verhandlung seiner Sache gestellt hat.

Wird die Freilassung vor geleisteter Sicherheit verfügt, so bleibt derjenige, von welchem diese Verfügung ausgegangen ist, für alle daraus entstehenden Nachtheile der Steuerkasse verantwortlich.

§. 126.

Verfahren bei angelegten Arresten.

Ueber ein jedes solches Anhalten der Person oder der Sachen hat der Steuerbeamte sofort ein Protocoll aufzunehmen, und dieses, oder falls er an dessen Aufnahme behindert sein sollte, eine vorläufige Anzeige spätestens binnen 24 Stunden bei dem zur Untersuchung competenten Gerichte einzubringen.

Verlangt der Contravenient noch vor Ablauf dieser Frist die Untersuchung seiner Sache, so muß der Steuerbeamte ihn sogleich zum Gerichte begleiten, demselben die Denunciation mündlich vortragen und dieses solche zu Protocoll nehmen.

Verabsäumt der Steuerbeamte obige Frist zur Einreichung seines Denunciations-Protocolls oder der vorläufigen Anzeige, oder verweigert er die Begleitung des Contravenienten zum Gerichte, so soll der Arrest auf den Antrag des Contravenienten sofort aufgehoben werden.

Der Steuer-Verwaltung bleibt jedoch unbenommen, auch alsdann noch die Untersuchung der Sache gegen den Denunciaten zu verlangen. Wird derselbe aber bei Entscheidung der Hauptsache unschuldig befunden, und verfolgt seine etwaigen Entschädigungs-Ansprüche nicht binnen vier Wochen nach Entscheidung der Hauptsache, so ist er seines Klagrechts auf Entschädigung verlustig.

§. 127.

Confiscation der von unbekannten entwichenen Contravenienten zurückgelassenen Gegenstände.

In den Fällen, wo Sachen in Beschlag genommen sind, der Contravenient aber entwichen und sein Aufenthaltsort unbekannt ist, soll folgendes Verfahren beobachtet werden.

- 1) Beträgt der muthmaßliche Werth der angehaltenen Gegenstände über 20 Thlr., so ist nur eine zweimalige Vorladung des unbekannten Denunciaten in den Braunschweigischen Anzeigen zu verfügen; es wäre denn, daß der Werth der Gegenstände die Ansprüche der Steuer-Casse übersteigt, in welchem Falle eine förmliche Edictalladung erforderlich ist.
- 2) Bei Gegenständen über 5 Thlr., jedoch nicht über 20 Thlr. an Werth, soll die Vorladung des Denunciaten durch eine am Orte der Beschlagnahme und an der Gerichtsstelle anzuschlagende Bekanntmachung genügen.

Die in diesen beiden Fällen unverzüglich zu erlassende Bekanntmachung muß die Vorladung zu den nicht über vier Wochen hinauszusetzenden beiden Terminen (dem Ermäßigungs- und dem nachherigen Untersuchungs-Termine) enthalten.

- 3) Eine solche Bekanntmachung soll jedoch nicht erfolgen, wenn die Gegenstände von so geringem Belange sind, daß deren muthmaßlicher Werth den Betrag

von 5 Thlr. nicht übersteigt, vielmehr in diesem Falle erwartet werden, ob der unbekannte Denunciat sich bei dem betreffenden Gerichte binnen vier Wochen vom Tage der Uebergabe des Denunciations-Protocolls angerechnet, von selbst melden werde.

Erscheint der Denunciat in den ihm in den Fällen unter 1 und 2 gesetzten Terminen, oder meldet er sich binnen der unter 3 angegebenen Frist, so tritt in allen drei Fällen das vorgeschriebene Verfahren ein; entgegengesetzten Falls hat das Gericht die Gegenstände ohne weiteren Verzug für confiscirt zu erklären. Jedoch soll dem Eigenthümer der Gegenstände nachgelassen sein, binnen einer anderweiten Frist von vier Wochen zu beweisen, daß eine Contravention nicht begangen worden, der Steuer-Verwaltung in diesem Falle aber unbenommen bleiben, ihre Ansprüche noch binnen einem Jahre gerichtlich zu verfolgen. Würde der Beweis der nicht vorhandenen Contravention vollständig geführt, so sollen die in Beschlag genommenen Gegenstände oder die daraus gelöseten Gelder, nach Abzug der Kosten des Verkaufs, dem Eigenthümer zurückgegeben werden.

Der meistbietende Verkauf der angehaltenen Gegenstände der Contravention kann mit Zustimmung des Gerichts auch vor Ablauf der obigen Fristen in dem Falle erfolgen, wenn die Gegenstände einem schnellen Verderben ausgesetzt sind. Eine gleiche Befugniß tritt hinsichtlich des in Beschlag genommenen Viehes dann ein, wenn zu besorgen ist, daß die Aufstellungs-Kosten den Werth desselben übersteigen werden.

§. 128.

Verjährung der Klagen.

Alle Klagen in Steuer-Contraventions-Sachen verjähren, insofern nicht ein Anderes in gegenwärtigem Gesetze ausdrücklich vorgeschrieben ist, binnen sechs Monaten von dem Tage an, da die Contravention zur Kenntniß eines Steuer-Beamten gekommen ist.

Den Ausländer, welcher sich einer Steuer-Contravention schuldig gemacht hat, soll jedoch nur eine dreijährige Verjährungs-Frist von dem Tage an, wo der Steuer-Beamte von der Contravention Kenntniß erhalten, vor der verwirkten Strafe schützen.

§. 129.

Anwendung des Stempels.

Bei den Verhandlungen in Steuer-Contraventions-Sachen soll der erforderliche Stempel reservirt, falls der Denunciat aber durch ein Erkenntniß verurtheilt wird, der rückständige Betrag von dem Gerichte festgesetzt, eingezogen und in dem entsprechenden Papiere zu den Acten cassirt werden.

Auf gleiche Weise wird es mit den Gerichts-Gebühren gehalten.

Wird die Sache jedoch im Ermäßigungs-Verfahren erledigt, so findet die Anwendung des Stempels nicht Statt.

§. 130.

Unzulässigkeit von Rechts-Beiständen.

Rechts-Beistände sind, weder als solche, noch als Bevollmächtigte, bei dem Ermäßigungs- und nachherigen summarischen Untersuchungs-Verfahren zulässig.

§. 131.

Submissions-Verfahren.

Erbietet sich der Denunciat vor der Uebergabe des Denunciations-Protocolls an das Gericht, die in Antrag gebrachte Summe bei dem nächsten Steuer-Amte oder der Kreis-Casse einzuzahlen, und kommt er diesem Erbieten unverweilt nach, so ist solches dem Protocolle in einem Nachtrage hinzuzufügen, und dieses sodann, mit der Bescheinigung der betreffenden Casse über den Empfang der eingezahlten Straf-Gelder versehen, an die Ober-Steuer-Inspection einzusenden.

Findet diese den Antrag den Gesetzen gemäß, so soll gegen den Denunciaten ein weiteres Verfahren wegen der von ihm begangenen Steuer-Contravention nicht Statt finden.

§. 132.

Uebergabe des Denunciations-Protocolls bei dem Gerichte.

Erfolgt indeß die im vorstehenden Paragraphen erwähnte Erklärung des Denunciaten nicht sofort, nachdem er von dem Straf-Antrage Kenntniß erhalten, so muß der Steuer-Beamte ohne weiteren Verzug das Protocoll im Original und in Abschrift dem competenten Gerichte (§. 121) einreichen.

2. Ermäßigungs-Verfahren des Gerichts.

§. 133.

T e r m i n.

Das Gericht hat sowohl das Original als die Abschrift des Denunciations-Protocolls mit dem Praesentato zu versehen, die letztere dem Denuncianten zurück zu stellen, und zur Verhandlung der Sache einen, nicht über 14 Tage vom Eingange des Protocolls angerechnet, hinauszusetzenden Termin zu bestimmen.

In diesem Termine, wozu sowohl der Denunciant als der Denunciat vorzufordern sind, muß das Gericht zuvörderst das eingereichte Denunciations-Protocoll verlesen, und nachdem dasselbe nochmals von dem Denuncianten als richtig anerkannt worden, den Denunciaten über den Inhalt summarisch vernehmen, auch, insofern solches erforderlich, durch sofortige Vernehmung beider Theile die Sache möglichst aufklären.

§. 134.

Vorschlag.

In demselben Termine hat das Gericht einen Vorschlag zu sofortiger Beendigung der Sache zu machen, darüber ein Protocoll, und in dasselbe zugleich die Erklärung des Denuncianten über die Annahme oder Ablehnung des Vorschlags aufzunehmen.

Dieser Ermäßigungs-vorschlag muß unter Berücksichtigung des, aus der Vernehmung beider Theile sich ergebenden Resultats, unbedingt, entweder auf gänzliche Niederschlagung der Sache, oder auf Bezahlung der vollen in Antrag gebrachten Summe, oder auf Erlegung eines geringern, jedoch jedesmal bestimmt anzugebenden Betrags, auch zugleich auf den Kostenpunct gerichtet werden.

§. 135.

Gebühren.

Für jeden solchen Ermäßigungs-Termin werden:

- 1) wenn die Sache lediglich einen Ordnungs-Fehler oder ganz geringen Contraventions-Fall bis zu 5 Thlr. betrifft 4 Ggr.
 - 2) wenn die Contravention eine Strafe bis zu 10 Thlr. betrifft 8 "
 - und
 - 3) wenn die Strafe über 10 Thlr. beträgt 12 "
- bezahlt.

Müssen die Parteien zu diesem Termine schriftlich vorgeladen werden, so werden ferner noch die Schreibgebühren berechnet, zugleich jedoch den mit der Ausrichtung jener mündlich oder schriftlich erfolgenden Vorladungen beauftragten Unter-Bedienten die geschlichen Meilen-Gelder und Insinuations-Gebühren berichtet.

Fernere Gebühren werden nur dann erhoben, wenn Neben-Verhandlungen, als Anlegung oder Aufhebung eines Arrestes, Protocollirung einer Sicherheits-Bestellung und dergleichen erforderlich werden, und geschieht die im §. 137 vorgeschriebene Ein-sendung der Acten von Amtswegen.

§. 136.

Ausbleiben des Denuncianten oder Denuncianten im Ermäßigungs-Termine.

Ist der Denunciant in dem Termine nicht erschienen, so findet gleichwohl die Vernehmung des Denuncianten über den Inhalt des Denunciations-Protocolls und die Abgabe des Ermäßigungs-Vorschlags Statt. Sollte aber der Denunciant in diesem Termine ungehorsamlich ausbleiben, so verwirkt derselbe dadurch den Anspruch auf die richterliche Ermäßigung, und die darüber aufzunehmende Verhandlung ist, der im nächstfolgenden §. enthaltenen Vorschrift gemäß, sofort einzusenden.

§. 137.

Einsendung der Verhandlungen an die Ober-Steuer-Inspection.

Die gesammten Untersuchungs-Verhandlungen sind von dem competenten Gerichte (§. 121) so wie eintretenden Falls von dem Herzoglichen Amte Thedinghausen unverzüglich nach abgehaltenem Ermäßigungs-Termine, und spätestens in den darauf folgenden 14 Tagen an die Ober-Steuer-Inspection einzusenden.

Ist der Ermäßigungs-Vorschlag von dem Denuncianten angenommen, auch von Seiten der Ober-Steuer-Inspection annehmlich befunden, so verfügt letztere die Einziehung der Straf-Gelder durch die Kreis-Casse, welche, wenn die Zahlung in Güte nicht erfolgt, nach der im §. 147 enthaltenen Vorschrift zu verfahren hat.

3. Gerichtliches Verfahren.

§. 138.

Ueberweisung der Sache zum gerichtlichen Verfahren.

Wird von der obern Steuer-Behörde eine weitere gerichtliche Verfolgung der Sache für nothwendig erachtet, so hat die Ober-Steuer-Inspection unter Zurücksendung der bisherigen Acten, bei dem nach §. 121 competenten Gerichte und eintretenden Falls bei dem Herzoglichen Amte Thedinghausen auf gesetzmäßige Entscheidung anzutragen. Hierbei kann auch der in dem Denunciations-Protocolle gestellte Straf-Antrag, wenn solcher für unrichtig oder mangelhaft gehalten wird, unter Bezugnahme auf die betreffende Gesetzes-Stelle, berichtigt oder vervollständigt werden, und das Gericht hat alsdann bei der weiteren Untersuchung den solchergestalt rectificirten Straf-Antrag zu berücksichtigen, bei erheblicher Verschiedenheit aber zuvörderst ein anderweites Ermäßigungs-Verfahren eintreten zu lassen.

§. 139.

Abgabe des Erkenntnisses.

Ist durch das, im Ermäßigungs-Verfahren abgehaltene Protocol die Sache bereits hinlänglich zum Erkenntnisse instruiert, so hat das Gericht solches nach Empfang des Antrages der Ober-Steuer-Inspection ohne Weiteres abzugeben, resp. das Herzogliche Amt Thedinghausen jenes Protocol an das Herzogliche Kreis-Gericht Holzminden zur Abgabe eines Erkenntnisses einzuschicken.

Das erkennende Gericht hat sodann sowohl den Denuncianten als den Denunciaten zu dem anzusetzenden Publications-Termine vorzuladen, jedoch wird dem Herzoglichen Kreis-Gerichte Holzminden nachgelassen, auch diese Publication dem Herzoglichen Amte Thedinghausen zu überlassen.

Bleibt aber eine weitere Aufklärung und Instruction der Sache erforderlich, so soll das Gericht keineswegs auf die vom Denuncianten oder Denunciaten angegebenen Beweismittel der Schuld oder Unschuld beschränkt sein, vielmehr ein summarisches Un-

terfuchungs-Verfahren eintreten lassen, und dabei die Befugniß haben, zur Ausmittelung der Wahrheit auch unaufgefordert, nach eigener pflichtmäßiger Beurtheilung, die sich ergebenden Beweismittel sowohl für die Schuld als für die Unschuld des Denuncianten aufzunehmen.

Bei diesem Verfahren soll so wenig ein Beweis-Interlocut und eine Beweis-Frist, als eine Eides-Relation zwischen dem Denuncianten und Denunciaten zulässig sein.

§. 140.

Ausbleiben des Denunciaten in dem Termine.

Bleibt der Denunciat in dem zum gerichtlichen Verfahren angeetzten Termine ungehorsamlich aus, so kann zwar mit weiterer Untersuchung vorgeschritten werden; jedoch muß der Denunciat, falls dessen Vernehmung vom Gerichte für erforderlich erachtet wird, zu einem anderweiten Termine mit der Verwarnung vorgeladen werden: daß im Fall des Ausbleibens die Contravention als eingestanden angesehen und dem gemäß gegen ihn erkannt werden solle.

§. 141.

Publication des Erkenntnisses.

Das Erkenntniß, in welchem jedes Mal die bei der Entscheidung zur Anwendung gekommene Gesetzesstelle angeführt, auch über den Kostenpunkt entschieden sein muß, ist den Parteien zu Protocoll zu eröffnen.

Der dispositiven Theil des Erkenntnisses ist dem Denunciaten zu verständigen und das Rechtsmittel nebst der Nothfrist anzuzeigen, welches gegen dieses Erkenntniß zur Hand genommen werden kann.

Die abschriftliche Mittheilung von Actenstücken an die Parteien soll nicht anders, als auf ausdrückliches Verlangen Statt finden, kann aber gegen Erstattung der Copialien nicht verweigert werden. Jedoch soll der Ober-Steuer-Inspection, auch ohne besondern Antrag, und dem Denunciaten, wenn dieser zur Eröffnung des Erkenntnisses nicht erschienen ist, eine Abschrift desselben gleich nach der Publication zugestellt werden.

§. 142.

Den Kostenpunkt betreffend.

Der Denunciat ist immer in die Kosten zu verurtheilen, wenn er wider das Gesetz gehandelt, und dadurch die Denunciation veranlaßt hat, mag solches durch ein Steuer-Defraude oder durch einen Ordnungs-Fehler geschehen sein, mithin auch dann, wenn er wegen einer anscheinenden Defraude in Anspruch genommen ist, bei der Untersuchung sich aber ergeben hat, daß nicht diese, wohl aber ein Ordnungs-Fehler von ihm begangen sei.

Dagegen ist, wenn der Denunciat unschuldig befunden wird, die Steuer-Verwal-

tung, und, wenn die Denunciation sich als frivol darstellt, der Denunciant zum Kosten-Ersatz zu verurtheilen.

Wird der Denunciat von der Instanz absolvirt, so hat jeder Theil seine Kosten zu tragen.

§. 143.

Spotteln = Taxe.

Dem Erkenntnisse ist zugleich ein Verzeichniß der Gerichts-Gebühren beizufügen, worin jedoch keine andere, als die in nachstehender Taxe festgesetzten zu berechnen sind.

	rt	fl	h
I. Bei den Herzoglichen Stadt-Gerichten und Aemtern:			
1) in Sachen bis zu 5 Thlr. für die ganze Untersuchung einschließlich des Erkenntnisses	—	12	—
2) in erheblicheren Sachen bis einschließlich zu 10 Thlr.	1	—	—
3) bei Verfolgung eines Rechtsmittels wird für die Einsendung der Acten an das Herzogliche Kreis-Gericht und den dabei zu erstattenden Bericht nichts berechnet, doch erhält der Actuar für das Verpacken der Acten	—	2	—
II. Bei den Herzoglichen Kreis-Gerichten:			
A. als Gerichten der zweiten Instanz.			
1) Für ein instructorisches Rescript:			
a. in ganz geringen Sachen, d. h. bis zu 5 Thlr. Geldbuße einschließlich	—	4	—
b. in erheblicheren Sachen	—	6	—
2) für ein Urtheil auf ein Rechtsmittel der weitem Vertheidigung:			
a. in ganz geringen Sachen	—	6	—
b. in erheblicheren Sachen	—	12	—
3) für Rücksendung der Acten mit dem Urtheile, einschließlich des Rescripts:			
a. in ganz geringen Sachen	—	4	—
b. in erheblicheren Sachen	—	6	—
B. Als Gerichten der ersten Instanz:			
1) für die Anlegung eines Arrestes auf Sachen und Personen, wenn solcher vom Richter verhängt wird:			
a. bei Gegenständen von 10 bis 50 Thlr.	—	12	—
b. desgl. von 50 bis 100 Thlr.	—	16	—
c. desgl. über 100 Thlr.	1	—	—

- | | fl | ff | h |
|--|----|----|---|
| 2) für Aufhebung eines solchen Arrestes die Hälfte obiger sub 1. gedachten Sätze. | | | |
| 3) für das über Sicherheits-Leistung aufzunehmende Protocoll. | | | |
| a. bei der Summe von 10 bis 50 Thlr. | — | 4 | — |
| b. desgl. von 50 — 100 Thlr. | — | 8 | — |
| c. desgl. über 100 Thlr. | — | 12 | — |
| 4) für jedes hauptsächliche Verhör. | — | 12 | — |
| für kürzere Verhöre | — | 6 | — |
| 5) Nach diesem sub 4 gedachten Verhältnisse werden Zeugen Verhöre einschließlich der Beeidigung — ohne Rücksicht auf die Zahl der Zeugen — taxirt. | | | |
| 6) für die Abnahme eines Reinigungs- oder Erfüllungs-Eides . | — | 12 | — |
| 7) für die Information aus Hülf-Acten 12 Ggr. bis 1 Thlr. | | | |
| 8) für ein Informations- oder Requisitions-Schreiben an andere Gerichte 12 Ggr. bis zu 1 Thlr. | | | |

Nach diesem Verhältnisse werden auch die dem Erkenntnisse vorhergehenden Erkenntnisse auf einen nothwendigen Eid, bezahlt.

- | | | | |
|---|---|----|---|
| 9) Für die Bestellung eines Defensors | — | 12 | — |
| 10) für das Urtheil der Kreis-Gerichte in erster Instanz . . | 1 | — | — |
| 11) für die Aufnahme der Rechtfertigung des Rechtsmittels der weitem Vertheidigung zu Protocoll, nach der Weitläufigkeit des Protocolls, 6 Ggr. bis zu 1 Thlr. | | | |
| 12) Bei Verfolgung eines Rechtsmittels wird für die Einsendung der Acten an das Herzogliche Landes-Gericht und für den dabei zu erstattenden Bericht nichts berechnet, doch wird dem Actuar an Verpackungs-Gebühr bezahlt | — | 4 | — |
| 13) für die Publication des in zweiter Instanz ergangenen Erkenntnisses | — | 12 | — |
| 14) für Zwischen-Bescheide: | | | |
| a. in Sachen von 10 bis 50 Thlr. | — | 2 | — |
| b. desgl. von 50 bis 100 Thlr. | — | 4 | — |
| c. desgl. über 100 Thlr. | — | 8 | — |
| 15) Die Vollstreckung der Erkenntnisse geschieht durch die Executoren, und erhalten diese dafür die ihnen instructionsmäßig zugebilligten Gebühren. | | | |
| 16) Copialien für jeden Bogen, die Seite zu 24 Zeilen gerechnet, | — | 2 | — |
| 17) für die Insinuation oder Ueberbringung eines Bescheides, | | | |

	fl	M	h
auch Zustellung der documentirten Copie an den Extrahenten einschließlich des Documents	—	1	4
Nur den bei dem Herzogl. Kreisgerichte zu Braunschweig angestellten Gerichts = Dienern sind 2 Ggr. 8 Pf. zugestanden.			
18) Meilen-Gelder von $\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{2}$ Meile	—	2	—
desgl. für $\frac{1}{2}$ bis 1 Meile	—	4	—
desgl. für jede ganze Meile	—	6	—
19) Aufrufe-Gebühren dem Unter-Bedienten	—	1	—
Sämmtliche diese von 1 bis 19 verzeichneten Gebühren werden auch dann berechnet, wenn die betreffende Verhandlung vor einem Herzogl. Stadt-Gerichte oder Amte Statt hat.			
III. Bei dem Herzoglichen Landes-Gerichte:			
1) für ein instructorisches Rescript Behuf der ferneren Untersuchung Nach diesem Verhältnisse werden auch hier die dem End-Erkenntnisse vorhergehenden Erkenntnisse auf einen nothwendigen Eid tarirt:	1	—	—
2) für das Urtheil	2	—	—
3) für Rücksendung der Acten mit dem Urtheile einschließlich des Rescripts	1	—	—
Verpackungs-Gebühren sind nicht zu berechnen.			

§. 144.

Rechtsmittel.

Der Gebrauch von Rechtsmitteln soll nur gegen End-Erkenntnisse oder Erkenntnisse auf einen nothwendigen Eid zulässig sein.

Dem Denunciaten steht das Rechtsmittel der weiteren Bertheidigung, der Steuer-Behörde aber das der Appellation zu.

Ueber das eine und das andere Rechtsmittel erkennt,

- 1) wenn es gegen Erkenntnisse der Stadt-Gerichte und Aemter eingewandt ist, das Kreis-Gericht in zweiter und letzter Instanz.
- 2) wenn dasselbe gegen Erkenntnisse der Kreis-Gerichte eingewandt ist, Unser Herzogliches Landes-Gericht in zweiter und letzter Instanz.

§. 145.

Verfolgung der Rechtsmittel.

Bei der Einlegung und Rechtfertigung dieser Rechtsmittel kommt das in den

§. 28 und 29 des Gesetzes vom 15. October 1832, die Modification der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, vorgeschriebene Verfahren zur Anwendung.

§. 146.

Befugniß des in zweiter Instanz erkennenden Gerichts.

Dem in zweiter Instanz erkennenden Gerichte ist unbenommen, eine ihm nothwendig scheinende weitere Instruction der Sache zu verfügen.

4. Vollziehung der Strafen.

§. 147.

Einziehung der Strafgeelder.

Die Einziehung der Gelder, welche ein Contravenient, entweder nach dem angenommenen Ermäßigungs-Vorschlage, oder in Gemäßheit eines gegen ihn ergangenen rechtskräftigen Erkenntnisses, der Steuer-Verwaltung zu erlegen hat, liegt der Kreis-Casse ob, und das Gericht, welches in erster Instanz erkannt hat, hat, wenn die Zahlung in Güte nicht erfolgt ist, auf die Anzeige der Kreis-Casse, die Autorisation zur executivischen Beitreibung zu ertheilen; die angeschriebenen Stempel- und Gerichts-Gebühren werden durch das Gericht eingezogen.

§. 148.

Verwandlung der Geldbuße in Arrest oder Arbeits-Strafe.

Ergiebt sich bei der Beitreibung, daß der Contravenient nicht so viel im Vermögen hat, um die schuldige Strafe ganz oder zum Theil erlegen zu können, oder aber, wenn noch einige Executions-Objecte vorhanden wären, daß die Beitreibung des Geld-Betrags den völligen Ruin des Contravenienten und dessen Familie zur Folge haben würde, so soll diejenige Summe, die nicht eingezogen werden kann, mit alleiniger Ausnahme der einfachen Abgabe und der Kosten, in eine Gefängniß- oder Arbeits-Strafe verwandelt werden, und zwar dergestalt, daß für jeden zu bezahlenden Thaler 24 Stunden Gefängniß- oder eintägige Arbeits-Strafe bestimmt werden.

Würde ein solches Unvermögen des Contravenienten sich schon früher während der Untersuchung gegen ihn ergeben, so ist der Ermäßigungs-Vorschlag oder das Erkenntniß gegen ihn sogleich alternativ auf die zu erlegende Summe oder eine, nach obigem Maassstabe zu bestimmende Gefängniß- oder Arbeits-Strafe zu richten.

Das Gericht, welches in erster Instanz erkannt hat, hat für die Vollziehung der Gefängniß- oder Arbeits-Strafe auf den Antrag der Ober-Steuer-Inspection zu sorgen und dieser demnächst eine Bescheinigung darüber zugehen zu lassen.

§. 149.

Berechnung der Straf-Gelder.

Die Berechnung der Straf-Gelder geschieht bei den Kreis-Cassen.

Von den eingezogenen Geldern werden nach Abzug der etwaigen Kosten, und

der, der Steuer-Casse zu berechnenden einfachen Abgabe, sowohl die Ordnungs-Strafen, als auch, bei Defrauden mit geistigen Getränken: entweder die confiscirten Gegenstände selbst, oder der aufgekommene Werth derselben, dem Denuncianten zum vollen Betrage zugebilligt. In allen anderen Defraudations-Fällen erhält der Denunciant von dem Werthe der confiscirten Gegenstände, imgleichen von den Geld-Strafen, die Hälfte; die andere Hälfte fließt in die Steuer-Straf-Casse.

Sind mehrere Denuncianten vorhanden, so wird die oben erwähnte Denuncianten-Gebühr zwischen ihnen gleichmäßig vertheilt. Ist die Contravention aber von Jemand zur Anzeige gebracht, der kein Steuer-Beamter ist, die Sache mithin von einem solchen Beamten weiter verfolgt, so soll diesem für seine Mühwaltung aus der Denuncianten-Gebühr eine von der Ober-Steuer-Inspection zu ermessende billige Vergütung verabreicht werden, die jedoch in keinem Falle denjenigen Betrag übersteigen darf, den derselbe zu erwarten gehabt hätte, wenn die Contravention von ihm selbst mit entdeckt wäre.

Zehnter Abschnitt.

Von den, vom Steuer-Verbande ausgenommenen Landestheilen.

§. 150.

Behandlung der ausgeschlossenen Landestheile.

Diejenigen einzelnen Landestheile, welche von dem abgabepflichtigen Bezirke des Inlandes ausgeschlossen bleiben, werden in Beziehung auf diesen wie Ausland behandelt; und alle rücksichtlich des letztern in gegenwärtigem Gesetze enthaltenen Bestimmungen finden auf sie Anwendung.

Sämmtliche Behörden und Landes-Einwohner haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

Inhalts = Verzeichniß.

Erster Abschnitt.

Von dem Verkehre mit dem Auslande überhaupt.

- §. 1. Allgemeine Grundsätze hinsichtlich des Ein-, Durch- und Ausgangs.

Zweiter Abschnitt.

Von der Besteuerung der Gegenstände des Verkehrs.

- §. 2. Steuer = Tarif:
a. Eingangsz = Abgabe.
b. Durchgangsz = Abgabe.
§. 3. c. Ausgangsz = Abgabe.
§. 4. Begriff von fremden Gegenständen.
§. 5. Ausnahmen und allgemein bedingte Befreiungen von der Eingangsz = Abgabe.
§. 6. Ferner bedingte Befreiungen für bestimmte Fälle.
§. 7. Erleichterung des Durchgangs.
§. 8. Ermäßigung der Durchgangsz = Abgabe.
§. 9. Verpflichtung zur Entrichtung der Abgaben.
§. 10. Wo die Abgabe zu entrichten.
§. 11. Haftn der Gegenstände für die Abgaben.
§. 12. Abgaben = Erstattung und Nacherhebung.
§. 13. Zettel-, Blei-, Siegel- und Stempel = Gebühren.

Dritter Abschnitt.

Von den zur Erhebung und Aufsicht angeordneten Aemtern, deren Befugnissen und Verpflichtungen.

- §. 14. Steuer = Aemter.
§. 15. Deren Befugnisse:
1) Grenz = Steuer = Aemter erster Classe.
2) Grenz = Steuer = Aemter zweiter Classe.

- 3) Anmelde-Posten.
- 4) Grenz-Steuer-Aemter dritter Classe.
- 5) Haupt-Steuer-Aemter.
- 6) Neben-Steuer-Aemter.

Beschränkung oder Erweiterung dieser Befugnisse.

- §. 16. Bezeichnung der Grenz-Aemter und Anmelde-Posten.
- §. 17. Geschäftsstunden bei den Steuer-Aemtern.
- §. 18. Aufsichts-Beamte.
- §. 19. Uniformirung und Bewaffnung der Grenz-Beamten.
- §. 20. Legitimation der nicht uniformirten Steuer-Beamten.
- §. 21. Bestimmung wegen des Waffengebrauchs.
- §. 22. Verhalten der Steuer-Beamten und Steuerpflichtigen im Allgemeinen.
- §. 23. Revision bei Gewerbetreibenden.
- §. 24. Revision bei andern Personen.
- §. 25. Hausfuchung.
- §. 26. Sonstige Revisions-Befugnisse der Steuer-Beamten.
- §. 27. Quittungsbücher der Gewerbetreibenden.

Vierter Abschnitt.

Von dem bei ein- und durchgehenden Gegenständen zu beobachtenden Verfahren.

A. Allgemeine Bestimmungen.

- §. 28. Erlaubte Straßen.
- §. 29. Verbotene Nebenwege. Ausnahmen.
- §. 30. Fernere Ausnahmen.
- §. 31. Beschränkung des Transports auf die Tagesstunden.
- §. 32. Einhalten der Hauptstraße.
- §. 33. Reihenfolge der Abfertigungen.

B. Behandlung der Gegenstände an den Steuer-Aemtern.

1) Beim Eingange.

- §. 34. Declaration bei dem Grenz-Steuer-Amte,
- §. 35. Oder bei dem vorliegenden Anmelde-Posten.
- §. 36. Ausnahmen.
- §. 37. Inhalt der Declaration.
- §. 38. Anfertigung der Declaration.
- §. 39. Beschaffenheit der Declaration.
- §. 40. General-Declaration.
- §. 41. Revision der Gegenstände.
- §. 42. Revisions-Verfahren nach Verschiedenheit der Fälle.
- §. 43. Verpflichtung des Declaranten bei der Revision.
- §. 44. Behandlung der Gegenstände im Falle sofortiger Entrichtung der Eingangs-Abgabe an der Grenze:

- a. Revision.
- §. 45. b. Entrichtung der Eingangsz-Abgabe und Ertheilung der Quittung.
- §. 46. c. Schluß der Abfertigung.
- §. 47. Behandlung der nicht an der Grenze zur Verabgabung kommenden Gegenstände :
 - a. Revision.
- §. 48. b. Entrichtung der Durchgangsz-Abgabe.
- §. 49. c. Sicherheits-Bestellungen.
- §. 50. d. Anlegung des Waaren-Verschlusses und Ausfertigung des Begleitscheins.
- §. 51. e. Schluß der Abfertigung.
- §. 52. Ausnahme in Gemäßheit bestehender Verträge beim Transit auf Flüssen.

2) Bei der Ankunft am inländischen Bestimmungs- oder Ablagerungs-Orte.

- §. 53. In Fällen der Versteuerung.
- §. 54. In Fällen der Deposition der Gegenstände in einer unversteuerten Niederlage.
- §. 55. In Fällen der Entnehmung der Gegenstände aus der unversteuerten Niederlage.

3) Beim Ausgange der zum Durchgange declarirten Gegenstände.

- §. 56. Enthebung des Waarenführers von seiner Verbindlichkeit.
- §. 57. Verfahren beim Transporte unter abwechselnder Berührung des Auslandes.

C. Von dem Waaren-Verschlusse und der Begleitschein-Controle.

1) Waaren-Verschuß.

- §. 58. Anlegung des Verschlusses.
- §. 59. Verpflichtung des Waarenführers.
- §. 60. Folgen der Verletzung des Verschlusses.

2) Begleitschein.

- §. 61. Ertheilung der Begleitscheine.
- §. 62. Inhalt.
- §. 63. Verpflichtung des Waarenführers und Entnehmers des Begleitscheins.
- §. 64. Erleichterungen.
 - a. bei Gewichts-Differenzen.
- §. 65. b. bei zufälligem Aufenthalte auf der Route.
- §. 66. c. bei veränderter Bestimmung der Ladung.
- §. 67. d. bei Theilung der Ladung und Umladung, auch Veränderung in der Person des Waarenführers.

Fünfter Abschnitt

Von den unversteuerten Niederlagen.

A. Öffentliche Niederlagen.

- §. 68. Gestattung.
- §. 69. Verpflichtung der Unternehmer.

- §. 70. Besondere Packhofs-Reglements.
- §. 71. Lager- und Waagegeld.
- §. 72. Aufsicht der Steuer-Beamte.
- §. 73. Bearbeitung der Lagergüter.
- §. 74. Versendungen von Gütern, deren Quantität durch das Lagern vermindert ist.

B. Privat-Niederlagen.

- §. 75. Gestattung und Aufsicht.
- §. 76. Für Spediteure ohne Eigenhandel.
- §. 77. Für Spediteure mit Eigenhandel.
- §. 78. Verpflichtungen des Inhabers einer Privat-Niederlage.

Sechster Abschnitt.

Von dem Verkehre im Innern des Landes mit abgabenfreien, jedoch verpackten, oder mit solchen Gegenständen, von denen die Eingangs-Abgabe bereits entrichtet ist.

A. Bei der Versendung von einem Orte des Inlandes zum andern.

- §. 79. Legitimation durch Steuer-Quittungen.
- §. 80. Legitimation durch Passirscheine.
- §. 81. Ausnahme.
- §. 82. Fernere Ausnahme.
- §. 83. Inhalt der Passirscheine.
- §. 84. Ungültigkeit der Passirscheine.
- §. 85. Verfahren beim theilweisen Absatz der Ladung.
- §. 86. Ablieferung der Passirscheine.
- §. 87. Vorschriften für Tabacks- und Eichorien-Fabrikanten.
- §. 88. Vorschriften für den Transport durch das Ausland.
- §. 89. Folge der Lagerung oder Umladung im Auslande.
- §. 90. Legitimation durch Exportationscheine.

B. Bei der Versendung ins Ausland.

- §. 91. Gegenstände, welche einer Ausgangs-Abgabe unterliegen:
 - a. wo die Abgabe zu entrichten.
 - b. Verfahren dabei.
 - c. Wann eine schriftliche Declaration erforderlich.
 - d. Behandlung bei der Abgabe-Entrichtung am Steuer-Amte des Absendungs-Orts.
 - e. Am Grenz-Steuer-Amte.
 - f. Bei nachmaliger Berührung des Auslandes.
- §. 92. Von Gegenständen, die einer Ausgangs-Abgabe nicht unterliegen.
- §. 93. Behandlung der Reisenden.

Siebenter Abschnitt.

Von der Behandlung der Postgüter.

- §. 94. Hinsichtlich der Eingangs-Abgabe.
- §. 95. Bei transitirenden Gegenständen.
- §. 96. Bei Versendungen unversteuerter Güter aus Orten des Inlandes.
- §. 97. Bei Versendungen versteuerter Güter.
- §. 98. Hinsichtlich der Ausgangs-Abgabe.

Achter Abschnitt.

Von den Steuer-Vergütungen.

- §. 99. Rabatt für Weinhändler.
- §. 100. Bonification für exportirte Gegenstände:
- §. 101. a. für Wein.
- §. 102. b. für fabricirten Taback.
- §. 103. c. für Hut Zucker und Candis.
- §. 104. Exportationen in das enclavirte Ausland und in die als Ausland zu betrachtenden Landestheile.
- §. 105. Verfahren bei den Exportationen.
- §. 106. Folgen der Nichtbeachtung der Bestimmungen des §. 105.
- §. 107. Rückvergütung der Eingangs-Abgabe für gelagertes Getreide.

Neunter Abschnitt.

Von den Gesetzes-Übertretungen und deren Bestrafung.

A. Straf-Bestimmungen.

- §. 108. Bestrafung der Ein-, Durch- und Ausfuhr-Verbote.
- §. 109. Strafe der Defraude.
- §. 110. Fernere Anwendung derselben auf andere specielle Fälle.
- §. 111. Strafe bei Defrauden unter erschwerenden Umständen.
- §. 112. Strafe des Betrugs.
- §. 113. Fernere Anwendung derselben in anderen Fällen.
- §. 114. Ordnungsstrafe.
- §. 115. Verlust des Deposit.
- §. 116. Cumulation der Strafen.
- §. 117. Haft für die Strafen.
- §. 118. Desgleichen.
- §. 119. Desgleichen.
- §. 120. Mitschuldige.

B. Anwendung der Strafbestimmungen.

1) Allgemeine Vorschriften.

- §. 121. Competente Gerichte.
- §. 122. Aufnahme des Denunciations-Protocols.

- §. 123. Beschlagnahme der Sachen und Transportmittel.
- §. 124. Persönliches Anhalten des Contravenienten.
- §. 125. Freigabe der angehaltenen Personen und Sachen.
- §. 126. Verfahren bei angelegten Arresten.
- §. 127. Confiscation der von unbekannten entwichenen Contravenienten zurückgelassenen Gegenstände.
- §. 128. Verjährung der Klagen.
- §. 129. Anwendung des Stempels.
- §. 130. Unzulässigkeit von Rechts-Beiständen.
- §. 131. Submissions-Verfahren.
- §. 132. Uebergabe des Denunciations-Protocolls bei dem Gerichte.

2) Ermäßigungs-Verfahren der Gerichte.

- §. 133. Termin.
- §. 134. Vorschlag.
- §. 135. Gebühren.
- §. 136. Ausbleiben des Denuncianten oder Denunciaten im Ermäßigungs-Termine.
- §. 137. Einsendung der Verhandlungen an die Ober-Steuer-Inspection.

3) Gerichtliches Verfahren.

- §. 138. Ueberweisung der Sache zum gerichtlichen Verfahren.
- §. 139. Abgabe des Erkenntnisses.
- §. 140. Ausbleiben des Denunciaten in dem Termine.
- §. 141. Publication des Erkenntnisses.
- §. 142. Den Kostenpunkt betreffend.
- §. 143. Sporteln-Laxe.
- §. 144. Rechtsmittel.
- §. 145. Verfolgung der Rechtsmittel.
- §. 146. Befugniß des in zweiter Instanz erkennenden Gerichts.

4) Vollziehung der Strafen.

- §. 147. Einziehung der Strafgeelder.
- §. 148. Verwandlung der Geldbuße in Arrest oder Arbeitsstrafe.
- §. 149. Berechnung der Strafgeelder.

Zehnter Abschnitt.

Von den, vom Steuer-Verbande ausgenommenen Landestheilen.

- §. 150. Behandlung der ausgeschlossenen Landestheile.

Anlage A.**T a r i f**

der

Eingang=, Durchgang= und Ausgang=Abgaben.**Erster Abschnitt.****Gegenstände, welche weder einer Ein- noch einer Ausgang=Abgabe unterworfen sind.**

- 1) Abfälle von Horn (Hornspähne), von Seifensiedereien, von der Wollspinnerei, der Tuchscherelei und Weberei (Tuchtrümmer), von Papier (Papierspähne), von der Fabrikation der Pottasche, der Salpetersäure, des Vitrioldöls, von Blaufarbenwerken, auch Lohkuchen und Knochenmehl;
- 2) Ameiseneier, frische;
- 3) Asche, ausgelaugte Holz-, auch Asche von Braun- und Steinkohlen, Stroh, Torf;
- 4) Beeren, Heidel- und Krons-, frische;
- 5) Bienenkörbe oder Bienenstöcke mit lebenden Bienen;
- 6) Blumen, frische und getrocknete, nicht besonders tarifirte;
- 7) Blut von geschlachtetem Vieh, flüssiges oder eingetrocknetes;
- 8) Branntweinspüllicht, Trebern oder Trebern;
- 9) Brod und derartiges Backwerk in Quantitäten unter 6 Pfund;
- 10) Buchdruckerlettern, in ihrer Form nicht mehr brauchbare, welche für Schriftgießer zum Umgießen eingehen, und deren Verwendung zu diesem Zwecke nachgewiesen wird;
- 11) Butter, die in einzelnen Stücken eingeht, welche zusammen nicht mehr wie fünf Pfund betragen;
- 12) Conchilien, Fossilien, Insecten, Mineralien, Mumien, Vegetabilien, auch ausgestopfte Thiere für Sammlungen zu wissenschaftlichen Zwecken;

- 13) Drucksachen, mit der ordinären Post eingehende, als: ungebundene, geheftete, brochirte Bücher, Musikalien und Landkarten, auch dergleichen alte gebundene;
- 14) Dünger, animalischer, vegetabilischer;
- 15) Düngesalz. — Bei der Einfuhr auf besondere Erlaubnißscheine.
- 16) Eier;
- 17) Eisen, rohes in Gänsen und Masseln, Granalien und Wascheisen, Rohstahl und Stahlkuchen, Eisenfeilspähne und Hammerschlag;
- 18) Erde, Pfeifen-, Fayence-, Porzellan-, Töpfer- und Balk-, Thon, Lehm, Mergel und Sand;
- 19) Erze, alle rohe, nicht besonders tarifirte;
- 20) Feuerschwamm;
- 21) Fische, frische, nicht eingesalzene, Krebse und Krabben, auch die mit inländischen Waisen eingeführten eingepöckelten Heringe und auf inländischen Schiffen eingehende Austern, Fischspeck und Wallfischbarten;
- 22) Früchte, Erd-, Baum-, Feld-, Garten- und Wald-, frische, insoweit solche nicht besonders tarifirt sind;
- 23) Garn, Flachs- und Hanf-, rohes;
- 24) Gartengewächse, frische;
- 25) Getreide in Stroh, auch Getreide und Hülsenfrüchte. (Nro. 22 des zweiten Abschnitts.) Bei der Einfuhr jedoch nur in Quantitäten von nicht über zwei Himten im Ganzen und vorbehältlich der Befugniß der Steuer-Administration, diese Freiheit da zu sistiren, wo die Eingangsabgabe für größere Quantitäten dadurch umgangen wird, daß diese in einzelnen (getrennten) Transporten von nicht über zwei Himten gleichzeitig oder bald auf einander eingeführt werden.
- 26) Gold, Silber und Platina, unverarbeitet, ungeprägt, auch Geld;
- 27) Gras und sonstige Futterkräuter, auch Heu, Stroh Spreu und Häckerling;
- 28) Hausgeräth und Effecten, gebrauchte, so wie Kleider und Wäsche, auch gebrauchtes Handwerkzeug von Einziehenden in das Herzogthum, zum eigenen Gebrauche;
- 29) Hefen, Bärme, frische;
- 30) Hopfen, grün und unverpakt;
- 31) Kalkäsker;
- 32) Kleidungsstücke, Wäsche und Reisegeräth, welche Reisende, Fuhrleute und Schiffer zu ihrem eigenen Gebrauche mit sich führen, auch Consumtibilien zum jedesmaligen Reiseverbrauche.

Die Wagen der Reisenden, Wagen und Wasserfahrzeuge der Fuhrleute und Schiffer zum Personen- und Waaren-Transport sind von der Ausgangsabgabe immer, von der Eingangsabgabe aber nur in soweit befreit, als sie nicht in das Eigenthum eines Inländers übergehen.

Imgleichen sind die gebrauchten Inventariensstücke der ein- oder ausgehenden Schiffe, sofern sie zur ferneren eigenen Benutzung bestimmt sind, dieser Abgabe

nicht unterworfen, so lange sie für den Gebrauch der Schiffe verwendet werden.

- 33) Knochenschaum oder Zuckererde;
- 34) Kohlen, Holz- und Braun-;
- 35) Kreide, rohe, die in inländische Seehäfen eingeführt wird;
- 36) Milch;
- 37) Muschelschaalen (Muschelnschille) zur Kalkgewinnung;
- 38) Papier, beschriebenes;
- 39) Pflanzen, Bäume, Reben und Stauden zum Verpflanzen, Brennholz, Besen aus Reisig, Borke, andere als von Eichen und Birken, Busch, Flecht- und Korbweiden oder Ruthen, Rarden, Zaun- und Schlagtpfähle;
- 40) Producte des Ackerbaues, der Viehzucht und der Forstwirthschaft, welche Landes- einwohner von ihren Grundbesitzungen, die von der Landesgrenze durchschnitten werden, beziehen;
- 41) Rohr, Dach- (Schilf) und Weber-, auch Schachtelhalm;
- 42) Schwefelholzer und Schwefelfäden;
- 43) Steine, rohe, unbehauene, Bau-, Bruch- und Feld-, desgleichen Kalk- und Gips- steine, rohe Sand-, Schiefer- und Feuersteine, ungebrannte Thon- und Lehmsteine, auch roher Schwerspath;
- 44) Thiere, alle, für welche in dem Tarife eine Abgabe nicht bestimmt ist, so wie diejenigen der im zweiten Abschnitte unter No. 59 a und b aufgeführten Pferde, Maulthiere, Maulesel und Esel, aus deren Gebrauche beim Eingange aus dem Auslande die Ueberzeugung gewonnen wird, daß solche wirklich als Zug- oder Lastthiere zum Anspannen eines Reise- oder Frachtwagens gehören, oder zum Waaren-Transporte dienen, und die mit Sattel und Zeug versehenen Pferde, welche von Reisenden zu ihrem Fortkommen geritten werden.

Zweiter Abschnitt.

Gegenstände, welche bei der Ein- oder Ausfuhr einer Abgabe unterliegen.

Kontinuierliche Nr.	Bezeichnung der Gegenstände.	Gewicht und Maas	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund	
			Eölnisches Gewicht	Eingänge			Ausgänge			
				Zhl.	Gr.	Pf.	Zhl.	Gr.		Pf.
1	Abfälle:									
	a. von Salzfiedereien und Glashütten, desgleichen Glas- scherben, Glasbruch und Glasgalle	Centner	frei			—	2	—		
	b. von Thieren, als: Weine, Hörner, Flehsen, Klauen	Centner	frei			—	4	—		
	c. Knochen	Pferdelast	frei			—	6	—		
	d. von Gerbereien (Leder-Abfälle)	Centner	frei			—	8	—		
2	Baumwolle und Baumwollenwaare:									
	a. Baumwolle, gekämmte	Centner	—	12	—	—	—	—		
	b. Baumwollengarn,									
	1. ungebleichtes, ungefärbtes, ungezwirntes	Centner	1	1	—	—	—	—	20 in Kisten	
	2. gebleichtes, ungezwirntes, auch Dochtgarn aller Art	Centner	2	2	—	—	—	—	und	
	3. ungezwirntes, sogenanntes türkisches Rothgarn	Centner	3	3	—	—	—	—	Fässern	
	4. gezwirntes Strickgarn, imgleichen gefärbtes, auch Watten	Centner	6	6	—	—	—	—	10 in Ballen.	
	c. Baumwollenwaare ohne Unterschied	Centner	12	12	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 10 in Ball.	
3	Bier, auch Meth, in Fässern und Flaschen	Centner	—	16	—	—	—	—	Fässern 22 in Kisten 14 in Körb.	
4	Blei und Bleiwaaren:									
	a. Blei in Blöcken und altes, auch gewalztes und Bleipatten, Abstrichblei u. Bleiglätte	Centner	1	1	—	—	—	—		
	b. Gewichte, Kessel, Kugeln, Röhren, Hagel, Schrot und Bleiweis	Centner	1	12	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Körb.	
	c. alle übrige Bleiwaare	Centner	6	6	—	—	—	—	Fässern 22 in Kisten 14 in Körb.	
5	Branntwein, in Fässern und Flaschen:									
	a. gewöhnlicher, nicht über 50 Grad nach Tralles stark	Centner	4	4	—	—	—	—	14 in Körb.	

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maass	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund
			beim						
			Eingänge			Ausgänge			
		Erdnißiges Gewicht	Zhl.	Qar.	Pf.	Zhl.	Qar.	Pf.	
	b. über 50 Grad nach Tralles stark, auch Genever, Rum, Cognak, Franzbranntwein, Arrak: von 51 — 60°, nach Tralles	Centner	5	5	—	—	—	—	Flaschen. 22 in Kisten 14 in Körb.
	„ 61 — 70°, „ „	Centner	6	6	—	—	—	—	
	„ 71 — 80°, „ „	Centner	7	7	—	—	—	—	
	„ 81 Grad und darüber	Centner	8	8	—	—	—	—	
	c. Liqueure	Centner	6	6	—	—	—	—	
6	Bürstenbinderwaare, insoweit solche nicht zur fei- nen Kurzwaare gehört	Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern
7	Butter	Centner	1	1	—	—	—	—	14 in Körb.
8	Caffee und Caffee = Surrogate	Centner	3	3	—	—	—	—	14 in Fäss. 5 in Ballen.
9	Eider und Obstwein, in Fässern und Flaschen . .	Centner	1	1	—	—	—	—	Flaschen 22 in Kisten
10	Conditormaare, Confitüren, feines Back- werk und andere derartige Gegenstände, auch Chocolade	Centner	6	6	—	—	—	—	14 in Körb. 20 in Kisten u. Fässern
11	Droguerie-, Apotheker- und Farbewaaren. Mit Ausnahme der rohen Farbe- und Gerbestoffe, so- wie des Alauns, Salpeters, Vitriols, rohen Weinstein und der Mineralwasser, welche dem Tariffaze Nr. 69. unterliegen. a. gewöhnliche, als: rohe Producte und sonstige Artikel für den Apothekengebrauch, chemische Fabrikate und Farbewaaren, soweit solche nicht unter die nachfolgen- den beiden Tarispositionen gehören; ferner Gummi, Harze — mit Ausschluß des gemeinen Harzes (Posit. Nr. 26.) — sowie Leim aller Art, präparirte Farbehöl- zer, Berg- (Stein-), Rhen-, Terpentin- Del, auch Honig, Cacao- und trockne Hefen	Centner	—	18	—	—	—	—	14 in Körb. 5 in Ballen.
	Ausnahme: Vitriol- Del.	Centner	—	12	—	—	—	—	
	b. feinere: 1. zubereitete Apothekermwaaren, einschließlich der Es- senzen, Extracte, Tincturen, eingedickten Säfte und ätherischen Oele, desgleichen der feineren Säuren, als: Benzoe-, Bernstein-, Blau-, Citronen-, Phos- phor- und derartige Säuren; auch künstliche Balsame, Cacao- und Tonkabohnen, Delfarben, Zinnober, Bronz-								

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände.	Gewicht und Maafß	Abgabe = Sätze						Für Chara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund
			beim						
			Eingänge			Ausgänge			
Sölnisches Gewicht	Zhl.	Ggr.	Pf.	Zhl.	Ggr.	Pf.			
	cepulver, Malermetall, Druckerschwärze, Wasch- schwämme und Streuglanz	Centner	2	2	—	—	—	18 in Kisten u. Fässern. 10 in Körb. 5 in Ballen.	
	2. solche, die auch im Kurzwaaren-Handel vorkom- men, als Miniatur-, Pastell- und Muschelfarben, auch Tusche, Bleifedern, chemische Feuerzeuge ohne Garnitur in Fläschchen, derartige Zündhölzer und Zündhütchen, Feuerwerke, Englisch-Pflaster, Siegel- und Ofenlack, Räucherpulver und -Kerzen, Schnee- berger Schnupspulver und Zahnpulver	Centner	6	6	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern. 14 in Körb. 5 in Ballen.	
12	Drucksaßen:								
	a. ungebundene, geheftete, brochirte Bücher, Musicalien und Landkarten, auch dergleichen alte gebundene .	Centner	—	2	—	—	—		
	b. neue gebundene Bücher, Musicalien und Landkarten, Gemälde, Kupfer- und Stahlsche, lithographirte Bil- der, Musterblätter und Holzschnitte	Centner	1	1	—	—	—		
	c. alle gedruckte, gestochene und lithographirte Formu- lare, Etiquetten und dergleichen	Centner	3	3	—	—	—		
13	Eisen, Stahl, Eisen- und Stahlwaaren:								
	a. Eisen und Stahl.								
	1. altes Brucheseisen, und alle in ihrer Form nicht mehr brauchbare Eisen- und Stahlwaaren	Centner	frei	—	—	4	—		
	2. geschmiedetes und gewalztes Eisen, in Stäben, Stangen, Stücken	Centner	1	1	—	—	—		
	3. Stahl	Centner	—	18	—	—	—		
	b. Eisenblech.								
	1. Schwarz- und Sturzblech, unverarbeitet	Centner	—	10	—	—	—		
	2. verzinn-tes Eisenblech, unverarbeitet	Centner	—	18	—	—	—	10 in Kisten u. Fässern 7 in Körben 4 in Ballen.	
	c. Eisen- und Stahl-drath, aller Art	Centner	2	2	—	—	—		
	d. Eisen- und Stahlwaare.								
	1. grobe Gußwaare, als: Gitter, Kessel, Defen, Pfan- nen, Platten, Röhren ic.	Centner	—	18	—	—	—		
	2. ordinaire, ohne Politur, aus geschmiedetem oder gewalztem Eisen, aus Eisen, Stahl und Eisenblech, sowohl aus diesen Materialien allein, als auch in Verbindung mit Holz, als: Aerte, Beile, Kaffe- mühlen und Trommeln, Feilen, Forken, Futtermes- ser, Hacken, Hämmer, Harken, Hecheln, Kessel, Ket- ten, Nägel, Pfannen, Sägen, Schaufeln, Schraub-								

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände.	Gewicht und Maaß	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund	
			Eölnisches Gewicht	Eingänge			Ausgänge			
				Zhl.	Ggr.	Pf.	Zhl.	Ggr.		Pf.
	Stöcke, Sensen, Sichel, Spaten, Stemmeisen, Strie- gel, Schneider- und Tuchmacher-Scheeren, Waage- balken, grobe, Zangen etc.	Centner	2	2	—	—	—	—	10 in Kisten u. Fässern 7 in Körben 4 in Ballen.	
	3. andere, insoweit solche nicht unter Nr. 4. gehören	Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Körb.	
	4. mit Gold, Silber, Platina versehene, auch sonstige feine (zu den Galanteriewaaren gehörige) Eisenguß- waare, wie feine Kurzwaare.									
14	Elephantenzähne, Elfenbein, rohes, ge- schnittene Platten, Elfenbeinschwarz, auch Perlmutter und Schildpatt	Centner	—	18	—	—	—	—	Flaschen. 22 in Kisten 14 in Körb.	
15	die daraus gefertigte Waare wie feine Kurzwaare.									
15	Essig, in Fässern und Flaschen	Centner	1	1	—	—	—	—	18 in Kisten u. Fässern 14 in Körb. 7 in Ballen	
16	Federn:									
	a. Bettfedern und Daunen, auch Schreibfedern	Centner	1	1	—	—	—	—		
	b. Betten, auch Matragen aller Art	Centner	2	2	—	—	—	—		
	c. Federn zum Puz, als Paradies-, Reiher-, Strauß- etc. wie feine Kurzwaare.									
17	Fische, Auster, Hummer:									
	a. gesalzene, getrocknete, geräucherte, marinierte und eingelegte Fluß- und Seefische	Centner	—	18	—	—	—	—		
	Ausnahme.									
	Heringe.									
	1. schlechtere Sorte, als: schwedische, schottische, nor- wegische Küstenheringe, Bückinge und Sprott	Centner	—	8	—	—	—	—		
	2. alle übrigen und Neunaugen.	Centner	1	1	—	—	—	—		
	b. Auster (frische) und Hummer.	Centner	1	1	—	—	—	—		
18	Fischbein, Fischhäute, Fischbeinwaare:									
	a. Fischbarten, Fischbein, Fischhäute	Centner	—	18	—	—	—	—		
	b. Fischbeinwaare, insofern solche nicht zur feinen Kurzwaare gehört, desgleichen alle Schirmma- cherwaare	Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Körb. 8 in Ballen	
19	Glachs, Hanf, Heede und daraus verfertigtes Garn, Leinen und Zwirnwaare:									
	a. Glachs, Hanf, Heede.									
	1. Glachs und Hanf	Centner	frei	—	—	—	4	—		

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände.	Gewicht und Maaf	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund	
			Eölnisches Gewicht	Eingänge			Ausgänge			
				Zhl.	Egr.	Pf.	Zhl.	Egr.		Pf.
	2. Heede	Centner	frei				2		20 in Kisten u. Fässern.	
	b. Garn, gebleichtes, gefärbtes	Centner	1	1	—	—	—	—	10 in Körb. 7 in Ballen.	
	c. Leinwand.									
	1. Packleinen, (Sackleinen) Segeltuch, graues	Centner	—	4	—	—	—	—		
	2. Leinwand, andere, ungebleicht und ungefärbt, auch ungebleichter Zwillich und Drillich, imgleichen wei- ßes Segeltuch	Centner	1	1	—	—	—	—	14 in Kisten 10 in Körb. 7 in Ballen.	
	3. Leinwand, gebleichte, gedruckte, gefärbte und sonst appretirte, dergleichen Zwillich und Drillich, auch Dammast und Wirn	Centner	8	8	—	—	—	—	20 in Kisten 14 in Körb. 10 in Ball.	
	4. alle andere Leinenwaare	Centner	12	12	—	—	—	—		
20	Fleisch, frisches, ausgeschlachtetes, geräuchertes, gefal- zenes, auch Schinken, Speck, Würste, Schmalz und dergleichen	Centner	2	2	—	—	—	—		
21	Früchte, Erd-, Baum-, Feld-, (mit Ausschluß der un- ter Nr. 22. aufgeführten) Garten-, Wald-:									
	a. Früchte, getrocknete, gebackene, mit Ausnahme der- gleichen Südfrüchte, auch frische Apfelsinen, Citronen, Limonen und Pomeranzen	Centner	—	18	—	—	—	—		
	b. Südfrüchte, getrocknete, auch andere, als unter a. genannte frische, wie: Datteln, Feigen, Granaten, Kastanien, Korinthen, Mandeln, Rosinen u., des- gleichen Citronen- und Pomeranzenschaale, und alle eingemachte Früchte, mit Ausnahme der unter c. aufgeführten	Centner	1	1	—	—	—	—		
	c. Früchte, alle mit Branntwein, Essig, Gewürz, Wein, Zucker eingemachte, candirte	Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Körb.	
22	Getreide und Hülsenfrüchte, auch daraus gefertigtes Mahlwerk und Mehlwaare:									
	a. Getreide und Hülsenfrüchte:									
	1. Roggen, gedörrter, Spelz, Weizen, auch Hirse, rohe	Himten	—	1	4	—	—	—		
	2. Bohnen, Erbsen, Linsen, ungedörrter Roggen, Wicken	Himten	—	1	—	—	—	—		
	3. Buchweizen, Gerste, Hafer	Himten	—	—	8	—	—	—		
	Mengkorn nach dem Satze, welchem die am höchsten belegte Fruchtart der Mischung unterworfen ist.									
	b. Mahlwerk und Mehlwaare:									

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maaf	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund	
			Eölnisches Gewicht	beim			Ausgänge			
				Eingänge						
			Zhl.	Ggr.	Vf.	Zhl.	Ggr.	Vf.		
23	1. Hirse, abgeschälte, gestampfte.	Centner	—	12	—	—	—	—	14 in Kisten u. Fässern 5 in Ballen	
	2. Mehl und sonstiges Mahlwerk, als: Graupen, Grütze u.	Centner	1	1	—	—	—	—		
	3. Mehlwaare, als: gewöhnliche Bäckerwaare, Ru- bels, Puder, Oblaten, Stärke u.	Centner	2	2	—	—	—	—		
23	Gewürze:									
	a. gewöhnliche, als: Anis, Coriander, Fenchel, Dill, Kümmel, Cumin und Senfmehl	Centner	—	18	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Korb. 5 in Ballen	
	b. Ingwer, Lorbeerblätter, Cubeben, Pfeffer, Piment	Centner	1	1	—	—	—	—		
c. feine, als: Vanille, Caneel, Muscatnüsse, Mus- catblüthe, Nägelein u.	Centner	3	3	—	—	—	—			
24	Glas und Glaswaaren:									
	a. grünes Hohlglas.	Centner	—	16	—	—	—	—	25 in Kisten u. Fässern 14 in Korb.	
	b. weißes Hohlglas, ungeschliffen, oder mit abgeschlif- fenem Boden und Rande, auch Tafelglas, ohne Un- terschied der Farbe	Pferdelast	8	—	—	—	—	—		
c. Glas, geschliffenes, geschnittenes oder durch Malerei oder Vergoldung verziertes, gegossenes, Behänge zu Kronleuchtern und derartige Glaswaare, ohne Unter- schied der Farbe	Centner	2	2	—	—	—	—			
25	d. Spiegelglas	Centner	6	6	—	—	—	—	18 in Kisten	
	e. Glaswaare in Verbindung mit andern Stoffen, insoweit solche nicht zur feinen kurzen Waare gehört	Centner	6	6	—	—	—	—		
	Haare und daraus gefertigte Waare, auch Seegras (Tang):	Centner	6	6	—	—	—	—		
25	a. Haare und Seegras.									
	1. rohe Pferdehaare	Centner	—	4	—	—	12	—	20 in Kisten 10 in Ball.	
	2. rohe Schweineborsten	Centner	—	4	—	—	6	—		
3. rohe Haare von Rindvieh, und alle sonstige, auch Seegras	Centner	—	4	—	—	—	—			
26	4. gefottene Haare	Centner	—	18	—	—	—	—	20 in Kisten 10 in Ball.	
	b. Haar-Arbeit, mit Ausschluß der zur feinen kurzen- waare gehörigen Artikel	Centner	12	12	—	—	—	—		
	Ausnahme:									
26	Haartuch zur Malz- und Delbereitung, auch grobe Haardecken	Centner	1	1	—	—	—	—	20 in Kisten 10 in Ball.	
	Harz, gemeines, Pech, Theer, Daggert	Centner	—	4	—	—	—	—		
	Häute und Felle, rohe, grüne, gesalzene, trockene	Centner	frei	—	—	1	1	—		

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maasß	Abgabe=Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund
			beim						
			Eingänge			Ausgänge			
		Colnisches Gewicht	Zhl.	Gr.	Vf.	Zhl.	Gr.	Vf.	
28	Holz, sowie Holz=, Horn=, Bast=, Rohr=, Stroh=, Meerschaum= und derartige Waare:								
	a. Holzasche, nicht ausgelaugte	Centner	frei				8		
	b. Eichen=, Birken= Borke, auch Loh	Centner	frei				3		
	c. Bau= und Nutzholz von europäischen Holzarten, nicht gezimmertes und nicht zugerichtetes, einschließ- lich der Balken und Sparren	Pferdelast	—	2	—	—	—	—	
	d. dergleichen gezimmertes und zugerichtetes, einschließ- lich der Bohlen, Bretter, (Dielen, rauhe und glatte)	Schiffsl.	—	6	8	—	—	—	
	Latten und Fagholz (Dauben)	Pferdelast	—	4	—	—	—	—	
	e. Fourniere	Schiffsl.	—	13	4	—	—	—	
	f. Schiffe, im Auslande gebauete, zum Gebrauche für Inländer eingehende:	Centner	1	1	—	—	—	—	
	1. neue.								
	α. aufgetakelte, segelfertige	Die Last der Trag- barkeit.	8	—	—	—	—	—	
	β. Rümpfe	desgl.	4	—	—	—	—	—	
	γ. Schiffsboote	Stück	2	—	—	—	—	—	
	2. alte.								
	α. aufgetakelte, segelfertige	desgl.	4	—	—	—	—	—	
	β. Rümpfe	desgl.	2	—	—	—	—	—	
	γ. Schiffsboote	Stück	1	—	—	—	—	—	
	g. sonstige Waare.								
	1. grobe, die von Fagbindern, Böttichern u. angefer- tigt wird, auch derartige Korb= und Siebwaare, aus ungeschältem Holze	Centner	—	12	—	—	—	—	
	2. gebeizte, lackirte, polirte, angemalte, als: Mö- beln, Hausgeräth und dergleichen, auch gewöhnliche Korbwaare von geschältem Holze, gewöhnliche Rohr=, sowie grobe Drechslerwaare, auch feine Stroh= und Bastgeflechte zur fernern Verarbeitung, desgleichen Korkstöpfe	Pferdelast	6	—	—	—	—	—	
	3. Möbeln, gepolsterte, mit Bronze und derartigen Verzierungen	Centner	2	2	—	—	—	—	18 in Kisten u. Fässern
	4. alle sonstige Holz=, Horn=, Bast=, Rohr=, Stroh=, Meerschaum= Waare, insoweit solche nicht zur feinen Kurzenwaare gehört, desgleichen sogenannte Nürn- bergerwaare aller Art, Holzbronze und Holzuhren	Centner	4	4	—	—	—	—	7 in Ballen
		Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Korb. 8 in Ballen

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maafß	Abgabe-Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund
			Edl.nisches Gewicht	Eingänge		Ausgänge			
				Zhl.	Gar. Pf.	Zhl.	Gar. Pf.		
29	Hutmacherwaare.	Centner	12	12	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern	
30	Instrumente, astronomische, chirurgische, mathema- tische, musicalische, optische, physicalische	Centner	6	6	—	—	—	8 in Ballen. 25 in Kisten u. Fässern	
31	Käse	Centner	1	1	—	—	—	10 in Ball.	
32	Kalk, Gips, Cement, Tarras, Traß und Gipswaare:								
	a. Kalk, gebrannter Stein-	Pferdelast	—	12	—	—	—		
	b. Kalk, Muschel-	Schiffsl.	1	16	—	—	—		
	c. Gips, gebrannter	Centner	—	4	—	—	—		
	d. Cement, Tarras, Traß	Pferdelast	—	6	—	—	—		
	e. Gipswaare	Schiffsl.	1	—	—	—	—		
	U s n a h m e. Gips abgüsse zu wissenschaftlichen Zwecken und derartige Modelle für Künstler un- terliegen dem Tarif-Satz Nr. 69.	Centner	—	1	—	—	—		
		Centner	1	1	—	—	—		
33	Kohlen:								
	Steinkohlen, Coaks	Pferdelast	—	3	—	—	—		
		Schiffsl.	—	10	—	—	—		
34	Kreide, rohe.	Centner	—	2	—	—	—		
35	Kupfer, Messing und derartige Metall-Com- position, Kupfer- und Messingwaare:								
	a. Kupfer und Messing.								
	1. rohes, schwarzes, gahres Kupfer und Messing, Glockengut und derartige Metall-Composition, auch kupferne u. andere Scheidemünze zum Einschmelzen, letztere auf besondere Erlaubnißheime, imgleichen unverarbeitetes Argentan.	Centner	—	18	—	—	—		
	2. geschmiedetes, gewalztes, geschlagenes u. gegossenes Kupfer und Messing, auch Kupfer- und Messingblech	Centner	1	12	—	—	—		
	3. Kupfer- und Messingdrath.								
	α. roher	Centner	2	2	—	—	—	40 in Kisten u. Fässern	
								7 in Körben	
								4 in Ballen.	
	β. plattirter, versilberter, vergoldeter, besponnener	Centner	6	6	—	—	—	4 in Kisten u. Fässern	
								7 in Körben	
								4 in Ballen.	
	b. Kupfer- und Messingwaare								
	1. gewöhnliche	Centner	6	6	—	—	—	10 in Kisten u. Fässern	
								7 in Körb.	
								4 in Ballen.	

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maaf.	Abgabe-Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund
			beim						
			Eingänge			Ausgänge			
		Söldnisches Gewicht.	Zhl.	Ggr.	Pf.	Zhl.	Ggr.	Pf.	
	2. plattirte, versilberte, vergoldete, auch Broncewaare, echt im Feuer vergoldete, — wie feine Kurzwaare. Ausnahme. Kupfer- u. Messingwaare, alte, in ihrer Form nicht mehr brauchbare, unterliegt nur der Tarifposition Nr. 69.								
36	Kurzwaaren, feine, als: Waaren, angefertigt ganz oder theilweise aus Platina, Gold, Silber, Argentan, Semilor, Bronze (echt im Feuer vergoldet) und andern feinen Metallmischungen, aus Bernstein, Elfenbein, Emaille, Perlmutter, Schild- patt, Bergkristall, echten Steinen, dergl. Perlen und Korallen; Alle feine Bast-, Spahn- u. Rohrarbeit, Parfümerie, ungefärbte echte Steine; dergl. Perlen u. Korallen, künst- liche Blumen, Damensächer, Schminke, Schmuckfedern, Perückenmacherarbeit, Uhren, mit Ausnahme der Holz- und Thurmuhren	Centner	16	16	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Körb. 8 in Ballen.
37	Leder und Lederwaaren: a. Leder aller Art, mit Ausnahme des unter b. auf- geführten, auch Stiefelschäfte, Fuchten, Corduan, Ma- roquin, Saffian, Pergament. b. Lederwaare, die geschmiert oder gewichset wird, auch lackirtes Leder	Centner Centner	3 6	3 6	— —	— —	— —	— —	18 in Kisten u. Fässern 14 in Körb. 6 in Ballen.
	c. Lederwaare, andere	Centner	12	12	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 14 in Körb. 6 in Ballen.
38	Lumpen	Centner	frei			3	3	—	
39	Deilsamen, Deilsuchen und Del: a. Deilsamen. 1. Lein- und Hanfsamen. 2. alle übrigen. b. Deilsuchen c. Dele, mit Ausnahme der unter Nr. 11. und 36. begriffenen: 1. in Fässern Für Hanf- und Baumöl, auch Palm- u. Kokosbutter (Palmöl, Kokosöl) zum Fabrikgebrauch, wird, unter	Tonne zu 180 Pfd. Himten Centner Centner	— — — — 1	4 1 4 — 1	— 4 — — —	— — — — —	— — — — —		

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maafß	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund		
			beim								
			Eingänge			Ausgänge					
			Eölnisches Gewicht	Zhl.	Ggr.	Pf.	Zhl.	Ggr.	Pf.		
	Beobachtung besonderer Controlemassregeln, die Ein- gangsabgabe bis auf 12 Ggr. ermäßigt.										
40	2. in Flaschen und Krügen	Centner	3	3	—	—	—	—	—	—	22 in Kisten 14 in Körb.
	Papier, Papp, Papier- u. Papp-Waaren:										
	a. graues Lösch- und Packpapier, auch Papp und un- geleimtes Druckpapier	Centner	—	12	—	—	—	—	—	—	
	b. weißes und gefärbtes Packpapier, Presspähne u. Pressblätter	Centner	1	1	—	—	—	—	—	—	
	c. alle andere Papiergattungen, desgleichen Papierstrei- fen, vergoldete, versilberte zu Einfassungen, auch ge- preßte Papiere	Centner	3	3	—	—	—	—	—	—	18 in Kisten 14 in Körb.
	d. papierne Tapeten	Centner	4	4	—	—	—	—	—	—	10 in Ball. 20 in Kisten u. Fässern 14 in Körb. 8 in Ballen.
41	e. Papier- und Papparbeit.	Centner	6	6	—	—	—	—	—	—	
	Pelzwerk und Kürschnerwaare:										
	a. halb- und ganz gahre behaarte Lämmer-, Schaf- und Ziegenfelle	Centner	2	2	—	—	—	—	—	—	
	b. alles andere, nicht verarbeitete Rauchwerk, so wie fertige Schafpelze	Centner	6	6	—	—	—	—	—	—	14 in Kisten u. Fässern 5 in Ballen.
42	c. alle Kürschnerarbeit, Rauchwaaren	Centner	12	12	—	—	—	—	—	—	20 in Kisten 5 in Ballen.
	d. Posamentirwaare, insoweit solche nicht zur feinen kurzen Waare gehört	Centner	12	12	—	—	—	—	—	—	20 in Kisten 10 in Ball.
43	Pott- und Waidasche, Soda ungereinigte	Centner	—	2	—	—	—	2	—	—	
44	Reis- u. Reismehl	Centner	1	1	—	—	—	—	—	—	14 in Fass.
45	Sämereien, alle nicht besonders tarifirte	Centner	—	4	—	—	—	—	—	—	5 in Ballen.
46	Salz.										
	a. Kochsalz, Steinsalz	verboten									
	b. Seesalz, Barysalz:										
	1. wenn die Einfuhr zum Gewerbe- und Medicinal- gebrauch, auf den Grund von Erlaubnißscheinen, geschieht	Centner	—	2	—	—	—	—	—	—	
	2. sonst	verboten									
47	Schießpulver	Centner	1	12	—	—	—	—	—	—	
48	Seide, seidene und halbseidene Waaren:										
	a. Seide.										
	1. rohe und ungefärbte	Centner	2	2	—	—	—	—	—	—	18 in Kisten
	2. zubereitete, oder gefärbte, auch Watten	Centner	6	6	—	—	—	—	—	—	10 in Ball.

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maasß	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund	
			Eölnisches Gewicht	beim						
				Eingänge			Ausgänge			
			Zhl.	Gr.	Pf.	Zhl.	Gr.	Pf.		
	b. seidene u. halbsidene Waaren.	Centner	12	12	—	—	—	—	20 in Kisten 10 in Ball.	
49	Seife:									
	a. grüne (schwarze)	Centner	1	1	—	—	—	—		
	b. andere ordinaire, als: weiße, sogenannte venetiani- sche und dergleichen	Centner	2	2	—	—	—	—	10 in Kisten 5 in Ballen	
	c. parfümirte, auch Seifenkugeln und Seifenpulver	Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten	
50	Seilerwaare	Centner	1	1	—	—	4	—	14 in Körb. 8 in Ballen	
51	die Ausgangsabgabe wird nur für alt. Seilerwerk entrichtet Spielkarten									
	wegen der Einführung ausländischer Spielkarten behält es bei den bestehenden Bestimmungen sein Bewenden.									
52	Steine und dergleichen Waare:									
	a. behauene Bau-, Bruch-, Mauer-, Quader-, Mühl- und dergl. Steine, auch Fluren, und Schleif- und Wehsteine, gewöhnliche runde von Sandstein . .	Pferdelast Schiffsl.	—	3	—	—	—	—		
	b. gebrannte Mauer-, Back-, Dach- u. Ziegelsteine, Klinker	Pferdelast Schiffsl.	—	10 4	—	—	—	—		
	c. andere Steine, mit Ausnahme der Edelsteine (Nr. 36.), als: Marmor, Marmor u. unterliegen dem Tariffake Nr. 69.		—	13	4	—	—	—		
	Die daraus gefertigte Waare, insoweit solche nicht zur feinen kurzen Waare gehört Ausnahme.	Centner	6	6	—	—	—	—	14 in Kisten u. Fässern	
	Große Marmorarbeiten, als: Büsten, Platten, Sta- tuen und dergl., auch Schleif- und Wehsteine, feine	Centner	—	12	—	—	—	—		
53	Taback:									
	a. rohe Tabacksblätter u. Stengel	Centner	1	1	—	—	—	—	14 in Fäss. 10 in Körb. 5 in Ballen	
	b. fabricirter Rauchtaback in Rollen, in abgerollten Blättern, geschnittener, desgl. Cigarren, Schnupf- taback, in Carotten, geriebener, Tabacksmehl . .	Centner	6	6	—	—	—	—	18 in Fäss. 10 in Körb. 5 in Ballen	
	Ausnahme. Rauchtaback in Rollen und abgerollten Blättern, zum Gebrauch für Tabacksfabriken, unter Beobachtung der anzuordnenden Control-Maßregeln	Centner	1	1	—	—	—	—	18 in Fäss. 10 in Körb. 5 in Ballen	
54	Talg und Talglichte:									
	a. Talg	Centner	—	18	—	—	—	—		
	b. Lichte	Centner	2	2	—	—	—	—	10 in Kisten	
55	Thee	Centner	6	6	—	—	—	—	25 in Kisten	

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maafß Eölnisches Gewicht	Abgabe = Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund
			beim						
			Eingänge			Ausgänge			
			Zhl.	Ggr.	Pf.	Zhl.	Ggr.	Pf.	
56	Thran und Fischspeck:								
	a. Fischspeck	Centner	—	12	—	—	—	—	
	b. Thran	Centner	—	18	—	—	—	—	
57	Töpferwaare, einschließlich des Porzellans:	Centner	—	12	—	—	—	—	
	a. gemeine Töpferwaare, Fliesen, Schmelztiegel	Pferdelast	6	—	—	—	—	—	
		Schiffsl.	20	—	—	—	—	—	
	b. einfarbige und weiße Fayence oder Steingut	Centner	1	1	—	—	—	—	
	c. irdene Pfeifen	Centner	1	12	—	—	—	—	
	d. bemaltes, bedrucktes, vergoldetes oder versilbertes Steingut oder Fayence	Centner	3	3	—	—	—	—	20 in Kisten 15 in Korb.
	e. weißes Porzellan	Centner	4	4	—	—	—	—	
	f. Porzellan mit Malerei, vergoldetes, versilbertes	Centner	16	16	—	—	—	—	25 in Kisten 15 in Korb.
		Pferdelast	—	6	—	—	—	—	
58	Torf	Schiffsl.	—	20	—	—	—	—	
59	Vieh:								
	a. Pferde, Maulthiere, Maulesel	Stück	2	—	—	—	—	—	
	b. Füllen unter 1 Jahr alt und Esel	Stück	—	12	—	—	—	—	
	c. Ochsen	Stück	1	12	—	—	—	—	
	d. Kühe und Rinder	Stück	1	—	—	—	—	—	
	e. Schweine, excl. Ferkel	Stück	—	10	—	—	—	—	
	f. Ferkel unter ein halbes Jahr, Kälber unter 1 Jahr und Hammel	Stück	—	4	—	—	—	—	
	g. anderes Schafvieh und Ziegen	Stück	—	—	6	—	—	—	
	Anmerkung.								
	Säugevieh bei der Mutter	—	frei	—	—	—	—	—	
60	Wachs und Wallrath:								
	a. roh	Centner	—	18	—	—	—	—	
	b. Wachs- und Wallrathlichte, Wachsfackeln und Wachstöcke	Centner	3	3	—	—	—	—	10 in Kisten
	c. Wachswaare, bafirte	Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten
61	Wachstuch und Wachstaffent:								
	a. Wachseleinwand, grobe schwarze, unbedruckte (Pack- Wachstuch) und dergl. Pack-Wachspapier	Centner	3	3	—	—	—	—	14 in Kisten 10 in Korb.
	b. alle andere Arten von Wachstuch, auch Wachstaffent	Centner	6	6	—	—	—	—	5 in Ballen
62	Wagen und Schlitten, auch alle sonstige Rademacher-, Stellmacher- und Wagner- Arbeit:								
	a. ganz hölzerne ohne Eisenbeschlag	Centner	—	12	—	—	—	—	
		Pferdelast	6	—	—	—	—	—	

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände	Gewicht und Maß	Abgabe-Sätze						Für Thara wird ver- gütet von 100 Pfund Brutto- Gewicht Pfund	
			Öölnisches Gewicht	beim Eingange			Ausgange			
				Thl.	Ggr.	Pf.	Thl.	Ggr.		Pf.
	b. dergleichen mit Eisenbeschlag	Centner	—	18	—	—	—	—		
	c. andere, mit Leder- oder Polster-Arbeit	Centner	2	2	—	—	—	—		
63	Wein:									
	a. in Fässern	Centner	3	3	—	—	—	—	7 in Ueber- fässern.	
	b. in Flaschen	Centner	4	4	—	—	—	—	22 in Kisten 14 in Korb.	
64	Wildpret, als: Hirsche, Rehe, Schweine:									
	a. nicht zerlegt	Stück	—	8	—	—	—	—		
	b. zerlegt	Centner	2	2	—	—	—	—		
65	Wolle und Wollenwaare:									
	a. Wolle, rohe	Centner	—	2	—	—	2	—		
	b. Wollenes Garn.									
	1. rohes ungefärbtes	Centner	3	3	—	—	—	—	18 in Kisten u. Fässern	
	2. gewirntes, gefärbtes, auch Kameelgarn	Centner	4	4	—	—	—	—	10 in Ball.	
	c. Wollene Waaren	Centner	12	12	—	—	—	—	20 in Kisten 10 in Ball.	
	Ausnahme.									
	Größere Decken, (Pferde, Bett-,) Duffel, Fries, Tuchleisten	Centner	6	6	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern 10 in Ball.	
66	Zinn und Zinnwaare:									
	a. Zinn in Blöcken, und alte in ihrer Form nicht mehr brauchbare Zinnwaare	Centner	1	1	—	—	—	—	20 in Kisten u. Fässern	
	b. Zinnwaare	Centner	6	6	—	—	—	—	14 in Korb.	
67	Zink, (Spiauter) verarbeitet in Bleche, Platten, Röhren zc.	Centner	—	18	—	—	—	—		
68	Zucker und Syrup:									
	a. Aller Zucker, mit Ausnahme des rohen, für inländi- sche Zuckersiedereien zum eigenen Fabrikgebrauche ein- gehenden	Centner	3	3	—	—	—	—	18 in eiche- nen Fässern 14 in ande- ren Fässern 20 in Kisten von 8 Ctr. u. darüber, sonst 14 in Kisten u. Fässern 10 in Korb. 5 in Ballen	
	b. roher Zucker, für inländische Zuckersiedereien zum eigenen Fabrikgebrauche bestimmt	Centner	1	8	—	—	—	—		
	Bemerkung.									
	Der auf 1 Thlr. 8 Ggr. ermäßigte Steuersatz für den Ctr. Rohzucker findet nur allein auf die bereits vorhandenen Zuckersiedereien Anwendung.									
	c. Syrup, Melasse	Centner	—	18	—	—	—	—		
69	Alle Gegenstände, die nicht unter vorstehenden Num- mern begriffen sind	Centner	—	6	—	—	—	—		

Dritter Abschnitt.

Von den Durchgangs-Abgaben.

Frei von der Durchgangs-Abgabe sind in der Regel alle Gegenstände, welche nach dem ersten Abschnitte weder einer Eingangs- noch einer Ausgangs-Abgabe unterworfen sind.

Auch die mit der ordinären Post durchgeführt werdenden Gegenstände unterliegen der Durchgangs-Abgabe nicht.

Andere Befreiungen von derselben in Folge von Verträgen, oder aus sonstigen besondern Gründen, finden in Gemäßheit specieller Anordnungen Statt.

Die Durchgangs-Abgabe zerfällt in die allgemeine und besondere.

Erste Abtheilung.

Von der allgemeinen Durchgangs-Abgabe.

Dieselbe beträgt 4 Ggr. für 100 Pfund Brutto Cölnisches Gewicht; ist jedoch für Gegenstände, welche nicht direct transitiren, sondern zuvörderst durch unversteuerte Niederlagen gehen, auf 3 Ggr. 4 Pf. ermäßigt.

Zweite Abtheilung.

Von der besondern Durchgangs-Abgabe.

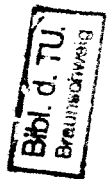
Diese tritt ein:

- I. für Gegenstände, welche entweder mit einer höhern oder geringern Abgabe als 4 Ggr. für 100 Pfund belegt sind, sowie für diejenigen, welche nicht nach 100 Pfund, sondern nach Pferde- oder Schiffslasten, nach Maaß oder Stückzahl verabgabt werden, in Gemäßheit des nachstehenden speciellen Tarifs; und
- II. für gewisse Durchfuhr-Routen, auf den Grund von Verträgen, oder auf sonstige Veranlassungen, nach Maaßgabe besonderer Anordnungen. Auch kann
- III. für Gegenstände, welche vom Auslande nach, vom eigenen Landesgebiete ganz oder größtentheils umschlossenen auswärtigen Gebietstheilen eingeführt werden, von der Administration, geeigneten Falls, eine, der Eingangs-Abgabe gleiche Durchgangs-Abgabe erhoben werden.

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände, welche der besondern Durchgangs-Abgabe unterliegen	Maasstab der Verabgabung	Abgabe- Sätze		
			Thl. Gr. Pf.		
1	Abfälle von Salzfiedereien und Glashütten, desgleichen Glasscherben, Glasbruch und Glasgalle; von Thieren, als: Weine, Hörner, Flechsen, Klauen, Knochen	Centner Pferdelast	—	2	—
2	Branntwein, Korn-, Kartoffeln-, auch Genever, ohne Unterschied der Stärke; auch Spirit	Centner	—	8	—
3	Heede	Centner	—	2	—
4	Getreide und Hülsenfrüchte, auch Kornschrot und Malz: 1) Roggen, gedörrter, Spelz, Weizen, auch Hirse, rohe 2) Bohnen, Erbsen, Linsen, ungedörrter Roggen, Wicken 3) Buchweizen, Gerste und Hafer Mengkorn, — nach dem Sake, welchem die am höchsten belegte Fruchtart der Mischung unterworfen ist. Anmerkung: Auf gewissen Durchfuhr-Straßen findet in Gemäßheit besonderer Anordnungen für eingeführtes gelagertes Getreide und dergleichen Hülsenfrüchte eine partielle Erstattung der obigen, beim Eingange erlegten, vollen Abgaben Statt. 4) Korn-Schrot und Malz	Himten Himten Himten	—	1	4
5	Glas, grünes Hohlglas	Pferdelast	—	1	—
6	Holz, auch Borke und Lohe, imgleichen grobe Holz-, Korb- und Siebwaaren: Eichen- und Birken-Borke, auch Lohe Europäisches Bau- und Nutzholz, mit Inbegriff von dergleichen Drechsler- und Tischler-Holz, sowohl unverarbeitetes, als gezimmertes, gefägte, überhaupt zugerichtetes; Balken oder Blöcke, Bohlen, Diehlen, ferner: Fasholz (Dauben), Latten, Sparren, Stangen u. dergl.	Centner Pferdelast oder in Schiffen 30 Cubikfuß oder die Schiffslast zu 100 Cubikfuß od. 4000 Pfd.	—	3	—
			—	2	—
			—	6	8

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände, welche der besondern Durchgangs-Abgabe unterliegen	Maassstab der Verabgabung	Abgabe- Sätze		
			Eht.	Ggr.	Vf.
	Ferner Holz u.:				
	Schiffe				
	a) neue				
	1) aufgetakelte, segelfertige	die Last der Tragbarkeit	—	12	—
	2) Rumpfe	desgleichen	—	6	—
	3) Schiffsboote	Stück	—	6	—
	b) alte				
	1) aufgetakelte, segelfertige	die Last der Tragbarkeit	—	6	—
	2) Rumpfe	desgleichen	—	3	—
	3) Schiffsboote	Stück	—	3	—
	Grobe Holzwaare, die von Rademachern, Stellmachern, Wagnern, Fassbindern, Böttchern u. angefertigt wird, auch derartige Korb- und Siebwaare aus ungeschältem Holze; imgleichen blos gehobelte hölzerne Möbeln und dergleichen Hausgeräth, Alles ohne Unterschied, ob mit oder ohne Eisenbeschlag, mit Ausnahme der nach Stückzahl tarirten Wagen, Schlitten u.	Pferdelast	—	6	—
7	Kalk, Gyps, Cement, Tarraß (Tras):				
	Kalk, gebrannter Stein-,	Pferdelast	—	6	—
	Kalk, Muschel-,	Schiffslast	1	—	—
	Gyps, gebrannter,	Centner	—	—	6
	Cement, Tarraß (Tras)	Pferdelast	—	6	—
		Schiffslast	1	—	—
8	Kienruß	Centner	—	1	—
9	Kohlen:	Pferdelast	—	6	—
	Steinkohlen, Coaks	Pferdelast	—	3	—
		Schiffslast	—	10	—
10	Kreide, rohe,	Centner	—	2	—
11	Lumpen	Centner	—	6	—
12	Delisaamen, Delskuchen:				
	Hanf- und Leinsamen	Tonne zu 180 Pfund	—	4	—
	Alle übrigen	Himten	—	1	4
	Delskuchen	Centner	—	1	—
13	Salz:				
	Koch-, Stein-, See-, Bay-Salz. Wenn die Durchfuhr ausnahmsweise erlaubt worden	Centner	—	6	—

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gegenstände, welche der besondern Durchgangs-Abgabe unterliegen	Maassstab der Verabgabung	Abgabe- Sätze		
			Zhl. Sgr. Pf.		
14	Steine:				
	behauene Bau-, Bruch-, Mauer-, Quader-, Mühl- und dergleichen Steine, auch Fluren, und Schleif- und Wegsteine, gewöhnliche runde von Sandstein	Pferdelast Schiffslast	—	3	—
	gebrannte Mauer- und Ziegelsteine, Klinker, Backsteine	Pferdelast Schiffslast	—	4	—
	andere Steine, mit Ausnahme der Edelsteine, als: Alabaster, Marmor ic., unverarbeitet und roh	Centner	—	2	—
15	Töpferwaare:				
	gemeine Töpferwaare, Fliesen, Schmelztiegel	Pferdelast Schiffslast	1	—	—
16	Torf	Pferdelast Schiffslast	—	6	—
			—	1	8
17	Vieh:				
	Pferde, Maulthiere, Maulesel	Stück	1	—	—
	Füllen unter 1 Jahr und Esel	Stück	—	6	—
	Ochsen	Stück	—	18	—
	Kühe und Rinder	Stück	—	12	—
	Schweine, ausschließlich Ferkel	Stück	—	5	—
	Ferkel unter 1/2 Jahr, Kälber unter 1 Jahr und Hammel	Stück	—	2	—
	anderes Schaafvieh und Ziegen	Stück	—	—	3
	Anmerkung.				
	Säugevieh bei der Mutter.		frei		
18	Wagen, Schlitten, Eggen, Pflüge und dergleichen, ganz von Holz, mit und ohne Eisenbeschlag	Stück	—	2	—
	Wagen und Schlitten mit Leder oder Polster-Beschlag	Stück	—	16	—
19	Wildpret, als: Hirsche, Rehe und Schweine, nicht zerlegt	Stück	—	2	—



Vierter Abschnitt.

A. Allgemeine Bestimmungen zur Anwendung des Tarifs.

1.

Münzsorte.

Die Ein-, Durch- und Ausgangs-Abgaben sind in der, durch das Münzgesetz vom 18. December 1834 eingeführten Landesmünze normirt; sie können jedoch auch in anderen, in den öffentlichen Landes-Cassen zulässigen, Münzsorten nach deren tarifirtem Werthe entrichtet werden.

2.

Maafstäbe der Erhebung.

Die Erhebung der Abgaben geschieht nach Gewicht, Maaß oder Stückzahl, bei Schiffen nach deren Tragbarkeit.

Das Gewicht ist das kölnische, und der Centner, wornach die Verabgabung Statt findet, wird zu 100 Pf. dieses Gewichts gerechnet.

Das Maaß oder der Himten, wornach die Verabgabung geschieht, ist der Braunschweigische.

Wo der Tarif die Verabgabung nach Pferde- oder Schiffslasten bestimmt, sind unter jener 12 Centner, unter letzterer aber 40 Centner zu 100 Pfund kölnischen Gewichts verstanden.

Die Last der Tragbarkeit oder Ladungsfähigkeit der Schiffe, ist die Rockenlast von 4000 Pfund. Kann der Steuerpflichtige die Lastenzahl nicht angeben, oder entstehen gegen dessen Angabe Zweifel, so muß der innere Raum des Schiffs ausgemessen und dann auf jede 200 Cubikfuß 1 Last gerechnet werden.

3.

Abgaben-Entrichtung nach dem Gewichte.

Die Durch- und Ausgangs-Abgabe wird stets nach dem Brutto-Gewichte entrichtet.

Die Erhebung der Eingangs-Abgabe geschieht dagegen, theils nach dem Brutto-, theils, und zwar bei denjenigen Gegenständen, für welche im 2ten Abschnitte des Tarifs eine Normal-Thara angegeben ist, nach dem Netto-Gewichte.

Brutto-Gewicht.

Das Gewicht der Waare in völlig verpacktem Zustande, mithin in ihrer gewöhnlichen, zur Aufbewahrung erforderlichen, und mit ihrer besondern, zum Transport nothwendigen, Umgebung ist das Brutto-Gewicht.

Netto-Gewicht.

Das Netto-Gewicht ist dagegen dasjenige, welches nach Abzug der Thara verbleibt.

Thara.

Unter Thara wird das Gewicht der, für den Transport der Waare nöthigen besondern, äußern Umgebung, nicht weniger aber derjenigen Umgebung verstanden, welche für Aufbewahrung und Transport eine und dieselbe ist.

Zur Thara werden indeß nicht gerechnet: Bindfaden, Papier, Pappe und dergleichen kleinere, zur Sicherung der Waare dienende, Umgebungen, desgleichen: Einlagebrettschen, Rollen, Pappe u., worauf Zeuge, Band u. gewickelt zu sein pflegen.

4.

Anwendung der im Tarif angegebenen Thara.

Bei Gegenständen, deren Umgebung für den Transport und die Aufbewahrung nothwendig eine und dieselbe ist, die also ohne Unbequemlichkeit nicht Netto dargestellt werden können, wird die, im Tarif bestimmte, Thara berechnet.

Bei anderen Gegenständen bleibt dem Steuerpflichtigen die Wahl überlassen: ob die tarifmäßige Thara zur Anwendung gebracht, oder entweder die Waare netto verwogen, oder das Netto-Gewicht durch Verwiegung der Thara ermittelt werden soll.

In den Fällen, wo eine, von der gewöhnlichen, abweichende Verpackungsart und eine erhebliche Entfernung von den tarifmäßigen Thara-Säcken bemerkbar wird, hat auch das Steuer-Amt die Befugniß, die Netto-Verwiegung und auf deren Grund die Verabgabung eintreten zu lassen.

Für Waaren, die in gewöhnlichen Säcken zur Verwiegung kommen, und der Netto-Versteuerung unterliegen, wird die Thara auf 2 pSt. bestimmt. Für Säcke aus Bast oder groben Matten kann dagegen eine Thara von 4 pSt., vergütet werden, insofern nicht, bei erheblichen Abweichungen, die Netto-Verwiegung erforderlich wird.

Uebrigens bleibt Unserm Staats-Ministerio eine Veränderung in der Bestimmung der Normal-Thara vorbehalten, sobald sie für nothwendig erachtet wird.

5.

Auзмittelung der Thara bei zusammen verpackten Gegenständen.

Wenn Waaren, die nicht einem und demselben, sondern verschiedenen Tariffätzen unterliegen, in einem Collo zusammen verpackt eingehen, und der Steuerpflichtige sich

nicht dazu versteht, für solche die Abgaben nach dem Saße zu erlegen, der für die darunter befindliche, am höchsten besteuerte Waare bestimmt ist; so muß diejenige Thara angenommen werden, welche für die dem Gewichte nach, den größten Theil des Collo ausmachende Waare festgesetzt ist.

6.

Gewichts = Abschätzung.

Wenn für den Durchgang auf gewissen Straßen = Strecken eine geringere Durchgangs-Abgabe als die, in dem dritten Abschnitte des Tarifs bestimmte, für Gegenstände erhoben wird, bei denen der Maassstab der Verabgabung nach Centnern festgesetzt ist, oder wenn die Steuer-Verwaltung in besonderen Fällen ausnahmsweise eine Gewichts-Abschätzung nachläßt, können, falls die specielle Verwiegung nicht verlangt wird, gerechnet werden:

a, die Traglast eines Menschen:

α, in der Regel zu $\frac{3}{4}$ Centner;

β, bei Töpfer-, groben Holz- und dergleichen Waaren, welche einen großen Raum einnehmen zu $\frac{1}{2}$ Centner;

b, die Traglast eines Lastthiers zu 3 Centner;

c, die Ladung eines Schubkarrens zu 2 Centner;

d, die Ladung eines einspännigen Fuhrwerks zu 12 Centner;

und für jedes ferner vorgespannte Stück Zugvieh 12 Centner mehr.

7.

Verabgabung geringerer Quantitäten.

Wo der Tarif den Centner als Maassstab der Verabgabung bezeichnet, geschieht die Erhebung der Abgabe für Quantitäten unter 1 Centner nach einzelnen Pfunden, und Bruchtheile eines Pfundes werden für ein volles gerechnet. Beträgt indeß die ganze Quantität der von einem Steuerpflichtigen gleichzeitig eingeführten steuerbaren Gegenstände weniger als vier Loth, so wird keine Abgabe entrichtet.

Bei denjenigen Tariffäßen, die bei einzelnen Pfunden Bruchtheile eines Pfennigs ergeben, erfolgt jedoch die Verabgabung nach Viertel = Centnern. Wird diese Quantität nicht erreicht, so sind folgende Bestimmungen in Anwendung zu bringen:

1) die Abgabe wird nach dem Verhältnisse berechnet, daß auf den Tariffaß von 8 Ggr. für den Centner, 1 Pf. für das Pfund kommt, mithin auch auf den Tariffaß:

von — Thlr. 1 Ggr. pr. Ctn. $\frac{1}{8}$ Pf. pr. Pfund

„ 1 „ 12 „ „ „ $4\frac{1}{2}$ „ „ „

2) Bruchtheile eines Pfennigs werden zu voll gerechnet; jedoch erst diejenigen, welche sich, nach der Zusammenrechnung der Abgabe für die mehreren Pfunde eines und desselben abgabepflichtigen Gegenstandes ergeben; so daß also für 7 Pfund eines, mit 1 Ggr. für den Centner zu verabgabenden Gegenstandes, 1 Pf. erhoben wird;

3) Beträgt indeß die ganze, von einem Declaranten zu entrichtende Abgabe weniger als 3 volle Pfennige, so wird nichts entrichtet.

Die ermäßigte Durchgangs-Abgabe wird bei Quantitäten unter 1 Centner nach Viertel-Centnern erhoben, wobei die Pfunde unter einer solchen Quantität jeder Zeit für einen Viertel-Centner gerechnet werden.

Bei der Verabgabung nach dem Gemäße wird jeder Bruchtheil für einen vollen Himten gerechnet.

Auch kann die Verabgabung nach Bruchtheilen einer Pferdelaft nicht zugelassen werden; dem Steuerpflichtigen bleibt indeß unbenommen, bei jeder Verabgabung nach Pferdelaften die Gewichtsausmittlung durch die Waage zu verlangen; worauf aber auch der Gegenstand nach dem ausgemittelten wirklichen Gewichte versteuert werden muß.

Dagegen ist bei Schiffslasten die Verabgabung nach Bruchtheilen und zwar nach Achteln zulässig, die Quantität mag über oder unter 1 Last betragen.

8.

Unterschied zwischen alten und neuen Gegenständen.

Bei der Verabgabung kann ein Unterschied zwischen alten oder gebrauchten, und neuen Gegenständen nicht gemacht werden, wenn in dem Tarif selbst eine solche Unterscheidung nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist.

B. Bestimmung der Zettel-, Blei- oder Siegel- und Stempel-Gebühren.

9.

Gebühren-Tarif.

Außer der Abgabe sind, wenn Gegenstände unter besonderen Controle-Formen abgefertigt werden, folgende Gebühren zu entrichten:

a. Schriftliche Abfertigungen.

für einen Begleitschein 1 Ggr. — Pf.

für einen Exportationschein 1 Ggr. — Pf.

b. Plomben und Siegel.

für jede anzulegende Plombe
oder Siegel 6 Pf.

c. Stempel.

für die Stempelung ausländischer
Taback- und Cichorien-Packete von jedem einzelnen Pfunde 1 Pf.

Reglement

über

das Verhalten der Grenz-Steuer-Beamten beim Gebrauche der ihnen verliehenen Waffen.

1.

Die Grenz-Steuer-Beamten dürfen keine andere, als die ihnen vom Staate gelieferten Waffen, und diese auch nur dann führen, wenn sie sich in Uniform befinden.

2.

- Sie sind befugt, von den ihnen anvertrauten Waffen Gebrauch zu machen, wenn
- a. gegen sie selbst, indem sie sich in Dienstfunction befinden, Gewalt oder Thätlichkeit ausgeübt wird;
 - b. Personen sich der Beschlagnahme von Waaren, Effecten und Transportmitteln, oder ihrem persönlichen Anhalten (§ 124) durch gefährliche Drohungen, welche eine unmittelbare Anwendung von Gewaltthätigkeiten besorgen lassen, widersetzen; und
 - c. die in Beschlag genommenen Waaren, Effecten und Transportmittel, oder die angehaltenen Personen durch Drohungen der eben erwähnten Art ihnen wieder entziffen werden sollen.

Als gefährliche Drohung wird auch angesehen, wenn die angehaltenen Personen die Waffen, die sie etwa führen, auf die Aufforderung der Grenz-Steuer-Beamten nicht sofort ablegen, oder sie ohne deren Zustimmung wieder aufnehmen.

3.

Wenn Personen angehalten werden müssen, diese aber dem desfallsigen Anrufe der Grenz-Steuer-Beamten keine Folge leisten, vielmehr, jedoch ohne Anwendung von Gewalt oder gefährliche Drohung, sich ihren gesetzlichen Obliegenheiten durch die Flucht entziehen, so sind sie zwar zu verfolgen: während der Verfolgung und zu ihrer Haftverdingung darf jedoch die Schußwaffe überall nicht angewandt werden.

Auch ist bei ihrer Erreichung der Waffengebrauch nur in den unter 2. bestimmten Fällen gestattet.

In dem Falle jedoch, wo Schiffer, welche zur Tageszeit mit verdeckten oder beladenen Fahrzeugen, oder zur Nachtzeit, auf Binnenflüssen und Canälen in der Fahrt

angetroffen werden, und auf mindestens dreimaligen Anruf des Steuerbeamten ihre Bereitwilligkeit zum Anlegen, oder falls das Anlegen den Umständen nach nicht thunlich, doch zum Beilegen, nicht durch die That an den Tag legen, sind die Grenz-Steuer-Beamte zur Anwendung auch der Schußwaffe dann befugt, wenn wenigstens zwei derselben den Dienst mit einander versehen.

4.

In allen den Fällen, wo die Grenz-Steuer-Beamte nach Vorstehendem befugt sind, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, darf solches gleichwohl erst dann geschehen, wenn sonstige ihnen zu Gebote gestandene Mittel fruchtlos angewandt sind.

5.

Wird von den Waffen Gebrauch gemacht, so soll dieses jederzeit mit möglichster Schonung geschehen; auch muß, so weit die Umstände solches gestatten, zuvörderst die minder gefährliche Anwendung der Waffen versucht werden.

Die scharfe Ladung der Schießgewehre darf nur aus einer Kugel bestehen.

6.

Die Grenz-Steuer-Beamte sind gehalten, in allen den Fällen, wo sie ihre Waffen haben gebrauchen müssen, nicht nur ihrem Vorgesetzten, sondern auch dem Gerichte, in dessen Bezirke der Fall Statt gefunden, unter genauer Darstellung des Vorganges, sogleich Anzeige zu machen:

ob Personen verletzt sind;

ob man darüber, daß solches geschehen, in Ungewißheit geblieben;

oder

ob man überzeugt sei, daß eine Verwundung nicht Statt gefunden habe; und im Falle der erfolgten Verletzung sowohl dem nächsten Ortsvorstande ungesäumt davon Kenntniß zu geben, damit dem Verwundeten die nöthige Hülfe geleistet werden könne, als auch, sofern die Umstände solches nur irgend zulassen, dem Verwundeten selbst diejenige Hülfe zu gewähren, welche sie augenblicklich zu geben vermögen.

7.

Jeder von Steuerbeamten verschuldete Mißbrauch der Waffen wird, sofern nicht nach den Umständen eine criminelle Bestrafung eintreten kann, mit nachdrücklicher Disciplinarstrafe oder Dienstentlassung geahndet, wobei jedoch die Aussagen des verletzten Contravenienten und derjenigen Personen, welche mit demselben gemeinschaftlich bei der Contravention betroffen sind, für sich allein keinen zur Anwendung einer Strafe hinreichenden Beweis begründen können.

G e s e h,

die

Messordnung für die Stadt Braunschweig betreffend. *)

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig
und Lüneburg rc.

Demnach Wir in Bezug auf die Annahme eines mit dem Königreiche Hannover gemeinschaftlichen und gleichmäßigen Systemes der indirecten Abgaben und um den Verkehr auf den hiesigen Messen durch zweckmäßige Einrichtungen möglichst zu sichern für nothwendig gehalten haben, darüber genaue und zur Erleichterung des Handels dienende Vorschriften zu erlassen, so wollen Wir, unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, für die Stadt Braunschweig die folgende Messordnung ertheilen:

§. 1.

Einteilung der Messgüter.

Die Messgüter bestehen:

- I. aus ausländischen unversicherten Waaren, die entweder
 - 1) direct aus dem Auslande, oder

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, Arc. 15.

- 2) aus un versteuerten Niederlagen der Vereinsstaaten auf die Messe zu Braunschweig geführt werden;
- II. aus, in den Vereinsstaaten erzeugten, oder ausländischen, aber bereits versteuert zur Messe gelangenden Waaren.

Ad I. Von den ausländischen un versteuerten Messgütern.

§. 2.

Einteilung der Güter in solche, welche conto- und rabattfähig sind, oder nicht.

Die ausländischen un versteuerten Messgüter theilen sich in solche

- 1) welche contirt werden können, oder nicht;
- 2) für die, sofern sie contirt werden, im Falle des Verkaufs und der Besteuerung eine Ermäßigung der Eingangsabgabe (Messrabatt) bewilligt wird, oder nicht.

§. 3.

Contofähige Güter.

Alle Waarengattungen, jedoch mit gänzlichem Ausschlusse der zu den Verzehrungsgegenständen, mithin auch zu den Getränken, gehörigen, können, unter Beobachtung gewisser Controle- und Sicherheitsmaßregeln, contirt werden, sofern sie

- 1) mit einer Eingangsabgabe von 1 R 1 M und darüber für den Centner belegt sind;
- 2) in einer Quantität von mindestens drei C Bruttogewicht eingehen.

§. 4.

Vermischte Läger von ausländischen und gleichartigen inländischen Waaren.

Für ausländische un versteuerte Waaren wird demjenigen ausländischen Verkäufer ein Conto in der Regel nicht zugestanden, der zugleich mit gleichartigen Waaren, die in den Vereinsstaaten verfertigt, oder zwar ausländischen Ursprungs, aber bereits versteuert, mithin in den freien Verkehr übergegangen sind, handelt.

Demjenigen, der sich gleichwohl ein Conto erschlichen haben sollte, wird solches sofort genommen, und hat derselbe für alle contirte Waare, mag solche verkauft sein oder nicht, sofort die vollen Eingangsgefälle zu entrichten.

§. 5.

Contiren.

Unter Contiren wird verstanden, daß die Eingangsabgabe beim Eingange der Güter auf die Messe creditirt, nach beendigter Messe auch nur von den abgesetzten Waaren, insoweit solche nicht in das Ausland oder un versteuerte Niederlagen abgeführt werden, erlegt wird.

§. 6.

Durchgangsabgabe.

Von contirten Gütern, die unmittelbar von der Messe, oder nach zuvoriger Lagerung in unversteuerten Niederlagen, in das Ausland geführt werden, ist nur die Durchgangsabgabe zu entrichten.

§. 7.

Contirte Güter, welche rabattfähig sind, und Betrag des Messrabatts.

Bei der Entrichtung der Eingangsabgabe für contirte, auf der Messe verkaufte Güter findet eine Steuerermäßigung (Messrabatt) nur Statt:

für diejenigen Baumwollen-, Leinen-, Seiden-, Leder-, Wollen- und sogenannten Kurzwaaren,

welche unter folgenden Positionen des Tarifs aufgeführt stehen, als:

Nro. 2. h. 2., Baumwollengarn, gebleichtes, ungezwirntes, auch Dochtgarb aller Art;

Nro. 2. h. 3., Baumwollengarn, ungezwirntes sogenanntes türkisches Nothgarn;

Nro. 2. h. 4., Baumwollengarn, gezwirntes, Strickgarn, imgleichen gefärbtes;

Nro. 2. c., Baumwollenwaare, ohne Unterschied;

Nro. 4. c., Bleiwaare, alle übrige, als die unter Nro. 4. a. und b. aufgeführten Gegenstände;

Nro. 6., Bürstenbinderwaare;

Nro. 13. d. 3., Eisen- und Stahlwaare, andere, als die unter den übrigen Abtheilungen der Tarifposition Nro. 13 aufgeführten Gegenstände;

Nro. 18. b., Fischbeinwaare, desgleichen alle Schirmmacherwaare;

Nro. 19. c. 3., Leinwand, gebleichte, gedruckte, gefärbte und sonst appretirte, dergleichen Zwillisch und Drillisch, auch Damast und Zwirn.

Nro. 19. c. 4., Leinenwaare alle andere, mit Ausnahme der unter Nro. 19. h. und Nro. 19. c. 1. und 2. aufgeführten Gegenstände;

Nro. 25. b., Haararbeit, mit Ausnahme des Haartuchs zur Malz- und Delbereitung und der groben Haardecken;

Nro. 28. g. 4., Holz-, Horn-, Bast-, Rohr-, Stroh-, Meerschamwaare, andere, als unter den übrigen Abtheilungen der Tarifposition Nro. 28. aufgeführt ist, imgleichen sogenannte Nürnbergerwaare aller Art, Holzbronze und Holzuhren;

Nro. 30., Instrumente, astronomische, chirurgische, mathematische, musikalische, optische, physikalische;

Nro. 35. h. 1., Kupfer- und Messingwaare, gewöhnliche;

Nro. 36., Kurzwaaren, feine;

Nro. 37. a., Leder aller Art, auch Stiefelschäfte, Tuchten, Corduan, Marokin, Cassian, Pergament;

- Nro. 37. b., Lederwaare, die geschmiert oder gewichset wird, auch lackirtes Leder;
 Nro. 37. c., Lederwaare, andere;
 Nro. 40. c., Papier- und Papparbeit;
 Nro. 42., Posamentirwaare;
 Nro. 48. a. 2., Seide, zubereitete, oder gefärbte, auch Watten;
 Nro. 48. b., seidene und halbseidene Waaren;
 Nro. 49. c., Seife, parfümirte, auch Seifenkugeln und Seifenpulver;
 Nro. 52. c., Steinwaare, gefertigt aus andern, als den unter Nro. 52. a. und
 b. aufgeführten Steinen, auch mit Ausschluß derjenigen Gegenstände,
 welche unter der von Nro. 52. c. gemachten Ausnahme begriffen sind;
 Nro. 60. c., Wachswaare, bossirt;
 Nro. 61. b., Wachstuch, mit Ausnahme der unter Nro. 61. a. genannten Sorten,
 imgleichen Wachstaffent;
 Nro. 65. b. 2, Wollenes Garn, gezwirntes, gefärbtes, auch Cameelgarn;
 Nro. 65. c., Wollene Waare, einschließlich der gröberen Decken, (Pferde-, Bett-)
 Duffel, Fries und Tuchleisten;
 Nro. 66. b., Zinnwaaren;
 insofern solche
- 1) in einer Quantität von mindestens drei Centner Bruttogewicht vor Beginn der Messe eingehen; und
 - 2) die Waare von dem Verkäufer in einer offenen Messverkaufsstätte für eigene Rechnung zum Verkauf ausgestellt gewesen ist.
- Dieser Rabatt beträgt ein Drittheil der tarifmäßigen Eingangsabgabe.

Von dem Verkehre mit ausländischen unversteuerten Messgütern.

§. 8.

E i n l e i t u n g.

Bei dem Verkehre mit ausländischen noch nicht versteuerten Waaren, mögen dieselben aus dem Auslande, oder aus einer unversteuerten Niederlage der Vereinsstaaten zur Messe geführt werden, ist nach folgenden Bestimmungen zu verfahren.

§. 9.

Von dem Verkehre mit Waaren, die nicht contirt werden können.

Alle Waaren, bei denen ein Contiren auf der Messe nicht zulässig ist, werden auch dann, wenn sie zum Messverkehre bestimmt sind, lediglich nach den allgemeinen Vorschriften behandelt.

**Von dem Verkehre mit contofähigen Waaren;
in specie**
vom Eingange der Waaren in die Vereinsstaaten, und von den
Versendungen aus unversteuerten Niederlagen zur Messe.

§. 10.

a. Regel. — Frachtfuhrwerk etc.

Die aus dem Auslande eingehenden Waaren sind bei dem betreffenden Gränz-Steueramte, die aus inländischen unversteuerten Niederlagen abzufendenden Güter aber bei dem Haupt-Steueramte des Absendungsorts gehörig anzumelden, und findet rücksichtlich deren Behandlung zum weitem Transport ganz dasjenige Verfahren Statt, welches wegen des Ein- und Durchgangs ausländischer unversteuerter Gegenstände allgemein verordnet ist.

§. 11.

b. Ausnahme. — Postgüter.

Güter, die mit den ordinären Posten aus dem Auslande zur Messe eingeführt werden, sind dagegen beim Eingange nach den wegen der Postgüter allgemein erteilten Vorschriften zu behandeln.

Von der Ankunft der Waaren in Braunschweig.

§. 12.

Anmeldung am Thore und Declaration auf dem Pacht Hofe.

Bei der Ankunft in Braunschweig hat sich der Waarenführer mit den Messgütern am Thore zu melden, nachdem der Begleitschein von ihm daselbst vorgezeigt worden, die Güter sofort auf den Pacht Hof zu führen und dem Pacht Hofsbureau den Begleitschein, unter Vorlegung sämmtlicher Ladungspapiere, zu übergeben; hiernächst aber für die sofortige Einlieferung einer, von dem Bevollmächtigten des Waaren-Eigenthümers (Expeditours) oder von dem Waaren-Eigenthümer selbst, nach dem Schema A. (s. Anlage A.) in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgestellten Eingangsdeclaration zu sorgen.

§. 13.

Gewichtsermittlung und Revision.

Auf den Grund des Begleitscheins, der sonstigen Ladungspapiere und der Eingangsdeclaration, wird sodann die Gewichtsermittlung und Revision in der Art vorgenommen, wie in den nachfolgenden Paragraphen bestimmt ist.

§. 14.

Gewichts-Ermittlung, Brutto-Verwiegung.

Um den Aufenthalt und die Weitläufigkeiten zu vermeiden, die durch Ermittlung des reinen (Netto-) Gewichts derjenigen Messgüter, die nach dem Netto-Gewichte zu versteuern sind, veranlaßt würden, sollen diese Güter nur nach dem Brutto-Gewichte declarirt und verwogen werden. Das gesetzlich bestimmte Thara-Gewicht wird, ohne daß dem Messverkäufer ein Anspruch auf Netto-Verwiegung und specielle Gewichts-Ausmittlung der Thara zusteht, von dem Brutto-Gewichte abgesetzt, und das hiernach verbleibende Gewicht ist dasjenige, wofür die Steuer berechnet und creditirt wird.

Dem Packhofs-Bureau bleibt dagegen in denjenigen einzelnen Fällen, wo anscheinend die vorhandene Thara hinsichtlich des Gewichts bedeutend hinter dem gesetzlich bestimmten zurückbleibt, die Ermittlung des Netto-Gewichts und dessen Annahme im Credit-Conto unbenommen.

§. 15.

Revision.

Diejenigen Messgüter, die zur einstweiligen Lagerung am Packhofs verbleiben, oder auf deren sofortige Verabfolgung unter Verschuß (Plombage, Versiegelung) in die Messverkaufsstätte des Waaren-Eigenthümers, oder in die Wohnung des Caventen (§. 21.) angetragen wird, sind, wenn nicht das Packhofs-Bureau sogleich eine specielle Revision für angemessen halten möchte, in der Regel vorerst nur einer generellen Revision zu unterziehen, und die specielle Nachsicht findet erst vor deren demnächstigen Ausführung vom Packhofs, oder in der Messverkaufsstätte, je nachdem die Waare ohne oder unter Verschuß verabfolgt wird, Statt.

§. 16.

Revisions-Atteste und Rückgabe des einen Exemplars der Eingangs-Declaration.

Hat sich bei der Gewichts-Ausmittlung und Revision nichts zu erinnern gefunden, und ist für die zum Conto gelangenden Güter die im §. 21. vorgeschriebene Sicherheit beschafft, so werden beide Exemplare der Eingangs-Declaration mit dem Revisions-Atteste versehen.

War die Revision eine specielle, so ist das eine Exemplar der attestirten Eingangs-Declaration dem Messverkäufer (dessen Bevollmächtigten oder Caventen, je nachdem die eine oder andere dieser Personen in der Eingangs-Declaration zur Empfangnahme bestimmt worden,) zur sorgfältigen Aufbewahrung sogleich auszuhandigen.

Ist nur erst eine generelle Revision vorgenommen, so verbleiben beide attestirte Eingangs-Declarationen bis zur speciellen Revision beim Packhofs-Bureau,

und erst dann, wenn diese letztere beschafft und das behüfige anderweite Revisions-Attest darüber ertheilt worden, wird das eine Exemplar verabsolgt.

§. 17.

Abgesonderte Verpackung verschieden tarificirter Waaren.

Waaren-Gattungen, welche verschiedenen Tariffätzen unterliegen, oder theils abgabepflichtig, theils frei von einer Eingangs-Abgabe sind, sollen eben so wenig als rabattfähige Waaren mit solchen, für welche eine Steuer-Ermäßigung nicht in Anspruch genommen werden kann, zusammen verpackt eingehen. Geschieht solches dennoch, so müssen selbige in den beiden Exemplaren der Eingangs-Declaration genau nach dem Netto-Gewichte specificirt werden.

Die specielle Revision solcher verschiedenartiger Waaren ist immer am Packhose selbst vorzunehmen und steht jeder andern erforderlich werdenden Revision nach.

§. 18.

Verfahren, wenn sich bei der Gewichts-Ermittlung und Revision Unrichtigkeiten ergeben.

Ergeben sich am Packhose bei der Brutto-Bermiegung erhebliche Abweichungen vom Begleitschein, oder finden sich bei der generellen oder speciellen Revision Unrichtigkeiten, so hat der Revisions-Beamte deshalb sofort ein Protocoll aufzunehmen, dieses resp. vom Waarenführer und von dem Messverkäufer (Bevollmächtigten oder Caventen) mit unterschreiben und sodann die Mess-Commission (S. 47.) darüber entscheiden zu lassen, ob die Waare einstweilen verabsolgt, oder bis dahin, daß die Sache im gewöhnlichen Strafverfahren erledigt ist, am Packhose, und zwar unter Verschuß, verbleiben soll. Letzteres muß aber jedes Mal in dem Falle geschehen, wenn die Mitunterschrift verweigert wird.

Wenn die specielle Revision erst in der Messverkaufsstätte vorgenommen wird und sich auch dabei Unrichtigkeiten finden, so ist gleichfalls ungesäumt ein Protocoll aufzunehmen, von dem Messverkäufer mit zu unterschreiben und der Mess-Commission einzureichen.

Der Revisions-Beamte sorgt einstweilen für den anderweiten Verschuß der Waare, die, sofern der Messverkäufer oder dessen Vertreter die Mitunterschrift des Protocolls verweigert, nach dem Packhose zurückgebracht werden muß.

§. 19.

Eintragung der Messgüter in das Conto.

Sämmtliche zur Contirung gelangenden Messgüter werden, nachdem die Gewichts-Ermittlung und die erste Revision vorgenommen, in das dafür bestimmte Packhofs-Conto-Register eingetragen. In diesem wird auch zugleich der tariffmäßige Steuer-Betrag, welcher von der Waare bei ihrem Verbleiben in den Vereinstaaaten zu entrichten sein würde, den Eigenthümern angeschrieben.

Wird in Folge späterer specieller Revision eine Berichtigung der in die Register eingetragenen Positionen erforderlich, so ist solche auf den Grund des Revisions-Attestes, oder der sonst bei der Revision aufgenommenen Verhandlung, zu beschaffen.

§. 20.

Termin für die Verabfolgung der Messgüter vom Pacht Hofe, für die specielle Revision in den Messverkaufsstätten.

Messgüter können, wenn sie unter Verschuß (Plomben, Siegel) gesetzt worden, innerhalb der letzten vier, den Messauspache-Terminen vorangehenden Wochen vom Pacht Hofe verabfolgt werden.

Die specielle Revision solcher Güter geschieht von den dazu committirten Revisions-Beamten in der Regel unmittelbar vor dem Eintritte der Messauspache-Termine. Sie kann indeß, wenn der Messverkäufer solches wünschen sollte, auch schon in den leztvorhergehenden 14 Tagen vorgenommen werden.

Verabfolgung der Messgüter vom Pacht Hofe, nach zuvoriger specieller Revision, mithin ohne Verschuß, (Plomben, Siegel) darf nicht früher, als in den letzten 14 Tagen vor den Messauspache-Terminen gestattet werden.

Die polizeilichen Vorschriften hinsichtlich der Messauspache-Termine erleiden durch vorstehende Bestimmungen eine Abänderung überall nicht, bleiben vielmehr in voller Kraft.

§. 21.

Sicherheitsleistung für die Gefälle.

Zur Sicherheit der Steuer-Casse wegen Berichtigung der von den Messverkäufern zu entrichtenden Steuer, hat ein jeder derselben einen von Seiten der Mess-Commission als sicher und für annehmbar erkannten, in Braunschweig wohnenden Bürgen zu stellen, von welchem mittelst eines Bürgschaftsscheins nach dem Formular B. (s. Anl. B.) für eine von besagter Behörde zu bestimmende, mindestens den Gefälle-Betrag deckende Summe, haften zu wollen erklärt wird.

Dieser Bürgschaftsschein, dessen Empfang in dem, dem Messverkäufer (dessen Bevollmächtigten oder Caventen) zurückzugebenden, mit dem Revisions-Atteste versehenen Exemplare der Eingangs-Declaration bescheinigt wird, und vor dessen Einreichung die Waaren vom Pacht Hofe nicht verabfolgt werden dürfen, ist nebst dem zweiten Exemplare der Eingangs-Declaration dem betreffenden Pacht Hofe-Register als Belag beizufügen.

Sollte der Messverkäufer der Bürgschaftsleistung die Deposition von barem Gelde vorziehen, so ist auch diese zulässig, und darüber, wie solche geschehen, das Behüfisse in der zurückzugebenden Eingangs-Declaration zu bescheinigen.

§. 22.

Von der Behandlung der mit der ordinären Post zu Braunschweig eingehenden Messgüter.

Bei Messgütern, die mit der ordinären Post aus dem Auslande zu Braunschweig eingegangen sind, findet im Allgemeinen dasselbe Verfahren Statt, welches wegen der Postgüter überhaupt vorgeschrieben ist.

Soll für dieselben indeß nicht sogleich beim Post-Steuer-Büreau die volle Eingangsz-Abgabe erlegt werden, so sind sie dem Packhofs zu überweisen und daselbst eben so wie andere Messgüter zu behandeln.

Eine Brutto-Bermiegung derselben ist indeß dann nicht erforderlich, wenn das Gewicht aus der Postkarte gehörig zu entnehmen steht.

§. 23.

Uebertragung von einem Conto auf ein anderes.

Wenn Waaren während der Messe von einem Messverkäufer einem andern Messverkäufer überlassen werden, so kann, sofern beide bereits ein Conto am Packhofs haben, und die überlassene Quantität nicht weniger wie einen Centner Netto-Gewicht beträgt, eine Uebertragung aus dem einen in das andere Conto Statt finden. Diese geschieht beim Packhofs-Büreau, ohne daß es der Vorführung der Waare zur Revision bedarf, auf den Grund eines von dem ersten Eigenthümer in duplo ausgestellten Uebertragungs-Certificats, nach dem Schema Ca. (s. Anlage Ca.), welches von demjenigen, der die Waare übernommen hat, unter Beifügung einer Declaration nach dem Schema Cb. (s. Anlage Cb.) in duplo eingereicht werden muß.

Dem Producenten wird das eine Exemplar des Certificats zur Aushändigung an denjenigen, der die Waare überlassen hat, das andere Exemplar der Declaration aber zu eigener Aufbewahrung zurückgegeben.

Da hinsichtlich der überlassenen Waaren der Anspruch der Steuer-Casse an den ersten Eigenthümer mit der Abschreibung erlischt, so hat die Mess-Commission, wenn sie es für nöthig hält, von dem zweiten Eigenthümer angemessene Sicherheit (§. 21.) beschaffen zu lassen.

Von der Versendung contirtir Waaren in das Ausland.

§. 24.

Waaren, für die die Abschreibung der creditirten Gefälle geschieht.

Von der contirtirten Waare, die ins Ausland versendet wird, — mag solche verkauft sein oder nicht, — (Retour-Güter) erfolgt die Abschreibung der creditirten Eingangsz-Abgabe, nach Abzug der dafür nach §. 6. zu entrichtenden Durchgangsz-Abgabe, in allen den Fällen, wo gleichartige und gleich hoch besteuerte Waaren in einer Quantität von mindestens $\frac{1}{8}$ Centner reinem Gewichte zur Ver-

sendung declarirt und die sonstigen wegen der Waaren-Versendung ins Ausland ertheilten Vorschriften genau befolgt werden.

Beträgt die ausgehende Quantität weniger, oder sind die sonstigen Vorschriften nicht befolgt, so hat der Messverkäufer auch für solche die volle Eingangs-Abgabe zu entrichten.

§. 25.

Versender ist der Käufer oder Verkäufer.

Die Versendung ins Ausland geschieht vom Messorte ab entweder von dem Käufer oder von dem Verkäufer, und zwar in beiden Fällen, den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß, nur durch Vermittlung des am Packhofe bestehenden Güterbestätiger-Bureau's.

§. 26.

Versendung durch den Verkäufer ins Ausland.

Wenn von der, dem Messverkäufer contrahirten Waare mindestens diejenige Quantität, welche im §. 24. bestimmt worden, von dem ausländischen Käufer in das Ausland geführt und dem Verkäufer die dafür creditirte Eingangs-Abgabe, nach Abzug der Durchgangs-Abgabe, von seinem Conto abgeschrieben werden soll, so findet folgendes Verfahren Statt.

§. 27.

Ausstellung von Certificaten.

Der Messverkäufer fertigt über die verkaufte Waare ein mit einer fortlaufenden Nummer versehenes Verkaufs-Certificat nach dem Formulare D. (s. Anlage D.) in duplo, unter der Handlungs-Unterschrift und Beidruckung des Handlungssiegels aus, und behändigt beide Ausfertigungen dem Käufer.

Zieht der Messverkäufer vor, nur das eine Exemplar des Certificats dem Käufer, das andere aber dem Packhof-Bureau unmittelbar zu übergeben, so bleibt ihm solches unbenommen.

Uebrigens ist es lediglich Sache des Verkäufers, sich dessen zu versichern, daß der Käufer die Waare mit den ihm eingehändigten Certificaten zur Abfertigung beim Packhofe stelle.

§. 28.

Declaration des die Versendung besorgenden Käufers.

Will der ausländische Käufer die Waaren, über welche er von den Messverkäufern ein Verkaufs-Certificat erhalten hat, nun in das Ausland abführen, so fertigt er darüber eine Ausgangs-Declaration nach dem Schema E. (s. Anlage E.)

in duplo an, und reicht diese, unter Beifügung beider Certificat-Ausfertigungen und unter Vorführung der Waaren, beim Packhofs ein.

§. 29.

Art der Verpackung.

Anderer als in den Certificaten nachgewiesene contrirte Waaren dürfen nicht zusammenverpackt werden; auch ist nur eine Zusammenpackung gleich hoch tarificirter Gegenstände zulässig. Diejenigen Waaren indeß, für welche im Falle des Verbleibens in den Vereinststaaten eine Steuer-Ermäßigung eingetreten sein würde, sind von jeder andern, auch von gleich hoch tarificirter, Waare getrennt zu verpacken.

Unter Beobachtung vorstehender Bestimmungen, können übrigens in einem Collo Waaren zusammenverpackt werden, über welche mehrere Certificate ausgestellt sind.

In diesem Falle müssen die Certificate und die für ein jedes derselben gehörige Waare in der Declaration hintereinander aufgeführt werden.

§. 30.

Gewichts-Ermittlung und Revision.

Nachdem die Waaren vermogen, auch deren Gewicht vom Packhofs-Bureau in die Ausgangs-Declaration eingetragen und der Waagezetteln dem beim Conto-Register als Belag verbleibenden Exemplare des Certificats angeheftet worden, findet die Revision Statt, zu welchem Ende die Waaren-Colli in der Beschaffenheit, daß sie leicht geöffnet werden können, vorgeführt werden müssen.

§. 31.

Revisions-Attest, Verschluß der Waaren-Colli und Ausfertigung des Begleitscheins.

Ist Alles richtig befunden, und sind die Colli, unter Aufsicht von Packhofs-Officianten, gehörig zugemacht, so tritt, nachdem auch die Ausgangs-Declaration und das von dem Käufer dem Verkäufer wieder zuzustellende eine Exemplar des Ausgangs-Certificats mit dem Revisions-Atteste versehen worden, der Verschluß der Waaren-Colli, sodann aber, wenn die Verladung vorgenommen werden soll, und die Uebertragung der Waare in das allgemeine Packhofs-Versendungs-Register zuvor geschehen ist, die Ausfertigung des Begleitscheins ein.

§. 32.

Transport zur Grenz-Ausgangs-Reccur, Attest und dessen Einleitung.

Auf den Grund des beim Packhofs verbleibenden Exemplars des Certificats und der Ausgangs-Declaration, wird nunmehr die Abschreibung von dem Conto des Messverkäufers insoweit vorgenommen, daß derselbe nur noch zur Rectification der Durchgangs-Abgabe verpflichtet bleibt; und in Betreff der mit dem

Begleitscheine versehenen Güter finden diejenigen allgemeinen Vorschriften wiederum volle Anwendung, welche wegen des Waarentransports, wegen des Ausgangs über die Grenze und wegen der hierüber erforderlichen Ausgangs-Bescheinigung in dem Steuer-Gesetze vom heutigen Tage ertheilt sind.

§. 33.

Verfahren, wenn sich bei der Gewichts-Ermittlung und Revision Unrichtigkeiten ergeben.

Haben sich bei der, nach §. 30. vorgenommenen Revision Unrichtigkeiten ergeben, so ist im Allgemeinen eben so zu verfahren, wie im §. 18. bei Ankunft Waaren vorgeschrieben ist.

Die Packhofs-Behörde hält sich dabei zunächst an den Käufer (Inhaber der Waare), dem die Regressnahme an den Verkäufer unbenommen bleibt.

Wird indeß die Identität der Waare bezweifelt, und der Verkäufer erkennt die mit dem von ihm ausgestellten Certificate zur Revision gestellte Waare für diejenige an, die er dem Käufer überlassen hat, so bleibt der Verkäufer bis zu ausgemachter Sache auch für die Steuer verhaftet.

§. 34.

Versendung durch den ausländischen Verkäufer ins Ausland.

Bei der Versendung contirter, verkaufter oder nicht verkaufter Messgüter in das Ausland durch den Messverkäufer selbst, gelten im Allgemeinen die für den Fall der Versendung durch den Käufer in den vorhergehenden §§. enthaltenen Bestimmungen; indeß tritt an die Stelle des Ausgangs-Certificats eine von dem Verkäufer selbst in doppelter Ausfertigung beim Packhofs-Bureau, unter Vorführung der Waare, nach dem Formulare F. (s. Anlage F.) einzureichende Ausgangs-Declaration, von welcher das eine Exemplar beim Conto des Verkäufers verbleibt, das andere diesem aber zurückgegeben wird.

§. 35.

Revision der vom ausländischen Käufer oder Verkäufer in das Ausland zu sendenden Messgüter beim Grenz-Steuer-Amte des Ausgangs.

Der Steuer-Behörde bleibt es unbenommen, in allen den Fällen, wo sie solches für erforderlich hält, die durch die Käufer oder Verkäufer in das Ausland abzuführenden Waaren bei dem Grenz-Steuer-Amte des Ausgangs einer nochmaligen speciellen Revision unterziehen zu lassen.

§. 36.

Versendungen in das Ausland mit der ordinären Post.

Bei Versendungen contirter Waaren in das Ausland durch den Käufer oder Verkäufer mit der ordinären Post, findet gleichfalls die Eingabe von resp.

Ausgangs-Certificaten und Ausgangs-Declarationen, Gewichts-Ermittlung und Revision der Waaren am Packhofs Statt. Ist diese geschehen, so werden die Waaren vom Packhofs-Bureau dem Post-Amte überwiesen, und des letztern, unter den resp. Certificaten und Declarationen gesetzte Empfangs-Bescheinigung vertritt die Stelle des Grenz-Ausgangs-Attests.

§. 37.

Versendungen der für das Ausland bestimmten Messgüter in unbesteuerte Niederlagen der Vereinststaaten.

Werden die nach dem Auslande declarirten contrirten Messgüter von dem Käufer oder Verkäufer nicht direct in das Ausland, sondern vorerst nur nach unbesteuerten Niederlagen der Vereinststaaten gesandt, so ist bei deren Versendung vom Messorte ganz in der Weise zu verfahren, wie bei der sofortigen directen Ausfuhrung in das Ausland vorgeschrieben worden.

Das Bureau der unbesteuerten Niederlage, bei welchem die vom Messorte abgesandten Güter eingehen, vertritt dann die Stelle des Grenz-Ausgangs-Amtes.

Sollten derartige Güter während ihrer Lagerung in einer unbesteuerten Niederlage die Bestimmung erhalten, in den Vereinststaaten zu verbleiben, so sind dafür stets die vollen Eingangsgesälle zu entrichten, und die im §. 7 bestimmte Steuer-Ermäßigung findet dabei überall nicht Statt.

Gehen die Güter demnächst aber aus der Niederlage unbesteuert ins Ausland, so ist die Durchgangsgeld-Abgabe dafür zu entrichten.

Vom Absatz und von der Versendung contrirter Waaren an Käufer aus den Vereinststaaten, so wie von den Bestandsgütern und von der Abrechnung zur Entrichtung der Ein- und Durchgangsgeld-Abgaben, Besteuerung.

§. 38.

Wer die Eingangsgeld-Abgabe zu entrichten hat.

Der Messverkäufer ist derjenige, der die Eingangsgeld-Abgabe zu entrichten hat, dem mithin auch, jedoch nur für die im §. 7 genannten Gegenstände, die Steuer-Ermäßigung (Mess-Rabatt) mit einem Drittheile der tarifmäßigen Eingangsgeld-Abgabe zu Theil wird.

§. 39.

Versendung der an Inländer verkauften Messgüter.

Hinsichtlich der Versendung der an Inländer verkauften Messgüter finden die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über den Verkehr mit bereits versteuerten oder mit abgabefreien Waaren, im Inlande, ebenfalls Anwendung.

§. 40.

Von den Messbestandsgütern.

Unter Bestandsgütern werden diejenigen contirten Messwaaren verstanden, die auf der Messe nicht verkauft worden, und einstweilen oder bis zur nächsten Messe in Braunschweig unversteuert lagern sollen.

Zur Erwirkung der unversteuerten Lagerung solcher Bestandsgüter, und damit solche vom Conto des Verkäufers abgeschrieben werden können, ohne daß derselbe die Eingangszuflüsse dafür zu berichtigen braucht, sind folgende Bestimmungen zu befolgen.

§. 41.

Behandlung der Messbestandsgüter.

Ueber die Bestandsgüter wird von dem Messverkäufer eine Bestands-Declaration nach dem Formulare G. (s. Anlage G.) in doppelter Ausfertigung beim Pachtbureau eingereicht, und hinsichtlich der Verpackung ist ganz so zu verfahren, wie in den früheren Paragraphen vorgeschrieben worden.

Auf den Grund der Declaration geschieht am Pachtbureau, oder wenn ausnahmsweise die einstweilige Lagerung der Bestandsgüter im Gewölbe des Verkäufers, oder bei einem Spediteur, nach Beschaffung angemessener Sicherheit, von der Mess-Commission nachgelassen werden sollte, in dem zur einstweiligen Lagerung bestimmten Raume die Gewichts-Ermittlung und Revision wie bei allen andern auf der Messe ausgestandenen contirten Gütern, und tritt, nachdem dabei Alles in Richtigkeit befunden ist, der Verschuß der Colli mittelst Plomben oder Siegel ein.

Hiernächst wird nach Anleitung des einen, beim Conto des Verkäufers verbleibenden Exemplars der Declaration das Bestandsgut ohne Steuer-Berechnung vom Conto abgeschrieben und in das allgemeine Niederlage (Magazin-) Register übertragen.

Das zweite Declarations-Exemplar erhält der Verkäufer, nachdem darin bescheinigt worden, daß und wo das Gut in das letztgedachte Register übertragen worden, zurück.

Wird außer der Messzeit über die im Bestande verbliebenen Güter, oder über einen Theil derselben, verfügt, — sei es, daß die Güter in das Ausland gesandt oder zur Versteuerung kommen sollen, — so wird damit, wie wegen anderer gewöhnlicher Lagergüter gesetzlich vorgeschrieben ist, verfahren; indeß muß in den deshalb einzureichenden resp. Ausgangs- oder Versendungs-Declarationen auf diejenige Bestands-Declaration Bezug genommen werden, welche dem Messverkäufer bei der Abschreibung der Güter vom Mess-Conto zurückgegeben ist; und im Falle der Versteuerung sind stets die vollen Eingangszuflüsse, ohne Vergütung des im §. 7 bestimmten Mess-Rabatts, unter Anwendung der Bestimmungen im §. 14, zu berichtigen.

Bleiben dagegen die Bestandsgüter auf dem Lager in Braunschweig, um daselbst auf der nächsten Messe wieder ausgestellt zu werden, so können solche beim Eintritt der Messe wieder auf das Mess-Conto des Verkäufers, unter Beobachtung aller derjenigen Vorschriften gebracht werden, welche wegen der zu contirenden Messgüter in dieser Messordnung ertheilt sind, und findet dann im Falle deren Versteuerung auch für die dazu geeigneten Güter der Mess-Rabatt Statt.

§. 42.

Von der Abrechnung zur Entrichtung der Ein- und Durchgangs-Abgaben.

Gleich nach Beendigung der Messe wird das Conto eines jeden Messverkäufers beim Packhofs-Büreau abgeschlossen und für alle diejenigen Güter, deren Abschreibung vom Conto nicht auf den Grund der in den §§. 23, 32, 34 und 41 erwähnten resp. Certificate und Declarationen hat vorgenommen werden können, die Eingangs-Abgabe; für die entweder von dem Messverkäufer oder Käufer aber, und zwar nach Ausweisung der betreffenden Certificate und Declarationen in das Ausland versandten Messgüter, die Durchgangs-Abgabe berechnet und festgestellt.

Bei der Berechnung der Eingangs-Abgabe wird für die im §. 7 benannten Artikel der Mess-Rabatt in Abzug gebracht.

Ist die nach dem §. 21 bestellte Sicherheit durch einen Bürgen beschafft, so wird diesem innerhalb der ersten vier Wochen nach beendigter Messe eine beglaubigte Abschrift des abgeschlossenen Contos mit der Aufforderung zugestellt, die darin festgestellten Gefälle zu bezahlen. Die Berichtigung der Gefälle ist sofort vom Bürgen bei der Packhofs-Casse vollständig zu beschaffen, und sobald die demselben ertheilte Quittung bei der Mess-Commission producirt wird, erfolgt die Befreiung von der geleisteten Bürgschaft.

Wenn dagegen der Messverkäufer die nach §. 21 bestellte Sicherheit durch Deposition baaren Geldes geleistet hat, so wird davon der schuldige Gefälle-Betrag in die Packhofs-Casse berichtigt und die darüber ausgestellte Quittung demjenigen, der zur Empfangnahme derselben und des etwa in deposito verbliebenen Geldbestandes vom Messverkäufer bevollmächtigt und als solcher der Mess-Commission bekannt gemacht ist, mit der Aufforderung zugesandt, den Bestand in Empfang zu nehmen.

Sollte der Messverkäufer den Abschluß seines Conto's, die Feststellung der zu entrichtenden Abgaben und deren Berichtigung schon während der Messe, jedoch nach Beendigung seiner Messverkaufsgeschäfte, wünschen, so wird ihm hierunter jede irgend thunliche Willfährigkeit bewiesen werden.

Uebrigens ist der Messverkäufer im Stande, seinen Caventen, Bevollmächtigten, oder sich selbst von der Richtigkeit des abgeschlossenen Conto's durch Vergleichung mit den über den Eingang, über die Versendung und über die einst-

weilige Lagerung der unverkauft gebliebenen Messgüter früher zurückerhaltenen Certificate und Declarationen zu überzeugen.

§. 43.

Packhofs = Gebühren.

Die Formulare zu den nach vorstehenden Bestimmungen auszustellenden Declarationen, Certificaten und Bürgschaftsscheinen werden unentgeltlich vom Packhofs-Bureau ertheilt, unterliegen auch einer Stempelabgabe überall nicht.

Desgleichen wird für den Verschluß der Messgüter mittelst Plomben oder Siegel nichts bezahlt, und keine andere als Waage- und Lagerungsgebühr, und diese nur nach den allgemeinen beim Packhofs getroffenen Bestimmungen erlegt.

Ad II. Von den in den Vereinststaaten erzeugten, oder ausländischen, aber bereits versteuert zur Messe gelangenden Waaren.

§. 44.

Der Verkehr mit den in den Vereinststaaten erzeugten, sowie mit solchen Waaren, die zwar ausländischen Ursprungs, aber bereits versteuert sind, ist auf der Messe besonderen Beschränkungen nicht unterworfen.

Der Verkäufer solcher Waaren hat indeß die allgemeinen messpolizeilichen Vorschriften genau zu befolgen und hinsichtlich des Transports und der Legitimation der Waaren, sofern er nicht am Messorte wohnt, Folgendes zu beachten.

Ueber diejenigen Waaren, die nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zum Behuf des Transports einer Legitimation bedürfen, ist ein specielles Verzeichniß in doppelter Ausfertigung vor der Absendung zur Messe bei dem Haupt-Steueramte des Wohnorts von dem Messverkäufer einzureichen, aus welchem nicht nur die Quantität, nach Gewicht, Stückzahl oder Dugend, Groß &c., sondern auch die Gattungen und deren etwaige Bezeichnungen vollständig ersichtlich sind. Das eine Exemplar desselben wird, mit dem Visa und Stempel der Receptur versehen, der Waare beigegeben, hiernächst am Packhofs zu Braunschweig eingeliefert, und wenn die Waare von da zurückgeführt werden soll, dem Verkäufer, mit dem behufigen Atteste versehen, zur Legitimation auf dem Rückwege und bei der Heimkehr, wieder eingehändigt.

Treten am Messorte Zuladungen von inländischen oder bereits versteuerten ausländischen Waaren ein, so ist darüber ein besonderes Verzeichniß aufzustellen, beim Packhofs zu Braunschweig einzugeben und damit eben so wie mit dem früher erwähnten Verzeichnisse zu verfahren.

§. 45.

Etraf = Verfahren.

Defraudationen, auch alle sonstige Vergehungen gegen diese Messordnung, werden ohne Ausnahme nach den Bestimmungen des Steuergesetzes geahndet.

Haben sich Messverkäufer oder Käufer solche Unrechtfertigkeiten zu Schulden kommen lassen, die es nach dem Ermessen der Messcommission bedenklich machen, dieselben fernerweit an den durch die gegenwärtige Messordnung zugestandenen Erleichterungen Theil nehmen zu lassen, so sind sie solcher für die Folge für verlustig zu erklären und davon entweder vor ihrem Abgange von der Messe, oder späterhin durch ihren Bürgen oder Bevollmächtigten in Kenntniß zu setzen.

§. 46.

Anwendung des Steuergesetzes in Fällen, wo die Messordnung nicht ein Anderes bestimmt.

In allen den Fällen, hinsichtlich deren in der gegenwärtigen Messordnung nicht besondere Vorschriften enthalten sind, verbleibt es bei den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

§. 47.

Messcommission.

Die in dieser Messordnung genannte Messcommission ist mit der Leitung aller, auf den Messverkehr in steuerlicher Hinsicht Bezug habenden Geschäfte beauftragt.

Sammtliche Behörden und Alle, die es sonst angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 23sten April 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

Eingetragen in das Conto-Register
 № Fol.

(A.)

Eingang = Declaration.


Von mir, dem unterzeichneten Bevollmächtigten des
 } zu
 } aus
 Kaufmann

werden folgende, laut Begleitscheins, d. d.

ten 18 mit Fuhrmann

hier eingegangene unversteuerte Waaren zur hiesigen
 angemeldet:

Messe 18

Anzahl und Benennung der Colli	Deren Markirung	Benennung der Waaren.	Brutto- Gewicht	
			Centr.	Pfd.
10 Ballen		Baumwollenwaaren		
5 dito	# 1 bis 10 K. S. # 5 bis 9	Linnenwaaren		

Braunschweig, den ten

18

(L. S.)

A n m e r k u n g.

Das Bruttogewicht ist von demjenigen, der die Declaration angefertigt, anzugeben.

(B.)

C a u t i o n s = R e v e r s .

Ich Endesunterzeichneter verpflichte mich hierdurch wissentlich und wohlbedächtig, für diejenigen Ein- und Durchgangs-Abgaben, welche von dem für den Herrn
 aus zu der diesjährigen hiesigen Messe eingeführten
 Centner Pfund, schreibe Centner Pfund
 Brutto Waaren zu entrichten sein werden, bis zu der Summe von

Thlr., schreibe Thaler als Selbstschuldner zu haften; setze

zu dem Ende auch mein gesammtes Vermögen, bewegliches und unbewegliches, nichts davon ausgenommen, zu einem allgemeinen Unterpfande, und entsage zugleich allen gegen die von mir übernommene Verbindlichkeit und geleistete Sicherheit etwa zu machenden, mir völlig bekannten Einreden und sonstigen Rechtsbehelfen ohne Ausnahme; namentlich auch der Einrede der Vorausklage, nach welcher ein Bürge nicht eher belangt werden kann, als nachdem der Hauptschuldner zuvor ausgedeutet worden, imgleichen der Rechtswohlthat der Klage-Abtretung, wonach ein Bürge nicht eher zur Bezahlung angehalten werden kann, als bis der Gläubiger seine Rechte gegen den Hauptschuldner abgetreten hat, so wie der Einrede, daß ein allgemeiner Verzicht in Ermangelung eines speciellen keine Wirkung habe; und soll mich von der übernommenen Verbindlichkeit nichts anders befreien, als sofortige baare Zahlung der von mir eingefordert werdenden Abgaben.

Urkundlich meiner eigenhändigen Namensunterschrift und beigebrannten Siegels.

Braunschweig, den ten

18

(C^a.)

Uebertragungs = Certificat.

Ich unterzeichneter } Fabrikant
 } Kaufmann aus

bescheinige hiermit, von meinem zur jetzigen hiesigen Messe gebrachten und
 unversteuerten Lager folgende, in der Eingangs-Declaration vom ten 18
 (Conto = Register N^o Fol.) nachgewiesenen Waaren an den hier anwesenden
 { Fabrikanten
 } Kaufmann aus eigenthümlich überlassen zu haben, als:

Anzahl und Benennung der Colli	Deren Markirung	Benennung der Waaren	Brutto- Gewicht		
			Gtnr.	Pfd.	

Braunschweig, den ten

18

(L. S.)

Eingetragen in das Conto-Register


N^o

Fol.

C^b.

U e b e r n a h m e = D e c l a r a t i o n .

Von mir, dem unterzeichneten { Fabrikanten
Kaufmanne aus
werden folgende, laut Eingangs-Declaration vom ten 18 (Conto-Register
N^o Fol.) für den { Fabrikanten
Kaufmann aus
eingegangene, und von demselben mir eigenthümlich überlassene Waaren zur hiesigen
Messe 18 angemeldet:

Anzahl und Benennung der Colli	Deren Markirung	Benennung der Waaren	Brutto- Gewicht	
			Gtnr.	pf.
10 Ballen		Baumwollenwaaren		
5 dito	# 1 bis 10 K. S.	Leinwandwaaren		

Braunschweig, den ten

18

(L. S.)

A n m e r k u n g .

Das Bruttogewicht ist von demjenigen, der die Declaration anfertigt, anzugeben.

(D.)

Verkaufß = Certificat.

Ich unterzeichneter } Fabrikant
 Kaufmann

aus

bescheinige hiermit, von meinem zur jetzigen hiesigen
 versteuerten, in der Eingangs-Declaration vom ten

Messe eingeführten und un-

18 (Conto-Register

N^o Fol.) nachgewiesenen Lager an den

aus

nach-

benannte Waaren verkauft zu haben.

Laufende N ^o	Benennung der Waaren	Netto = Gewicht			
		in Zahlen		in Buchstaben	
		Ctnr.	Pfd.	Ctnr.	Pfd.

Braunschweig, den ten

18

(L. S.)

(E.)

Ausgangs = Declaration.

Ich Endesunterzeichneter, Kaufmann aus _____ declarire nachbenannte,
 auf hiesiger _____ Messe erkaufte, contirte fremde Waaren zum Ausgange
 nach _____ als:

N ^o der Verkaufs- Certificate	Bezeichnung der Aussteller derselben	Deren Conto		Benennung der Colli und Waaren, wo- zu die Certifi- cate gehören	Deren Marki- rung	Netto- Gewicht eines jeden Collo		Brutto- Gewicht eines jeden Collo		Bemerkun- gen
		N ^o	Fol.			Stn.	Pfd.	Stn.	Pfd.	

(F.)

Ausgangs = Declaration.

Ich unterzeichneter { Fabrikant
Kaufmann

aus

declarire hiermit, von meinem zur jetzigen hiesigen Messe eingeführten und unversteuerten,
in der Eingangs-Declaration vom ten 18 (Conto-Register № Fol.)
nachgewiesenen Lager folgende Waaren zur Versendung ins Ausland nach

Anzahl und Benennung der Colli	Deren Markirung	Benennung der Waaren	Brutto- Gewicht		
			Gtnr.	Pfd.	

Braunschweig, den ten


18

(L. S.)

(G.)

Bestands = Declaration.

Wir Endesunterschriebene declariren hiermit, von unserm hier zur Messe eingeführten, in der Eingangs-Declaration vom ten 18 (Conto-Register № Fol.) nachgewiesenen Waarenlager die hierunter specificirten unverkauft gebliebenen Waaren auf Herzogl. Packhofe (im Hause №) bis zur nächsten Messe, oder zur weitem Disposition zu deponiren und lagern zu lassen.

Marke und Nummer	Colli	Benennung der Waaren	Netto- Gewicht		Bemerkungen
			Str.	Pfd.	
 # 13	1 Ballen	Engl. Baumwollenwaare	3	—	Jedes einzelne Collo ist mit Stück Plomben verschlossen.
S # 4	1 dito	= Wollenwaare	1	—	

Braunschweig, den ten

18

(L. S.)

Unterschrift.

Daß die hier oben verzeichneten Waaren in meiner Gegenwart gehörig revidirt und richtig befunden, die Verpackung derselben in meiner Gegenwart vorgenommen, auch die einzelnen Colli

von mir vorschriftsmäßig, und wie in der Rubrik für Bemerkungen näher angegeben, plombirt sind, bescheinige ich hiermit der Wahrheit gemäß.

Braunschweig, den ten

18

Der Steuer=

Daß die umstehend verzeichneten Waaren in der Herzogl. Packhaus-Niederlage hieselbst deponirt und in das Niederlage-Register Fol. eingetragen sind, wird hiermit bescheinigt.

Braunschweig, den ten

18

Der Packhofs = Niederlage = Inspector

Daß die umstehend verzeichneten Waaren von uns in Empfang genommen und in unserer Privat-Niederlage im Hause N deponirt sind, wird hiermit bescheinigt, indem wir zugleich versprechen, auch hinsichtlich dieser Waaren alle diejenigen Vorschriften unmangelhaft zu erfüllen, welche wegen der Privat-Niederlagen und der darin aufgenommenen Waaren bestehen.

Braunschweig, den ten

18

Inhalt der Messordnung.

- §. 1. Eintheilung der Messgüter in:
 - I. ausländische unversteuerte;
 - II. inländische, mithin steuerfreie, und ausländische bereits versteuerte.

Ad I. Von den ausländischen unversteuerten Messgütern.
- §. 2. Eintheilung der Güter in solche, welche conto- und rabattfähig sind, oder nicht.
- §. 3. Contosfähige Güter.
- §. 4. Vermischte Läger von ausländischen und gleichartigen inländischen Waaren.
- §. 5. Contiren.
- §. 6. Von welchen contirten Gütern nur Durchgangsabgabe zu bezahlen ist.
- §. 7. Contirte Güter, welche rabattfähig sind, und Betrag des Mess- Rabatts.
Von dem Verkehre mit ausländischen unversteuerten Messgütern.
- §. 8. Einleitung.
- §. 9. Vom Verkehre mit Waaren, die nicht contirt werden können.
Vom Verkehre mit contosfähigen Waaren,
in specie
vom Eingang der Waaren in die Vereinsstaaten, und von den
Versendungen aus unversteuerten Niederlagen zur Messe.
- §. 10. a. Regel. Frachtfuhrwerk ic.
- §. 11. b. Ausnahme. Postgüter.
Von der Ankunft der Waaren in Braunschweig.
- §. 12. Anmeldung am Thore und Declaration am Packhose.
- §. 13. Gewichtsermittlung und Revision.
- §. 14. Gewichtsermittlung, Bruttoverwiegung.
- §. 15. Revision.
- §. 16. Revisionsatteste und Rückgabe des einen Exemplars der Eingang's-Declaration.
- §. 17. Abgesonderte Verpackung verschieden tarificirter Waaren.
- §. 18. Verfahren, wenn sich bei der Gewichtsermittlung und Revision Unrichtigkeiten ergeben.
- §. 19. Eintragung der Messgüter in das Conto.
- §. 20. Termin für die Verabfolgung der Messgüter vom Packhose und für die specielle Revision in den Messverkaufsstätten.
- §. 21. Sicherheitsleistung für die Gefälle.
- §. 22. Von der Behandlung der mit der ordnairen Post zu Braunschweig eingehenden Messgüter.
- §. 23. Uebertragung von einem Conto auf ein anderes.
Von der Versendung contirter Waaren in das Ausland.
- §. 24. Waaren, für die die Abschreibung der creditirten Gefälle geschieht.

- §. 25. Versender ist der Käufer, oder Verkäufer.
- §. 26. Versendung durch den Verkäufer ins Ausland.
- §. 27. Ausstellung von Certificaten.
- §. 28. Declaration des die Versendung besorgenden Käufers.
- §. 29. Art der Verpackung.
- §. 30. Gewichtsermittlung und Revision.
- §. 31. Revisionsattest, Verschluß der Waaren-Colli, Ausfertigung des Begleitscheins.
- §. 32. Transport zur Grenz = Ausgangs = Receptur, Attest und dessen Einsendung.
- §. 33. Verfahren, wenn sich bei der Gewichtsermittlung und Revision Unrichtigkeiten ergeben.
- §. 34. Versendungen durch den ausländischen Verkäufer in das Ausland.
- §. 35. Revision der vom ausländischen Käufer oder Verkäufer in das Ausland zu sendenden Messgüter beim Grenz = Steuer = Amte des Ausgangs.
- §. 36. Versendungen in das Ausland mit der ordinären Post.
- §. 37. Versendungen der für das Ausland bestimmten Messgüter in unversteuerte Niederlagen der Vereinstaaen.

Vom Absatz und von der Versendung contirter Waaren an Käufer aus den Vereinstaaen, so wie von den Bestandsgütern, und von der Abrechnung zur Entrichtung der Ein- und Durchgangsabgaben, Besteuerung.

- §. 38. Wer die Eingangsabgabe zu entrichten hat.
- §. 39. Versendung der an Inländer verkauften Messgüter.
- §. 40. Von den Mess = Bestandsgütern.
- §. 41. Behandlung der Mess = Bestandsgüter.
- §. 42. Von der Abrechnung zur Entrichtung der Ein- und Durchgangsabgaben.
- §. 43. Pachtzins = Gebühren.

Ad II. §. 44. Von den in den Vereinstaaen erzeugten, oder ausländischen, aber bereits versteuert zur Messe gelangenden Waaren.

- §. 45. Strafverfahren.
- §. 46. Anwendung des Steuergesetzes in Fällen, wo die Messordnung nicht ein Anderes bestimmt.
- §. 47. Mess = Commission.

G e s e z,

über

die Besteuerung des inländischen Brannteweins nach dem Rauminhalte der Maischbottiche *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und
Lüneburg rc.

Demnach zur Ausführung des mit dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai 1831 geschlossenen Vertrages über die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systemes der indirecten Abgaben es erforderlich ist, über die Besteuerung des inländischen Brannteweins nach dem Rauminhalte der Maischbottiche neue Vorschriften zu ertheilen, so haben Wir, unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, beschlossen, darüber folgende gesetzliche Anordnungen zu treffen:

§. I.

Der Steuer a. Object, b. Betrag.

Die Steuer für den aus Schrot von Getreide und Hülsenfrüchten, so wie aus gedämpften (gekochten) oder getrockneten Kartoffeln mittelst des Einmaischens zu bereitlebenden Branntwein soll von dem gesammten Rauminhalte der Maischbottiche entrichtet werden.

Dieselbe beträgt bei jeder Einmaischung für jede 24 Quartier Maischbottich-Raum zehn Pfennige.

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, No. 16.

Eine Ermäßigung dieser Abgabe tritt nur in dem im §. 3 erwähnten Falle ein.

§. 2.

Betriebsfrist.

Diejenige Quantität Maische, welche innerhalb der im §. 31 bestimmten Zeit bereitet ist, muß in höchstens 14 Stunden abgebrannt werden.

Wo der Construction der Apparate oder sonstiger Verhältnisse wegen eine 14stündige Brennfrist nicht genügt, soll diese um 2 Stunden verlängert werden können.

Denjenigen Brennern, deren Apparate auf einen 24stündigen Brennbesrieb eingerichtet sind, wird jedoch eine 24stündige Brennfrist einstweilen annoch zugestanden.

Wird innerhalb dieser Frist kein fertiger Branntwein gewonnen, so sind besondere Tage zum Weinmachen in der Maße zu gestatten, daß der aus einer Brennperiode gesammelte Lutter oder noch nicht fertige Branntwein an dem, dem letzten Maischbrande unmittelbar folgenden Tage zu Branntwein von der vom Brenner beabsichtigten Stärke destillirt werden kann. Auch hiebei ist die vorstehend bestimmte 14- und respective 24stündige Brennfrist inne zu halten, und wird für jede drei Luttertage nicht mehr wie ein Weintag gestattet.

§. 3.

Ausnahme ad §. 1 und 2. Landwirtschaftliche Brennerei.

Diejenigen landwirthschaftlichen Branntweinbrennereien, welche zum Voraus declariren, innerhalb des Zeitraums eines Jahrs, vom 1. November an gerechnet, nur mit einer Blase und während eines auf 12 Stunden zu beschränkten Betriebes an keinem Tage über 800 Quartier Maische zu Branntwein verarbeiten zu wollen, haben für die sechs Monate vom 1. November bis ult. April nicht mehr als 9 Pfennig, in den übrigen 6 Monaten aber den vollen Betrag mit 10 Pfennig von 24 Quartier des gesammten cubischen Inhalts ihrer Maischbottiche für jede Einmaischung an Steuer zu zahlen.

Wenn der Construction der Apparate wegen eine 12stündige Betriebszeit nicht genügt, so soll diese um 2 Stunden verlängert werden können.

Einen Anspruch auf die im §. 2 zugestandenen Weintage haben indeß die hier in Rede stehenden landwirthschaftlichen Branntweinbrennereien überall nicht.

§. 4.

Bestimmungen für die Destilliranstalten.

1. Branntweinbrenner, welche den aus Maische selbst gewonnenen Branntwein innerhalb der im §. 2 bestimmten Betriebszeit entweder über Gewürze ab-

ziehen, oder denselben rectificiren, haben dafür eine besondere Abgabe nicht zu entrichten.

2. Wollen sie aber eine andere Zeit dazu benutzen, so darf solches nur nach zuvoriger Declaration und gegen Entrichtung einer Abgabe von 7 Pfennig für den 24stündigen Gebrauch jedes Stübchens des cubischen Inhalts der Destillirapparate geschehen.

3. Diese Abgabe ist auch von Destillateuren und Liqueurfabrikanten, welche nur bereits fertigen Branntwein rectificiren oder mit Gewürzen oder sonstigen Ingredienzien versehen, zu entrichten.

Die, wegen dieser unter 2 und 3 erwähnten Abgabe zu befolgenden Vorschriften sollen, in so weit sie nicht im gegenwärtigen Gesetze enthalten sind, durch ein besonderes Gesetz erlassen werden.

§. 5.

Bestimmung wegen der Apotheker, Chemiker &c.

Apothekern und Chemikern, so wie denjenigen, welche wohlriechende Wasser, ätherische Oele und dgl. verfertigen, ist die steuerfreie Benützung ihrer Destillirapparate gestattet, sofern sie sich derselben nur zur Ausübung ihrer Kunst bedienen, diese Apparate auch nicht mehr als 30 Quartier Inhalt haben.

Ueber die steuerfreie Benützung größerer Apparate hat die obere Steuerbehörde zu entscheiden.

Verfertigen die genannten Personen aber mittelst ihrer Apparate Branntwein oder Liqueur, so finden auch sämtliche die Abgabe vom inländischen Branntwein oder Liqueur betreffende Bestimmungen auf sie Anwendung.

Den Steuerbeamten steht übrigens das Recht der Revision in jedem Falle zu.

§. 6.

Minimum des Maischbottich-Raumes.

Maischbottiche von weniger als 600 Quartier Rauminhalt werden in den Brennereien in der Regel nicht zugelassen.

Doch sollen den im §. 3 bezeichneten landwirthschaftlichen Brennereien Maischbottiche von nicht weniger als 400 Quartier Rauminhalt verstattet sein.

§. 7.

Beschränkung der Zahl der Maischbottiche.

Zum gleichzeitigen Einmaischen dürfen dann nie mehr als zwei Bottiche benützt werden, wenn nicht mehr als 4000 Quartier Maischbottich-Raum erforderlich sind.

Winnen den ersten drei Monaten nach Publication des gegenwärtigen Gesetzes sind daher auch diejenigen Maischgefäße, welche der vorstehenden Bestim-

mung nicht entsprechen, entweder dieser gemäß einzurichten oder gänzlich zu beseitigen, und bleibt bis zum Ablauf solcher Frist der Gebrauch derselben nachgelassen.

In einzelnen dazu geeigneten Fällen bleibt der Administration eine Verlängerung der Frist unbenommen.

§. 8.

Vormaisch = Bottiche, Kühlschiffe oder Kühlwannen.

Brennereien von ordnungsmäßigem Betriebe wird zwar auch der Gebrauch der Vormaisch = Bottiche und Kühlschiffe oder Kühlwannen gestattet, wegen dieser Gefäße indes bestimmt, daß deren Benutzung im Falle des Mißbrauchs von der obersten Steuerbehörde untersagt werden kann, und daß solche

- 1) den gesammten Rauminhalt des steuerpflichtigen Maischbottichs in der Regel nicht überschreiten, auch — bei Vermeidung der im §. 32 bestimmten Strafen — weder
- 2) mit Hefe gestellte gährende oder reife Maische enthalten, noch
- 3) zu anderer Zeit, als wenn der steuerpflichtige Maischbottich-Raum leer ist, mit Maische gefüllt sein dürfen.

§. 9.

Gefäße für die künstlichen Gährungsmittel. (Hefegefäße.)

Diejenigen Gefäße, in welchen die künstlichen Gährungsmittel, die zum Anstellen der Maischen dienen, bereitet werden, bleiben von der Besteuerung ausgeschlossen, sofern ein jedes derselben nicht über ein Zehnthel des Raums desjenigen Maischbottichs, wozu solches gehört, enthält.

Größere Gefäße dieser Art dürfen bei Vermeidung der im §. 32 bestimmten Strafe nur mit Vorwissen und nach zuvor eingeholter Genehmigung der obern Steuerbehörde gehalten werden.

Auch ist bei gleicher Strafe untersagt, für jeden abzutreibenden Maischbottich mehr wie ein Hefegefäß zu haben.

Die zu den künstlichen Gährungsmitteln erforderliche Maische ist nur aus dem zur Einmischung declarirten Bottich zu entnehmen.

Wer dem entgegen handelt, hat nicht nur die Confiscation des Gefäßes, woraus die Maische zur Hefebereitung entnommen ist, und eine Geldstrafe von 5 bis 20 fl. , sondern außerdem auch noch in dem Falle, daß eine Verkürzung der Steuer nachgewiesen werden kann, die Strafe der Defraude vermerkt.

Bereitung der Hefe aus Malz-Extract.

Die Bereitung von Hefe aus Malz-Extract ist nur nach vorgängiger Declaration, und zwar nur in einem besonders dazu bestimmten Gefäße gestattet.

Wer solche Hefe statt zur Gährung der Maische zu verwenden, sofort abbrennt, verfällt in die im §. 32. bestimmten Strafen.

Bereitung der Hefe zum Verkauf.

Demjenigen, welcher sich neben der Branntwein-Fabrication auch mit der Verfertigung trockner oder flüssiger Hefe zum Verkauf abgiebt, soll diese zwar fernerhin, wenn in den Declarationen das Behufige bemerkt ist, jedoch bei Vermeidung der im §. 32. bestimmten Strafe nur in solchen Gefäßen gestattet sein, welche nicht mehr als den sechsten Theil Raum-Inhalt desjenigen Maisch-Bottichs, wozu sie gehören, enthalten.

Diese Gefäße müssen indes

- 1) ihren bestimmten Stand haben und mit der *Nº* des oder der Bottiche, wozu sie gehören, versehen sein.

Auch dürfen sie

- 2) nicht länger benutzt werden, als die Maisch-Bottiche, wozu sie gehören, mit Maische gefüllt sind, und muß
- 3) diesen Maisch-Bottichen dasjenige an Maische fehlen, was in den Hefegefäßen vorhanden ist.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften wird

in dem unter *Nº* 1. bezeichneten Falle mit einer Ordnungsstrafe von 1 bis 10 § , in dem unter *Nº* 2. angeführten Falle mit einer Geldstrafe von 5 bis 20 § , und im Falle unter *Nº* 3. mit der Confiscation des Gefäßes, woraus die Maische zur Hefebereitung genommen ist, und einer Geldstrafe von 5 bis 20 § , auch im Falle einer Steuerverkürzung, mit der Strafe der Defraude geahndet.

Im Wiederholungsfalle cessirt neben Anwendung vorstehender Strafen die Erlaubniß zur Haltung und Benützung derartiger Gefäße zur Bereitung der zum Verkauf bestimmten Hefe.

Da, wo die Art der Hefebereitung größere Gefäße erfordert, sollen solche mit Vorwissen und nach zuvor eingeholter Genehmigung der obern Steuer-Behörde gestattet sein. Indessen finden auch in Beziehung auf diese größeren Gefäße die sub *Nris.* 1., 2. und 3. dieses §. enthaltenen Bestimmungen Anwendung.

§. 10.

Verbot der Auffaßkränze und Auffaßhölzer.

Bewegliche Auffaßkränze, Auffaßhölzer oder sonstige Vorrichtungen zur Vergrößerung des Maisch- oder Gährungsraums oder zum Aufhalten übergährender Maische sind gänzlich verboten.

Wer sich derselben dennoch bedient, verurtheilt nicht nur deren Confiscation und eine Geldbuße von 50 § , sondern auch noch außerdem die Strafe der Defraude, sofern eine Verkürzung der Steuer dadurch veranlaßt ist.

§. 11.

Verbot beweglicher Zwischensätze zwischen Blase und Helm, und des Gebrauchs eines auf mehrere Blasen passenden Helms.

Auch bewegliche Zwischensätze zwischen Blase und Helm, wodurch deren Raum-Inhalt vergrößert wird, so wie der Gebrauch eines auf mehrere Blasen passenden Helms, sind bei Strafe der Confiscation und einer Geldbuße von 50 fl gänzlich untersagt.

§. 12.

Erste Anmeldung der Apparate nach Publication dieses Gesetzes. Nachweisungen der Branntweinbrenner.

Jeder Branntweinbrenner ist bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 10 fl gehalten, binnen eines nach Publication dieses Gesetzes von der Ober-Steuer-Inspection zu bestimmenden Termins eine schriftliche Nachweisung bei dem Steuer-Amte seines Wohnorts in doppelter Ausfertigung einzugeben, welche enthalten muß:

- 1) Beschreibung der Lage und Angabe der Nummer und des Besitzers des Gebäudes, worin die Betriebsanstalt sich befindet;
- 2) sämtliche zu dieser Anstalt gehörige Maisch- und Vormaish-Bottiche, Hefegefäße, Kühlschiffe, Vor- oder Maischwärmer, Dampfkessel, Blasen, Helme, Sturzmaschinen, Schlangentröhren und sonstige Kühlapparate, Condensatoren, Rectificatoren und Spiritus-Apparate, Schlempe- oder Spülicht- und auch eingemauerte oder eingesenkte Maisch-, Lutter- und Branntweinbehälter;
- 3) den cubischen Inhalt der bereits früher von der Steuer-Behörde vermessenen Apparate.

Nachdem die in der Nachweisung enthaltenen Angaben von dem damit beauftragten Steuer-Beamten in der Brennerei geprüft, und so weit solches erforderlich, von dem Branntweinbrenner in beiden Ausfertigungen berichtigt worden, wird diesem letztern das eine Exemplar, mit dem Visa des Steuer-Amtes versehen, zurückgegeben, damit er solches bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 1 bis 10 fl an einer zur Einsicht der Steuer-Beamten geeigneten Stelle in der Brennerei aufbewahre.

Bei dem Rückempfang erhält der Branntweinbrenner zugleich einen Abdruck dieses Gesetzes.

Branntweinbrenner, die den von der Ober-Steuer-Inspection bestimmten Termin unbeachtet gelassen haben, auch die Nachweisung nicht noch vor dem Termine, an welchem die Maischbottich-Steuer in Hebung gesetzt wird, nachliefern, verurtheilt werden eine Ordnungsstrafe von 20 fl , und verfallen außerdem in die Strafe der Defraudation und in eine Geldbuße von 50 bis 100 fl , sofern von diesen Gefäßen heimlicher Gebrauch gemacht ist.

§. 13.

Nachweisungen und Anzeige anderer Personen.

Auch haben alle sonstige Personen, die Destillir-Apparate besitzen oder anfertigen, verändern, ausbessern oder Handel damit treiben, diejenigen derselben, die sich bei Publication dieses Gesetzes in ihren Händen befinden, innerhalb des von der Ober-Steuer-Inspection zu bestimmenden Termins unter Angabe des Eigenthümers bei dem Steuer-Amte ihres Wohnorts schriftlich nachzuweisen, diese Apparate auch nicht anders als nach zuvoriger, bei gedachtem Amte eingereichter Anzeige, aus welcher der Name und Wohnort des Empfängers hervorgehen muß, verabsolgen zu lassen.

Im Unterlassungsfalle ist eine Ordnungsstrafe von 10 fl verwirkt.

§. 14.

Erste Vermessung der Apparate nach Publication des Gesetzes. Objecte der Vermessung.

Die in den Branntweinbrennereien vorhandenen Maisch- und Hefegefäße, Vor- oder Maischwärmer, Dampfkessel, Branntweinblasen, Helme und sonstige Apparate und Behälter, deren Raumermittlung zur Sicherung der Steuer oder zur Controle des Brennbetriebes nothwendig befunden wird, sind nach Einreichung der Nachweisung, in so weit solches nicht schon wegen der bisherigen Abgabe vom inländischen Branntwein geschehen ist, und daher eine Wiederholung von Seiten der Steuer-Behörde für unnöthig gehalten wird, zu vermessen.

§. 15.

Art der Vermessung.

Die Vermessung selbst geschieht von dem oder den dazu angeordneten Steuer-Beamten in Gegenwart des Besitzers der Apparate, und, falls dieser solches wünschen sollte, unter Zuziehung des Gemeinde-Vorstandes oder einer andern geeigneten Person, mit richtigem und geachtetem, von der Steuer-Administration angeschafften Gemäße, mittelst ununterbrochenen Anfüllens mit kaltem Wasser bis zum Überlaufen voll.

§. 16.

Verpflichtungen des Besitzers der Apparate bei der Vermessung.

Zum Behuf dieser Vermessung hat der Besitzer der Apparate für deren völlig leeren und trocknen Zustand, für die wagerechte Stellung derselben, auch für das nöthige Wasser und überhaupt für alle bei diesem Geschäfte erforderliche Hülfsleistungen, und zwar unentgeltlich, zu sorgen.

An Bottichen, die völlig wagerecht nicht gestellt werden können, sind die über dem Wasserspiegel hervorragenden Theile abzuschneiden, welches, wenn nicht früher, doch sofort bei der Vermessung durch den Besitzer dieser Gefäße und auf dessen Kosten zu besorgen ist.

§. 17.

Bezeichnung der Apparate.

Nach geschehener Vermessung ist, und zwar im Beisein und auf Kosten des Besitzers, eine Bezeichnung der vermessenen Apparate vorzunehmen.

Jedes zur Maisch- und Gesebereitung bestimmte Gefäß wird mit fortlaufender Nummer und einer Angabe des ausgemittelten Inhalts auf geeignete Weise bezeichnet, auch mit einem Steuerstempel, den die Steuer-Administration bestimmt und auf ihre Kosten anschafft, versehen.

Auf dem obern Rande der Branntweinblasen und Helme ist deren cubischer Inhalt und die der Branntweinbrennerei von der Steuer-Verwaltung gegebene Nummer einzugraben.

Bei anderen zur Benutzung beim Brennbetriebe bestimmten Gefäßen tritt, sofern deren Bezeichnung von dem Steuer-Beamten nöthig gehalten wird, das wegen der Maisch- und Gesegefäße bestimmte Verfahren ein.

§. 18.

Vermessungs-Protocoll.

Über die geschehene Vermessung und Bezeichnung hat der das Geschäft leitende Steuer-Beamte sofort ein Protocoll aufzunehmen, welches von den im §. 15. genannten Personen zu unterschreiben ist, und wovon eine Ausfertigung dem Besitzer der vermessenen Apparate zuzustellen ist, damit dieser solche aufbewahre und dem controlirenden Officianten, wenn derselbe solches verlangen sollte, bei den Revisionen vorlege.

Sollte diese Ausfertigung bei den Revisionen auf desfalliges Verlangen überall nicht, oder aber in einem so beschädigten Zustande vorgelegt werden, daß deren Inhalt nicht vollständig zu entnehmen steht; so verfällt der Inhaber derselben in eine Ordnungsstrafe von 1 bis 5 \mathfrak{R} .

§. 19.

Kosten der ersten Vermessung.

Mit Ausnahme der in den §§. 16. und 17. gedachten, sind weiter keine Kosten für die erste Vermessung, welche nach Publication dieses Gesetzes, und ehe die darin bestimmte Steuer zur Anwendung kommt, vorzunehmen ist, von den Brennerei-Besitzern zu tragen.

§. 20.

Aufnahme eines Grundrisses.

Der wegen der Vermessung in der Branntweinbrennerei anwesende Steuerbeamte hat auch zugleich über die Stellung der Maischgefäße zwei übereinstimmende Grundrisse anzufertigen, diese zu unterzeichnen und deren Richtigkeit durch Unterschrift des Branntweinbrenners anerkennen zu lassen.

Daß eine Exemplar wird dem Branntweinbrenner ausgehändigt, und dieser ist bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 1 bis 10 fl gehalten,

- 1) dasselbe an einer zur Ansicht des revidirenden Steuer-Beamten geeigneten Stelle in der Brennerei aufzubewahren, auch
- 2) jede Veränderung in der Stellung der Maischgefäße, ehe solche geschieht, bei dem Steuer-Amte zur Anzeige zu bringen.

§. 21.

Sonstige Verpflichtung der Brennereibesitzer hinsichtlich der Bezeichnungen der Apparate und Aufbewahrung von Wiserstäben und Maßen.

Die Brennerei-Besitzer sind für die Erhaltung der an den Apparaten vorgenommenen Bezeichnungen verantwortlich, und haben, wenn solche verlegt oder sonst undeutlich werden, sofort dem Steuer-Amte ihres Orts davon zur Bewirkung einer abermaligen, auf Kosten des Brenners zu beschaffenden Bezeichnung Anzeige zu machen.

Auch haben dieselben für die sichere Aufbewahrung derjenigen Wiserstäbe und sonstigen Maßen, welche für die in ihrer Brennerei befindlichen Apparate angefertigt und ihnen von dem Steuer-Beamten anvertraut worden, Sorge zu tragen.

In eine Ordnungsstrafe von 1 bis 10 fl verfällt derjenige, welcher der einen oder andern vorstehender Bestimmungen nicht nachkommt.

Wer aber die an den Apparaten angebrachten Bezeichnungen verfälscht, erleidet außer den sonst etwa verwirkten Strafen auch die im §. 68 bestimmte Strafe.

§. 22.

Spätere Anmeldungen von Brennapparaten. Anlage, Verlegung und Aufhebung einer Brennerei.

Jeder, der eine Branntweinbrennerei neu anlegen, oder die vorhandene verlegen, oder sich derselben gänzlich entledigen will, hat davon eine Anzeige zu machen, welche

im erstern Falle vor der Empfangnahme, unter Beifügung der im §. 12 vorgeschriebenen Nachweisung, in den beiden letztern Fällen aber mindestens drei Tage vor der Verlegung, oder vor der Verabsolung der vorhandenen Apparate

bei dem Steuer-Amte seines Wohnorts schriftlich einzureichen ist.

Unterlassung dieser Anzeige zieht rücksichtlich der Maisch- und Hefegefäße, Blasen und Helme, sofern von jenen Gebrauch gemacht sein sollte, die im §. 32 bestimmte Strafe, sonst aber, wie auch hinsichtlich der übrigen unter No. 2 des §. 12 aufgeführten Gefäße, eine Ordnungsstrafe von 10 bis 40 fl nach sich.

§. 23.

Anschaffung, Veränderung, Veräußerung und Zerstörung einzelner Gefäße von Seiten der Brennereibesitzer.

Gleichen Strafen unterliegt auch derjenige Branntweinbrenner, der einzelne

Gefäße der im §. 12 gedachten Art, mögen solche vermessen sein, oder nicht, an sich bringt, verkäuflich oder auf sonstige Weise sich derselben entledigt, sie verändert, ausbessert, zerstört oder solches durch andere thun läßt, ohne davon zuvor dem Steuer-Amte seines Wohnorts schriftliche Anzeige gemacht zu haben.

In denjenigen der in diesem und im §. 22 erwähnten Fällen, wo das zu confiscirende Geräth nicht mehr vorhanden ist, tritt an die Stelle der Confiscationsstrafe eine Geldbuße von 10 bis 50 fl. .

Sollte inzwischen ein an den vorhandenen und bereits vermessenen Apparaten während des declarirten Gebrauchs derselben entstehender Schaden, selbst wenn derselbe auf den Rauminhalt von einigem Einflusse wäre, von so weniger Erheblichkeit sein, daß demselben unter Fortsetzung des Betriebes sogleich abzuhefen steht, so ist die Anzeige einer solchen Reparatur erst nach beendigtem Betriebe, dann aber sofort und spätestens binnen 24 Stunden bei dem Steuer-Amte zu machen.

Unterbleibt solche, so ist eine Ordnungsstrafe von 20 fl. zu erlegen, in dem Falle aber, wo die Reparatur eines Maischbottichs vorgenommen, der cubische Inhalt dadurch vergrößert und dieser anderweit benützt worden, die im §. 32 bestimmte Strafe vermerkt.

Vergrößerungen des cubischen Inhalts der Maischgefäße von mehr wie 3 pCt. des Raum-Inhalts, die in Folge eines Wurfens des Bodens oder der Dauben (Stäbe) dieser Geräthe eintreten, sind von dem Branntweinbrenner zum Behuf einer anderweit vorzunehmenden Vermessung sofort bei dem Steuer-Amte anzuzeigen. Derjenige Brenner, der diese Anzeige unterläßt, verfällt nicht nur in eine Ordnungsstrafe von 1 bis 10 fl. , sondern hat auch den sich bei der Nachmessung ergebenden größern Inhalt für die letztverfloffenen drei Betriebs-Monate nachzuzahlen.

§. 24.

Messungen und Nachmessungen.

Bei den Messungen oder Nachmessungen, welche in dem einen oder andern der in den §§. 22 und 23 gedachten Fällen erforderlich werden, finden alle diejenigen Vorschriften Anwendung, welche in den §§. 14 bis incl. 18 und im §. 20 enthalten sind.

Uebrigens hat die Steuer-Administration das Recht, auch in allen anderen Fällen, wo sie eine Nachmessung für nothwendig hält, solche zu jeder Zeit, jedoch auf eigene Kosten vornehmen zu lassen.

§. 25.

Kosten solcher Messungen und Nachmessungen.

Vermessungen, die in den in den §§. 22 und 23 erwähnten Fällen eintreten, sind auf alleinige Kosten des Besitzers der Brennerei vorzunehmen, und hat dieser

dem mit dem Geschäfte beauftragten Steuer-Beamten für das Geschäft 16 *ggr*, und für jede Meile, die solcher deshalb zu reisen genöthigt ist, 6 *ggr* zu entrichten.

§. 26.

Von dem Betriebe der Brennerei. Betriebs-Declaration.

1) Derjenige Branntweinbrenner, welcher brennen will, ist verbunden, mindestens 24 Stunden vor dem Einmaischen eine schriftliche, eigenhändig unterzeichnete Declaration, nach einem von der Steuer-Behörde vorzuschreibenden Schema, und zwar in doppelter Ausfertigung, bei dem Steueramte, in dessen Bezirke die Anstalt sich befindet, innerhalb der Receptur-Stunden einzureichen.

2) Von dieser Declaration, welche weder Rasuren, noch durchstrichene Stellen enthalten darf, wenn sie als gültig angenommen werden soll, wird nach deren Prüfung das eine Exemplar, mit der Unterschrift des Steuer-Einnehmers versehen, dem Producenten zurückgegeben. Dasselbe ist, so lange der angezeigte Betrieb dauert, an einer zur Ansicht des Steuer-Beamten päßlichen Stelle in der Brennerei anzuhängen oder darin auf sonstige angemessene Weise aufzubewahren, und letztern Falls dem Steuer-Beamten bei der Revision sofort auf sein Begehren vorzulegen, am Schlusse jeden Monats aber bei Einzahlung der Steuer an das Steuer-Amt einzuliefern.

Wer diesen unter 2. enthaltenen Bestimmungen nicht nachkommt, verfällt in jedem einzelnen Falle in eine Ordnungs-Strafe von 1 bis 10 *ggr*.

Diese Strafe tritt auch dann ein, wenn die für die Brennerei bestimmte Declaration so beschädigt ist, daß deren Inhalt von den Steuer-Beamten vollständig nicht mehr ersehen werden kann, oder wenn die Declaration solche unrichtige Angaben enthält, welche keine höhere Strafen zur Folge haben.

§. 27.

Zeitraum, den die Betriebs-Declaration umfaßt.

Die bei dem Steuer-Amte abzugebende Declaration muß, wenn auch nicht ununterbrochen gebrannt wird, doch mindestens den Zeitraum von acht Tagen begreifen, sie kann indeß auch auf einen ganzen Kalender-Monat, auf längere Zeit indeß nicht gerichtet werden.

Demjenigen, welcher den Betrieb im Laufe der Zeit, wofür declarirt ist, erweitern will, ist solches gestattet.

In einem solchen Falle hat aber derselbe eine neue Declaration für die noch laufende Zeit bei dem Steuer-Amte einzureichen, und dabei alles dasjenige zu beachten, was über die Declarationen im vorhergehenden Paragraphen vorgeschrieben ist.

Mehr als eine neue Declaration über erweiterten Betrieb werden indeß im Laufe der Zeit, für welche declarirt worden, nicht zugelassen.

§. 28.

Abweichungen vom declarirten Betriebe.

Der Betrieb muß ganz so vorgenommen werden, wie solcher in der bei dem Steuer-Amte eingereichten Declaration angegeben ist.

Ausnahmen finden nur Statt, wenn

- 1) Maischgefäße oder wesentliche Theile des Destillir-Apparats während des Gebrauchs in der Maße schadhaft oder unbrauchbar werden, daß diesem nicht sofort abgeholfen werden kann;
- 2) Maische ganz oder zum Theil verunglückt;
- 3) sonstige unvorhergesehene Unfälle, wozu namentlich Schrot- und Wassermangel zu rechnen sind, eintreten,

und der Betrieb dadurch ununterbrochen wird, oder für die noch übrigen declarirten Tage eingestellt werden muß.

In allen diesen Fällen ist aber die Veranlassung der Veränderung oder zum einstweiligen gänzlichen Einstellen des Betriebes, sofern Steuer-Beamte nicht sogleich zugezogen werden können, sofort durch solche Zeugen, die weder zur Familie, noch zu den im Lohn des Brenners stehenden Leuten gehören, zu ermitteln, und ohne allen Verzug, spätestens aber binnen 24 Stunden, mittelst schriftlicher Anzeige zur Kenntniß des Steuer-Amtes zu bringen, damit dieses eine weitere, von der Steuer-Administration vorzunehmende Untersuchung veranlasse.

Tritt in Folge des Unfalls nur eine Veränderung in dem declarirten Betriebe ein, so ist mit der ermeldeten schriftlichen Anzeige zugleich von dem Brenner für die noch übrige Betriebszeit eine anderweite Declaration einzureichen, und damit alles dasjenige zu beobachten, was wegen der Declaration im §. 26 verordnet worden, bei gänzlicher Einstellung des Betriebes für den laufenden Calendar-Monat aber ist das in den Händen des Brenners befindliche Exemplar der Declaration an das Steuer-Amt wieder einzuliefern.

Wer den in diesem §. enthaltenen Vorschriften zuwider handelt, wird als ein solcher angesehen, der seinen Betrieb ununterbrochen fortgesetzt hat, verwickelt aber auch wegen der Abweichungen von der Betriebs-Declaration die für solche Fälle bestimmten Strafen.

§. 29.

Besondere Abweichungen vom declarirten Betriebe bei den im §. 3 genannten landwirthschaftlichen Brennereien.

Derjenige landwirthschaftliche Branntweinbrenner, welcher den im §. 3 dieses Gesetzes enthaltenen Bestimmungen und den in Folge derselben abgegebenen Declarationen zuwider, mit mehr als einer Blase brennt, oder täglich mehr als 800 Quartier Maische verschwehlt, verfällt in die im §. 32 bestimmten Strafen, hat aber auch nicht nur den ihm seit dem ersten November des laufenden Brenn-jahrs zugestandenen Steuer-Nachlaß von 1 A für jede 24 Quartier des Maisch-

bottich-Raums nachzuzahlen, sondern verliert noch außerdem bis zum ersten November des nächsten Jahres die ihm nach dem §. 3 zugestandene Begünstigung.

Wird den Bestimmungen des §. 3, soweit solche die Zahl der Blasen oder des Maisch-Quantis betreffen, zum zweiten Male zuwider gehandelt, so verliert der Contravenient außerdem auch noch für immer jeden Anspruch auf das in jenem Paragraphen enthaltene Zugeständniß.

§. 30.

Vom Anfange des Betriebes. Einmaischung.

Der Betrieb beginnt mit der Einmaischung, mithin zu der Zeit, wo das Schrot oder das sonst zur Branntwein-Fabrikation bestimmte Material mit dem Wasser vermischt wird.

Wer sich zu dieser Vermischung anderer Flüssigkeiten als gewöhnlichen Wassers bedient, hat eine Ordnungsstrafe von 2 bis 20 \mathfrak{R} zu erlegen.

Zum Abkühlen und Stellen der Maische ist indeß auch der Gebrauch kalter Schlempe erlaubt.

§. 31.

Zeit des Einmaischens.

Die Einmaischung darf nur geschehen,

- 1) an den dazu declarirten Tagen,
- 2) in den Monaten October bis einschließlich März von Morgens 5 bis Abends 8 Uhr, in den übrigen Monaten aber von Morgens 4 bis Abends 10 Uhr.

Sollte während der Monate Junius, Julius und August eine frühere Einmaischung gewünscht werden, so ist auch diese auf desfallige Anzeige zu gestatten;

- 3) nur in den zum Gebrauche declarirten, vermessenen und
- 4) in der Brennerei aufgestellten Maischgefäßen, auch
- 5) nach einer regelmäßigen Reihenfolge, so daß dieselbe, wenn nicht besondere Umstände ein anderes nothwendig machen, als in welchem Falle eine Anzeige bei dem Steuer-Amte geschehen muß, in demjenigen Gefäße wieder begonnen werden muß, dessen Inhalt der vorhergegangenen Destillation zuerst unterzogen wurde.

§. 32.

Straf-Bestimmungen.

Wer an anderen als den declarirten Tagen, oder in anderen als den zum Gebrauche declarirten und in der Brennerei aufgestellten Maischgefäßen einmaischt, verwirkt die Strafe der Defraude nebst einer Geldbuße von 50 bis 100 \mathfrak{R} , und hat außerdem die Confiscation der zum unerlaubten Betriebe benutzten Maisch- und Hefegefäße, Blasen, Helme und sonstigen Apparate zu erleiden.

§. 33.

D e s g l e i c h e n.

Wenn Maische in anderen als den zum Betriebe angemeldeten Gefäßen gefunden wird, so soll es ohne Rücksicht auf die Größe und sonstige Beschaffenheit der mit Maische gefüllten Gefäße so angesehen werden, als ob solche darin heimlich bereitet worden, und in Betreff derselben die im vorstehenden Paragraphen bestimmte Strafe eintreten.

Kann aber nachgewiesen werden, daß solche Maische in anderen größeren Gefäßen bereitet worden, so ist diese Strafe nach den größeren Gefäßen festzustellen.

Das Abschöpfen von Maische aus dem in der Gährung begriffenen Maischbottiche, sofern solches zu anderen Zwecken als zur Hefebereitung geschieht, oder das Auffangen der übersteigenden Maische in andere Gefäße wird gleichfalls wie eine nicht declarirte Einmischung angesehen und bestraft; doch mit Ausnahme des Falles, wenn die übergährende Maische ohne Aufenthalt der zum Viehtränke bestimmten Schlempe zugegeben wird.

§. 34.

D e s g l e i c h e n.

Derjenige, welcher Maischgefäße, die weder angemeldet noch vermessen sind, zur Gewinnung oder Aufbewahrung von Maische benutzt hat, wird angesehen, als habe er drei Monate bis zum Tage der entdeckten Contravention die Brennerei mit jenen Gefäßen ununterbrochen betrieben, es sei denn, daß von dem Denuncianten eine längere oder von dem Denunciaten eine kürzere Betriebsfrist mit solchen Gefäßen, oder der überall nicht Statt gehabte Gebrauch derselben zum Betriebe nachgewiesen wird, in welchem letztern Falle jedoch die Confiscation der Gefäße und außerdem eine Ordnungstrafe von 20 bis 40 fl eintritt.

§. 35.

D e s g l e i c h e n.

Wer die Entdeckung und Verfolgung der in den §§. 32, 33 und 34 bezeichneten Contraventionen,

- 1) durch Vernichtung der Gefäße, oder
 - 2) durch Weggießen der Maische oder des daraus erzielten Produkts, oder
 - 3) durch verweigerte Oeffnung des Raums, worin die Gefäße aufgestellt sind,
- zu erschweren sucht, hat jedenfalls neben den übrigen der in jenen Paragraphen bestimmten Strafen das maximum der darin zu 50 bis 100 fl festgesetzten Geldstrafe zu erlegen.

§. 36.

D e s g l e i c h e n.

Abweichungen von den unter № 2 und 5 des §. 31 ertheilten Vorschriften

werden das erste Mal mit 2 ₰, bei Wiederholungen mit 4 bis 20 ₰ Ordnungsstrafe geahndet.

§. 37.

Anstellen der Maische innerhalb der zum Einmaischen declarirten Zeit.

Innerhalb der zum Einmaischen declarirten Zeit ist auch, und zwar bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 1 bis 10 ₰, das Anstellen der Maische zu beschaffen.

§. 38.

Gährungs-Perioden.

Das Abbrennen der Maische findet nach der in der Betriebs-Declaration anzuzeigenden Wahl des Brenners nur am dritten oder vierten Tage nach der Einmaischung, wobei der Tag der Einmaischung als der erste zu berechnen ist, Statt.

Abweichungen hiervon dürfen nur nach eingeholter Zustimmung des Steuer-Amtes vorgenommen werden, widrigenfalls das erste Mal 2 ₰, bei Wiederholungen 4 bis 20 ₰ Ordnungsstrafe verwirkt sind.

§. 39.

Abbrennen der Maische. (Destillation).

Den Anfang der Destillation bildet derjenige Zeitpunkt, wo der Vorwärmer oder die Blase mit Maische gefüllt wird.

§. 40.

Anzünden des Feuers unter der Blase.

Wer vor der in der Betriebs-Declaration angegebenen Zeit Feuer unter der Blase anzündet, verfällt in eine Ordnungsstrafe von 5 ₰.

§. 41.

Anbrechen des Maischbottichs zum Füllen des Vorwärmers oder der Blase.

Das Anbrechen der Maischbottiche zur Füllung des Maischwärmers oder der Blase darf indeß nicht früher als eine Stunde vor dem Gebrauche des Helms vorgenommen werden.

Geschieht solches dennoch, so sind im ersten Falle 2 ₰, bei Wiederholungen aber 4 bis 20 ₰ Ordnungsstrafe zu erlegen.

§. 42.

Der Anfangstermin der Destillation beschränkt sich ohne Unterschied der (14-, 12- und 24stündigen) Betriebszeit auf die Stunden von 5 bis 8 Uhr Morgens, in dem Falle jedoch, wo eine Helmlieferung Statt findet, auf die Stunden von

7 bis 10 Uhr Morgens. Diejenige dieser Stunden, welche in der für den laufenden Kalender-Monat zuerst eingereichten Declaration als Anfangstermin angegeben ist, kann für die Dauer besagten Monats nicht geändert werden.

§. 43.

Reihfolge der Maischbottiche beim Abbrennen.

Die Maischbottiche sind bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von **1 bis 10 §** in der Reihfolge abzubrennen, nach welcher in solchen eingemaischt ist, es sei denn, daß eine Abweichung von dem Steuer-Amte gestattet worden.

In dem Falle indeß, wo mehrere Bottiche von einem und demselben Maisch-tage innerhalb einer Destillation abgebrannt werden sollen, steht dem Brenner auch ohne vorher eingeholte Genehmigung frei, denjenigen dieser beiden Bottiche zuerst zu leeren, der die reifste Maische enthält.

§. 44.

Das Vorhandensein von Maische in Bottichen, die bereits geleert sein müßten.

Wird Maische in den zum Betriebe declarirten Bottichen vorgefunden, welche nach der Betriebs-Declaration schon abgebrannt sein muß, so wird solche als heimlich bereitet angesehen, und tritt demnach in diesem Falle die Strafe der Defraudation und eine Geldbuße von **50 bis 100 §** ein; es sei denn, daß der §. 28 eine Ausnahme rechtfertigt.

§. 45.

Zeit, während welcher nur in den Vorwärmern und Blasen Maische und Spülicht sein darf.

Bei Vermeidung der im §. 32 bestimmten Strafe darf nur während der declarirten Brennzeit Maische in den Vorwärmern und Blasen enthalten sein.

Auch ist die Aufbewahrung von Spülicht (Schlempe) in jenen Apparaten außer der angemeldeten Betriebszeit und ohne Erlaubniß des Steuer-Amtes bei einer Ordnungsstrafe von **5 §** untersagt.

§. 46.

Ablieferung der außer Gebrauch gesetzten Branntweinblasen-Helme oder deren Aufbewahrung in der Brennerei.

Die jedesmalige Ablieferung der Branntweinblasen-Helme während des Nichtgebrauchs an das Steuer-Amt tritt nur ein:

- 1) bei den Helmen der im §. 4 bezeichneten Destillateure und Liqueur-Fabrikanten;
- 2) bei allen übrigen Helmen dann, wenn die Brennerei gänzlich ruht oder über **8 Tage** außer Betrieb gesetzt wird.

Diejenigen Helme, welche nach der unter **Nº 2** enthaltenen Bestimmung während eines kürzern als achttägigen Betriebsstillstandes nicht abgeliefert zu werden

brauchen, sollen sich indeß während des Nichtgebrauchs an einem zwischen dem Brenner und der Steuer-Administration gemeinschaftlich bestimmten Plage der Brennerei befinden, und zwar bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 2 bis 3 fl .

Die vorstehende Gestattung der Nichtablieferung des Helms während des Nichtgebrauchs fällt jedoch für denjenigen Brenner sofort weg, welcher der gemachten betrüglichen Benutzung des Helms überführt wird.

Sie kann ebenfalls demjenigen von Seiten der Ober-Steuerinspektion entzogen werden, welcher auf andere Weise einer Defraude hinsichtlich der Brennsteuer sich schuldig machen wird. Diese Bestimmung findet auch auf denjenigen Brantweinbrenner Anwendung, welcher der im §. 58 gedachten betrüglichen Reimportation oder Exportation sich schuldig macht, und wird ausdrücklich hiedurch auf denjenigen ausgedehnt, welcher heimlich unversauerten Brantwein einführt.

Dagegen soll die Gestattung der Nichtablieferung des Helms jedenfalls demjenigen Brenner entzogen werden, welcher einer wiederholten Defraude in Bezug auf die Brennsteuer überführt wird.

Neben der vorstehenden Entziehung der im Eingange dieses §. ausgesprochenen Gestattung treten im Falle des gemachten betrüglichen Gebrauchs vom Helm die übrigen gesetzlichen Strafen der Defraude ein.

§. 47.

Entnehmung und Ablieferung der Helme bei dem Steueramte.

Insofern den im vorstehenden §. enthaltenen Bestimmungen nach, die Ablieferung der Brantweinblasen-Helme während des Nichtgebrauchs an das Steueramt vorzunehmen ist, treten wegen der Entnehmung des Helms von dem Steueramte und wegen dessen Ablieferung an dasselbe folgende Vorschriften ein.

- 1) die Entnehmung des Helms von dem Steueramte zum 14-, 12- und 24stündigen Betriebe findet um 7 Uhr Morgens Statt;
- 2) die Rücklieferung des Helms ist zu beschaffen:
 - a) beim 14- und 12stündigen Betriebe zwar erst an dem auf die Einstellung des Betriebes folgenden Morgen zwischen 7 und 9 Uhr; der Helm muß sich indeß bis dahin, daß dessen Transport zum Steueramte vorgenommen wird, während der Zeit des Nichtgebrauchs an einem zwischen dem Brenner und der Steueradministration gemeinschaftlich bestimmten Plage der Brennerei, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 2 bis 3 fl , befinden;
 - b) beim 24stündigen Brennen, und zwar wenn sich die Brennerei im Orte des Steueramts oder nicht über eine Viertelstunde von demselben entfernt befindet, bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens; wenn aber die Brennerei über eine Viertelstunde vom Steueramtssorte entfernt ist, um so viel später nach 7 Uhr Morgens, als die zum Transporte des Helms von und nach dem Steueramte erforder-

liche, von der Steueradministration ermittelte und dem Brenner bekannt gemachte Zeit beträgt.

Wird der Helm nicht innerhalb der bestimmten Zeit an das Steueramt zurückgeliefert, so ist für jede Stunde der Verspätung eine Ordnungsstrafe von 12 \mathcal{R} zu erlegen.

Hat aber die Verspätung im Abtreiben nicht declarirter Maische ihren Grund, so sind die im §. 32 bestimmten Strafen verwirkt.

Bei sehr bedeutender Entfernung der Brennereien von den Steuerämtern hat die Ober-Steuerbehörde die Befugniß, zur Erleichterung der Brenner wegen Sicherung und Aufbewahrung der Helme während des Nichtgebrauchs andere geeignete Verfügungen zu treffen.

§. 48.

Verschuß von Apparaten.

Der Steueradministration steht die Befugniß zu, in den Fällen, wo sie solches für angemessen hält, einen Verschuß der in der Brennerei befindlichen Helme und Schlangenröhren mittelst Versiegelung vorzunehmen. Jedoch soll die Verfügung wegen des Verschlusses von keinem niederern Steuer-Beamten als einem Kreis- oder Stadtcontroleur ausgehen dürfen.

Die dazu erforderlichen Materialien hat der Besitzer der Brennerei unentgeltlich zu liefern; auch ist dieser nicht nur, und zwar bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 2 bis 10 \mathcal{R} gehalten, jede etwaige Beschädigung des Verschlusses sofort bei dem Steueramte zur Anzeige zu bringen, sondern unterliegt auch, sofern der Verschuß eigenmächtig abgenommen und von den darunter gelegt gewesenen Behältern heimlicher Gebrauch gemacht sein sollte, von der Zeit des angelegten Verschlusses an, der im §. 32 bestimmten Strafe.

Dem Branntweinbrenner steht jedoch die Abnahme des Verschlusses zu, wenn sich zu der Zeit, welche von dem Steueramte zur Verschußabnahme bestimmt ist, ein Steuer-Beamter in der Brennerei nicht einfindet.

§. 49.

Wegnahme des Feuers unter der Blase.

Spätestens binnen 4 Stunden nach Ablauf der declarirten Brennzeit ist das unter der Blase annoch befindliche Feuer bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 5 \mathcal{R} wegzunehmen.

§. 50.

Benutzung der Blasen zu anderen Zwecken, als zur Destillation.

Die Benutzung der Blase zum Kochen von Wasser oder zu anderen außergewöhnlichen Zwecken ist nur nach Entnehmung eines Erlaubnißscheins von dem Steueramte während der zu dem Ende dazu declarirten Stunden gestattet.

Wer diesen Bestimmungen zuwider handelt, verfällt in eine Ordnungsstrafe von 5 ₰.

§. 51.

Verfahren, wenn die zu heimlich erzielten Lutter oder Branntwein verwandte Quantität Maische nicht nachzuweisen steht.

Wenn ein Brenner überführt wird, Lutter oder Branntwein heimlich verfertigt zu haben, die Quantität der dazu verwandten unversteuerten Maische, hinsichtlich welcher die im §. 32 bestimmte Strafe verwirkt ist, aber nicht nachzuweisen steht; so soll angenommen werden, daß an jedem nicht declarirten Tage der in der letzten Declaration angegebene Betrieb fortgesetzt sei, es sei denn, daß der Denunciat das Gegentheil nachweisen könne. Ist aber eine Betriebsdeclaration früher noch überall nicht abgegeben, so findet die Bestimmung des §. 34 Anwendung.

§. 52.

Einzahlung der Steuer.

Am Schlusse eines jeden Monats ist die Steuer unter Wiedereinlieferung der für diesen Monat in der Brennerei befindlich gewesenen Betriebsdeclarationen bei dem Steueramte einzuzahlen und darüber, daß solches geschehen, in dem bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 1 ₰ bei der Zahlung vorzulegenden Quittungsbuche von dem Steueramte zu quittiren.

Diese Zahlung begreift auch die Steuer für diejenigen Einmaischungen, welche zwar erst im nächstfolgenden Monate abgebrannt werden sollen, aber bereits vor dem Schlusse des laufenden Monats ins Werk gerichtet sind.

Zur Feststellung der Steuer wird der für den gesammten Monat declarirte Maischbottich-Raum summirt, von dessen Totalbetrage dasjenige jedoch von der Abgabe frei gelassen, was weniger wie 12 Quartier beträgt.

Demjenigen Brenner, der zu der bestimmten Zeit keine Zahlung leistet, ist der Helm sofort abzunehmen, oder resp. dessen Wiederauslieferung zu verweigern, und sollte nicht innerhalb der nächsten 3 Tage Zahlung geleistet werden, so wird der Rückstand auf Anzeige des Steueramts von der Ortsobrigkeit sofort executivisch beigetrieben.

Bezeigt sich der Brenner mit der Zahlung wiederholt säumig, so ist derselbe der Vergünstigung der Zahlung am Monatschlusse verlustig, und in der Folge anzuhalten, die Steuer im Voraus, bei Einreichung jeder Betriebsdeclaration, zu entrichten.

§. 53.

Restitution indebite entrichteter und Nachbezahlung zu wenig bezahlter Steuer.

Eine Restitution indebite erlegter Steuer kann von dem Brenner nur durch

eine binnen Jahresfrist, vom Tage der Versteuerung angerechnet, bei der Ober-Steuerinspection gebrachte Reclamation erwirkt werden.

Findet sich aber bei der von der Steueradministration regelmäßig vorzunehmenden Registerrevision, daß ein Mehreres, als das Gesetz bestimmt, an Steuer erhoben worden, so wird der Mehrbetrag auch ohne Reclamation des Steuerpflichtigen jederzeit aus der Steuercasse erstattet.

Für die zu wenig erhobene Steuer haftet zwar der Steuereinnnehmer; dieser kann solche aber von dem Brenner noch binnen 3 Monaten von dem Tage an, wo der Betrag in Folge der Registerrevision von der Ober-Steuerinspection festgestellt ist, nachträglich einfordern.

§. 54.

Steuererlaß.

Ein Erlaß von der Steuer wird von der obersten Steuerbehörde nur in außerordentlichen Fällen und zunächst nur dann bewilligt, wenn durch unvorhergesehenen und unverschuldeten Unfall ein unangebrochenes Maischgefäß gänzlich unbrauchbar geworden und solches gehörig bescheinigt ist.

Wegen sauer gewordener Maische findet indeß ein Erlaß überall nicht Statt.

§. 55.

Bonification der Steuer bei der Exportation des Branntweins in das Ausland.

Eine Bonification der Steuer für inländischen Branntwein tritt nur dann ein, wenn ein Branntweinbrenner den in seiner Betriebsanstalt gewonnenen Branntwein, der nicht unter 40 Grad Alkoholgehalt nach Tralles hat, in das Ausland, und zwar in Quantitäten von nicht weniger als einem Anker versandt hat, und wird solche bis zu weiterer Verfügung nach der diesem Gesetze beigefügten Scala aus der Steuercasse vergütet. Eine gleiche Bonification soll bei Exportationen in die als Ausland betrachteten Landestheile Statt finden, insofern nicht besondere Gründe eine Ausnahme gebieten.

Auf diese Bonification haben indeß die im §. 3 bezeichneten landwirthschaftlichen Brennereien einen Anspruch überall nicht.

Auch findet sie überhaupt nicht für Liqueur und für den Branntwein Statt, der in das ganz oder größtentheils vom diesseitigen Gebiete umgebene Ausland exportirt wird. Die oberste Steuerbehörde kann indeß von dieser Vorschrift in einzelnen Fällen Ausnahmen gestatten.

§. 56.

Das bei der Exportation behuf der Steuerbonification zu beobachtende Verfahren.

Derjenige Brenner, welcher auf die Vergütung Anspruch machen will, hat die zur Exportation bestimmten Gefäße zum nächsten Haupt-Steueramte zu bringen, und diesem eine schriftliche Declaration vorzulegen, aus der nicht nur

Zahl, Marken und Inhalt der Gefäße, sondern auch der Name und Wohnort des Versenders, der Name und Wohnort des Fuhrmanns oder Schiffers, der den Transport besorgen soll, die Quantität nach Stübchen, der Alkoholgehalt des Branntweins nach dem Tralles'schen Alkoholometer, die zu haltende Heer- oder Frachtstraße, der Name des beim endlichen Ausgange aus dem Lande zu passirenden Grenzamts

und

die Zeit des Transportes hervorgeht.

Das Steuer-Amt hat hierauf nach zuvor angestellter Untersuchung die Gefäße am Spund und Zapfen zu versiegeln und einen Exportationschein zu ertheilen, dessen Gültigkeit nach Maßgabe der Entfernung, nie aber auf längere Zeit als drei Wochen, zu bestimmen ist.

Führt die Route durch ein fremdes Gebiet, so daß die zu exportirenden Gefäße nach ihrem ersten Ausgange aus dem Lande von neuem eingeführt werden müssen, um zum letzten Grenz-Amte zu gelangen, so ist von sämmtlichen berührt werdenden Grenz-Ämtern, die in dem Exportationscheine bemerkt sein müssen, dieser Schein zu visiren.

Ist die Ladung bei dem letzten Grenz-Amte angelangt und wird von diesem bescheinigt,

daß die Gefäße daselbst untersucht, die Siegel an solchen unverletzt befunden, dem Inhalte des Exportationscheins genügt und die Ausführung des Branntweins über die Grenze in das Ausland wirklich vorgenommen sei,

so ist der mit dieser Bescheinigung versehene Exportationschein von dem Exportanten bei Verlust der Rückvergütung binnen 4 Wochen, vom Tage der Ausstellung der Bescheinigung angerechnet, demjenigen Haupt-Steuer-Amte, das den Exportationschein ausgefertigt hat, einzuliefern, worauf von diesem die Anweisung zur Steuer-Bonification bei der vorgesetzten Behörde veranlaßt wird.

§. 57.

Folge der Nichtbeachtung der im vorhergehenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen.

Die Exportationscheine verlieren ihre Gültigkeit, und ein Anspruch auf Steuer-Bonification kann überall nicht gemacht werden, wenn bei der Ausführung der declarirten Gefäße abweichend von dem Exportationscheine verfahren ist.

Auch ist der Fuhrmann oder Schiffer in diesem Falle des Depositi, zu dessen Erlegung derselbe bei dem Haupt-Steuer-Amte angehalten worden, verlustig.

§. 58.

Sonstige Strafen bei der Exportation.

Wer überwiesen wird, die Bonification auf exportirten Branntwein empfangen

zu haben, von welchem die Fabricationssteuer nicht entrichtet worden, so wie derjenige, welcher sich die heimliche Reimportation des zur Ausfuhr declarirten Branntweins begeben läßt, oder versucht, statt Branntwein Wasser oder einen sonstigen Gegenstand auszuführen, verliert nicht nur für immer jeden Anspruch auf Steuer-Bonification, sondern verwirkt auch die im §. 68. bestimmte Strafe und diejenigen Strafen, welche die heimliche Importation ausländischen Branntweins den darüber bestehenden Gesetzen gemäß, nach sich zieht.

§. 59.

Passirscheine.

In Betreff der dem inländischen Branntwein bei dessen Versendung beizugebenden Passirscheine kommen die im sechsten Abschnitte des wegen der Ein-, Durch- und Ausgangs-Abgaben unterm heutigen Tage erlassenen Gesetzes enthaltenen Vorschriften zur Anwendung.

§. 60.

Von den Revisionsbefugnissen der Steuerbeamte bei den Branntweinbrennern.

Die Befugniß der Steuer-Beamten zur Revision erstreckt sich auf alle diejenigen Räume des Brennerei-Locals, in welchen das zum Betriebe erforderliche Geräth, so wie das gewonnene Fabrikat aufbewahrt wird, nicht minder aber auch auf die unmittelbar an die Brennerei grenzenden Ställe, Böden, Keller und sonstigen Wirthschafts-Behältnisse des Branntweinbrenners.

In dem Falle, daß die Branntweinbrennerei in einem überall nicht oder nur von dem zum Betriebe derselben vorhandenen Personale bewohnten Gebäude sich befindet, sind alle Räume desselben ohne Unterschied der Revision unterworfen, ohne daß dabei die Bestimmung des folgenden Paragraphen wegen der Haus-suchung zur Anwendung kommt.

Derjenige, welcher die vorbezeichneten Räume dem Steuer-Beamten zum Behuf der anzustellenden Revision nicht sofort und jederzeit öffnet, oder auch diesem die über den Betrieb des Gewerbes geforderte Aufklärung verweigern sollte, verfällt, insofern nicht die im §. 35 bemerkte Geldstrafe Anwendung findet, in eine Ordnungsstrafe von 20 \mathfrak{f} , welche im Wiederholungsfalle auf 40 bis 80 \mathfrak{f} zu schärfen ist.

§. 61.

Haus-suchung.

Ist gegründeter Verdacht einer begangenen Contravention vorhanden und deshalb eine allgemeine Haus-suchung bei dem Branntweinbrenner oder bei sonstigen Personen erforderlich, so kann diese nur von einem Steuer-Beamten höhern Grades unter Zuziehung des Orts-Vorstandes; — von einem untern Steuer-Beamten

aber nur unter Anordnung oder Leitung der Obrigkeit oder des Gerichts, — vorge-
nommen werden.

§. 62.

Verhalten der Steuer-Beamte gegen die Steuerpflichtigen.

Die Steuer-Beamte sind bei Vermeidung einer Disciplinar- oder den Um-
ständen nach härteren Strafe gehalten, bei ihren Dienstverrichtungen ein anständiges
und bescheidenes Verfahren zu beobachten und jeden Anlaß zu gegründeten Beschwer-
den zu vermeiden.

Die Strafe der Dienstentsetzung soll aber diejenigen derselben treffen, welche

- 1) Verationen gegen Steuerpflichtige sich erlauben; oder
- 2) von diesen für irgend ein Dienstgeschäft ein Geschenk an Geld und Sachen oder
eine Leistung, sie habe Namen wie sie wolle, verlangen oder annehmen, oder
durch ihre Angehörigen verlangen oder annehmen lassen; oder
- 3) bei den ihrer Controle unterworfenen Personen Geldanleihen machen.

Außerdem soll dasjenige, was auf diese Art angeliehen oder angenommen
worden, confiscirt werden und der Steuer-Estrasse zufallen.

An diese Cassen sind auch die den Officianten angebotenen Geschenke abzu-
liefern.

§. 63.

Verhalten der Steuerpflichtigen gegen die Steuerbeamte.

Nicht weniger haben aber auch die Steuerpflichtigen sich gegen die Steuer-
beamte bescheiden zu benehmen. Derjenige, welcher sich einem Steuerbeamten bei
Ausübung seines Amtes widersetzt, denselben mit Worten oder durch unanständige Be-
gegnung beleidigt, oder sich gar thätlich an demselben vergreift, oder aber diesem
Geschenke oder Geldanleihen anträgt oder macht, soll, dafern er nach Beschaffen-
heit seiner Handlung und nach den bestehenden Criminal-Gesetzen nicht eine schwe-
rere Strafe verwirkt hat, mit einer den Umständen angemessenen Geldbuße oder
Gefängnißstrafe belegt werden.

§. 64.

Hülfsleistungen der Steuerpflichtigen bei Vermessungen und Revisionen.

Derjenige Branntweinbrenner, welcher die bei Vermessungen oder zum Behuf
gründlicher Revision dem Steuer-Beamten nothwendige Hülfsleistung verweigert, ver-
wirkt eine Strafe von 2 bis 20 ₰.

§. 65.

Probobrennen.

Sollte die Ober-Steuerbehörde in einzelnen Fällen ein Probobrennen anord-

nen, so hat der Branntweinbrenner solches nach zuvoriger Vereinbarung zuzulassen. Die desfallsigen Betriebskosten trägt indeß die Steuer-Casse.

§. 66.

Contraventions-Verfahren.

Das Verfahren, welches wegen Untersuchung der Steuer-Contraventionen, so wie wegen Einziehung und Berechnung der Strafgeelder im neunten Abschnitte des Gesetzes vom heutigen Tage, die Ein-, Durch- und Ausgangs-Abgaben betreffend, vorgeschrieben ist, findet auch auf die Contraventionen gegen die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes volle Anwendung.

Jedoch wird hiemit bestimmt, daß in Fällen executivischer Beitreibung verwirkter Strafen und schuldiger Gefälle für beides, in Ermangelung anderer Executions-Objecte, auch die Branntweins-Vorräthe und Betriebs-Geräthschaften haften sollen.

§. 67.

Strafe der Defraude.

Die Strafe der Defraude besteht aus einer dem vierfachen Betrage der gesetzlich bestimmten Steuer gleichkommenden Geldbuße, und neben dieser ist auch immer die einfache Steuer nachzuzahlen.

Derjenige aber, welcher ein Vergehen der selben Art wiederholt, nachdem er dafür bereits ein Mal mit der Strafe der Defraude belegt ist, hat außer der einfachen Steuer

im ersten Wiederholungsfalle deren achtfachen, und

im zweiten Wiederholungsfalle deren sechzehnfachen Betrag als Strafe der Defraude zu erlegen.

Sowohl bei der ersten als zweiten Wiederholung soll die Bestrafung öffentlich bekannt gemacht, im zweiten Wiederholungsfalle aber kann außerdem dem Branntweinbrenner das Recht, Branntwein zu brennen, für längere Zeit oder für immer genommen werden.

Bei der Berechnung der einfachen defraudirten Steuer und der Strafe der Defraude geben die im §. 38. bestimmten Gährungsperioden die Norm ab.

§. 68.

Strafe des Betruges.

In Fällen, wo Jemand vorsätzlich durch falsche oder verfälschte Documente oder Legitimationspapiere einen Nachlaß zu entrichtender oder eine Vergütung bezahlter Steuer zu erlangen sucht, ferner bei Verfälschung der an einem Apparate auf Verfügung der Steuer-Verwaltung angebrachten Bezeichnung (§. 21.), so wie auch in dem im §. 58. bezeichneten Falle soll außer der etwa verwirkten Strafe der Defraude eine Geldstrafe von 25 bis 200 fl eintreten.

Jede derartige Bestrafung soll öffentlich bekannt gemacht werden.

Durch vorstehende Strafbestimmung wird übrigens diejenige Strafe nicht ausgeschlossen, welche der Contravenient nach den gemeinen Rechten als falsarius verwirkt haben möchte.

§. 69.

Cumulation der Strafen.

Sobald eine Cumulation der Strafe nicht besonders in den einzelnen Fällen bestimmt ist, schließt die höhere die geringere aus.

§. 70.

Confiscation.

Die Confiscation trifft den Eigenthümer des zu confiscirenden Gegenstandes, die Contravention mag durch ihn selbst oder durch andere Personen begangen sein, im letztern Falle verbleibt indeß dem Eigenthümer der ihm etwa zustehende Regreß gegen den Contravenienten. Ist die Confiscation des Gegenstandes selbst nicht ausführbar, so ist dessen voller Werth in Gelde zu erlegen.

§. 71.

Für wen der Brenner zu haften hat.

In Ansehung der außer der Confiscation verwirkten Strafen haftet der Inhaber der Brennerei auch für die Handlungen der zu seinem Hausstande gehörenden oder bei seinem Gewerbe beschäftigten Personen.

Mitschuldige.

Haben andere Personen an der Contravention Theil genommen, so sind solche als Mitschuldige zu behandeln und auf diese die Bestimmungen des gemeinen, im Herzogthume geltenden Rechts wegen Theilnahme an den Vergehen Anderer und deren Bestrafung zur Anwendung zu bringen.

§. 72.

Strafe für nicht speciell verpönte Fälle.

Die Uebertretungen der in diesem Gesetze enthaltenen Vorschriften, worauf eine Strafe nicht ausdrücklich gesetzt worden, sollen mit einer Geldbuße von 1 bis 10 fl geahndet werden.

§. 73.

Bestimmungen für solche Brennereien, auf welche das gegenwärtige Gesetz nicht anzuwenden steht.

Wer die Branntwein-Fabrikation abweichend von der im §. 1 dieses Gesetzes angedeuteten Methode betreiben oder sich anderer, als der in jenem Paragraphe

genannten Substanzen dazu bedienen will, hat davon zuvor bei der Ober-Steuer-Inspection Anzeige zu machen, und soll es der obern Steuer-Behörde, unter Genehmigung Unseres Staats-Ministerii zustehen, wegen verhältnißmäßiger Besteuerung derartiger Brennereien, nach zuvor angeordneter Untersuchung und bis dahin, daß eine gesetzliche Bestimmung erfolgt, interimistische Verfügung zu treffen.

Sämmtliche Behörden und Alle, die es sonst angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, am 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

S c a l a

d e r

nach dem Alkoholgehalte zu bonificirenden Steuer-Sätze für jede
ins Ausland exportirte Dhm Branntwein zu 40
Stübchen.

Alkoholgehalt des Branntweins.	Bonification für die Dhm.		
	§	℥	℔
40 bis 43 Grad nach Tralles	2	2	—
44 : 47 " " "	2	7	—
48 : 51 " " "	2	12	—
52 : 55 " " "	2	17	—
56 : 59 " " "	2	22	—
60 : 63 " " "	3	3	—
64 : 67 " " "	3	8	—
68 : 71 " " "	3	13	—
72 : 75 " " "	3	18	—
76 : 79 " " "	3	23	—
80 : 83 " " "	4	4	—
84 : 87 " " "	4	9	—
88 : 91 " " "	4	14	—
92 und darüber	4	19	—

G e s e z,

die

näheren Bestimmungen für die Destillirananstalten hinsichtlich der Steuerentrichtung betreffend *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Demnach Wir für nöthig erachten, neben dem unterm heutigen dato erlassenen Gesetze, die Besteuerung des inländischen Branntweines betreffend, noch nähere Bestimmungen für die Destillir-Anstalten hinsichtlich der Steuer-Entrichtung zu treffen, so wollen Wir darüber, unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, Folgendes gesetzlich anordnen:

§. 1.

Steuer = Betrag.

Die im §. 4. des Gesetzes vom heutigen Tage, die Besteuerung des inländischen Branntweines betreffend, unter Nr. 2. und 3. bestimmte, von den Branntweinbrennern, welche selbst gewonnenen Lutter oder Branntwein, außer der gesetzlich bestimmten Betriebszeit, rectificiren, oder über Gewürze abziehen wollen, so wie von Destillateuren und Liqueur-Fabrikanten, welche nur bereits fertigen Branntwein

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, No. 16. (19.)

rectificiren oder mit Gewürzen oder sonstigen Ingredienzien versehen, zu entrichtende Abgabe, soll vom Tage der Ausführung dieses Gesetzes an, sieben Pfennige für jedes Stübchen des cubischen Inhalts der Destillir-Apparate und für 24 Stunden des Gebrauchs derselben betragen. Die Steuer muß jedes Mal für volle 24 Stunden erlegt werden.

§. 2.

Ermittelung des steuerbaren Inhalts.

Der steuerbare Inhalt der Destillir-Apparate wird durch Vermessung der Blasen und Helme nebst Helmrohrs ermittelt.

Bei der Vermessung und Bezeichnung derselben finden die Vorschriften des obengedachten Gesetzes vom heutigen Tage Anwendung; jedoch soll bei der Vermessung der Helme ein Raum von einem und einen halben Zoll von äußersten, auf die Blasen passenden Helmrande frei gelassen werden.

Finden sich in den Brennereien oder Destillations-Anstalten außer den eigentlichen Blasen und Helmen noch andere Apparate, welche zum Auffangen der sich entwickelnden Dämpfe benutzt werden, so sind sie ebenfalls zu vermessen.

Entstehen über die Art und Weise der vorzunehmenden Vermessung dieser Apparate, oder darüber, ob und wie weit der Inhalt derselben steuerbar sei, Zweifel, so soll die desfallige Entscheidung der obersten Steuer-Behörde zustehen.

§. 3.

Declaration.

Wer die Destillir-Apparate in Gebrauch nehmen will, hat statt der im §. 26. des Gesetzes vom heutigen Tage vorgeschriebenen zweifachen Declaration nur eine einfache bei dem Steuer-Amte seines Wohnorts zuvor abzugeben, aus welcher die Zeit des Betriebes hervorgehet; im Uebrigen aber dasjenige zu befolgen, was im obengedachten §. 26. wegen der Gültigkeit der Declarationen vorgeschrieben ist.

§. 4.

Straf-Bestimmung für den nicht declarirten Gebrauch der Destillir-Apparate.

Derjenige Branntweinbrenner, welcher zu den im vorstehenden §. 1. erwähnten Zwecken seine Destillir-Apparate außer der gesetzlich bestimmten Betriebszeit ohne vorherige Declaration in Gebrauch nimmt, und nicht überführt werden kann, die zu verarbeitende geistige Flüssigkeit aus unsteuerter Maische genommen zu haben, verfällt in die im §. 67. des Gesetzes vom heutigen Tage bestimmte Strafe der Defraude.

Auch der Destillateur oder Liqueur-Fabrikant, welcher seine Destillir-Apparate ohne vorgängige Declaration zu gleichen Zwecken in Gebrauch nimmt, verwickelt die Strafe der Defraude.

Bei der Berechnung derselben wird angenommen, daß an jedem nicht declarirten Tage seit der letzten Declaration der Betrieb fortgesetzt sei.

Ist aber eine solche Declaration früher noch überall nicht abgegeben, so wird der Contravenient angesehen, als habe er drei Monate bis zum Tage der entdeckten Contravention die Apparate zur heimlichen Gewinnung der geistigen Flüssigkeit ununterbrochen benutzt; es sei denn, daß von dem Denuncianten eine längere oder von dem Denunciaten eine kürzere Betriebszeit nachgewiesen würde.

Sämmtliche Behörden und Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten. Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen = Canzlei =

Siegels.

Braunschweig, am 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

G e s e t z ,

über

die vom inländischen Biere zu entrichtende Fabrikations-
Abgabe *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und
Lüneburg 2c.

Demnach zur Ausführung des mit dem Königreiche Hannover über die An-
nahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systemes der indirecten Abgaben
unterm 1. Mai 1834 geschlossenen Vertrages es erforderlich ist, über die Besteue-
rung des inländischen Biere neue Vorschriften zu ertheilen, so haben Wir, unter
Zustimmung Unserer getreuen Stände, beschlossen, darüber folgende gesetzliche Anord-
nungen zu treffen:

§. 1.

Betrag der Steuer.

Von allem, im Inlande gebraueten Biere ist eine Abgabe zu entrichten, die
von jeder Ohm (40 Stübchen) 6 \mathfrak{H} beträgt.

§. 2.

Ermittlung derselben nach dem Inhalte der Stellbottiche.

Diese Abgabe wird lediglich von der gewonnenen Quantität erhoben und nach
dem Inhalte der Stellbottiche ermittelt.

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, Nro. 17.

A u s s a h m e.

In denjenigen einzelnen Fällen, wo besonderer Verhältnisse wegen Stellbottiche nicht gebräuchlich sind, soll der im §. 1. verordnete Abgabe-Betrag nach den von Unserm Staatsministerio zu bestimmenden Grundsätzen erhoben werden.

§. 3.

Vermessung und Bezeichnung der Stellbottiche.

Die Stellbottiche sind mit richtigen und geachteten Maßen, in Gegenwart des Besizers derselben, und falls dieser solches wünschen sollte, unter Zuziehung des Gemeinde- oder Brauer-Vorstehers, oder einer andern geeigneten Person, von dem damit beauftragten Steuer-Beamten zu messen, und ist auf jedem Stellbottiche dessen Gehalt durch Einbrennen bemercklich zu machen.

Ueber die geschehene Vermessung und Bezeichnung hat der Steuer-Beamte sofort ein Protocoll aufzunehmen, welches von den, bei der Vermessung zugezogenen Personen zu unterschreiben, und wovon eine Ausfertigung dem Brauer zuzustellen ist.

Der Brauer ist verbunden, für das zur Ausmessung nöthige Wasser und überhaupt für alle bei diesem Geschäfte erforderlichen Hülfsleistungen, und zwar unentgeltlich, zu sorgen, auch dem mit der Vermessung beauftragten Steuerbeamten für das Geschäft

und für jede Meile, die solcher deshalb zu reisen genöthigt ist 16 R.
6 =
zu entrichten.

§. 4.

Declaration zum Brauen.

Jeder, der brauen will, muß solches und zugleich den Tag und die Stunde, wo die Pfanne oder der Kessel gefüllt werden soll, zuvor bei dem Steuer-Amte schriftlich oder mündlich declariren.

§. 5.

Anzeige der Anstellung des Biers. — Ermittlung des gewonnenen Products und der davon zu zahlenden Abgabe.

So wie das Bier in den dazu bestimmten Bottichen angestellt worden, ist solches dem Steuer-Amte anzuzeigen, damit die gewonnene Quantität ausgemittelt, die Abgabe festgestellt, und sofort erhoben werden kann.

Dem Brauer bleibt indeß unbenommen, die Anzeige von der Zeit der Anstellung schon im Voraus, und zwar bei Abgabe der in dem vorhergehenden Paragraph gedachten Declaration, zu machen.

§. 6.

Anfüllung der Kessel oder Pfannen ohne Declaration.

Wird die Braupfanne oder der Braukessel ganz oder theilweise, ohne vorherige

Declaration, gefüllt, so ist außer der einfachen, nach dem vollen Gehalte der Stellbottiche zu berechnenden Abgabe, auch der vierfache Betrag derselben als Strafe zu erlegen.

§. 7.

Brauen ohne Declaration.

Wer ohne vorherige Declaration brauet, hat die Confiscation des Biers, oder nach der Wahl des Steuer-Beamten, die Werths-Erlegung und Entrichtung des vierfachen Abgaben-Betrags verwirkt und außerdem die einfache Abgabe zu bezahlen.

Ist das ganze Gebrau nicht mehr vorhanden, und kann der Brauer die gewonnene Quantität nicht genau nachweisen, so soll bei Bestimmung der Abgabe und Strafen der gesammte Gehalt der Stellbottiche zum Grunde gelegt werden.

§. 8.

Anstellung des Biers in andern als vermessenen und geachteten Bottichen.

Die Anstellung des Biers in anderen als den von der Steuer-Verwaltung gemessenen und geachteten Bottichen ist bei Strafe von 2 bis 10 § , außer welcher auch der einfache Abgaben-Betrag zu erlegen, verboten.

§. 9.

Entnehmung des Biers aus den Stellbottichen vor Feststellung der Abgabe.

Ist vor Feststellung der Abgabe, Bier aus den Stellbottichen herausgenommen, so tritt rücksichtlich des vorabgenommenen Biers nicht nur die Entrichtung der einfachen Abgabe, sondern auch als Strafe die Confiscation oder Werths-Erlegung und die Bezahlung des vierfachen Abgabe-Betrags ein.

Bei demjenigen, welcher sich einer solchen Contravention schuldig gemacht hat, wird, so lange derselbe das Gegentheil nicht erweist, angenommen, daß er so viel Bier verabgenommen habe, als an dem ganzen Inhalte der Stellbottiche fehlt.

§. 10.

Nachguß in den Stellbottich nach festgestellter Steuer.

Wer nach festgestellter Steuer das Product durch einen Nachguß in den Stellbottich vermehrt, unterliegt, in Ansehung der durch den Nachguß gewonnenen Quantität, der Strafe der Confiscation oder der Werths-Erlegung und der Entrichtung des vierfachen Abgabe-Betrags, hat auch außerdem die einfache Abgabe zu entrichten.

§. 11.

Mistrathenes oder verloren gegangenes Bier.

Wenn Bier nicht geräth und zu geringerem, als dem gewöhnlichen Preise verkauft werden muß; so soll dem Brauer, falls er zeitig darum nachsucht und

hinlänglich bescheinigt, daß der Brau mißrathen und im Preise unter die Hälfte herabgesetzt sei, die halbe Abgabe erstattet werden.

Wenn ferner, ohne Schuld des Brauers, seiner Leute, oder des Empfängers, entweder im Brauhause oder beim Ausladen oder Ausfahren, oder aber in dem Braukeller durch Zerbrechen der Fässer das Bier ausrinnt oder sonst verloren geht; so soll davon, nach vorgängiger Anmeldung und Untersuchung der Sache, die volle Abgabe zurückgegeben werden.

§. 12.

Hauss-Bier.

Zu eigener Consumtion gebrauetes Bier soll, sofern dasselbe in Kesseln von nicht mehr als 40 Stübchen Rauminhalt gekocht wird, abgabefrei sein.

Der obersten Steuer-Behörde bleibt auch überlassen, da, wo besondere Umstände solches erfordern, abgabenfreie Bräue in größeren Kesseln zu gestatten.

§. 13.

Desgleichen.

Wer indeß von dem zur eigenen Consumtion abgabefrei gebraueten Biere etwas verkauft, oder statt baaren Geldes an Andere überläßt, soll die ein- und vierfache Steuer und zugleich den Werth des verkauften oder überlassenen Biers erlegen; außerdem aber auch die Erlaubniß, Hausbier abgabefrei zu brauen, verlieren.

§. 14.

Dünne-Bier. (Covent.)

Das sogenannte Dünne-Bier (Covent), welches nach geendigtem Brauprocesse durch Nachguß von Wasser auf die Träbern gewonnen wird, ist frei von der Abgabe, sofern nicht frisches Malz nachgeschüttet wird.

Im entgegengesetzten Falle kommen alle, in den früheren Paragraphen enthaltene Bestimmungen zur Anwendung.

§. 15.

Bonification der Abgabe bei der Exportation des Biers in das Ausland.

Demjenigen Brauer, der selbst verfertigtes Bier in einer Quantität von nicht weniger als einer halben Dhm (20 Stübchen) in das Ausland versandt hat, soll die Hälfte der dafür entrichteten Abgabe bonificirt werden.

Diejenigen Vorschriften, welche in den §§. 56, 57 und 58 des über die Besteuerung des inländischen Branntweins unterm heutigen Tage erlassenen Gesetzes in Betreff der Exportation des Branntweins ertheilt sind, sollen auch (jedoch mit Ausnahme dessen, was im §. 56 wegen der Angabe des Alcoholgehalts bestimmt wor-

den), auf die Exportation desjenigen inländischen Biers, wofür die Bonification der Abgabe in Anspruch genommen wird, zur Anwendung gebracht werden.

§. 16.

Bier = Effig = Brauereien.

Die Bier = Effig = Brauer sind der Steuer = Controle unterworfen, damit sie nicht, statt Effig, Bier brauen und verkaufen.

§. 17.

Revisionen u.

Hinsichtlich der Revisionen und Hausfuchungen bei Bier = und Bier = Effig = Brauern finden alle diejenigen Bestimmungen Anwendung, welche das, wegen der Ein-, Durch- und Ausgangs = Abgaben unterm heutigen Tage erlassene Gesetz im §. 23 in Betreff der Kaufleute, Krämer u., und im §. 25 enthält.

§. 18.

Ursprungs = Certificate.

Auch wegen der, dem inländischen Biere bei dessen Versendung beizugebenden Ursprungs = Certificate, wird auf den sechsten Abschnitt des in dem vorhergehenden Paragraphen angeführten Gesetzes verwiesen.

§. 19.

Contraventions = Verfahren.

Endlich findet auch das, im neunten Abschnitte vorgedachten Gesetzes für die Untersuchung der Contraventionen, so wie wegen der Einziehung und Berechnung der Strafgeelder vorgeschriebene Verfahren auf die Contraventionen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes volle Anwendung.

§. 20.

Confiscation.

Die Confiscation trifft den Eigenthümer des zu confiscirenden Gegenstandes, die Contravention mag durch ihn selbst oder durch andere Personen begangen sein; im letztern Falle bleibt indeß dem Eigenthümer der ihm etwa zustehende Regref gegen den Contravenienten.

§. 21.

Für wen der Brauer zu haften hat.

In Ansehung der außer der Confiscation verwirkten Strafen haftet der Inhaber der Brauerei auch für die Handlungen der zu seinem Hausstande gehörenden oder bei seinem Gewerbe beschäftigten Personen.

Mitschuldige.

Haben andere Personen an der Contravention Theil genommen, so sind solche als Mitschuldige zu behandeln und auf diese die Bestimmungen des gemeinen, im Herzogthume geltenden Rechts, wegen Theilnahme an den Vergehen Anderer und deren Bestrafung, zur Anwendung zu bringen.

§. 22.

Brauordnungen und Polizei-Verfügungen.

Die bestehenden Brauordnungen und Polizei-Verfügungen sollen durch das gegenwärtige Gesetz eine Abänderung überall nicht erleiden.

Sämmtliche Behörden und Alle, die es sonst angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

G e s e h,

die

zu erhebende Nachsteuer

betreffend *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig
und Lüneburg &c.

Da es bei dem Eintritte des, mit dem Königreiche Hannover vereinbarten gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systemes der indirecten Abgaben erforderlich ist, wenigstens von einem Theile der in dem hiesigen Herzogthume vorhandenen Gegenstände, welche künftig einer höhern Eingangsabgabe als bisher unterworfen sein werden, eine Nachsteuer erheben zu lassen, so wollen Wir darüber, unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, folgende gesetzliche Anordnungen treffen:

§. 1.

Gegenstände der Nachversteuerung.

Die Vorräthe an nachfolgenden bereits versteuerten Waaren, welche sich am Tage des Eintrittes der Steuervereinigung mit dem Königreiche Hannover im Besitze derjenigen Personen befinden, die mit diesen Gegenständen in den, zum künftigen gemeinsamen Steuerverbände der beiden Staaten gehörenden Gebietstheilen Unseres Herzogthums Handel oder Gewerbe treiben oder zu treiben beabsichtigen, sollen der Nachversteuerung unterworfen sein:

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, No. 18.

- 1) Manufactur und feine kurze Waaren, insofern nicht nachgewiesen werden kann, daß sie inländische Fabrikate sind;
 - 2) Caffee;
 - 3) Reis und Reismehl;
 - 4) Taback, rohe Blätter und Stengel, insofern nicht nachgewiesen wird, daß sie inländisches Product sind;
 - 5) fabricirter Rauch- und Schnupstaback, auch Rolltaback, geschnittener, geriebener, Carotten und Cigarren;
 - a) bei den handeltreibenden, insofern die inländische Fabrication nicht nachgewiesen wird,
 - b) in den Fabriken, insofern nicht dargethan werden kann, daß zu dem Fabricate keine andere als inländische Blätter oder Stengel genommen sind.
 - 6) Zucker, fabricirter und roher;
 - 7) Syrup;
 - 8) Wein.
- nach Maßgabe des anliegenden Tarifs.

§. 2.

Ausnahmen.

Ausgenommen von der Nachversteuerung bleiben die Waaren-Vorräthe eines und desselben Steuerpflichtigen:

an Manufacturwaaren	unter $\frac{1}{2}$ G.
„ feinen kurzen Waaren	„ $\frac{1}{2}$ „
„ Caffee	„ 1 „
„ Reis und Reismehl	„ 2 „
„ rohen Tabackblättern und Stengeln	„ 2 „
„ fabricirten Rauch- und Schnupstaback u.	„ $\frac{1}{2}$ „
„ Zucker	„ 1 „
„ Syrup	„ 2 „
„ Wein	„ 1 Rhm

insofern die Gesamt-Quantität des einzelnen der vorbenannten Gegenstände die steuerbare Menge nicht erreicht.

§. 3.

Abgabe der Declaration.

Jeder, nach den Bestimmungen des §. 1 zur Entrichtung der Nachsteuer Verpflichtete, nicht weniger aber auch Derjenige, welcher für einen solchen Steuerpflichtigen Waaren der, in jenem Paragraphen benannten Art aufgenommen oder in Verwahrung hat, ist, bei Vermeidung der, im §. 7 bestimmten Strafen, gehalten, spätestens an dem von Unserer Herzogl. Steuer-Direction zu bestimmenden Tage eine zweifache

schriftliche Declaration seiner, der Nachsteuer unterliegenden Gegenstände, bei dem nächsten Haupt- oder Grenz-Steuer-Amte erster oder zweiter Classe einzureichen.

Der Steuerpflichtige, dessen Vorräthe an den befraglichen Waaren die steuerbare Menge nicht erreichen, ist von der Eingabe einer Declaration befreiet, sofern er nicht zugleich einem Andern Gegenstände solcher Art in Verwahrung gegeben hat, als in welchem Falle die Declaration auch über die, unter der steuerbaren Menge verbleibenden Quantitäten abgegeben werden muß, wie denn auch Derjenige, welcher für einen Handel- oder Gewerbetreibenden solche Gegenstände aufgenommen hat, zu deren Declaration ohne Unterschied der Menge verpflichtet ist.

§. 4.

Inhalt der Declaration.

Die Declaration muß enthalten:

- a) die Gattung und Menge der Waaren;
- b) die Erklärung: ob und für welchen Steuerbetrag die nach §. 6 zulässige Bewilligung von Zahlungs-Terminen gewünscht wird;
- c) die Bemerkung: ob und von welchen der im §. 1 unter Nris. 1, 4 und 5 benannten Gegenstände der Beweis der inländischen Qualität und wodurch dieser geführt werden soll;
- d) die Unterschrift des Declaranten, und falls er nicht selbst der Steuerpflichtige ist, zugleich die Benennung des Legitimen.

§. 5.

Prüfung derselben.

Auf den Grund der eingelieferten Declarationen haben die Steuer-Beamte die erforderlichen Revisionen ungesäumt vorzunehmen und die Declarationen nach befundener Richtigkeit zu attestiren.

In denjenigen Städten, wo die Bedeutenheit des Handels und Verkehrs eine Erleichterung des Revisionsgeschäfts erfordert, kann dem Steuer-Amte eine Commission zur Prüfung der Declarationen zugeordnet werden.

§. 6.

Entrichtung der Nachsteuer.

Nach geschehener Revision der Gegenstände hat das Steueramt den Betrag der davon zu erlegenden Nachsteuer auf dem Duplicate der Declaration zu bemerken und solches den Steuerpflichtigen zurückzustellen, worauf dieser den Abtrag, wenn die Summe nicht über 50 fl beträgt, spätestens bis zum Monatschlusse zu bewirken hat.

Für bedeutendere Beträge können, sofern solches gewünscht wird, von der Ober-Steuer-Inspection weitere monatliche oder vierteljährliche Zahlungs-Termine bewilligt werden. Diese dürfen jedoch über ein Jahr nicht hinausgehen, und der Steuer-

pflichtige muß in solchem Falle, wenn es erfordert wird, für den Gesamtbetrag der von ihm zu entrichtenden Nachsteuer gehörige Sicherheit leisten. Zur Gestattung längerer Zahlungsfristen ist nur die oberste Steuerbehörde ermächtigt.

Erfolgt die Zahlung nicht pünktlich binnen der festgesetzten Zeit oder an den bewilligten Zahlungs-Terminen, so hat die Obrigkeit die executive Beitreibung auf desfallige Anzeige des Steuer-Amtes binnen 3 Tagen zu verfügen.

Uebrigens ist den Steuerpflichtigen auch gestattet, die Waaren zur Deposition in einer öffentlichen unversicherten Niederlage zu declariren, und solchergestalt die Nachsteuer erst dann zu entrichten, wenn die Waaren in den freien Verkehr treten sollen.

Werden dieselben zur Versendung ins Ausland declarirt, so fällt die Nachsteuer zwar hinweg; auf eine Vergütung der etwa entrichteten bisherigen Eingangs-Abgaben kann indeß kein Anspruch gemacht werden.

§. 7.

Strafbestimmung wegen unterlassener oder unrichtiger Anmeldung.

Diejenigen, welche die vorschriftsmäßige Anmeldung ihrer, oder der ihnen anvertrauten Vorräthe an nachzuversteuernden Gegenständen gänzlich unterlassen, oder Declarationen darüber abgeben, deren Unrichtigkeit sich bei der Revision oder auch späterhin ausweist, so wie Diejenigen, welche an irgend einem dieser Vergehen Antheil genommen haben, werden nach Maßgabe der, auf sie anzuwendenden Bestimmungen der Paragraphen 109, 112 und 120 des Gesetzes vom hütigen Tage die Erhebung der Ein-, Durch- und Ausgangs-Abgaben betreffend, bestraft.

§. 8.

Contraventions-Verfahren.

Das im neunten Abschnitte des ebengedachten Gesetzes vorgeschriebene Verfahren bei der Untersuchung und Bestrafung der Steuer-Contraventionen soll auch auf die Uebertretung der Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung finden. Sämmtliche Behörden und Alle, die es sonst angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und nebengedruckten Herzoglichen Geheimen Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, am 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

T a r i f

d e r

im Herzogthume Braunschweig zu erhebenden Nachsteuer.

Nummer	Bezeichnung der G e g e n s t ä n d e .	Steuerbe- trag pro St. à 100 R			T h a r a . P r o c e n t e .
		Thlr.	Ggr.	Pf.	
1	Baumwollengarn, gezwirntes, Strickgarn, imgleichen gefärbtes, auch baumwollene Matten	3	4	—	20 in Kisten u. Fässern, 10 in Ballen.
2	Baumwollenwaare, alle übrige, jedoch mit Ausnahme des ungezwirnten und des Dochtgarns	5	8	—	20 in Kisten u. Fässern, 10 in Ballen.
3	Caffee	2	—	—	14 in Fässern, 5 in Ballen.
4	Leinwand, gebleichte, gedruckte, gefärbte und sonst appretirte, dergleichen Zwillich und Drillich, auch Dammast und leinen Zwirn	3	12	—	14 in Kst., 10 in Krb., 7 in Ballen.
5	Leinenwaare, alle andern, mit Ausnahme des Garns, des Pack- und Sackleinen, des Segeltuchs, grauen, der ungebleichten und ungefärbten Leinwand und des ungebleichten Zwillichs und Drillichs .	6	8	—	20 in Kst., 14 in Krb., 10 Ballen.
6	Haararbeit, mit Ausschluß der zur feinen kurzen Waare gehörigen Artikel, auch des Haartuchs zur Malz- und Delbereitung und der groben Haardecken . .	6	8	—	20 in Kisten, 10 in Ballen.
7	Hutmacherwaare	7	—	—	20 in Kisten u. Fässern, 8 in Ballen.
8	Kurze Waaren, feine, als: Waaren, angefertigt ganz oder theilweise aus Platina, Gold, Silber, Argentan, Semi-				

Nummer	Bezeichnung der Gegenstände.	Steuerbe- trag pro St. à 100 R.			Chara. Procente.
		Thlr.	Sgr.	Pf.	
	lor, Bronze (nicht im Feuer vergoldete) und anderen feinen Metallmischungen; aus Bernstein, Elfenbein, Emaille, Perlmutter, Schildpatt, Bergkristall, echten Steinen, dergleichen Perlen und Korallen, alle feine Waß: Spohn- und Rohrarbeit, Parfümerie, ungefasste echte Steine, dergleichen Perlen und Korallen, künstliche Blumen, Damen- fächer, Schminke, Schmuckfedern, Pe- rückenmacherarbeit, Uhren, mit Aus- nahme der Holz- und Thurmuhren .	6	18	—	20 in Kisten und Fässern, 14 in Körben, 8 in Ballen.
9	Reis und Reismehl	—	18	—	14 in Fässern, 5 in Ballen.
10	Seidene und halbseidene Waaren, mit Aus- nahme der Watten	4	8	—	20 in Kisten, 10 in Ballen.
11	Taback	—	14	—	14 in Fäss., 10 in Arb., 5 in Ballen.
	rohe Tabackblätter und Stengel, fabri- cirter Rauchtack in Rollen, in abge- rollten Blättern, geschnittener, des- gleichen Cigarren, Schnupstack, in Carotten, geriebener, Tabacksmehl.				
	a) die Bestände der Handeltreibenden	3	6	—	18 in Fäss., 10 in Arb., 5 in Ballen.
	b) die Bestände in den Tabacksfab- riken :				
	1) an Rauchtack in Rollen .	3	6	—	Desgleichen.
	Für denjenigen Rollentack, welchen die Fabrikanten, behuf der Umarbeitung, unter Con- trolle der Steuerbehörde auf- rollen, tritt eine Ermäßigung der Nachsteuer bis auf 17 ggr pro 100 Pfd. ein.				

Nummer	Bezeichnung der Gegenstände.	Steuerbe- trag pro St. à 100 A			T h a r a. P r o c e n t e.
		Zhlr.	Ggr.	Pf.	
	2) an Rauchtaback in abgerollten Blättern, geschnittener, des- gleichen Cigarren	—	17	—	Desgleichen.
	3) an Schnupftaback, geriebener und in Carotten	—	11	—	Desgleichen.
12	Wein	4	13	—	
13	Wollenwaare:	pro Centner			
	a) die größern Decken (Pferde-Bett-), Duffel, Fries, Tuchleisten . .	3	16	—	20 in Kist. in Fässern, 10 in Ballen.
	b) alle übrige, mit Ausnahme des Garns:				
	1) Tuch	6	8	—	
	2) alle übrige Wollenwaare . .	7	—	—	
14	Zucker,				
	a) fabricirter:				
	1) bei den Handeltreibenden . .	2	9	—	18 in eichenen, 14 in andern Fässern.
	2) in den Zuckersiedereien . . .	1	22	—	
	b) roher, für inländische Zuckerrfabriken	1	—	—	20 in Kisten von 8 Ctr. und darüber, sonst 14 in Kisten und Fässern, 10 in Körben, 5 in Ballen.
15	Syrup, Melasse bei den Handeltreibenden	—	11	—	

Verordnung,

die

Publication des mit dem Königreiche Hannover unterm 14. März 1835 geschlossenen Vertrags wegen der Ausführung des Steuer-
vereinigungs-Vertrages vom 1. Mai 1834 in den Communion-
Besitzungen betreffend *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und
Lüneburg 2c.

Demnach Wir mit Er. Majestät dem Könige von Großbritannien und Ir-
land, auch Könige von Hannover, wegen der Ausführung des mit Allerhöchstdem-
selben unterm 1. Mai 1834 geschlossenen Steuervereinigungs-Vertrages in den Com-
munion-Besitzungen einen fernern Vertrag unterm 14. März d. J. haben abschließen
lassen, die darüber gegenseitig ausgefertigten Ratifications-Urkunden auch ausgewech-
selt worden, so wollen Wir denselben nunmehr hierdurch zur allgemeinen Kenntniß
bringen, und haben alle Behörden, so wie ein Jeder, den es sonst angeht sich danach
gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und nebengesetzten Herzoglichen Geheimen Canzlei-
Siegels.

Braunschweig, den 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog. (**L. S.**)

F. Schulz.

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, Nro. 19.

Se. Majestät, der König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland *ic.*, auch König von Hannover *ic.*, und

Se. Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig und Lüneburg *ic.*, haben zur Ausführung des, unter Allerhöchst- und Höchstdenselben geschlossenen Steuer-vereinigungs-Vertrags vom 1. Mai 1834 in Ihren Communion-Besitzungen, durch Ihre zur Abschließung jenes Vertrags ernannte Bevollmächtigte, als:

Se. Majestät, der König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland *ic.*, auch König von Hannover *ic.*

durch Allerhöchst Ihren Ober-Steuerath Georg Friedrich Hieronymus Dommess, Ritter des königlich hannoverschen Guelphen-Ordens,

und

Allerhöchst Ihren Ober-Zollrath Heinrich Ludwig Meineke, Ritter des königlich hannoverschen Guelphen-Ordens,

und

Se. Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig und Lüneburg *ic.* durch Höchst Ihren Finanz-Director und Geheimen Legationsrath August Philipp Christian Theodor von Amberg, Commandeur 2ter Classe vom Herzoglich Braunschweigischen Orden Heinrich des Löwen, Commandeur des Kurfürstlich Hessischen Ordens vom goldenen Löwen, Ritter des königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, und Inhaber des Waterloo-Ehrenzeichens, folgende Uebereinkunft treffen lassen:

Art. 1.

Der Vertrag vom 1. Mai 1834 und die daraus hervorgehenden Abgaben-Gesetze, Tarife und Verordnungen sollen in den Communion-Besitzungen von Hannover und Braunschweig durch das Communion-Berg-Amt zu Goslar publicirt werden.

Art. 2.

In den Communion-Besitzungen in und bei Goslar, so wie zur Frau Sophienhütte bei Langelsheim werden die von der königlich hannoverschen Regierung;

in den Communion-Besitzungen zur Saline Juliuszelle und zur Oker, so wie in den Hüttenwerken und dem übrigen Communion-Gebiete bei Gittelde dagegen die von der Herzoglich Braunschweigischen Regierung,

einseitig zu erlassenden Gesetze, Tarife und Verordnungen publicirt und angewendet;

vorbehältlich der, beiden contrahirenden Staaten in dem gesammten Communion-Gebiete zustehenden Hoheits-Rechte.

Art. 3.

In weiterer Folge der Bestimmungen des vorstehenden Artikels werden in Steuer-Contraventions-Sachen competent:

- 1) für die Communion-Besitzungen in und bei Goslar, so wie zur Frau Sophienhütte bei Langelsheim:

- a) in erster Instanz, das Communion-Berg-Amt zu Goslar;
 - b) in zweiter Instanz, die Königlich Hannoversche Justiz-Canzlei zu Göttingen;
 - c) in letzter Instanz, das Königlich Hannoversche Ober-Appellations-Gericht zu Celle;
- 2) für die Communion-Besitzungen zur Saline Juliusshalle und zur Oker:
- a) in erster Instanz, das Herzoglich Braunschweigsche Amt Harzburg und das Herzoglich Braunschweigsche Kreisgericht Wolfenbüttel nach Maßgabe der im Herzogthume Braunschweig bestehenden Competenz-Bestimmungen;
 - b) in zweiter und letzter Instanz das Herzoglich Braunschweigsche Kreisgericht zu Wolfenbüttel und das Herzoglich Braunschweigsche Landesgericht, nach Maßgabe der im Herzogthume Braunschweig bestehenden Competenz-Bestimmungen;
- 3) für die Hüttenwerke und das übrige Communion-Gebiet bei Gittelde:
- a) in erster Instanz, das Herzoglich Braunschweigsche Amt Seesen und das Herzoglich Braunschweigsche Kreisgericht zu Gandersheim nach Maßgabe der im Herzogthume Braunschweig bestehenden Competenz-Bestimmungen;
 - b) in zweiter und letzter Instanz das Herzoglich Braunschweigsche Kreisgericht zu Gandersheim und das Herzoglich Braunschweigsche Landesgericht zu Wolfenbüttel nach Maßgabe der im Herzogthume Braunschweig bestehenden Competenz-Bestimmungen.

Art. 4.

Auch diejenigen Vergehen, welche nach den vereinbarten Steuer-Gesetzen eine criminelle Untersuchung und Bestrafung zur Folge haben, sollen:

für die im vorstehenden Artikel unter der N^o 1 benannten Communion-Besitzungen, durch die Königlich Hannoverschen, und

für die unter den Nummern 2 und 3 benannten Communion-Besitzungen, durch die Herzoglich Braunschweigschen Criminal-Justiz-Behörden,

nach den in dem Communion-Gebiete geltenden Gesetzen, ohne Rücksicht auf die in sonstigen Civil- und Criminal-Rechtsfachen in Frage kommenden Jahre des Directorii, untersucht und entschieden werden.

Das Gericht, in dessen Bezirke das Vergehen begangen worden, ist das competente.

Art. 5.

Durch gegenwärtige Uebereinkunft, welche für die Dauer des Steuer-Vereinigungs-Vertrags vom 1. Mai v. J., und lediglich in Beziehung auf die Ausführung desselben geschlossen ist, soll jedoch in allen übrigen Verhältnissen der Communion-Besitzungen, sowohl was die Verhältnisse der beiden Staaten zu einander, als was die Unterthanen-Verhältnisse der Bewohner jener Besitzungen anlangt, nichts geändert werden.

Art. 6.

Diese Convention soll in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und zur Ertheilung der Höchsten, demnächst auszuwechselnden Ratificationen vorgelegt werden.

Zur Urkunde dessen ist dieselbe von den Bevollmächten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen Hannover am 14. März Eintausend achthundert fünf und dreißig.

(L. S.) gez.: Georg Friedrich Hieronymus Dommess.

(L. S.) gez.: Heinrich Ludwig Meineke.

(L. S.) gez.: August Philipp Christian Theodor von Arnßberg.

dem nachstehenden Gesetz
G e s e t z,

die

Publication des mit dem Königreiche Hannover unterm 14. März 1835 geschlossenen Vertrags wegen der vollständigen Ausführung des Steuervereinigungs-Vertrages und insbesondere wegen Verhütung des Schleichhandels betreffend *).

D. D. Braunschweig, den 23. April 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Demnach Wir mit Er. Majestät dem Könige von Großbritannien und Irland, auch Könige von Hannover, wegen der vollständigen Ausführung des Steuervereinigungs-Vertrages vom 1. Mai 1834, und insbesondere zur Verhütung des Schleichhandels unterm 14. März 1835 einen Vertrag haben abschließen lassen, die darüber gegenseitig ausgefertigten Ratifications-Urkunden ausgetauscht worden sind, und von Seiten Unserer getreuen Stände die verfassungsmäßige Zustimmung zu seiner Ausführung erteilt ist, so wollen Wir denselben nunmehr hierdurch mit der ausdrücklichen Erklärung zur allgemeinen Kenntniß bringen, daß unter dem in dem fünften Artikel gebrauchten Ausdrucke Ortsobrigkeit, in dem hiesigen Lande die Herzoglichen Ämter, und in den Städten die Polizeibehörden oder Bürgermeister, zu verstehen sind.

Alle Behörden, so wie ein Jeder, den es sonst angeht, haben sich danach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und nebengesetzten Herzoglichen Geheimen Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 23. April 1835.

Wilhelm, Herzog. (L. S.)

F. Schulz.

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, No. 20.

Se. Majestät, der König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland 2c., auch König von Hannover 2c., und

Se. Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig und Lüneburg 2c., haben, zur vollständigen Ausführung Ihres vereinbarten gemeinschaftlichen Abgaben-Systems, und zur Verhütung des verderblichen Schleichhandels in Ihren Staaten, Unterhandlungen eröffnen lassen; und zu diesen

Se. Majestät, der König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland 2c., auch König von Hannover 2c.

Allerhöchst Ihren Obersteuer-Rath Georg Friedrich Hieronymus Dommes, Ritter des Königlich Hannoverschen Guelphen-Ordens,
und

Allerhöchst Ihren Ober-Zollrath Heinrich Ludwig Meineke, Ritter des Königlich Hannoverschen Guelphen-Ordens;
und

Se. Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig und Lüneburg 2c.
Höchst Ihren Finanz-Director und Geheimen Legationsrath August Philipp Christian Theodor von Arnberg, Commandeur 2ter Classe vom Herzoglich Braunschweigischen Orden Heinrichs des Löwen, Commandeur des Kurfürstlich Hessischen Ordens vom goldenen Löwen, Ritter des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, und Inhaber des Waterloo-Ehrenzeichens,

zu Bevollmächtigten ernannt, von denen folgende Uebereinkunft abgeschlossen ist:

Art. 1.

Beide contrahirende Staaten verpflichten sich gegenseitig, durch alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel dahin zu wirken, daß in Ihren Landen der Ihre gemeinsamen Interessen benachtheiligende Schleichhandel, überall verhütet oder unterdrückt werde.

Art. 2.

Die Behörden und Angestellten in beiden Staaten sollen darauf achten, daß diese Absicht erreicht werde, insbesondere aber, daß keine Vereine von Schleichhändlern sich bilden, oder Waaren-Niederlagen errichtet werden, welche zum Zweck haben, solche Gegenstände in den andern Staat einzuschwärzen, die in demselben entweder verboten sind, oder deren Debit die Regierung sich ausschließlich vorbehalten hat.

Sie sind auch ohne ausdrückliche Aufforderung verbunden, alle gesetzliche Mittel anzuwenden, welche zur Verhütung, Entdeckung und Bestrafung der gegen den andern Staat beabsichtigten, oder in dessen Gebiete begangenen Verletzungen bestehender Ein-, Durch- oder Ausfuhr-Verbote, dienen können, und den betreffenden Behörden dieses Staats davon die nöthige Mittheilung zu machen.

Art. 3.

Vornehmlich sollen die, mit der Untersuchung und Bestrafung der Steuer-Contraventionen beauftragten Unter-Gerichte des einen Staats, nicht nur

1) den in einer solchen Angelegenheit an sie ergehenden Requisitionen derartiger Ge-

richte des andern Staats, sowohl in Beziehung auf die Sistirung der Contravenienten, dieselben mögen nun Unterthanen eines fremden Staats oder eines der contrahirenden Staaten sein, vor dem requirirenden Gerichte, als auf die Beiztreibung und Ablieferung der von denselben, in Folge angenommener Ermäßigungs-Vorschläge oder gefällter gerichtlicher Erkenntnisse zu erlegenden Gelder, oder auch auf die Beschlagnahme und Auslieferung zur Ermittlung des Thatbestandes erforderlicher oder aber bereits für confiscirt erklärter Contraventions-Gegenstände, oder auf die Vollziehung von, statt der Geldstrafen gesetzlich eintretender Arrest- oder Arbeitsstrafen, stets auf das bereitwilligste genügen, sondern auch

2) die von Steuer-Beamten des andern Staats angebrachten Denunciationen gegen Steuer-Contravenienten fordersamst zur Untersuchung ziehen;

alles dies in eben der Maße, wie wenn ein Gericht des eigenen Landes die Requisition erlassen, oder ein, in diesem angestellter Steuer-Beamte die Anklage erhoben hätte.

Art. 4.

Die Vollziehung der von einem zahlungsunfähigen Contravenienten zu erleidenden Arrest- oder Arbeits-Strafe soll jedoch jedes Mal dem Gerichte desjenigen Landes zustehen, in welchem derselbe als domiciliirter Unterthan zu betrachten ist.

Ist der Contravenient indeß der Unterthan eines fremden Staats, dann soll er im Falle der Betretung in einem der beiden contrahirenden Staaten an dasjenige Gericht, welches die Untersuchung geführt hat, auf vorgängige Requisition sofort ausgeliefert werden.

Die Kosten der Detention des Inhaftirten fallen bei dessen Zahlungsunfähigkeit jederzeit dem Staate zur Last, in dessen Gerichts-Bezirke die Strafe vollzogen werden muß.

Art. 5.

Den Steuer-Beamten des einen Staates soll gestattet sein, die Spuren verübter Steuer-Contraventionen auch in das Gebiet des andern Staats ohne Beschränkung auf eine gewisse Strecke zu verfolgen.

Sind dabei Hausfuchungen, Beschlagnahmen und andere gesetzliche Maßregeln zur Constatirung des Thatbestandes erforderlich, so sollen selbige auf den mündlichen oder schriftlichen Antrag der Steuer-Beamten und unter deren Zuziehung von der Orts-Obrigkeit vorgenommen werden.

Letztere hat sodann über den ganzen Vorgang ein Protocoll aufzunehmen und eine Abschrift desselben dem Steuer-Beamten, auf dessen Antrag jene Maßregeln ergriffen sind, mitzutheilen.

Auch sollen die Steuer-Beamten befugt und gehalten sein, auf der That betroffene Contravenienten, die mit den Gegenständen, welche sie bei sich führen, in Gehöften oder Häusern im andern Staate einen Zufluchtsort suchen, an diesen Ort zu verfolgen, sich jener Gegenstände zu versichern, und erst hiernächst der Obrigkeit von dem Vorgange die nöthige Anzeige zu machen. Bei der Ausübung dieser ihrer

Dienstpflcht soll ihnen nach vorgängiger Legitimation von dem Orts-Vorstande jederzeit der erforderliche Schutz und Beistand gewährt werden.

Art. 6.

In den Fällen, wo wegen einer Steuer-Contravention ein persönliches Anhalten des Contravenienten gesetzlich zulässig ist, soll auch dieses von dem Contravenienten in den andern Staat verfolgenden Steuer-Beamten geschehen können, der Angehaltene jedoch alsdann der nächsten Obrigkeit dieses Staats überliefert werden.

Ist indeß die Person des Contravenienten dem verfolgenden Steuer-Beamten bekannt, und die Beweisführung, so wie die Zahlung der in Antrag zu bringenden Strafe gesichert, so darf ein persönliches Anhalten im andern Staate nicht geschehen.

Art. 7.

Nach den, in den Art. 3 bis 6. incl. festgestellten Grundsätzen soll von den Behörden und Angestellten in beiden Staaten ebenfalls verfahren werden, wenn die Uebertretung eines Ein-, Durch- oder Ausfuhr-Verbots des andern Staats zu verfolgen und zu ahnden ist.

Art. 8.

Dieselben Grundsätze der gegenseitigen Rechtshülfe sollen auch in denjenigen Fällen in Anwendung kommen, wo mit der Verletzung der Steuer-Gesetze, oder der bestehenden Ein-, Durch- oder Ausfuhr-Verbote zugleich andere criminell zu bestrafende Vergehen, z. B. der Fälschung, der Widerseßlichkeit gegen Steuer- und andere Beamte oder deren wörtlicher oder thätlicher Beleidigung, concurriren.

Die Untersuchung und Bestrafung soll von demjenigen Gerichte geschehen, in dessen Bezirke das Verbrechen begangen ist, und die Auslieferung theilhabender Ausländer unbedingt, die von Unterthanen der beiden contrahirenden Staaten aber nur mit Vorwissen und Genehmigung des betreffenden Ministerii, an das competente Gericht erfolgen. Diese Genehmigung zur Auslieferung soll jedoch in den Fällen nicht ertheilt werden, vielmehr jeder Regierung die eigene Bestrafung eines zu ihren Unterthanen gehörenden, in dem andern Staate nicht bereits zur Haft gebrachten Verbrechers vorbehalten bleiben, wenn das in Frage stehende Verbrechen mit einer Todes- oder einer lebenslänglichen Arbeitsstrafe bedrohet ist.

Der Urtheilspruch über einen Unterthan der beiden contrahirenden Staaten erfolgt auf den Grund der Strafgesetze seines Landes; wenn jedoch diese eine härtere Strafe bestimmen, als diejenigen, welche an dem Orte des begangenen Verbrechens gelten, nach letzteren.

In den Fällen, wo nach den mildern Gesetzen von dem Gerichte, in dessen Bezirke das Verbrechen begangen ist, auf ein Strafübel erkannt werden möchte, welches in dem andern Staate als solches nicht eingeführt ist, und deshalb nicht vollzogen werden kann, soll eine verhältnißmäßige Strafe anderer, der erkannten möglichst nahe stehenden Art, Anwendung finden.

Art. 9.

Die Dauer des gegenwärtigen Vertrags wird vorläufig bis zum Ablaufe des Jahres 1841 festgesetzt, und soll hiernächst über die Verlängerung desselben weitere Verabredung eintreten.

Art. 10.

Dieser Vertrag soll in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt, und zur Ertheilung der, demnächst auszuwechselnden, Höchsten Ratificationen vorgelegt werden.

Zur Urkunde dessen ist derselbe von den Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen Hannover, am 14. März Eintausend achthundert fünf und dreißig.

(L. S.) gez.: Georg Friedrich Hieronymus Domes.

(L. S.) gez.: Heinrich Ludwig Meineke.

(L. S.) gez.: August Philipp Christian Theodor von Arnberg.

G e s e z,

das

Verbot der Einführung ausländischen Salzes betreffend *).

D. D. Braunschweig, den 8. Mai 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig
und Lüneburg u.

Zur Ausführung der Bestimmungen im Art. 9. des mit der Krone Hannover am 1. Mai 1834 abgeschlossenen Vertrages, und der übrigen wegen des Salzdebites unter beiden Staaten getroffenen Verabredungen, erlassen Wir unter Zustimmung Unserer getreuen Stände das nachstehende Gesetz:

§. 1.

Die Einführung des ausländischen Salzes, das Salzgittersche nicht ausgenommen, ist für den ganzen Umfang der hiesigen Lande verboten.

§. 2.

Nur der Herzogl. Steuerdirection soll es zustehen, ausländisches Salz in die hiesigen Lande einzuführen, um solches durch die, unter ihrer Leitung stehenden Niederlagen debitiren zu lassen. Außerdem bleibt aber auch der Communions-Saline Julius-halle der Debit ihres Fabrikats in den Ortschaften der vormaligen Kemter Harzburg und Langelshelm im bisherigen Umfange vorbehalten.

*) Gesetz- und Verordnungs-Sammlung de 1835, No. 21.

§. 3.

Daß Vergehen der heimlichen Einführung von Salz soll mit der Confiscation der eingeführten Quantität und einer dem achtfachen Werthe derselben entsprechenden Geldbuße bestraft werden.

§. 4.

Der heimlichen Einführung wird gleich geachtet, und auf gleiche Weise bestraft:

- 1) die Durchführung ausländischen Salzes ohne amtlichen Begleitschein;
- 2) der Transport inländischen, oder doch im Lande gekauften Salzes in Quantitäten von mehr als einem Pfunde innerhalb Landes ohne einen vom Verkäufer ausgestellten Begleitschein.

§. 5.

Für die Entrichtung der verwirkten Geldstrafe haften zunächst: der Wagen, das Zugvieh oder die sonstigen zur Fortschaffung des Salzes gebrachten Transportmittel, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben Eigenthum des Transportführers sind, oder nicht.

§. 6.

Zum Handel mit Salz sind nur diejenigen Personen befugt, welche dazu von Herzogl. Steuerdirection ausdrücklich concessionirt sind.

§. 7.

Die Controle-Vorschriften sowohl für den Verkehr mit Salze im Innern des Landes, als für die Durchfuhr ausländischen Salzes sollen durch die Herzogl. Steuerdirection öffentlich bekannt gemacht werden.

§. 8.

Wer ohne Concession mit Salz handelt, wird mit der Confiscation seines gesamten Salzvorraths bestraft.

§. 9.

Der Hausirhandel mit Salz ist gänzlich verboten. Contraventionen gegen dieses Verbot sollen mit den in den §§. 3 bis 5 dieses Gesetzes enthaltenen Bestimmungen bestraft werden.

§. 10.

In den Fällen, da eine nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes eintretende Confiscation aus irgend einem Grunde nicht zur Ausführung gebracht werden

kann, soll der Werth des der Confiscation entzogenen Salzes, nach den örtlichen Verkaufspreisen berechnet, von dem Contravenienten außer der verwirkten Geldbuße bezahlt werden.

§. 11.

Von dem Werthe des confiscirten Salzes und den eingezahlten Strafgeldern erhält der Denunciant die Hälfte.

§. 12.

Die gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der Contraventionen geschieht im Wege des Untersuchungsprocesses nach Maßgabe der §§. 121 und 126 bis einschließlich 148 des Gesetzes vom 23. v. M. über die Eingangs-, Durchgangs und Ausgangs-Abgaben.

§. 13.

Die Gerichte haben mit gänzlicher Uebergehung der Frage: ob eine Contravention in der Absicht, die Abgabe zu umgehen, oder Defrauden Anderer zu befördern, begangen sei, oder nicht? die Zuerkennung der Strafe einzig und allein von dem Dasein der Thatumstände, an welche das Gesetz die Strafe knüpft, abhängig zu machen.

§. 14.

Transitorische Bestimmung.

Den Kaufleuten und Krämern, welche jetzt mit Salz handeln, auch wenn sie zur Fortsetzung dieses Geschäfts nicht concessionirt werden sollten, wird eine vierwöchige Frist, von Publication dieses Gesetzes an, zum Verkaufe ihrer Vorräthe gestattet. Nach Ablauf dieser Zeit hört die Erlaubniß auf, und sie sind nur berechtigt, den etwa noch vorhandenen Rest jener Vorräthe, nach Abzug desjenigen Quantums, welches sie für ihre eigene Consumption zurückbehalten wollen, dem Staate gegen Erstattung des Einkaufspreises zu überlassen.

Sämmtliche Landeseinwohner und Alle, die es sonst angeht, haben sich hier- nach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beige gedruckten Herzogl. Geheimen Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, am 8. Mai 1835.

Wilhelm, Herzog.



F. Schulz.

G e s e t z,

über

die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel.

D. D. Braunschweig, am 11. Mai 1835.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Demnach in Folge des, mit dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai v. J. abgeschlossenen Vertrages wegen Einführung eines gemeinsamen Systems indirecter Abgaben und der dadurch begründeten völligen Abgabefreiheit des Handels und Verkehrs zwischen beiden Staaten, so wie in Folge der eingetretenen Veränderung des hiesigen Landes-Münzfußes, eine anderweite Regulirung der Verbrauchs- und sonstigen Abgaben erforderlich geworden, welche ausschließlich in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, statt der denselben sonst obliegenden Grundabgaben und in Beziehung auf die wegen der Vermögensverwaltung beider Städte bestehenden Beiträge und Verhältnisse erhoben werden, so erlassen Wir in Betreff derselben, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, hiemit nachstehende gesetzliche Bestimmungen:

A. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Vom 1. Junius 1835 an, sollen die nachbenannten Abgaben, als:

- 1) die Thoraccise,
- 2) die Mählaccise,
- 3) die Schlachtaccise,
- 4) das Sperrgeld,

in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, und

- 5) das Brückengeld in Braunschweig,
- nach Maßgabe der angehängten Tarife erhoben werden.

§. 2.

Die in einer der beiden Städte Braunschweig und Wolfenbüttel fabricirten, imgleichen die zu den im §. 1. Nro. 1, 2 und 3. aufgeführten Abgaben bereits herangezogenen Gegenstände, sind, wenn Letzteres gehörig bescheinigt wird, von diesen Abgaben frei, wenn sie in die zweite Stadt eingehen.

B. Besondere Bestimmungen.

I. Von der Thor-Accise.

§. 3.

Die nach Maßgabe des angehängten Tarifs Nro. 1. der Thoraccise unterworfenen Gegenstände sind, bevor sie in die Stadt gebracht werden, an den Thoren zu declariren.

Jede Einführung solcher Gegenstände auf anderen Wegen, als durch die Thore, wird als Defraude betrachtet und bestraft. (§. 16.)

Die in das Stadtgebiet eingeführt werdenden accisepflichtigen Gegenstände müssen bei Strafe der Defraudation binnen 12 Stunden am Thore declarirt werden.

§. 4.

Die Declaration wird von dem Transportanten, unter Vorlegung der etwa in seinem Besitze befindlichen Frachtbriefe, Gränzabfertigungen zc. bei dem Thoreinnehmer in der Regel mündlich, und nur, wenn es in besonderen Fällen für nothwendig erachtet wird, schriftlich abgegeben.

§. 5.

Findet der Thoreinnehmer die Declaration, nach Maßgabe der vorgelegten Papiere, oder auf den Grund einer vorgenommenen Besichtigung der Gegenstände, richtig, und kann die Ermittlung des zu entrichtenden Abgabenbetrages ohne erhebliche Schwierigkeit und Aufenthalt an dem Thore geschehen, so wird daselbst die Abgabe sofort erhoben, und dem Transportanten darüber Quittung ertheilt.

§. 6.

Wenn dagegen der Abgabebetrag am Thore nicht ohne Schwierigkeit zu ermitteln steht, oder es sonst rathlich erscheint, daß die abgabepflichtigen Gegenstände zur Verabgabung auf den Packhof geführt werden, worüber die Beurtheilung, nach Maßgabe der zu ertheilenden Instruction, dem Thoreinnehmer überlassen bleibt, so sind die Gegenstände ohne Aufenthalt, wo thunlich unter Begleitung, nach dem Packhofe zu transportiren.

§. 7.

Für Gegenstände, welche zur Niederlegung auf den Packhöfen der Städte

Braunschweig und Wolfenbüttel declarirt werden, soll die Thoraccise an den Thoren nicht erhoben werden.

§. 8.

Nach der Ankunft der Gegenstände auf dem Packhofe werden die Empfänger derselben durch den Transportanten davon benachrichtigt, und erhalten solche, wenn sie nicht auf dem Packhofe niedergelegt werden sollen, erst nach vorgängiger gehöriger Declaration und nach erfolgter Revision, gegen Erlegung der Thoraccise, ausgeliefert.

§. 9.

Hinsichtlich der, mit den Posten eingehenden accisbaren Gegenstände, erfolgt die Declaration, sofern die Passagiere jene mit sich führen, bei dem Postamte. Bei der Abholung des Gepäcks müssen die Passagiere über die darunter befindlichen accisbaren Gegenstände, oder daß sie keine solche mit sich führen, ihre Erklärung abgeben, und auf Verlangen die Behältnisse öffnen.

Für alle übrigen, mit den Posten eingehenden Gegenstände wird die Postkarte statt der Thor-Eingangs-Declaration angenommen, und sind bei Einhändigung der Adressen etwanige irrthümliche Bezeichnungen des Inhalts der Packete u. von deren Empfängern zu berichtigen, auch solche bei der Abholung auf Verlangen zu öffnen.

§. 10.

Wird für Gegenstände, welche — insofern sie direct aus dem Auslande oder aus einer inländischen steuerfreien Niederlage eingeführt werden, und der allgemeinen Eingangsabgabe bereits unterzogen sind, — nach Maßgabe des angehängten Tarifs frei von der Thoraccise bleiben, diese Freiheit in Anspruch genommen, so sind am Thore, resp. am Herzogl. Packhofe, die Quittungen über die entrichtete allgemeine Eingangsabgabe vorzulegen.

In Ermangelung derselben ist die Thoraccise zu entrichten, wenn nicht die Erlegung der allgemeinen Eingangsabgabe an dem Packhofe zu Braunschweig oder Wolfenbüttel sofort geschieht, oder die Gegenstände daselbst niedergelegt werden.

§. 11.

Eine Vergütung für Thara findet auch hinsichtlich der Thoraccise in allen den Fällen und in gleichem Maße statt, wie solche in Betreff der allgemeinen Eingangsabgabe, in Gemäßheit des Gesetzes vom 23. April d. J. die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangsabgaben betreffend, bestimmt ist.

§. 12.

Gehen Gegenstände aus einer steuerfreien Niederlage späterhin in den freien

Verkehr einer der beiden Städte über, so wird davon die Thoraccise nachträglich entrichtet; werden dieselben dagegen aus jenen Niederlagen erweislich direct außerhalb der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel und deren Feldmarken geführt, so fällt dadurch die Verpflichtung zur Erlegung der Thoraccise hinweg.

§. 13.

Bei der Berechnung der Thoraccise sollen Quantitäten zwischen einem halben und einem ganzen Pfunde, für ein volles Pfund gerechnet werden.

Frei bleiben dagegen:

- a) alle abgabepflichtigen Gegenstände, wenn sie ein halbes Pfund und darunter betragen, und
- b) diejenigen Victualien, welche Reisende oder Waarenführer zum jedesmaligen Reiseverbrauche mit sich führen.

§. 14.

Eine gleiche Befreiung findet für die durchgehenden accisepflichtigen Gegenstände Statt. Bei diesen bleibt es indessen dem Thoreinnehmer überlassen, die Thoraccise, so wie auch für Schlachtvieh gleichzeitig den Betrag der Schlachtaccise, deponiren, oder die Gegenstände bis zum Ausgangsthore, woselbst eintretenden Falls der deponirte Betrag restituirt wird, begleiten zu lassen.

§. 15.

In Fällen, wo die Thoraccise, dem Tarife gemäß, nach Pferdelast berechnet wird, ist von dem Transportanten an den Thoren zu Braunschweig und Wolfenbüttel der, bei der letzten Chausseegeldreceptur empfangene Chausseegeldzettel vorzuzeigen. In Ermangelung eines solchen, oder wenn auf demselben mehr Stück Zugvieh bemerkt sind, als am Thore, Behuf der Abgabentrachtung angegeben wird, tritt im erstern Falle eine Ordnungsstrafe von 8 ggr bis zu 1 fl , und im letztern Falle eine Strafe zum achtfachen Betrage der zu defraudiren versuchten Accise ein.

§. 16.

Jede unterlassene und unrichtige Declaration in Betreff der Thoraccise wird mit Erlegung des achtfachen Betrages derselben bestraft.

§. 17.

Diese Strafe wird nach der Qualität der vorgefundenen Gegenstände berechnet, und insofern ein, mit einem geringeren Tariffasse belegter Gegenstand statt eines höher tarificirten Artikels angegeben ist, wird der, der gemachten geringern Angabe entsprechende Betrag nicht abgesetzt. Ist dagegen nur die Quantität der Gegenstände

zu gering angegeben, so wird die Strafe nach der Differenz zwischen der geringern Angabe und dem wirklichen Betrage bestimmt.

§. 18.

Für die richtige Abführung der Strafen haften zunächst die Transportmittel, Wagen, Pferde zc., — ohne Rücksicht ob sie Eigenthum des Waarenführers sind, oder nicht — sodann auch die Gegenstände, hinsichtlich deren die Defraudation der Accise versucht worden.

§. 19.

Accisbare Gegenstände, welche, ohne in die Postkarte eingetragen zu sein, außer dem Gepäcke der Passagiere, sich auf dem Postwagen befinden, sind als heimlich eingeführt zu betrachten, und die Schirrmeister nach §. 16 zu bestrafen.

§. 20.

In eine Ordnungsstrafe von 1 bis 10 \mathfrak{f} verfällt jeder Transportant, welcher, wenn er in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel mit Gegenständen eintrifft, die der Thoraccise unterworfen sind, diese aber an den Thoren nicht entrichtet hat, sich nicht vom Thore direct und ohne Aufenthalt in der Stadt nach dem Packhofe begiebt, oder welcher von diesem ab, mit ausgehenden, unversicherten Gegenständen, nicht unmittelbar die Stadt und deren Feldmark verläßt.

Im Falle einer heimlichen Abladung hat außerdem der Empfänger den achtfachen Betrag der Accise für die abgeladenen Gegenstände, als Strafe zu bezahlen, und wird es als eine solche heimliche Abladung auch angesehen, wenn die Quantität der zur Aus- oder Durchfuhr declarirten Gegenstände am Ausgangsthore geringer befunden wird, als sie nach Maßgabe der dazu gehörigen Scheine zc. sein müßte.

§. 21.

Wenn die Empfänger der am Thore gar nicht oder unrichtig declarirten Gegenstände nicht sofort bei deren Ankunft in der Stadt und zwar vor der ganzen oder theilweisen Abladung, eine Anzeige am Herzoglichen Packhofe machen und daselbst die richtige Declaration abgeben, so verfallen sie in die §. 16. festgesetzte Strafe. Dabei soll es dem Waaren-Empfänger nicht zur Entschuldigung gereichen, wenn er die accisefreie Ablieferung mit dem auswärtigen Absender bedungen zu haben behauptet und nachweist.

II. Von der Mahlaccise.

§. 22.

Die Mahlaccise wird in Braunschweig und Wolfenbüttel dem angehängten Tarif Nro. 2. gemäß erhoben.

§. 23.

Wer Getraide zum Vermahlen oder Schroten in die Mühle schicken will, hat zuvor auf dem Packhose gegen Entrichtung der tarifsmäßigen Accise, einen Accisezettel zu lösen und selbigen mit dem Getraide zur Mühle zu senden.

§. 24.

Das Abliefern des Getraides in den Mühlen und das Abholen des Mahlwerks darf nur in den Stunden, wo die Mühlenschreiber sich daselbst aufhalten, nämlich in den fünf Wintermonaten October bis incl. Februar, Vormittags von 7 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr, in den übrigen Monaten aber Vormittags von 7 bis 12, und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr geschehen.

§. 25.

Der Müller, welcher zu einer andern, als der vorbemerkten, oder auch während derselben Zeit, jedoch in Abwesenheit des Mühlenschreibers, Getraide annimmt, oder Mahlwerk verabsolgen läßt, verfällt, wenn der Accisezettel sich dabei befindet, in eine Ordnungsstrafe von 1 bis 10 \mathfrak{R} .

§. 26.

Wird dagegen Getraide, welches nicht mit dem Accisezettel versehen ist, in der Mühle angenommen, so verfällt der Eigenthümer desselben in die Strafe des achtfachen Betrages der Accise, der Müller aber wird, wenn er Administrator ist, sofort entlassen, und wenn er Pächter ist, in eine Geldstrafe von 50 \mathfrak{R} genommen.

§. 27.

Gesellen und Lehrlinge, welche um die Defraude gewußt, haben eine Geldstrafe von 10 bis 50 \mathfrak{R} verwirkt, werden sofort entlassen, und dürfen niemals wieder in eine der Mühlen zu Braunschweig und Wolfenbüttel aufgenommen werden.

§. 28.

Bei jedem Sack von 8 Himten ist eine Uebermaße bis zu einem halben Himten insoweit gestattet, daß davon die tarifmäßige Accise nachgezahlt werden muß, bei einer größern Uebermaße aber wird die Absicht des Defraudirens angenommen, und diese daher mit deren achtfacher Erlegung als Strafe geahndet.

§. 29.

Findet bei dem Versender von f. g. Bäcker-Heidekorn nach einer auswärtigen Mühle zwischen der declarirten und der wirklich ausgehenden Quantität Getraide eine Differenz statt, so wird diese, insoweit sie mehr als einen halben Himten für jeden Sack von 8 Himten beträgt, durch die Bezahlung des achtfachen Betrages der tarifmäßigen Mahlaccise bestraft.

§. 30.

Bei Berechnung der nachzuzahlenden Abgabe und der Strafe, findet die Bestimmung im § 17 wegen der Qualität der declarirten Gegenstände ebenfalls Anwendung.

III. Von der Schlachtaccise.

§. 31.

Die Schlachtaccise ist, außer der, im Tarife Nro. 1. festgesetzten Thoraccise, vom Schlachtviehe nach Maßgabe des angehängten Tarifs Nro. 3. zu erlegen.

§. 32.

Vor dem Schlachten hat der Eigenthümer des Viehes auf dem Pacht Hofe eine schriftliche Declaration, in welcher der Name des Declaranten, die Nummer seiner Wohnung, die Straße, in welcher sie liegt, und die Zeit, wann geschlachtet werden soll, deutlich enthalten sein müssen, abzugeben.

§. 33.

Der nach dieser Declaration und gegen Entrichtung der tarifmäßigen Accise zu ertheilende Schlachtezettel ist dem Schlächter vorzuzeigen, und verfällt der letztere, wenn er, ohne sich von der Lösung des Schlachtezettels überzeugt zu haben, das Schlachten beginnt, in eine, dem vierfachen Betrage, der Eigenthümer des Viehes aber, wenn er, ohne declarirt und den Zettel gelöst zu haben, schlachten läßt, in eine, dem sechsfachen, und wenn er selbst schlachtet, in eine dem achtfachen Betrage der zu erlegenden Accise gleichkommende Geldstrafe.

§. 34.

Die Schlachtezettel sind nur 6 Stunden über die darin angegebene Zeit gültig; von einer durch die Umstände veranlassenen längern Verzögerung des Schlachtens, muß unter Rücklieferung des Schlachtezettels, auf dem Pacht Hofe Anzeige gemacht, und Abänderung der Zeitbestimmung nachgesucht werden. Unterbleibt diese Anzeige, so wird das, zu einer andern Zeit vorgenommene Schlachten als ein neues, nicht declarirtes, angesehen und bestraft.

§. 35.

Die im §. 33. bestimmten Strafen treten in den angegebenen Fällen jedes Mal ein, das geschlachtete Vieh mag in die, im §. 36. erwähnten Viehbücher eingetragen sein, oder nicht.

§. 36.

Die Knochenhauer, Feilschlächter, Branntweinbrenner und sonstigen Vieh hal-

tenden Einwohner zu Braunschweig und Wolfenbüttel sind schuldig, ein Viehbuch, zu welchem das Gegenbuch auf dem Pacht Hofe geführt wird, zu halten und den Zugang und Abgang ihres accisbaren Viehes spätestens binnen 24 Stunden, mittelst einer schriftlichen, den Namen des Ausstellers, die Straße und Nummer seiner Wohnung, so wie die Art und Stückzahl des zugegangenen oder abgegangenen Viehes enthaltenden Declaration, auf dem Pacht Hofe zur Anzeige zu bringen.

§. 37.

Die Nichtbefolgung dieser Vorschrift soll mit einer, dem doppelten Betrage der Schlachtaccise gleichkommenden Ordnungsstrafe belegt werden.

§. 38.

Der angezeigte Abgang und Zugang wird auf dem Pacht Hofe in die Register und daneben in die, von den im §. 36. gedachten Personen zu haltenden, und, bei vorzunehmenden Revisionen, den Steueroffizianten vorzulegenden Viehbücher eingetragen, und die vorgedachte Strafe ist ohne Weiteres in Ansehung derjenigen Stückzahl verwirkt, welche bei den vorzunehmenden Revisionen mehr oder weniger, als das Viehbuch besagt, vorgefunden wird.

§. 39.

Für das zum Verkauf eingebrachte Vieh wird die Schlachtaccise von dem Einbringer am Thore erlegt und ihm demnächst auf eine, von dem Käufer am Pacht Hofe abzufordernde, auf dessen Namen auszustellende Ankunftsbescheinigung, falls dieser hinsichtlich der demnächstigen Entrichtung der Schlachtaccise hinlänglich sicher ist, zurückgezahlt.

Eine gleiche Zurückzahlung der deponirten Schlachtaccise findet Statt, wenn das Vieh nicht verkauft ist und aus dem Thore und Stadtgebiete zurückgeführt wird.

IV. Vom Sperrgelde.

§. 40.

Das Sperrgeld wird, wie der sub N^o 4. angehängte Tarif besagt, nach den bisherigen Beträgen, jedoch im Landesmünzfuße, erhoben.

§. 41.

Wer das Sperrgeld defraudirt, oder auf ordnungswidrige Weise zu umgehen versucht, hat dessen achtfachen Betrag als Strafe zu erlegen.

§. 42.

Jeder, welcher während der Sperrzeit das Thor passirt, hat, — insofern er nicht nach Maßgabe des Tarifs, von Erlegung des Sperrgeldes befreiet ist, — dasselbe

sofort zu entrichten, auch ist den Erhebern das Creditiren der Abgabe bei einer Strafe von 12 \mathfrak{g} für jeden Fall, ausdrücklich untersagt.

§. 43.

Die Steuerbehörde ist jedoch ermächtigt, in einzelnen Fällen, den Umständen nach, den Sperrgeldspflichtigen statt des jedesmaligen Bezahls des Sperrgeldes, die Entrichtung eines angemessenen Fixums, jedoch nie länger, als auf ein Jahr, zu gestatten.

§. 44.

Jeder Mißbrauch mit einer Sperrgeldsfreikarte zieht den Verlust derselben nach sich. Außerdem tritt in solchen Fällen die im §. 41. bestimmte Strafe ein.

V. Vom Brückengelde in Braunschweig.

§. 45.

Das Brückengeld wird an den Thoren zu Braunschweig nach den, in dem angehängten Tarif Nr. 5. enthaltenen Bestimmungen entrichtet.

§. 46.

Gegen Entrichtung des Brückengeldes hat der Thoreinnehmer den Zahlenden einen gedruckten, genau auf den Betrag lautenden, mit Datum und Unterschrift versehenen Zettel, welcher vor der Abgabe einzureißen ist, zu behändigen, bei einer Strafe von 1 \mathfrak{g} für jeden Unterlassungsfall.

Das Creditiren des Brückengeldes ist dem Einnehmer bei einer Strafe von 12 \mathfrak{g} für jeden Fall, ausdrücklich verboten.

§. 47.

Der Zahlende ist dagegen verpflichtet, den Zettel anzunehmen, und selbigen, innerhalb der Stadt bis zu einer Entfernung von dreihundert Schritten vom Thore ab, den mit der Controle der Brückengeldsentrichtung beauftragten Personen auf Verlangen vorzuzeigen.

Ist das Brückengeld beim Auspassiren aus der Stadt entrichtet, so hat der Reisende den empfangenen Brückengeldszettel dem Erheber bei der nächsten Chausseegeldsreceptur, oder wenn eine solche in der Richtung seines Weges nicht folgt, bis zum nächsten Orte den mit der Controle der Chausseegeldsentrichtung beauftragten Personen, auf Verlangen vorzuzeigen.

§. 48.

Wer den ihm vom Einnehmer gereichten Brückengeldszettel nicht annimmt,

oder, der im §. 47. enthaltenen Vorschrift zuwider, den controlirenden Personen nicht vorzeigt, verfällt für jeden Fall in eine sofort zu erlegendende Strafe von 12 Rthl.

§. 49.

Wer die Entrichtung des tarifmäßigen Brückengeldes umgangen, oder zu umgehen versucht hat, verurtheilt in jedem Falle eine, dem achtfachen Betrage der defraudirten oder zu defraudiren versuchten Abgabe gleichkommende Strafe.

VI. Anwendung der Strafbestimmungen.

§. 50.

Die Steuerbeamte, Thor- und Mühlenofficianten, haben über eine jede, von ihnen selbst entdeckte, oder sonst zu ihrer Kenntniß gekommene Contravention, dieselbe mag die Thoraccise oder eine andere durch dieses Gesetz angeordnete Abgabe betreffen, nach Erforschung aller dabei vorkommenden Umstände, ein Protocoll aufzunehmen, welches zugleich den Strafantrag, unter Anführung der bezüglichlichen Gesetzesstelle, den defraudirten oder zu defraudiren versuchten Abgabebetrag, so wie den Betrag der gesetzlichen Strafe, enthalten muß.

Anderer Denuncianten als Steuerbeamte, Thoreinnehmer und Controleure und Mülhenschreiber, haben einem solchen die Contravention zur Betreibung der Sache, anzuzeigen.

§. 51.

Ist der Steuercontravenient auf der That betroffen, so hat der Officiant dafür zu sorgen, daß die Sachen, womit die Contravention begangen, und die zum Transport dienenden Gegenstände, insoweit solches zur Deckung der Gefälle und der Strafen oder auch zum Beweise der Contravention erforderlich ist, vorläufig angehalten und in Sicherheit gebracht werden. Kann der Contravenient nicht selbst annehmbare Vorschläge für die sichere Aufbewahrung der angehaltenen Gegenstände machen, so muß der Officiant deren Transportirung nach dem Pacht Hofe bewirken.

§. 52.

Ein persönliches Anhalten des Contravenienten, wozu die Civil- und Militairbehörden auf Requisition des Officianten nöthigenfalls mitzuwirken haben, darf nur dann Statt finden, wenn Jener ein Ausländer, oder unbekannt, oder der Flucht verdächtig und nicht im Stande ist, sofort eine hinlängliche Sicherheit zu bestellen oder die angehaltenen Gegenstände eine solche nicht gewähren.

§. 53.

Sowohl die angehaltenen Personen als Sachen — letztere jedoch nur dann, wenn sie nicht überhaupt verboten oder zur Constaturirung der Contravention bei deren Untersuchung unentbehrlich sind — müssen unverzüglich frei gelassen werden, sobald

der Contravenient für die ganze in Antrag gebrachte Summe hinreichende Sicherheit beschafft, und insofern er ein Ausländer ist, einen in der Stadt Braunschweig resp. Wolfenbüttel wohnhaften Bevollmächtigten zu weiterer Verhandlung seiner Sache gestellt hat.

Wird die Freilassung vor geleisteter Sicherheit verfügt, so bleibt derjenige, von welchem diese Verfügung ausgegangen ist, für alle daraus entstehenden Nachtheile der Steuerkasse verantwortlich.

§. 54.

Ueber ein jedes solches Anhalten der Person oder der Sachen hat der Officiant das Nöthige in dem Denunciationsprotocolle zu bemerken.

§. 55.

Die Denunciationsprotocolle sind von den Officianten jedesmal sofort oder doch in möglichst kürzester Frist an den Stadtcontroleur abzugeben, welcher solche, unter Anführung der für oder gegen die Contravenienten sprechenden Gründe, unverzüglich an die Ober-Inspection der indirecten Steuern einzureichen hat.

§. 56.

Diese Behörde hat sodann nach den vorgetragenen Umständen, nöthigenfalls nach weiterer Aufklärung der Sache, pflichtmäßig zu ermessen, ob der volle Strafbetrag einzuziehen, oder Grund zu einer Ermäßigung desselben vorhanden ist. Im letzteren Falle ist der zu entrichtende Strafbetrag, wenn die volle gesetzliche Strafe nicht über fünf Thaler beträgt, sofort festzustellen, sonst aber die Entscheidung der Herzoglichen Steuer-Direction zu erwirken, welches letztere auch in jedem Falle, ohne Rücksicht auf den gesetzlichen Betrag der Strafe, geschehen muß, wenn zu einem gänzlichen Erlasse derselben Grund vorhanden ist.

§. 57.

Ist der Denunciat zur gütlichen Entrichtung des vollen, oder, eintretenden Falls, des ermäßigten Strafbetrages bereit, so hat die Ober-Inspection dessen Einziehung und Verrechnung zu veranlassen.

§. 58.

Weigert sich jedoch der Denunciat, die Strafe, mag solche von der Steuerbehörde ermäßigt sein, oder nicht, in Güte zu entrichten, so ist die Sache sofort bei dem competenten Gerichte anhängig zu machen.

Uebrigens kann von der Ober-Inspection der meistbietende Verkauf der angehaltenen Gegenstände der Contravention in denjenigen Fällen, wo ein schnelles Verderben derselben zu besorgen steht, verfügt werden.

Eine gleiche Befugniß tritt hinsichtlich des in Beschlag genommenen Viehes dann ein, wenn die Aufstallungskosten den Werth des Viehes übersteigen.

§. 59.

Die gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der Contraventionen geschieht im Wege des Untersuchungsprozesses nach Maßgabe des §. 121, der §§. 126. bis incl. 130, imgleichen der §§. 138. bis incl. 148. des Gesetzes vom 23. April d. J. über die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben, insofern in dem vorliegenden Gesetze nicht abweichende specielle Bestimmungen enthalten sind.

§. 60.

Ein Ermäßigungsverfahren findet bei den Gerichten nicht weiter Statt, auch ist von denselben mit gänzlicher Uebergang der Frage: ob eine Contravention in der Absicht, die Abgabe zu umgehen, oder Defrauden Anderer zu befördern, begangen sei, oder nicht? die Zuerkennung der Strafe einzig und allein von dem Dasein der Thatumstände abhängig zu machen, an welche das Gesetz die Strafe knüpft.

§. 61.

Bei Wiederholungen von Contraventionen tritt, nachdem der Contravenient schon einmal rechtskräftig verurtheilt ist, oder die Strafe früher gutwillig erlegt hat, eine Verdoppelung der Strafe dergestalt ein, daß im zweiten Contraventionsfalle der 12, resp. 16fache, im 3ten und jedem folgenden Falle der 24, resp. 32fache Betrag der Abgabe zu erlegen ist.

Im Falle des Unvermögens soll eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe eintreten.

§. 62.

Neben der Strafe, — sie mag gutwillig zum vollen oder zu einem ermäßigten Betrage, oder in Folge eines gerichtlichen Erkenntnisses erlegt werden, — ist jedesmal auch die defraudirte Abgabe selbst zu entrichten.

§. 63.

Von den eingezogenen Strafgeldern wird, nach Abzug der etwaigen Kosten, die eine Hälfte dem Denuncianten verabreicht, die andere Hälfte aber fließt in eine besondere Strafcasse. Sind mehrere Denuncianten vorhanden, so wird die erwähnte Denuncianten-Gebühr zwischen ihnen gleichmäßig vertheilt.

Die betreffenden Behörden und Alle, die es sonst angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheimen-Sanzlei-Siegels.

Braunschweig, am 11. Mai 1835.

Wilhelm, Herzog. (L. S.)

F. Schulz.

8 11 12 13 14 15 16 17

● ● ● ● ● ● ● ● ● ●

fũ x

<http://www.digibib.tu-bs.de/?docid=00044311>

Fortlauf. Nr.	B e z e i c h n u n g der G e g e n s t ä n d e.	Maßstab der Verabga- bung	Betrag der Abgabe	
			thl.	agr. pf.
1	Aale, siehe Fische, frische.			
2	Austern	100 Pfd.	12	6
3	Aquavit, f. Liqueur.			
4	Bäckwerk, feines, f. Conditormwaaren.			
5	Besen	Schock	—	4
	Besen, in kleineren Quantitäten, unter $\frac{1}{4}$ Schock	frei	—	—
6	Bier, ausländisches	Quartier	—	2
7	Branntwein:			
	a) gewöhnlicher nicht über 50 Grad nach Tralles stark	Anker	6	—
	b) von 51 — 75 Grad, nach Tralles stark	dito	9	—
	c) über 75 Grad nach Tralles stark	dito	12	—
	Branntwein, in kleineren Quantitäten, unter einem halben Anker . .	Quartier	—	4
8	Brot, grobes, das Stück zu dem Gewichte von 11 Pfund und darunter	Stück	—	4
	dito grobes, über 11 Pfund	dito	—	6
	dito weißes und andere gewöhnliche Bäckermwaaren, als: Semmeln, Zwie- bäcke u., imgleichen Honigluchen und Pfefferkugeln	Pfund	—	2
9	Bückinge, f. Fische.			
10	Butter, nicht eingeschlagene, als: frische, Amts- oder Marktbutter . .	dito	—	1
	dito eingeschlagene, insofern davon nicht schon die Gränz-Eingangssteuer erlegt worden	100 Pfd.	4	2
11	Baumaterialien aller Art, als: Bau- und Nutzholz, Dielen, Gips, Kalk, Barn- und Dachsteine, so wie andere unbehauene und unbe- arbeitete u.	Pferdest.	—	8
	Baumaterialien in geringeren Quantitäten eingehend, jeder Transport		—	4
12	Chocolate aller Art und Cacaotafeln	Pfund	—	3
13	Eidereßig, f. Essig.			
14	Conditormwaaren aller Art, insofern davon nicht schon die Gränz-Eingangs- steuer erlegt worden	dito	—	3
15	Essig aller Art	Quartier	—	1
16	Fleisch, frisches, gefalzenes und geräuchertes	Pfund	—	3
17	Fische:			
	a) frische und ungesalzene:			
	1) Fluß- und Teichfische	dito	—	1
	2) Seefische	dito	—	2
	b) gefalzene, getrocknete, geräucherte, marinirte und eingelegte Fluß- und Seefische	dito	—	4
	A u s n a h m e n.			
	1) Heringe, welche tonnenweise eingehen	Tonne	4	—
	2) Stockfisch, Klippfisch, Laberdan, Stör, Schollen, gefalzener Schell- fisch, gefalzener Stint, imgleichen Bückinge und Sprott . .	Pfund	—	1
18	Fett, f. Talg.			

Gortlauf, №	B e z e i c h n u n g der G e g e n s t ä n d e.	Maßstab der Verabga- bung	Betrag der Abgabe		
			thl.	agr.	pf.
19	Gänse, f. Vieh.				
20	Gänsefleisch, f. Fleisch.				
21	Gips, f. Baumaterialien.				
22	Graupen, Gries und Grüge aller Art, insofern davon nicht schon die Gränz-Eingangsteuer erlegt worden	100 Pfd.	—	4	2
23	Griesen, wie Fleisch.				
24	Heu, Stroh, Klee und Raufutter aller Art	Pferdelst.	—	—	6
25	Hirse	100 Pfd.	—	4	2
26	Holz, als: 1) Bau- und Nutzholz, imgleichen Dielen, f. Baumaterialien. 2) Brennholz aller Art, imgleichen Waasen Außerdem werden in natura abgegeben: a) vom Brennholze: von einem vier- oder dreispännigen Fuder 6 Stück von einem zwei- oder einspännigen Fuder 3 Stück b) von Waasen: von einem vier- oder dreispännigen Fuder 2 Stück von einem zwei- oder einspännigen Fuder 1 Stück Geht das Brennholz nicht in Klüften ein, sondern im rohen, ungeschlagenen Zustande, so daß davon in natura nichts abgegeben werden kann, so ist statt eines jeden Stückes in natura 1 ggr. in Gelde zu entrichten.	Pferdelst.	—	—	6
27	Holzwaare, neue: a) grobe, die von Böttchern, Fassbindern ic. angefertigt wird, auch grobe Korb- und Siebwaare aus ungeschältem Holze b) Tischler- und Drechelerwaare, als Möbeln, Hausgeräth ic. 1) von inländischem Holze 2) von ausländischem Holze Ausnahme während der Messen: gewöhnliche Koffer und Bettstellen (sogenannte Messkoffer und Bettstellen)	100 Pfd. 100 Pfd. dito	— — 1	2 12 —	— — —
28	Hafen, f. Wildpret.				
29	Honigkuchen, f. weißes Brot.				
30	Hummer	Stück	—	1	—
31	Hirsche, f. Wildpret.				
32	Hefen, getrocknete	Pfund	—	—	3
33	Kalk, f. Baumaterialien.				
34	Käse Ausnahme: Harz- und Bauerkäse	dito dito	— —	— —	1 1/4
35	Kohl, sogenannter Bauerkohl dito in geringern Quantitäten	Pferdelst. Schod	— —	1 —	— 4

Fortlauf. No.	B e z e i c h n u n g der G e g e n s t ä n d e.	Maßstab der Verabga- bung	Betrag der Abgabe	
			thl.	gr. St.
36	Kohlen:			
	a) Holzkohlen	Pferdelst.	2	—
	b) Steinkohlen	dito	1	—
37	Krebse	dito	8	—
	dito in kleineren Quantitäten	Schock	—	4
38	Leber, gegerbtes aller Art, insofern davon nicht schon die Gränz-Ein- gangssteuer erlegt worden	100 Pfd.	8	4
39	Lichte:			
	a) Talglichte	Pfund	—	1
	b) Wachs- und Spermacetilichte	dito	—	6
40	Liqueur und Aquavit	Quartier	—	6
41	Maccaroni (siehe Nudeln).			
42	Mehl:			
	a) Weizenmehl	100 Pfd.	11	1
	b) Roggenmehl	dito	5	6
	c) Schrot und Malz	dito	4	2
43	Morrensaft	100 Pfd.	2	1
44	Muß aller Art	dito	2	1
45	Neunaugen, s. Fische, gesalzene u.			
46	Nudeln	dito	4	2
47	Nüsse aller Art:			
	a) frische	frei		
	b) trockene, wie getrocknetes Obst.			
48	Obst:			
	a) frisches	Pferdelast	1	—
	b) getrocknetes, gebackenes	100 Pfd.	2	1
49	Ochsenzunge, s. Fleisch.			
50	Del, Lein- Nüß- und Mohnöl	dito	3	—
51	Pfeffernüsse, s. weißes Brot.			
52	Prünellen, wie getrocknetes Obst.			
53	Puder, wie Stärke.			
54	Pumpnickel, wie grobes Brot.			
55	Puter, s. Vieh.			
56	Pantoffeln, s. Schuhmacherwaaren.			
57	Rüben, märkische	Hinten	—	4
58	Rehe, s. Wildpret.			
59	Seesalz	100 Pfd.	4	2
60	Seife, grüne und schwarze, insofern davon nicht schon die Gränz-Ein- gangssteuer entrichtet worden; desgleichen weiße, so weit letztere nicht zu den kurzen Waaren gehört.	dito	4	2

Fortlauf. Nr.	Bezeichnung der Gegenstände.	Maßstab der Verabga- bung	Betrag der Abgabe	
			fl.	gr. v.
61	Schuhmachervare: a) Manns- und Frauenschuhe b) Kinderschuhe und Pantoffeln c) Kindersiefel d) alle anderen Stiefel Unterliegen die vorbemerkten Gegenstände zugleich der Gränz- Eingangsteuer, so wird letztere bei der Berechnung der Thoraccise abgesetzt.	Paar dito dito dito	— — — —	2 1 3 6
62	Stärke aller Art, imgleichen Puder, insofern von den eingeführten Gegen- ständen dieser Art nicht schon die Gränz-Eingangsteuer erlegt worden	100 Pfd.	—	12 6
63	Speck, wie Fleisch.			
64	Schinken, desgl.			
65	Stroh, wie Heu.			
66	Steine: a) unbehauene, s. Baumaterialien. b) behauene und bearbeitete aller Art Ausnahme. Mühlsteine	Pferdelast dito	— —	2 8
67	Steinzeug: a) gemeine Töpferware, Fliesen, Schmelztiegel b) Steinzeug und Fayence, insofern von diesen Gegenständen nicht schon die Gränz-Eingangsteuer erlegt worden	100 Pfd.	—	6
68	Talg und alles übrige Fett, insofern davon die Gränz-Eingangsteuer nicht schon erlegt worden	Pfund	—	1
69	Torf	Pferdelast	—	6
70	Vieh, als: a) Pferde, Maulthiere, Maulesel b) Füllen unter 1 Jahr alt, und Esel c) Ochsen d) Kühe und Rinder e) Kälber, Hammel, Schafe und Ziegen f) Schaaf- und Ziegenlämmer g) Schweine, gemästete dito magere dito Saug- oder Spanferkel h) Gänse i) Puter Bemerkung.	Stück dito dito dito dito dito dito dito dito dito dito	— — — — — — — — — — —	4 2 8 6 8 4 4 2 8 2 4
Werden die gedachten Vieharten in den, zu Braunschweig be- stehenden verschiedenen Viehmärkten zum Verkaufe gestellt, so sind vorstehende Sätze, mit Ausnahme der sub h und i aufgeführten				

Fortlauf. №	B e z e i c h n u n g der G e g e n s t ä n d e.	Maßstab der Verabga- bung.	Betrag der Abgabe		
			thlr.	ogr.	pf.
	als Marktstellgeld zu entrichten, und bleibt das Marktvieh, von welchem erweislich dieses Marktstellgeld entrichtet ist, bei seiner, während der Tage des Marktes erfolgenden Einführung in die hiesige Stadt, von der nochmaligen Erlegung der Thor- Accise befreiet.				
71	Wildpret:				
	Hirsche oder Schmalthiere	Stück	—	10	—
	Rehbock, Rehe oder Hirschälber	dito	—	6	—
	wilde Schweine	dito	—	6	—
	Frösche	dito	—	3	—
	Hasen	dito	—	—	8
72	Wildfleisch, zerlegt	Pfund	—	—	2
73	Würste, wie Fleisch.				
74	Zwieback, f. Brot, weißes.				

Mahl = Accise = Tarif

für

die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel.

1. Ordinaire Mahlaccise, einschließlich des Mahlgeldes.

a. In Braunschweig.

	thl.	ag.	vf.
Weizen zu Mehl, vom Himten	—	4	10
Rocken, desgl. desgl.	—	2	7
Schrot zum Viehfutter, desgl.	—	1	8
Desgleichen zum Branntweinbrennen, desgl.	—	—	8
Malz zum Bierbrauen, desgl.	—	—	8

Außerdem wird von dem Biermalze, insofern der Brauerei-Inhaber nicht die gewöhnliche Bier-Stellbottich-Steuer entrichtet, die bisherige Malzaccise mit 1 L pro Pfund erlegt.

b. In Wolfenbüttel.

Weizen zu Mehl, vom Himten, mit Ausschluß von 4 L Sichtgeld	—	4	6
Rocken zu Mehl, vom Himten, mit Ausschluß von 2 L Sichtgeld	—	2	5
Schrot zum Viehfutter, vom Himten	—	1	8
= Branntweinbrennen, desgl.	—	—	8
Malz zum Bierbrauen, desgl.	—	1	—

Außerdem wird vom Biermalze, insofern der Brauerei-Inhaber nicht die gewöhnliche Bier-Stellbottich-Steuer entrichtet, die bisherige Malzaccise mit 1 L pr. Pfund erlegt.

Neben den obigen Abgaben wird in den Mühlen zu Braunschweig und Wolfenbüttel von jedem Himten Getreide, welches daselbst zu Mehl, Schrot ic. vermahlen werden soll, 1 L Waagegeld entrichtet.

2. Accise vom Bäckerheymehl.

a) In Braunschweig.

Weizenmehl für 100 Pfd., ohne die Kleie und das Futtermehl mit einzurechnen	—	7	1
Rockenmehl für 100 Pfd., desgl.	—	4	2

dabei ist festgesetzt, daß für das am Herzogl. Packhofs declarirte Bäckerheymehl, u. zwar für jeden Himten Weizen nicht mehr als 45 L Mehl, und

= = = Rocken = = = 42 L =

zur Versteuerung nach der vorbemerkten Heymaccise angenommen wird, der etwaige Mehrbetrag aber nach den Thor-Accise-Tariffsaßen für auswärtiges Mehl, nämlich:

zu 11 \mathcal{R} 1 L für 100 Pfd. Weizenmehl, und

= 5 = 6 = 100 = Rockenmehl

zu versteuern ist. Die zu dem Bäckerheymehle gehörige verhältnismäßige Quantität Kleie und Futtermehl geht dagegen steuerfrei ein.

b) In Wolfenbüttel.

Weizenmehl für 100 Pfd., ohne die Kleie und das Futtermehl mit einzurechnen	—	6	5
Rockenmehl für 100 Pfd., desgl.	—	3	11

Schlacht = Accise = Tarif

für

die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel.

	thl.	gg.	sf.
Rindvieh, 6 Monate alt und darüber, vom Stück	2	14	—
Schweine, 4 Monate alt und darüber, vom Stück	—	20	8
Kühe, unter 6 Monate alt, desgl.	—	6	2
Lämmer, Schafe und Ziegen, desgl.	—	4	10
Schaf- und Ziegen-Lämmer, desgl.	—	1	4
Spanferkel unter 4 Monate alt, desgl.	—	1	4

Sperrgelds - Tarif
für
die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel.

	Vom Anfange der Thorsperre bis 10 Uhr Abends.	Nach 10 Uhr Abends bis zum Abgange der Sperrzeit.
a) in Braunschweig.		
von jeder Person über 9 Jahre alt	9 Pfennige.	1 Gutegr.
von allen Pferden und Fohlen ohne Unterschied, à Stück	9 " "	1 " "
von allem andern Last- oder Zugvieh, à Stück	9 " "	1 " "
b) in Wolfenbüttel.		
von jeder Person über 9 Jahre alt	8 " "	1 " "
von allen Pferden und Fohlen ohne Unterschied, à Stück	8 " "	1 " "
von allem andern Last- oder Zugvieh, à Stück	8 " "	1 " "

Frei von Entrichtung des Sperrgeldes sind:

- 1) die Herzoglichen Equipagen;
- 2) die ordinären Posten und deren Beiwagen, nicht aber die Extraposten;
- 3) Militärpersonen im Dienste;
- 4) die Bemannung der Feuersprühen und sonstigen Löschapparate, so wie das dazu gehörige Personal;
- 5) Mißfuhren;
- 6) Schlachtvieh und
- 7) diejenigen, welche außerdem durch besondere Verfügungen befreit werden, von denen jedoch von der betreffenden Behörde halbjährlich eine Uebersicht bei dem Herzogl. Staats-Ministerio einzureichen ist.

Brückengelds-Tarif

für

die Stadt Braunschweig.

Von allen Zug-Pferden und sonstigen Zug-Viehe, imgleichen von allem Last-Viehe à Stück
 Von Reispferden, mit und ohne Reiter, von Koppelpferden und sonstigen losen
 Zugthieren à Stück 6

Von Entrichtung des Brückengeldes sind befreit:

- 1) die Herzöglichen Equipagen;
- 2) Militärpersonen im Dienste;
- 3) die ordinairten Posten und deren Beiwagen, aber nicht die Extraposten;
- 4) die Bespannung der Feuersprützen und sonstigen Wasserpompen, so wie das dazu gehörige Personal;
- 5) Fuhrwerk, für welches beim Ein- oder Ausgange das Brückengeld entrichtet ist, wenn dasselbe am nämlichen Tage wie der aus- oder einpässirt, und die Quittung über das beim ersten Ein- oder Ausgange bezahlte Brückengeld vorgezeigt wird;
- 6) Reiter und lose Zugthiere, wenn bei deren Ein- oder Ausgange das Brückengeld entrichtet ist, sie an dem nämlichen Tage wieder aus- oder einpässiren, und die beim ersten Ein- oder Ausgange ertheilte Brückengelds-Quittung vorgezeigt wird;
- 7) Spazierfahren der hiesigen Einwohner; auch hiesige spazieren Reitende, wenn diese binnen einem halben Tage wieder einpässiren;
- 8) Korn- und Mehlfahren von Dörsen und Eisenbüttel;
- 9) die Bewohner des hiesigen Stadtbezirks für sich und ihr Vieh, wenn sie damit das Thor passiren, um zu ihren von hier aus cultivirten Gärten, Ländereien, Wiesen und Weiden zu gelangen, oder von da in die Stadt kommen;
- 10) Herrendienstfahren, wenn sie sich als solche legitimiren;
- 11) Brennholzfahren; und
- 12) diejenigen, welche durch besondere Verfügungen etwa noch befreiet werden, von denen jedoch von der betreffenden Behörde eine Uebersicht halbjährlich bei dem Herzogl. Staats-Ministerio einzureichen ist.